3 1761 07828855 2

AZ
664
S35

Schreiber, Georg
Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter.

Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter

Geschehnisse und Gedanken
zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches

von

D. Dr. Georg Schreiber
ordentl. Universitätsprofessor in Münster i. W.
Dr.-Ing. h. c.
Mitglied des Reichstags

Dar ant

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter

Geschehnisse und Gedanken
zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches

von

D. Dr. Georg Schreiber

ordentl. Universitätsprofessor in Münster i. W.
Dr.-Ing. h. c.
Mitglied des Reichstags

UNIVERSITY OF TORONTO

1923

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Alle Rechte vorbehalten

*

Buchdruckerei
Oswald Schmidt G. m. b. H
in Leipzig

*

AZ
664
S35

569220
18.9.53.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung = 1
Deutsche Not und Wissenschaftsnot = = = = = = = = = = 5
Die Not der Forschungsinstitute = = = = = = = = = = 9
Die Bibliotheken = = = = = = = = = = = = = = = = = = 24
Das wissenschaftliche Buch und die Zeitschrift = = = = 34
Der akademische Nachwuchs = = = = = = = = = = = = = 37
Der deutsche Gelehrte einst und jetzt = = = = = = = = 43
Der Werkstudent = = = = = = = = = = = = = = = = = = 50
Die Notlage der Museen = = = = = = = = = = = = = = 54
Vom Deutschen Museum = = = = = = = = = = = = = = = 59
Die Schwächung des Verlagsbuchhandels = = = = = = = 62
Kulturelle Folgen der Wissenschaftsnot = = = = = = = 66
Der wissenschaftliche Boykott des Auslandes = = = = = 70
Die deutschen Ausland-Forschungsinstitute = = = = = 73
Die Bedrohung der großen Wissenschaftsunternehmungen 76
Die Hilfe des Reichs = = = = = = = = = = = = = = = = 80
Die Mittel der Selbsthilfe = = = = = = = = = = = = = 82
Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft = = = 84
Der Sparwille der Notgemeinschaft und der Reichshaushalt = 94
Die Wissenschaftsnot und das Gesamtvolk = = = = = = 97
Die Hilfe des Auslands = = = = = = = = = = = = = = 101
Wissenschaft und Reparationsfrage = = = = = = = = = 105

Die Not der geistigen Arbeiter = = = = = = = = = = = 108
Wege der Hilfe = = = = = = = = = = = = = = = = = = 117
Bünde geistiger Arbeiter im Ausland = = = = = = = = 123
Die deutsche Revolution und die Geistesarbeiter = = = 127

Anhang

Offener Brief an Viscount Haldane über die Krisis in der deutschen Wissenschaft von Adolf v. Harnack 139
Schrifttum zur Not der Wissenschaft und der geistigen Arbeiter von 1918—1923 = = = = = = = = = = = = 141
Register = 148

*

1. Einleitung

Die neue Zeit hat den Volksvertretungen des Reiches und der Gliedstaaten gesteigerte Befugnisse eingehändigt. Sie mehrte damit bei diesen Körperschaften den Pflichtenkreis. Auch auf jenen Gebieten, in denen das deutsche Wissenschaftsleben in Beziehungen zur deutschen Öffentlichkeit tritt. Von der Beratung der Etattitel, die die Regierung für die Wissenschaft, für die Hochschulen, Akademien und für zahlreiche Forschungsinstitute aufstellt, müssen die Parlamente der Gegenwart zu einer Nachprüfung der gesamten sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen unserer geistigen Kultur übergehen. Diese Aufgabe ist dringender denn je geworden. Denn alle unsere Wissenschaftskultur ist in den Strudel der Geldentwertung und der Papierbilanz gerissen. Das bedeutet eine Schwächung auf Jahre hinaus, ja eine Erschütterung ihrer Grundlagen.

Bislang sind Wissenschaftsfragen als Etatfragen vornehmlich in den Parlamenten der Einzelländer behandelt. Mit voller Berechtigung. Soll man doch deutsche Kulturentwicklung nie von ihren geschichtlichen Grundlagen loslösen. Wer so zu sehen gewohnt ist, wird immer wieder die Landschaft und den Stamm als bedeutsamen Kulturträger eines starken und wurzelechten Eigenlebens anerkennen. Diese Gedanken verneinen, hieße deutsche Wesensart mißdeuten und vernichten.

Aber auch im Reich und im Reichstag melden sich nach manchen Hemmungen Wissenschaftsfragen und kulturelle Aufgaben zum Wort. Heute lebhafter denn je. Nicht bloß deshalb, weil die Reichsverfassung in dieser Richtung manche Antriebe gewährt. Mehr noch darum, weil schon längst beim Haushalt des Auswärtigen Amtes und erst recht beim Etat des Reichsministeriums des Inneren große Wissenschaftsunternehmungen als nationale Veranstaltungen eine wertvolle Förderung finden. Ein anderes tritt hinzu. Vom Jahre 1920 ab wird der Reichsetat stärker zur Unterstützung von Wissenschaftsaufgaben herangezogen. Darin spiegelt sich die sinkende Finanzkraft

der Länder. Damit wachsen die wissenschaftlichen Notstände der Wissenschaftsinstitute über den engeren Rahmen der Gliedstaaten hinaus. Sie werden als gesamtdeutsche Wissenschaftskrisis empfunden. Ja, mit dem Rückgang deutscher Wissenschaft und Forschung stehen wir inmitten einer ernsten deutschen Kulturkrisis.

Der im Herbst und Winter 1922 immer drückender sich gestaltende Währungsverfall verschlimmerte die Wissenschaftslage in einer Begleiterscheinung, die ebenso selbstverständlich wie verhängnisvoll war. Sie forderte gebieterisch eine öffentliche Aussprache, für die allein der Reichstag ein weitgehendes Auditorium maximum bot. Nähere Veranlassung dazu gab eine von den Abgeordneten Marx und Genossen am 16. Oktober 1922 eingebrachte Interpellation, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die schwere wirtschaftliche Krisis hat auch die deutsche Wissenschaft in eine überaus schwierige Lage gebracht. Große Forschungsinstitute sehen sich außerstande, bedeutsame wissenschaftliche Unternehmungen aufrechtzuerhalten. Die Führung auf weiten Feldern wissenschaftlicher Forschungstätigkeit, auf denen Deutschlands wissenschaftliche Weltgeltung beruhte, droht uns verloren zu gehen und in das valutastarke Ausland abzuwandern. Der Ankauf wissenschaftlicher Werke des Auslands wird trotz dankenswerter Bestrebungen wissenschaftlicher Selbsthilfe-Organisationen immer schwieriger, selbst für größere Bibliotheken. Große Kulturinstitute des Gesamtvolkes wie das Germanische Museum in Nürnberg, die Deutsche Bücherei in Leipzig, das werdende Deutsche Museum in München sehen aus Mangel an Mitteln sich kaum in der Lage, den auf sie gesetzten Erwartungen zu entsprechen. Führende wissenschaftliche Zeitschriften rechnen mit ihrer Einstellung oder haben bereits ihr Erscheinen eingestellt oder kürzten ihren Umfang derartig, daß sie ihren Aufgaben nicht mehr genügen können. So überaus dankenswert und hingebend die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wirkt, so unzulänglich erweisen sich die ihr zur Verfügung gestellten Mittel.

Alle diese Erscheinungen sind um so bedenklicher, als die Forschertätigkeit des einzelnen Gelehrten sehr stark gehemmt ist. Besonders gefahrdrohend gestaltet sich die Entwicklung und Erhaltung des wissenschaftlichen Nachwuchses an unseren Hochschulen. Zu der Schwächung der Wissenschaftsunternehmungen und des Nachwuchses tritt die Notlage zahlreicher anderer geistiger Arbeiter, der wissen-

schaftlichen, künstlerischen, technischen Kräfte und zahlreicher freier Berufe, eine Notlage, die von Tag zu Tag fühlbarer wird.

Alle diese Erscheinungen bedeuten eine schwere Erschütterung der ideellen und technischen Grundlagen unserer Kultur und eine Minderung unserer Erzeugung.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen überaus ernsten Notständen zu begegnen?"

Diese Interpellation kam am 15. und 16. November 1922 zur Verhandlung. Dem Verfasser dieser Schrift fiel als Interpellanten die Begründung der Anfrage zu. Von seiten der Regierung beantwortete die Interpellation der Staatssekretär Schulz. Von den Mitgliedern des Reichtages beteiligten sich an der ausgiebigen Aussprache die Abgeordneten Dr. Moses, D. Strathmann, Dr. Moldenhauer, Dr. Schücking, Dr. Beyerle, Heydemann, Wegmann, Dr. Pfeiffer.[1] Es war das erste Mal in der Geschichte des Reichstages, daß die deutsche Wissenschaftslage eine zweitägige Aussprache erfuhr. Es war der Selbsterhaltungstrieb, der die deutsche Kulturpolitik zu diesen Lebensäußerungen zwang.

Diese Interpellation fand in der öffentlichen Meinung des Landes beachtenswerte Aufmerksamkeit,[2] nicht minder im Ausland.[3] Sie zeitigte den unmittelbaren Erfolg, daß die Aufwendungen des Reiches für Wissenschaftszwecke und für die Not der geistigen Arbeiter im Nachtragsetat 1922 und im Haushalt 1923 namhaft erhöht wurden.

Darüber hinaus suchte sie den Blick für die Wissenschaft als eine Grundtatsache der deutschen Kultur zu schärfen, die zur Zeit in ihrem Bestande gefährdet erscheint. Gleichzeitig hat sie den schwierigen Fragenkreis der geistigen Arbeiter erneut aufgerollt. So wurde unter anderem die Frage der Besteuerung der Geistesarbeiter lebhaft erörtert[4].

---

[1] Siehe Stenogramm der 267. und 268. Sitzung.

[2] Vgl. etwa Börsenblatt für den deutschen Buchhandel Nr. 287 vom 11. Dezember 1922; Helios, Fachzeitschrift für Elektrotechnik, XXIX (Leipzig 1923) 99 ff; Walther Borgius, Gedanken zur Enquete des Vereins für Sozialpolitik über die geistigen Arbeiter. Der Wiederaufbau, Zeitschrift für Weltwirtschaft hrsg. von Parvus, Nr. 35 vom 6. April 1923, S. 520 ff.

[3] Siehe etwa Berlingske Tidende vom 11. Dezember 1922.

[4] Wer ruiniert die Geistesarbeiter? Kölnische Volkszeitung Nr. 814 vom 23. Oktober 1922.

Überdies gewährte diese Aussprache bemerkenswerte Einblicke in jene Auffassungen, die zur Zeit in den großen politischen Strömungen des Landes dem Verhältnis von Wissenschaft und Hochschule, aber auch dem Verhältnis von Geistesarbeit und Handarbeit zugewandt sind. Es kamen Unterschiede der Anschauungen zur Aussprache. Stärker aber noch äußerte sich der einmütige, wissenschaftliche und kulturelle Lebenswille der Nation.

Aus wissenschaftlichen und aus politischen Kreisen, aber auch von seiten des Auslandes erging an den Interpellanten die freundliche Aufforderung, seine Interpellationsrede in einer besonderen Schrift dem Druck zu übergeben. Dieser Anregung ist der Verfasser um so eher gefolgt, als es ihm als Berichterstatter beim Haushalt des Reichsministeriums des Inneren seit einigen Jahren vergönnt war, an den Wissenschaftsaufgaben des Reichs mitzuwirken und Kreise des Auslands auf die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hinzuweisen.

Gleichzeitig lassen sich einige Gedankenreihen einer neuerlichen Schrift über deutsche Kulturpolitik (Freiburg i. Br. 1922) weiterführen. So wie diese Interpellationsrede heute vorliegt, ist die Rede bedeutend ergänzt und erweitert. Die Kapitel über die Notlage der geistigen Arbeiter und vieles andere ist hinzugefügt. Gleichwohl ist die ursprüngliche Anlage beibehalten. Wenn manches parlamentarische Quellenmaterial erstmalig flüssig gemacht ist, mag dieses zeitgeschichtlich nicht unwillkommen sein. Es ist ja bedauerlich, wie wenig dieses ergiebige Material für publizistische und sozialwissenschaftliche Untersuchungen noch genutzt wird. Ließ es sich doch bei Gelegenheit dieser Schrift feststellen, daß die Haushaltsausschußberichte des Reichstags in keiner öffentlichen Bibliothek unseres Landes anzutreffen sind. Dabei sind die Ausschußverhandlungen in der Linienführung des Etats und auch sozialer und kultureller Fragen oft genug aufschlußreicher und intimer als die Äußerungen des Plenums gehalten. Dieser parlamentarische Quellenstoff zur Wissenschaftskrisis und zur Notlage der geistig Schaffenden wird gerade im gegenwärtigen Augenblick um so bedeutsamer, als auch der Verein für Sozialpolitik 1922 in wissenschaftliche Untersuchungen und in eine Umfrage zur Not der Geistesarbeiter eingetreten ist.[1]

[1] Siehe dazu unten.

2. Deutsche Not und Wissenschaftsnot

Die Tribüne des Reichstags erlebte in der letzten Zeit immer wieder eine Aussprache über die deutsche Not. Man erörterte in vielen Einzelheiten die Not der Währung, die Kreditnot und Wohnungsnot; man untersuchte die Not der Kriegsopfer, der Sozialversicherten, der Kleinrentner, überdies die Gesamtnot des Winters 1922/23, die drückend auf allen Berufsständen lastete. Schließlich und fast zögernd meldete sich auch die Wissenschaft mit ihren Beschwernissen zum Wort. Zu der Not der Volkswirtschaft und Privatwirtschaft tritt nun auch die Not der Geisteswirtschaft und der Kulturwirtschaft.

Es ist im allgemeinen nicht die Art des deutschen Gelehrten, in die Arena der öffentlichen Aussprache einzutreten. Seine Arbeit vollzieht sich mehr still und bescheiden in der Zurückgezogenheit der Bücherei und des Laboratoriums und in anderen Werkstätten des Geistes, die dem Alltagslärm abgewandt sind. Für den geistig Schaffenden gilt eben Wilhelm v. Humboldts feine Bemerkung: „Die Wissenschaft gießt oft dann ihren reichsten Segen über das Leben aus, wenn sie sich von demselben gleichsam zu entfernen scheint.“ [1] Und dennoch: es wird Zeit, und es wird notwendig, immer lauter von dem Niedergange unserer geistigen Kultur zu sprechen. Im Grunde genommen redet man schweren Herzens von diesen Fragen. Handelt es sich doch nicht etwa um kommende Dinge, also eine Erörterung um künftige und drohende Gefahren. Es steht vielmehr so, daß schon manches von der Wissenschaftskultur der deutschen Gegenwart in der Verelendung und in Trümmern vor uns liegt. Es gilt, anderes vor dem Einsturz zu bewahren.

Begreiflicherweise sind in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Mahnungen und Warnungen an den Reichstag geflossen, die die ernste und schwierige Lage der deutschen Wissenschaft und ihrer Hochschulen eindrucksvoll erörtern. Es sei an die Adresse der Deutschen Physikalischen Gesellschaft erinnert, die am 20. September 1922 von Leipzig aus an den Reichstag erging; es seien ferner die Eingaben und einschlägigen Denkschriften der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft erwähnt. Sie ist eine Notstandsschöpfung, die wie wenige andere Or-

[1] Ähnlich äußert sich E. Spranger, Der gegenwärtige Stand der Geisteswissenschaften und die Schule (Leipzig 1922).

ganisationen sicherlich berufen ist, vor dem Reichstag auseinanderzusetzen, daß die deutsche Wissenschaft in schwerem Daseinskampf steht. Weiterhin nenne ich die vielen Klagen, die von unseren Museen einlaufen; ich mache ebenso die Adresse der Görres-Gesellschaft namhaft, die anläßlich ihrer Würzburger Tagung (26./27. September 1922) sich wegen der deutschen Wissenschaftsnot an Reichstag und Reichsministerium des Innern wandte. Schließlich erinnere ich an eine Darstellung der Wissenschaftsnot, die bereits 1921 auf dem Frankfurter Meßamt verteilt wurde. Dort war es, wo mitten in einer Ausstellung gewerbfleißigen und wiederum aufstrebenden Lebens eine Schrift die Ausstellungshallen durchwanderte mit dem eigenartigen und ergreifenden Titel: „Die Not der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland".[1] Eine Wende der Zeiten kündigt sich darin an. Eine Umwertung der wissenschaftlichen Weltgeltung Deutschlands bereitet sich in der Tat vor, wenn nicht Einhalt geboten wird.

Als die Entwertung der Mark beim Ausgang des Krieges und erst recht in der Nachkriegszeit einsetzte, haben nur wenige an die Folgerungen gedacht, die sich für die Wissenschaftslage ergaben. Dabei war es doch eigentlich eine selbstverständliche Erwägung, daß der Bau der gesamten deutschen Wissenschaftskultur nicht bloß auf kühnem forschenden Idealismus beruhte, sondern ebensosehr auf den festen Quaderbau der Goldwährung und der aktiven Zahlungsbilanz sich stützte. Was aber in Goldmark gebaut ist, kann nicht mit Papiermark erhalten und erst recht nicht zu weiterer Vollendung gebracht werden. Dabei ist eine Erhaltung ohne eine gleichzeitige Weiterführung undenkbar. Denn alle Wissenschaft braucht den Fortschritt als organischen Lebensinhalt und als bereichernde Lebenssteigerung. Jahre der Papiermark bedeuten also nicht mehr und nicht minder als Wissenschaftsnot, und wenn die Währungskrankheit lange Zeit andauert, auch den Wissenschaftstod. Solche mageren Jahre führen den Abbau einer Kultur herauf, der zur Halbkultur überleitet.

Unser Gefühl sträubt sich eigentlich gegen solche Erkenntnisse. Jahre eines wachsenden Wohlstandes, die die Nation vor dem Weltkrieg erlebte, haben uns solchen Wahrheiten, so selbstverständlich sie auch sind,

[1] Vier Referate, gehalten am 8. Oktober 1920 in der Universität Frankfurt a. M. gelegentlich der während der Herbstmesse veranstalteten Sonder-Ausstellung „Das deutsche Buch" v. Georg Minde-Pouet, Christian Berghoeffer, Christoph Weber, Ernst Marckwald (Frankfurt a. M. 1921).

entfremdet. Die Grundmauern der deutschen Wissenschaft schienen unerschütterlich festzustehen. Heute müssen aber dem deutschen Bewußtsein jene Zusammenhänge geradezu aufdringlich näher gebracht werden, daß alle Blüte wissenschaftlichen Lebens an bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen geknüpft ist. Es legt sich nahe, die Tatsachen der Geschichte als mahnenden und warnenden Anschauungsunterricht zu verwenden. „Der Zeitraum des Perikles und das goldene Zeitalter der antik-römischen Literatur, das Heldenepos der mittelalterlichen Kaiserzeit und das farbenprächtige Venedig Tizians, die Schöpfungen Rembrandts und der holländischen Feinmalerei, ebenso aber auch das klassische Pathos von Bossuet und Bourdaloue wurzeln in der politischen und wirtschaftlichen Blütezeit ihrer Länder. Aber in der Verarmung eines Volkes, in der kalten Nachtluft politischen Niedergangs und in der Schwüle wirtschaftlicher Fieberkrisen kann keine wahrhaft große und die Völker verbindende Kultur gedeihen." [1]

Wie jedes bedrohte Leben, griff die Wissenschaft um das Jahr 1920 zur Abwehr und suchte um Hilfe nach. Vornehmlich infolge der entschlossenen Gegenwirkung, die die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft[2] auslöste, ließ sich die Wissenschaftsnot bis Anfang 1922 noch einigermaßen erträglich gestalten. Aber die Verhältnisse wuchsen ins Katastrophale, als im Jahre 1922 der Dollar von 300 auf den Stand von 7000—8000 anstieg und gleichzeitig die Kaufkraft der Mark sich beständig minderte.

Nun stehen wir inmitten der schwersten Wirtschaftskrisis, deren Größe von Monat zu Monat zunimmt. Jede weitere Verschiebung der Reparationsfrage, jede gescheiterte Konferenz, erst recht jeder gewalttätige Akt, wie ihn die Besetzung des Ruhrgebietes darstellt schafft nicht bloß politische, finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten, sondern schwächt gleichzeitig die deutsche Wissenschaft. Der Zerrüttung unserer Wirtschaft tritt die Zermürbung unserer Forschung zur Seite. So wird der Dollar auch zum Fieberthermometer unserer schwindenden wissenschaftlichen Lebenskraft.

Der Bereich der Wissenschaftsnot erstreckt sich heute schon in große Fernen. Er ergreift eine Reihe von Neben- und Nachbargebieten. So dehnt sich das Feld der Erörterung eigentlich weit und breit.

---

[1] Schreiber, Deutsche Kulturpolitik 5.

[2] Siehe darüber unten.

Aber ich sehe davon ab, die Not der deutschen Kunst zu schildern, jener Kunst, die in Art. 142 der Reichsverfassung geschützt wird, wenn diese Verfassungsbestimmung erwähnt, daß der Staat der Kunst Schutz gewährt und an ihrer Pflege teilnimmt.

Ebenso verzichte ich darauf, von der Notlage der Presse einläßlich zu sprechen. Gewiß würde es sich nahelegen, das Thema „Not der Wissenschaft" und „Not der Presse" gleichzeitig zu erörtern, denn die Wissenschaft braucht auch die Berührung mit dem Gesamtvolk. Es wäre ein Irrtum, zu wähnen, daß sie sich im geistigen Austausch mit den jeweiligen Fachgenossen erschöpft. Sie lebt von der geistigen Anteilnahme weiter Kreise. Trotz ihrer individuellen, ja höchstpersönlichen Arbeitsweise muß sie immer wieder danach streben, daß sie in den geistigen Besitz der gesamten Nation überführt wird. Brauchte sie doch moralische und auch materielle Förderung schon in den Tagen der Goldmark, erst recht in den Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs. Das war und ist nicht bloß ein materielles, sondern auch ein psychologisches Bedürfnis. Zu allen Zeiten war für jede Wissenschaftsarbeit bedeutsam, daß sie ein Miterleben, eine Unterstützung, eine öffentliche Meinung fand, die den Arbeitswillen des Gelehrten und des Entdeckers stählte. Ein weiterer Vorteil war es, wenn sie den wissenschaftlichen Nachwuchs auf die Grundlage breitester Volksschichten stellte, die allein die hervorragende Auslese der Kräfte gewährleistet.

Wie sehr im übrigen Wissenschaft und Presse sich einander genähert hatten, zeigten die Literarischen Beilagen großer deutscher Presseorgane, die eine geradezu unentbehrliche Mittlerrolle spielten. Diese Beilagen sind angesichts der Zeitungsnot eingegangen oder doch derartig eingeschränkt oder umgestaltet, daß die stolze Mission fast der Vergangenheit angehört, die sie ehedem nicht bloß für die Volksaufklärung, sondern ebensowohl für das kritische Referat, ja selbst für die Forschung erfüllten. Somit ist durch den Niedergang der deutschen Presse die Wissenschaft selbst in ihrer Erzeugung, mehr noch in ihrer Mitteilungsmöglichkeit an Inland und Ausland geschwächt worden.

Als ein verwandtes Kapitel in solch mittelbaren Schädigungen der Wissenschaft findet sich die Beschränkung der Kulturaufgaben in den Städten ein. Angesichts des gemeindlichen Finanzelends erscheinen derartige Etatsposten im Haushaltplan der Städte bereits in

einem recht bescheidenen Umfang. Nicht bloß Studienassessoren und Junglehrer[1], sondern auch wertvolle Büchereien und Sammlungen, Mitgliedschaften und Zuwendungen haben den Notstift städtischer Kämmerer auf sich gelenkt. Auf dem Lübecker Museumstag 1920 wurde festgestellt, bei sechzehn Museen sind die Etats des Jahres 1914 in den Kriegsjahren unverändert geblieben, bei anderen sogar gekürzt worden. Die Städte Lübeck und Leipzig haben die Anschaffungsmittel ihrer Museen ganz gestrichen.[2]

Noch vieles ließe sich zur peripherischen nnd mittelbaren Schädigung deutscher Wissenschaftsaufgaben sagen. Aber es mag zurücktreten. Soll es doch vor allem darauf ankommen, jenen Tatsachenbereich herauszustellen, daß unsere wissenschaftlichen Forschungsinstitute und Hochschulen einen Niedergang erleben, der sich für das Leben der gesamten Nation verhängnisvoll anläßt.

3. Die Not der Forschungsinstitute

Das wissenschaftliche Leben in Deutschland wirkt sich in einer zweifachen Linie aus, in Lehre und in Forschung. Gerade im Forschen spiegelt sich die Größe und das Wesen des deutschen Volkstums. Diese unbestreitbaren Tatsachen wurden noch jüngst von Viscount Haldane, einem gewiß bemerkenswerten ausländischen Beobachter, anerkannt, wenn er in seiner Kontroverse mit Adolf von Harnack zugestand: der deutsche Gelehrte habe sich in seinem heißen Streben nach Erkenntnis niemals übertreffen lassen.[3] Stärker als früher fallen solche Auslandsstimmen ins Gewicht.

Die deutsche Forschung umfaßt die Geisteswissenschaften wie die Naturwissenschaften mit gleichem Ernst. Es ist nicht ganz unnötig, das festzustellen. Sind doch hie und da Meinungen geäußert worden: wenn angesichts der Finanzlage die oder jene Wissenschaftseinrichtung nicht mehr gehalten werden könne, sollten geisteswissenschaftliche Institute zunächst geopfert werden.

---

[1] Zur Sparsamkeit der Großstädte in kulturellen Fragen siehe den Artikel „Vom Studienassessor zum ungelernten Arbeiter" in Nr. 505 des Berliner Tageblattes vom 7. Nov. 1922.

[2] Die Not der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland 11.

[3] The Nation and the Athenaeum vom 9. Dezember 1922.

Nur eine kurzsichtige Auffassung wird die Beziehungen beider Forschungsbereiche in eine Dissonanz ausklingen lassen. Trotz mancher geschichtlichen Wechselfälle ist ihr Verhältnis vielmehr auf die Formel der Harmonie und der fruchtbaren Wechselwirkung zu bringen. Ganz im Sinne einer Verschwisterung und Gemeinschaftsarbeit suchten auch die Forschungsinstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu wirken, wenn sie die Geisteswissenschaften in ihren großen Aufgabenkreis mit einbezogen. Im besonderen bedarf es kaum der ausdrücklichen Feststellung, welche Bedeutung der deutschen Geisteswissenschaft, die finanziell ernst gefährdet ist, innewohnt, wenn man ihre Beziehungen zur Weltwissenschaft erwägt. Dennoch sei ein Gesichtspunkt besonders hervorgehoben: wenn es irgendeinen Vorzug der europäischen Kultur vor der westlichen Erdhemisphäre gibt, ist es die nachhaltige und umfassende Pflege der Geisteswissenschaft. Sie hat der europäischen Entwicklung den einzigartigen Vorzug der Tradition eingehändigt. Das ist jene große und immer wieder reizvoll gebrochene Linie der Überlieferung, die der amerikanischen Kultur nun einmal abgeht. So bedeutet es in der Tat einen ungeheuren Vorsprung der europäischen Wissenschaftspflege, daß sie immer wieder Renaissancen und ebensoviele romantische Zeitalter erlebte, die der Antike oder dem Mittelalter bald eine Wiedererstehung, bald ein nicht minder fruchtbares Widerspiel ermöglichten. Die Überlieferungswerte sind auch der naturwissenschaftlichen Forschung zugute gekommen.

Im übrigen war es ein weiterer Vorsprung der Geisteswissenschaften, neben bestimmten Erkenntnissen auch methodisch Bedeutsames für die Naturwissenschaften zu entwickeln. Andererseits ist es wiederum einer unter den Vorzügen der Naturwissenschaften, in der Erforschung von Kohle und von Erzen, in der Gewinnung von Stickstoff und von Phosphorsäure, in der Erschließung zahlreicher anderer Stoffe die Vermögenssubstanz der Nation zu mehren und damit materielle Voraussetzungen der Forschungsarbeit zu fördern. Welche Bedeutung gewinnen nicht heute angesichts der Schwächung unseres Volksvermögens physikalische und chemische Wissenschaftsfragen, die sich in die Feinheiten der Atome vertiefen und die sich mit dem konstitutiven Aufbau der Enzyme und Vitamine, der Kohlenhydrate und Eiweißstoffe beschäftigen.

So wird die Notlage der Forschung in Deutschland durchaus als eine gemeinsame und in sich verbundene zu erachten sein, mag es sich

um Geisteswissenschaften oder um Natur- und technische Wissenschaften handeln.

Was im besonderen die Forschungsinstitute (Anstalten zur Pflege der reinen, vom Unterricht im allgemeinen losgelösten Forschung) betrifft, so ist ihre Wissenschaftsbedeutung gerade einige Jahre vor dem Kriege schärfer herausgearbeitet worden. Die deutschen Forschungsanstalten, in denen der Forschungswille der Nation sich ausspricht, gliedern sich nämlich in zwei Gruppen. Die ältere Gruppe ist vornehmlich im 19. Jahrhundert geschaffen und mit der deutschen Wissenschaftsgeschichte längst verwachsen. Die jüngere Gruppe ist aus einer ernsten Nachprüfung der deutschen Wirtschaftslage und aus der bewußten Wiederaufnahme älterer Wissenschaftsüberlieferungen entstanden.

Harnacks Denkschrift vom Jahre 1910, die die Gründung von Forschungsanstalten betraf, erwies sich als bahnbrechend.[1] Gemeinsam mit naturwissenschaftlichen Forschern wie E. Fischer und A. Wassermann wurde darin dargelegt, daß Wilhelm von Humboldts Gedanken über selbständige Forschungsinstitute (er nannte sie Hilfsinstitute der Universitäten und Akademien) einer umfassenden und zeitgemäßen Ausprägung in Deutschland noch entbehren. Gewiß hatte die Zeit vor 1910 bereits eine Reihe von namhaften Forschungseinrichtungen gesehen.[2] So hatten unter anderem die Großindustrie

---

[1] Diese Denkschrift ist bei Harnack, Aus Wissenschaft und Leben (Gießen 1911) I, 41 ff. abgedruckt.

[2] In der Chemie und Physik: 1867 Institut für Zuckerindustrie in Berlin. 1874 Institut für Gärungsgewerbe und Stärkefabrikation in Berlin; 1874 Astrophysikalisches Observatorium in Potsdam; 1887 Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Charlottenburg (in das Reichsministerium des Innern einbezogen); 1910 Institut für Radiumforschung in Wien.

In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: 1871 Institut für Kulturtechnik und Meliorationswesen in Bonn; 1897 Bayerische Biologische Versuchsanstalt für Fischerei in München; 1905 Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Dahlem; 1907 Staatliche Anstalt für Bienenzucht in Erlangen; Institut für Binnenfischerei in Friedrichshagen bei Berlin.

In der Biologie und Psychologie: 1870 Zoologische Station in Neapel (A. Dohrn); 1892 Preußische Biologische Anstalt in Helgoland; 1900 Vogelwarte Rossitten; 1903 Biolog. Versuchsanstalt in Wien; 1906 Institut für angewandte Psychologie in Berlin.

und die Landwirtschaft eine Reihe von Instituten gegründet; sie dienten allerdings bestimmten praktischen Zwecken. Andererseits blieb die Tatsache unumstößlich, daß England (z. B. Royal Institution of Great Britain) und Frankreich (z. B. die Pasteur-Institute in Paris und Lille und das Collège de France, ähnlich das Nobel-Institut in Schweden), im besonderen jedoch Amerika (z. B. Carnegie- und Rockefeller-Institut) einen bemerkenswerten und zugleich bedrohlichen Vorsprung erreicht hatten. So konnte die erwähnte Denkschrift bemerken, es stehe heute, am Anfange des 20. Jahrhunderts, die deutsche Wissenschaft, vor allem die Naturwissenschaft, in einer Notlage, die nicht vertuscht werden dürfe. Zwar bedeute es eine Übertreibung, wenn jüngst von einem Hochschullehrer rund behauptet würde, die deutsche Wissenschaft sei bereits (namentlich von der amerikanischen) überflügelt, und ihre Universitäten stünden nicht mehr an der Spitze; dagegen müsse man zugestehen, die deutsche Wissenschaft sei auf wich-

---

In der Geographie, Meteorologie und Geodynamik: 1847 Meteorologisch-Magnetisches Observatorium in Potsdam (Teil des Meteorologischen Instituts); 1851 Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien; 1872 Deutsche Seewarte in Hamburg; 1874 Astronomisches Rechen-Institut in Berlin, später Dahlem; 1900 Institut für Meereskunde in Berlin; 1900 Preußisches Aeronautisches Observatorium in Lindenberg (Kr. Beeskow).

In der Medizin: 1763 Senckenbergisches Institut in Frankfurt a. M.; 1817 Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft ebenda; 1891 Institut für Infektionskrankheiten „Robert Koch" in Berlin; 1899 Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M.; 1900 Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg; 1903 Institut für Krebsforschung in Berlin; 1906 Georg Speyer-Haus: Experimentell-chemotherapeutisches Institut in Frankfurt a. M.; 1906 Institut für experimentelle Krebsforschung (Samariterhaus) in Heidelberg; 1908 Institut für Gewerbe-Hygiene in Frankfurt a. M.; 1910 Forschungsinstitut für Maul- und Klauenseuche in Griftow (Insel Riems).

In der Geschichte, Kunstgeschichte und Altertumswissenschaft: 1829 Archäologisches Institut in Rom; 1874 Archäologisches Institut in Athen; 1883 Österreichisches Institut für Geschichtsforschung in Rom; 1888 Preußisches Historisches Institut in Rom; 1888 Historisches Institut der Görres-Gesellschaft in Rom; 1897 Kunsthistorisches Institut in Florenz; 1898 Deutsch-Östereichisches archäologisches Institut in Wien; 1903 Deutsch-evangelisches Institut für Altertumsforschung in Jerusalem; 1906 Forschungsinstitut für Osten und Orient in Wien; 1907 Institut für ägyptische Altertumskunde in Kairo; 1908 Gesellschaft für Orientforschung in Jerusalem; 1910 Amerika-Institut in Berlin.

Sonstiges: 1869 Geodätisches Institut in Potsdam; 1906 Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie in Leipzig.

tigen Linien der Naturforschung hinter der anderer Länder zurückgeblieben und ihre Konkurrenzfähigkeit werde aufs stärkste bedroht.[1]

In Auswirkung dieser Anregungen erfolgte am 11. Januar 1911 die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Berlin. In ihr fanden die genialen Gedanken eines Leibniz Verwirklichung. Man weiß, dieser Wissenschaftsorganisator dachte an die „Aufrichtung einer Sozietät in Deutschland zur Aufnahme der Künste und Wissenschaften". In Verfolg dieser Pläne trat die Berliner Akademie 1700 ins Leben. Aber auch Wilhelm von Humboldts Denkschriften der Jahre 1809/10 wurden zur weit ausgreifenden Tat. Die Mittel, die dieser neuen Organisation reichlich zuflossen, wurden zur Errichtung namhafter Forschungsinstitute verwendet. Gleichzeitig gaben diese Bestrebungen Veranlassung, auch von anderen Punkten aus die Gründung von Anstalten zur Pflege der reinen Forschung in die Hand zu nehmen. Ein neuer Frühling des Geistes schien für die Forschung angebrochen zu sein.

Auf den Gebieten der Chemie und Physik kam es zu folgenden Gründungen[2]: 1911 Radium-Institut in Freiberg i. S.; 1911 Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Dahlem; 1912 K. W. J. für physikalische Chemie und Elektrochemie in Dahlem; 1913 Gründung der Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung in Berlin[3]; 1914 K. W. J. für Kohlenforschung in Mülheim (Ruhr); 1917 K. W. J. für Physik in Berlin; 1917 K. W. J. für Eisenforschung in Düsseldorf; 1917 Forschungsinstitut für Bastfasern in Sorau; 1918 v. Friedlaender-Fuldsches Kohlen-Forschungsinstitut der K. W. Gesellsch. in Breslau; 1918 Institut für Kolloidforschung in Frankfurt a. M.; 1918 Forschungsinstitut für Kohlenvergasung u. Nebenproduktgewinnung in Wien; 1919 Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie in München; 1920 Chemisch-Technische Reichsanstalt in Berlin[4]; 1920 Wissenschaftliche Zentralstelle für Öl- und Fettforschung in Berlin; 1920 K. W. J. für Biochemie in Dahlem; 1920 K. W. J. für Faserstoffchemie in Dahlem; 1920 Institut für Zellulosechemie in Darmstadt; 1920 Deutsche Werkstelle für Farbkunde in Dresden; 1920 Forschungsinstitut für Eiweißstoffe in Heidelberg; K. W. J. für Metallforschung in Neubabelsberg; 1921 Forschungs-

[1] Harnack, Aus Wissenschaft und Leben. I, 43.

[2] Eine gute und knappe Übersicht bietet Herders Zeitlexikon I (Freiburg 1922) S. 524 unter dem Stichwort „Deutsche Forschungsinstitute). Wir bringen jedoch manche Ergänzungen und Berichtigungen.

[3] Siehe dazu noch unten.

[4] Siehe die Denkschrift im Haushalt des Reichsministeriums des Inneren 1920 und vgl. ferner die Ausführungen des Berichterstatters Abg. Dr. Schreiber im Haushaltsausschuß bei der Etatsberatung.

institut für Stärkefabrikation und Kartoffeltrocknung (am Inst. für Gärungsgewerbe) in Berlin; 1922 Lederforschungs-Institut der K. W. Gesellschaft in Dresden.

In der Technik: 1913 Schiffbau-Versuchsanstalt in Hamburg; 1914 Forschungsinstitut für Geschichte der Technik und Industrie in Berlin; 1916 K. W. J. für kriegstechnische Wissenschaften in Berlin; 1916 Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe; 1917 Deutsches Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden; 1918 Forschungsinstitut für Flugtechnik in Hannover; 1918 Forschungsinstitut für Textilindustrie in M.-Gladbach und Reutlingen; 1919 Textilforschungs-Institut für Wolle in Aachen; 1919 Forschungsinstitut für Textilindustrie in Wien; 1920 Institut der Gesellschaft für Kohlentechnik in Dortmund; 1920 Textilforschungs-Anstalt in Krefeld; 1921 Forschungsinstitut für Lederindustrie in Leipzig: 1921 Forschungs- und Prüfungsanstalt für Wärmewissenschaft und Heizungswesen in München.

In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: 1913 Institut für Jagdkunde in Zehlendorf; 1918 Forschungsinstitut für Kartoffelbau in Berlin; 1919 Biologische Reichsanstalt für Weinschädlinge (bisher in Straßburg) in Naumburg a. d. S.; 1920 Institut für Seefischerei in Geestemünde; 1921 Badisches Weinbauinstitut in Freiburg im Br.

Für Biologie und Psychologie: 1911 Mendel-Institut f. Vererbungslehre in Wien[1]; 1912 Radium-Institut f. biologisch-therapeutische Forschungen in Berlin (eingegangen); 1912 Hofer-Institut, Teichwirtschaftliche Versuchsanstalt in Wiedenbach, Oberbayern; 1913 Institut für praktische psychologische Forschung in Wien; 1914 Pflanzenphysiologisches Institut in Dahlem; 1914 Physiolog. Inst. d. K. W. Gesellsch. in Halle a. d. S.; 1916 K. W. J. f. Biologie in Dahlem; 1917 Hydrobiologische Anstalt d. K. W. Gesellsch. in Plön; 1918 Anstalt für experimentelle Biologie in Jena; 1918 Forschungsinstitut zur Bekämpfung tierischer Schädlinge in München.

In Geographie, Meteorologie und Astronomie: 1913 Planeten-Institut in Frankfurt a. M.; 1917 Aerodynamische Versuchsanstalt d. K. W. Gesellschaft in Göttingen; 1919 Deutsche Zentrale für Erdbebenforschung (bisher in Straßburg) in Jena.[2]

In der Medizin: 1912 K. W. J. f. Arbeitsphysiologie in Berlin; 1912 Forschungsinstitut für Krebs und Tuberkulose, E. V. (Eppendorf) in Hamburg; 1913 K. W. J. f. experimentelle Therapie in Dahlem; 1913 Radiologisches Institut in Heidelberg; 1916 K. W. J. für Hirnforschung; 1918 Deutsche Forschungsanstalt f. Psychiatrie in München; 1919 Institut f. Sexualwissenschaft in Berlin; 1920 Forschungsinstitut für physikalische Grundlagen der Medizin in Frankfurt a. M.; 1921 Forschungsinstitut f. klinische Pharmakologie in Hamburg.

---

[1] Die österreichischen Institute sind hier und S. 11 absichtlich namhaft gemacht.

[2] Im Etat des Reichsministeriums des Inneren 1923 (S. 104) bezeichnet als Reichszentralstelle für Erdbebenforschung in Jena und mit 997000 Mark Ausgaben veranschlagt.

In Geschichte, Kunstgeschichte und Altertumswissenschaft: 1913 Bibliotheca Hertziana, deutsches kunstgeschichtliches Institut der K. W. Gesellschaft in Rom; 1918 K. W. J. für Deutsche Geschichte in Berlin; 1918 Osteuropa-Institut in Breslau; 1920 Forschungsinstitut für rhein. Geschichtskunde in Bonn; 1920 Romanisches Ausland-Institut in Bonn.

In der Volkswirtschaft und Betriebswissenschaft: 1914 Institut f. Seeverkehr u. Weltwirtschaft in Kiel[1]; 1914 Forschungsinstitut für Organisationswesen in Mannheim; 1916 Institut für ostdeutsche Wirtschaft in Königsberg: 1918 Forschungsgesellschaft für betriebswissenschaftliches Arbeitsverfahren in Berlin; 1919 Forschungsinstitut für Sozialwissenschaft in Köln; 1919 Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb in Berlin; 1920 Wissenschaftliches Forschungsinstitut für Handwerkerpolitik in Hannover; 1920 Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk in Karlsruhe; 1920 Institut f. bayrische Wirtschaftsforschung in Nürnberg; 1920 Forschungsinstitut für Gemeinwirtschaft in Wien; 1921 Institut für Verkehrslehre in Köln.

Sonstiges: 1911 Internationales Institut für missionswissenschaftliche Forschungen in Münster i. W.; 1915 Zentralinstitut f. Erziehung u. Unterricht in Berlin; 1916 Institut für musikwissenschaftliche Forschung in Bückeburg; 1917 Ibero-amerikanisches Institut in Hamburg; 1917 Deutsches Ausland-Institut in Stuttgart; 1920 Ibero-amerikanisches Institut (Zweigstelle des gleichnam. in Hamburg) in Madrid; 1920 Gesellschaft f. Erforschung der Proportionsgesetze in München; 1920 Forschungsinstitut für Kulturmorphologie in München; 1922 Deutsches Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster i. W.

Beschlossene Anstalten: Forschungsinstitut für Chemie und Physiologie der Kartoffel in Dresden; Forschungsinstitut f. tierische und pflanzliche Öle und Fette in Staßfurt; Kaliforschungsanstalt in Leopoldshall-Staßfurt; Forschungsinstitut für Landarbeit in Pommeritz (Oberlausitz); Forschungsinstitut f. Zementindustrie (noch unbestimmt).

Geplante Anstalten: Forschungsinstitut für Braunkohlentechnik und Mineralöl-Chemie in Berlin; Forschungsinstitut für Braunkohlentechnik in Freiberg i. S.; Forschungsinstitut für Textilindustrie in Chemnitz; Zentralinstitut für Tierhaltung und -ernährung in Köln; K. W. J. für Arzneiforschung; Thüring. Landesanstalt f. Gewässerkunde in Weimar.[2]

---

[1] Im gleichen Etat wurden 1923 erstmalig 4500000 Mark als Zuschuß eingestellt, im Mai 1923 durch Antrag der Abg. Dr. Schreiber und Genossen erhöht auf 45000000.

[2] Für Forschungsinstitute der K. W. G. vgl. die Jahresberichte von 1912 (I), 1913 (II), 1916 (III—V), 1922.

Ferner: Die Naturwissenschaften, IX. Jg. 1921 Heft 18: Dem Präsidenten der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft ... Adolf von Harnack zur Feier seines 70. Geburtstages. Dort besonders: F. Glum, Zehn Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften

Wie man sieht, bezeichnet das Jahr 1911 ein Epochenjahr in der deutschen Wissenschaftsgeschichte. Nicht bloß organisatorischer Momente wegen, weil jetzt Institut für Institut in den nachfolgenden Jahren heranwuchs. Auch darum, weil mit der Gründung dieser Gesellschaft die deutschen Erwerbsstände, im besonderen die Industrie, mit einer finanziellen Beteiligung hervortraten, die in Deutschland in diesem Ausmaße auch in der Stetigkeit der Beiträge durchaus neu war. Neben den Staat, der viel zu lange fast allein und fast ausschließlich der finanzielle Träger der Wissenschaftspflege gewesen war, trat die Wirtschaft, trat, was in mehr als einer Hinsicht wertvoll war, das berufsständische Interesse und die erwerbstätige Genossenschaft. Das war eine Entwicklung, in der uns das westeuropäische und erst recht das amerikanische Geistesleben längst vorausgeeilt war. Eine Entwicklung, die für die deutsche Wissenschaft zweifelsohne eine Erweiterung ihrer Arbeitsmöglichkeit, eine Erhöhung ihrer Arbeitsleistung und gleichzeitig eine Mehrung ihres Einflusses auf die Öffentlichkeit bedeutet. Freilich bleibt der Weg noch weit, daß Wissenschaft über die Interessenkreise des Staates und der Wirtschaft hinausgreift und zu einer Sache des Gesamtvolkes wird.

Es war, wie angedeutet, das Eigenartige an diesen Gründungen, die die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mehr oder minder in die Hand nahm, daß sie in die letzten Jahre vor dem Weltkrieg fielen. Ja, der wissenschaftliche Organisationsdrang war so stark, daß ihn selbst die Kriegsjahre und die Nachkriegszeit nicht zu hindern schienen. Aber es war sein tragisches Geschick, daß auch dieser Organisationswille in den Bannkreis der Währungszerrüttung geriet. Damit erscheint dieses hoffnungsvolle junge Leben in seinem Bestande gefährdet. Bereits 1922 sah sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft genötigt, Mittel des Reichshaushalts in Anspruch zu nehmen.[1] Angesichts der Geldentwertung erwies es sich als unmöglich, mit dem Stiftungskapital die vorbezeichneten Forschungsaufgaben durchzuführen.

Nun stehen wir inmitten einer schweren Krisis unserer gesamten Forschungseinrichtungen. Sie begreift natürlich nicht bloß die vorbezeichneten Institute, sondern ebensosehr die verwandten Anstalten der Universitäten und Hochschulen in sich. Sie haben mit den glei-

[1] Im Reichshaushalt beim Etat des Reichsministeriums des Innern (S. 112) ist für 1923 ein Zuschuß von 14000000 Mark eingesetzt, den gleichen Betrag zahlt Preußen.

chen Schwierigkeiten zu kämpfen. Von dem Notstand aller dieser Institute soll im nachfolgenden die Rede sein.

Um zu einer Reihe von Einzelheiten vorzudringen: bei mehr als einem Institut wird es fraglich, ob es überhaupt am Leben erhalten werden kann. So sind die Aerodynamische Versuchsanstalt der K. W. G. in Göttingen, das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung in Neubabelsberg, sowie das Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffchemie in Dahlem in ihrem Bestande ernstlich bedroht. Ähnlich gefährdet erscheinen die bedeutsamen Institute für Krebsforschung in Heidelberg, sowie die Parallelinstitute in Berlin und Frankfurt. Gleichzeitig erlahmen die Untersuchungen für Tuberkulose und Seuchenbekämpfung.

Was den Daseinskampf der übrigen Anstalten angeht, so zeigen sich überall verwandte Züge. Forschertätigkeit mit den vorhandenen Mitteln ist fast unmöglich geworden.

Alle diese Institute haben einmal die ganz bedeutenden Sachausgaben, also die Aufwendungen für Beleuchtung, Heizung, Reinigung und für die gesamte Instandhaltung zu tragen. Dieser Sachetat ist gegenwärtig bereits derart groß, daß die für die wissenschaftliche Forschung in Anspruch genommenen Summen übermäßig stark gekürzt werden. Wenn der Sachetat schon derartig aufschwillt, meldet sich aber gleichzeitig noch der Personaletat mit seinen hohen Forderungen an. Wie mißlich die Dinge liegen, mag uns der letzte Bericht des großen Forschungsinstituts der Monumenta Germaniae historica zeigen. Er wirkt in dieser Hinsicht typisch. Dort wird uns ausführlicher mitgeteilt, daß nach den großen Lähmungen des Krieges allmählich wieder die wissenschaftliche Arbeit einsetzte, daß aber das ganze Institut nicht vollkräftig arbeiten kann, weil die ungeheueren Preissteigerungen eintreten, weil die Entwertung des Geldes immer weitere Fortschritte macht, weil ferner die Notwendigkeit besteht, das Personal den Manteltarifen anzupassen, so daß für die wissenschaftlichen Arbeiten nur wenig übrig bleibt. Damit ist der eigentliche wissenschaftliche Etat „auf das ernsteste gefährdet."[1]

Der Notstand äußert sich weiter darin, daß eine unangenehme Knappheit an Material aller Art sich geltend macht. Sie wird

[1] Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften vom 13. Juli 1922.

natürlich durch die hohen Materialpreise hervorgerufen. In der Tat sind die Summen, die für Apparate, für Chemikalien, für Materialien und für das gesamte Handwerkszeug des Forschers aufgewendet werden, geradezu ins Ungeheure gestiegen. Diese Preise sind natürlich volkswirtschaftlich und weltwirtschaftlich durchaus begreiflich, aber institutswirtschaftlich unerträglich.

Ein mikroskopischer Apparat für medizinische Untersuchungen, der vor dem Kriege 1000, im Höchstfalle 1500 Goldmark erforderte, war noch im August und September 1922 mit 80—100 000 Papiermark zu erstehen; im Dezember 1922 kostete er schon 400 000 M., während er im April 1923 eine Ausgabe von 3½—5 Millionen bedeutete. Das deutsche Mikroskop hatte einst einen Siegeszug in die Kulturwelt angetreten, an dem deutsche Wissenschaft und Technik gleichzeitig beteiligt waren. Gegenwärtig ist dieses deutsche Erzeugnis für die Kaufkraft der deutschen Wissenschaft fast unerschwinglich geworden. Es ist ein schmerzliches Gefühl für uns Deutsche, daß jene Apparate heute ins valutastarke Ausland abwandern, die aus unserer Initiative flossen.

Um das Einst und Jetzt mehr zu verdeutlichen, sehe man sich einmal näher unter den Beschaffungsgegenständen eines physikalischen Universitätsinstituts um: Schieberwiderstände (5 Ampère) kosteten im Frieden 36 Mark, im April 1923 aber 200 000 Mark, ein Elektromotor stieg (1/20 PS 3500 Touren) für den gleichen Zeitraum von 130 auf 500 000 Mark, ein kleiner Projektionsapparat (bis 9/12 Bildformat und Bogenlampe 110 V, 4 A) von 230 auf 750 000 Mark, ein Epidiaskop (Zeiß) von 1580 auf etwa 5 000 000 Mark. Das sind unheimliche Teuerungsziffern, die die Forschung hemmen und noch weiter steigen.

Mit ängstlicher Sorge beobachtet man heute in Laboratorien und Kliniken das Lebensalter eines Röntgenapparates. Ist dieser doch etwas außerordentlich Kostbares geworden. Es ist noch gar nicht so lange her, daß man einen Röntgenapparat für 100—200 000 Mark beschaffen konnte; im November 1922 kostete jedoch ein kleiner Apparat schon 4 320 000 Mark, ein großer 6 320 000 Mark, im April 1923 dagegen 40—50 Millionen. Für Spezialzwecke sind natürlich mit den Anlagekosten noch größere Summen erforderlich. Wie der Reichsminister Oeser mir neulich mitteilte, sah der Provinziallandtag der Provinz Sachsen im Jahre 1922 davon ab, der Landesfrauenanstalt in Erfurt einen Apparat zu besorgen, weil die Kosten (über 20 Millionen) sich als zu hoch erwiesen.

Für wissenschaftliche Zwecke, aber auch für Heilzwecke, wird demnach in der Benutzung des Apparats bereits gespart. Man unterläßt also manches wertvolle wissenschaftliche Experiment, um die Lebensdauer dieses Apparates weiter hinaufzuschrauben. Man fürchtet zudem die Reparaturkosten.

Ähnlich liegt es in anderen Dingen, wo Materialkosten die Forschung hemmen.

Der Preis für ein Liter reinen Alkohols betrug 1914 etwa eine halbe Mark und im November 1922 schon 1500 (den Dollarstand mit 8000 gerechnet). Anfang Mai 1923 kostete er dagegen 15000 Mark. Das sind Summen, die für den Haushalt eines Laboratoriums oder einer Klinik fast unerschwinglich werden, die sich aber für das Jahr 1923 noch unleidlicher anlassen. Oder man nehme etwa die Preise für Quecksilber, das für die Chemie wie für die Physik der luftleeren Räume und ebenso für medizinische Untersuchungen und Anwendungen unentbehrlich ist. Erhielt man noch Anfang 1922 das Kilo für 200—400 Mark, so zahlte man Anfang 1923 bereits 40 000 Mark. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Preise für das Gramm Platin von 200 Mark auf 10 000 das Gramm. Mit Recht hat man einmal bemerkt, ein Laboratorium, aus dem ein Dieb die Platingeräte stiehlt, ist zum Tode verurteilt; denn für eine Neuanschaffung fehlen die Mittel. Ebenso wird es fast unmöglich, Radium zu erwerben. Waren doch bereits April 1923 für ein Milligramm 500—600 000 Mark zu zahlen.

Ähnlich erhöhten sich die Ausgaben für jene Apparate, mit denen man elektrische Messungen vornimmt.

So kostete ein Ampèremeter von 5—40 Ampère im Frieden 54 Mark, im November 1922 aber 21 600 Mark, ein Voltmeter bis 140 Volt im Frieden 57 Mark, im April 1923 aber 175 000 Mark, ein Millivoltmeter im Frieden 390 Mark, im April 1923 aber 1,2 Millionen Mark, ein Milliampèremeter im Frieden 588 Mark, im November 1922 aber 3 000 000 Mark. Also schon für diesen Zeitraum durchschnittliche Steigerungen um das 3000—3500 fache. Andere Meßinstrumente erlebten sogar angesichts der Glaspreise Steigerungen um das 1100—1200 fache, und das schon im Herbst 1921. Kostete ein Panzergalvanometer in der Vorkriegszeit 675 Mark, so mußte man dieses in der Tat im April 1923 mit 2 500 000 Mark bezahlen. Ähnlich stieg in den gleichen Zeiträumen der Preis für ein Spiegelgalvanometer von 270 Mark auf 1 500 000 Mark.

Gewiß sind alle die Steigerungen, die mit dem Anfang des Jahres 1923 außerordentliche Formen angenommen haben, nur

Ausdruck der fallenden Mark. Aber nun liegt, wie schon angedeutet, die Lage bei den Forschungsinstituten leider so, daß ihr Haushalt eine entsprechende Steigerung der Einnahmen nicht erfährt, um sich dieser Geldentwertung anzupassen. Man durchblättere nur die Etatsbände der Einzelstaaten oder sehe sich im Haushaltsplan der Kaiser-Wilhelm-Forschungsinstitute um, damit man den gewaltigen Abstand zwischen wirklich vorhandenen und den an sich erforderlichen Mitteln ermißt. Einer unserer führenden Physiker teilte mir im Herbst 1922 mit, daß sein physikalisches Universitätsinstitut über einen Vorkriegs-Haushalt von 6000 Goldmark zur Beschaffung von Apparaten verfügte, und daß dieses Institut für 1922 zu dem gleichen Zweck 2 400 000 Mark an sich benötige. Die in Wirklichkeit vom Ministerium gewährte Summe blieb in weitem Abstand hinter diesem Voranschlag zurück. Ein anderes: das Institut für angewandte Chemie in Erlangen bezog 1918 eine staatliche Unterstützung von 16 000 Mark. Es war keine Besserstellung, wenn diese 1922 auf ganze 80 000 Mark erhöht wurden. Solche Summen kennzeichnen nur den Rückgang, in dem wir bereits begriffen sind.

Ein weiteres aus dem geisteswissenschaftlichen Gebiet: für die Bibliothek des kirchenrechtlichen Seminars der Universität München waren im Etatjahre 1922 ganze 2000 Mark ausgesetzt.[1] Dabei betrug der Anschaffungspreis des Jahresbandes der Kanonistischen Abteilung der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, der nicht fehlen darf, bereits 10 000 Mark. Im kirchengeschichtlichen Seminar der kathol.-theol. Fakultät der Universität Münster unterblieb der unerschwinglichen Kosten wegen die Anschaffung des Fortsetzungsbandes von Pastors Papstgeschichte. Das sind unerträgliche Verkümmerungen.

Über die Krisis der Forschungsstätten haben gerade in der letzten Zeit in der Presse eine Reihe bedrängter und namhafter Gelehrter (Harnack, Haber, Kehr u. a.) sich geäußert. Geheimrat August von Wassermann, der bekannte Mediziner und Forscher, wies im Berliner Tageblatt vom 7. November v. J. darauf hin, daß die gegenwärtige Geldentwertung in Deutschland die wissenschaftlichen Institute, zumal diejenigen, die sich mit der experimentellen Forschung be-

[1] Rede des Abgeordneten Dr. Scharnagl im Bayerischen Landtag, 166. Sitzung vom 14. Februar 1923.

schäftigen, in den Abgrund zu reißen drohe.[1] Seine Begründung ist recht überzeugend und zugleich plastisch gehalten: mit der bloßen Gedankenkonzeption ist es für experimentelle Forscher nicht getan. Der Gelehrte muß vielmehr in der Lage sein, am Tiere, d. h. also am lebenden Körper, seine Studien zu machen. Das bedingt aber Einrichtungen, die mit der neuzeitlichen Entwicklung die bescheidenen Werkstätten eines Alexander von Humboldt und Justus von Liebig längst überwunden haben. Das Laboratorium ist gewissermaßen eine Industrieanlage im Kleinen geworden. So enthält die wissenschaftliche Werkstätte eines Biologen Instrumente chemischer und physikalischer Art, Brutschränke und Kühlanlagen, Vakuumräume und Sterilisatoren, Nährbodenküchen und Digestorien, Desinfektionseinrichtungen und zahllose andere Vorrichtungen. Solche Arbeitsstätten hat deutsche Wissenschaftlichkeit und deutsche Gründlichkeit in geradezu vollendeter, wundervoller Technik im Zeitalter vor dem Kriege entwickelt, und das alles welkt allmählich dahin. Es ist ja kaum noch möglich, diese Laboratorien in ihrem wissenschaftlichen Hochstand zu erhalten.

Wassermann legt unter anderem dar, daß er als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie in Dahlem seit Wochen nicht mehr imstande sei, die nötigen Versuchstiere für seine Experimentaluntersuchungen zu beschaffen. Jene Tiere sind also nicht mehr erhältlich, die zur Prüfung der Salvarsanpräparate und der Extrakte für die Wassermannsche Reaktion, sowie für die Ausführung der diagnostischen Lues-Untersuchungen schlechterdings unentbehrlich sind.

Es zeigt sich nämlich, daß in Deutschland die meisten Züchter von Versuchstieren heute ihre sämtlichen Zuchtversuche eingestellt haben. Es waren das fast alles Kleinzüchter, die die sehr gestiegenen Futterpreise nicht mehr zu tragen vermochten. Das Fleisch mancher Versuchstiere wird für Ernährungszwecke verwendet. Kaninchen wurden an ein-

[1] „Die Krisis der Forschungsstätten" Nr. 505; siehe auch A. Thiele, Die Beziehungen der Industrie zu ihren kulturellen Einrichtungen, Vortrag gehalten auf der Hauptversammlung des „Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine" am 6. November 1922 im Ingenieurhaus, Berlin NW 7, Sommerstraße 4a (ohne Druckort). Den Rückgang der deutschen Forschungsinstitute behandelte auch das Kopenhagener Blatt Berlingske Tidende vom 11. Dezember 1922 auf Grund einer Unterredung seines Berichterstatters mit dem Abg. Dr. G. Schreiber.

zelnen Orten im Dezember 1922 mit 500 Mark für das Pfund bezahlt; dazu trat noch der Preis für das Fell. Für einen Kaninchenzuchtbock zahlte man im April 1923 nicht weniger als 40000 Mark, für eine weiße Maus entrichtete man 3000 Mark. Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands konnte in dieser Hinsicht im Jahre 1922 traurige Wahrnehmungen machen. Wo noch ein Rest an Tieren bleibt, haben wir einen Ausverkauf dieser Versuchstiere nach England, Frankreich und Holland, weil die Edelvaluta auch auf diesem Gebiete lockt. Nach Mitteilungen eines schwer betroffenen Forschungsinstituts wurden bereits im Juni 1922 von Ausländern für Meerschweinchen 5—6 französische Franken gezahlt, für Ratten 4 Franken. Es klingt wie ein Scherz, aber es war doch bitterer Ernst, als im Sommer 1922 der Direktore ines Instituts für experimentelle Therapie bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft beantragte, die Regierung möge ein Ausfuhrverbot für Kaninchen, Ratten, Meerschweinchen und Mäuse erlassen. Die Notgemeinschaft hat dieses Gesuch am 15. Juni 1922 an das preußische Kultusministerium weitergeleitet. Wir stehen heute schon mehr oder minder vor der Notwendigkeit, daß wir für wissenschaftliche Zwecke Versuchstiere zum Goldkurs aus dem Ausland einführen müssen, da wir kein genügendes Material haben, um den Betrieb unserer Laboratorien auch nur notdürftig aufrechtzuerhalten. Wie traurig diese Dinge liegen, mag die Mitteilung erhärten, daß die Zuchtanstalten für Meerschweinchen bis auf eine einzige bayrische Anstalt eingegangen sind. Wie ich höre, steht auch diese letzte wissenschaftliche Züchtungsstation vor dem Aussterben. So ist Tiermaterial in Deutschland für Versuchszwecke in der nächsten Zeit überaus schwierig aufzutreiben. Die experimentelle Tierforschung, die bei anderen Völkern zum Besten der Heilkunde rüstig vorwärts schreitet, steht demnach bei uns vor der Preisgabe.

Die Höchster Farbwerke haben sich für ihre Versuche eine größere Zuchtanstalt auf einem Gut errichtet, das sie gekauft haben. Leider sind wissenschaftliche Forschungsinstitute geldlich nicht in der Lage, ähnliche Ersatzmittel ins Leben zu rufen.

Dazu treten andere Hemmungen und Behinderungen, die sich für unsere Laboratorien von Tag zu Tag häufiger einstellen. So konnte Wassermann ferner anführen, daß er früher bei gewissen Experimenten mit dem sogenannten Jenenser Glas arbeitete. Fehlerquellen

waren bei diesem Verfahren ausgeschlossen. Heute ist das Jenenser Glas für die meisten wissenschaftlichen Institute Deutschlands unerschwinglich. Darum muß man mit gewöhnlichem Glas arbeiten. Selbst der Preis dieses Materialglases belastet den Jahreshaushalt dieser Institute außerordentlich. Aber das eigentlich Schlimme ist der andere Umstand, daß bei Verwendung dieses Materials die Zuverlässigkeit der Ergebnisse leidet, was wiederum für die Genauigkeit gewisser serodiagnostischer Untersuchungsverfahren von den allerbedenklichsten Folgen ist. Ähnlich wie bei Tieren und Apparaten macht sich die Materialnot in chemischen Reagenzien geltend: „Schon die gewöhnlichen Präparate sind unerschwinglich, ganz zu geschweigen von den komplizierten organischen oder gar Edelmetallverbindungen: diese übersteigen den Etat jedes Instituts, und wenn man nicht Vorräte aus besseren Zeiten hat, kann man überhaupt auf manchen Gebieten nicht mehr arbeiten" (Wassermann).

Diese schwerwiegenden Störungen der Wissenschaftsarbeit geben sich zu allem noch darin kund, daß es kaum noch möglich ist, in Forschungsinstituten wissenschaftliche Zeitschriften außerdeutscher Herkunft zu halten. Niemanden wird es überraschen, wenn für den Gelehrten psychologische Hemmungen hinzutreten. Die Schaffensfreude und die Schaffenskraft des Gelehrten leidet, wenn er immer wieder erfährt, mit welchen Widerständen seine Arbeit Tag für Tag zu rechnen hat. Auch der Forscher braucht den Enthusiasmus als schöpferischen Urgrund der wissenschaftlichen Tat. Und dieser Enthusiasmus wird in all den Widerwärtigkeiten geschwächt oder ertötet, die das „mit Sparsamkeit" angestellte Experiment oder der „Verzicht" auf bestimmte Materialien auslöst. Wissenschaftsarbeit ist nun einmal ihrem Wesen und zum guten Teil auch ihrem Ziel nach Beherrschung der Natur und des Stofflichen, nicht aber ein Zurückweichen vor den Elementen. Wissenschaftsarbeit ist ebenso stete Wiederholung und unablässige Beobachtung. Oft zeitigt erst der hunderste oder zweihunderste Versuch das Ergebnis. Wo soll aber wissenschaftlicher Fortschritt entwickelt werden, wenn mit Regel und Retorte gespart werden muß?

Wir wollen davon absehen, weitere und schmerzliche Einzelheiten anzuführen. Wenn wir nun aber die Bilanz dieser Entwicklung ziehen und den Passivsaldo aufstellen, so ist es nicht bloß der Niedergang

[1] Siehe dieserhalb auch Schmidt-Ott im Berliner Tageblatt vom 2. Nov. 1922.

dieses oder jedweden Laboratoriums, der zu beklagen ist, sondern es handelt sich um die Gesamterscheinung eines Rückschritts und eines Verfalls bedenklichster Art. Rückgang wissenschaftlicher Forschungsinstitute ist aber gleichbedeutend mit dem Niedergang deutscher Volksgesundheit (es leidet die Erforschung und Heilung der Volksseuchen, der Zustand unserer Kliniken), gleichbedeutend mit der Minderung unserer Volkskraft und unserer Volkswirtschaft, mit der Erzielung eines minderwertigen wissenschaftlichen Nachwuchses. Mit der Lähmung unserer Forschung sinkt auch ein Stück deutschen Weltruhms und deutscher Weltgröße dahin.

4. Die Bibliotheken

Hand in Hand mit dem Rückgang unserer Forschungsinstitute geht auch der Rückgang der wissenschaftlichen Büchereien. Ihre geisteswissenschaftliche Bedeutung und ihr kultureller Wert wird immer noch unterschätzt. Es wäre gewiß sehr einseitig, die Bibliothek etwa als ein Institut anzusprechen, das abseits vom großen Menschheitsverkehr liegt und dessen Wesen darin besteht, staubige und alternde Büchermassen anzuhäufen und aufeinanderzuschichten. Aber solche Vorstellungen sind nach wie vor landläufig. Nur schwer setzen sich Wissenschaftswerte im Volksbewußtsein durch. Doch hoffen wir im Zeichen einer sich steigernden Volksbildung auf eine Umwertung und auf ein weit geteiltes Verständnis dafür, daß die großen Bibliotheken zentrale Werkstätten deutscher Kultur bedeuten, gewissermaßen die geistigen Hochöfen unseres Landes, oder ebensoviele geistige Verpflegungsämter unseres Volkes darstellen. Sie sind andererseits wiederum die gewerbfleißigen Mittelpunkte einer ideellen deutschen Produktion.

Was im besonderen ihr Verhältnis zur Forschung betrifft, so hat Adolf v. Harnack ihre Fruchtbarkeit auf die geistvolle Formel gebracht: „Man kann sie mit gewaltigen Reservoiren vergleichen, aus denen die Forschung im Lande gespeist wird. Ruhig und ohne Lärm ergießt sich das befruchtende Wasser in Tausenden von Kanälen durch das Land, und die meisten denken nicht daran, was die Kultur den Bibliotheken verdankt; sie würden es erst merken, wenn plötzlich diese Reservoire verschwinden würden."[1]

[1] Aus Wissenschaft und Leben I, 129.

In diesem Bilde tritt das Moment des Schöpferischen und Lebenspendenden eindringlicher noch als bei Leibniz hervor, der im übrigen mit stärkster innerer Berechtigung von den Bibliotheken als von den „Schatzkammern aller Reichtümer des menschlichen Geistes" redete. Er war einer der größten Bibliothekare aller Zeiten.

Es war bislang eine bemerkenswerte Eigentümlichkeit der jungen amerikanischen Kultur, daß sie über die besten und zahlreichsten Volksbüchereien und Unterrichtsbibliotheken verfügte, zum Teil im Zeichen jenes volksbildnerischen Interesses, das den amerikanischen Volkshochschuleinrichtungen (die von Anna Ficknor in Boston 1873 begründete Society to Studies at Home, die Chautauqua Meetings etc.) das eigenartige Gepräge gibt. Andererseits war es der besondere Ruhmestitel deutscher Geistigkeit, die meisten großen wissenschaftlichen Bibliotheken zu besitzen in jener bemerkenswerten Entwicklungslinie, die ebensosehr an die alte Klosterkultur (Fulda, Reichenau, Hersfeld, Lorsch, St. Gallen, St. Blasien) anknüpft, wie sie auch die reiche und kulturfrohe Gliederung des deutschen Territorialfürstentums zum Ausdruck bringt. Zu allem kommt als bereicherndes Moment die großzügige Organisation und Technik des modernen deutschen Bibliothekswesens hinzu. Einzelheiten dieser Entwicklung hat uns F. Milkau eindringlich und anschaulich näher gebracht.[1]

So gehören die deutschen Büchereien zu den hochragenden Denkmälern deutscher Vergangenheit und ebenso einer der Fruchtbarkeit zugewandten Gegenwart. Nun aber erhebt sich bei aller grundsätzlichen Hochschätzung die schmerzliche Frage: Wie sieht es heute mit diesen Bibliotheken aus?

Auch hier die Erscheinungen eines Niederganges und Verfalls, der sich für die deutsche Gesamtkultur schmerzlich genug fühlbar macht. Schon die Bücherpreise lassen erkennen, welche Spannungen heute zwischen dem Haushalt der Bibliothek und dem Bücherfoll besteht. Das deutsche Inlandsbuch ist für die Bibliothek von heute in der Tat zu teuer geworden, obwohl es an sich immer noch — an der Geldentwertung gemessen — als preiswert erscheint. So ist es für den Bibliotheksbaushalt einfach unerträglich, daß bereits im März 1923 die Papierpreise das 9000 fache des Friedenspreises ausmachten und die Buchherstellung das 5—6000 fache des Friedenspreises be-

[1] Die Bibliotheken (Kultur der Gegenwart I. 1. Aufl. 2. 1912. S. 580 ff.)

trug. Waren doch nach dem Buchdruckertarif vom 4. März 1923 die Druckkosten um das 4965 fache und die Buchbinderkosten um das 5470 fache gestiegen.[1] Je mehr die Preise in die Höhe gehen, in dem nämlichen Verhältnisse geht die Kaufkraft der Bibliotheken zurück; denn die öffentlichen Zuschüsse wachsen nicht im gleichen Maße. Bei einer vergleichenden Statistik, die auf dem letzten deutschen Bibliothekartag Pfingsten 1922 in Kassel vorgelegt wurde, besitzen von sechzehn großen deutschen Bibliotheken acht dieser Büchereien noch nicht einmal ein Viertel der Kaufkraft vor dem Kriege. So ist der Rückgang der Leistungsfähigkeit sehr ansehnlich geworden.

Bereits im Juni 1922 konnte der Bibliotheksdirektor Leyh (Tübingen[2]) auf Grund von Meldungen, die an das Auskunftsbüro der deutschen Bibliotheken ergingen, feststellen, daß selbst Standardwerks deutscher Wissenschaft nur in ein bis zwei Bibliotheken vorhanden waren, Werke, deren Vorhandensein als unbedingte Notwendigkeit angesehen werden muß. Umfragen haben die Richtigkeit der Angaben des Auskunftsbüros bestätigt. Direktor Leyh hat dann auf Grund des Verzeichnisses der Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels weiterhin mitgeteilt, daß bei den Preisen Mai-Juni 1922 der Kauf der unbedingt notwendigen, wissenschaftlich wichtigsten deutschen Bücher eines Jahres eine Million Mark erfordern würde. Er hat damals Pfingsten 1922 auf dem Bibliothekartag in Kassel an die Regierungen der Einzelstaaten die Aufforderung gerichtet, diesem Bedürfnis nachzukommen und für den Kauf der deutschen Bücher eine Million Mark zu bewilligen, während die Notgemeinschaft für den Kauf der ausländischen Bücher aufkommen müsse. Es braucht kaum im einzelnen ausgeführt zu werden, wie sich inzwischen die Lage weiter verschlechtert hat: der Buchhandel hatte am 13. September 1922 noch eine Schlüsselzahl von 60, am 27. Dezember 600; am 19. Februar 1923 betrug sie schon 2000 und am 4. Juni 1923 stieg sie auf 4200. Die Schlüsselzahl bildet den Multiplikator für einen Grundpreis, der hie und da ziemlich willkürlich bestimmt ist. Dagegen sind die Etats der Bibliotheken nur wenig geändert. Höchstens stehen einige 100000

[1] Vgl. Georg Leyh, Der Bücheretat der Universitätsbibliothek. Zentralblatt für Bibliothekswesen. Jg. 39. 1922 S. 227 ff.

[2] Vgl. den 2. Bericht der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (Halle 1923) 17.

Mark mehr für Anschaffungen zur Verfügung. Auch die Gewährung von einigen außerordentlichen Mitteln, so dankenswert sie an sich empfunden wird, hat nicht viel geholfen. Es liegt leider so: gemessen am Friedensstande, sind alle diese Bemühungen als unzureichend zu erachten. Die Entwertung des Geldes und die lange Frist, welche verstrich, bis das Geld in Form eines Buches in die Bibliothek gelangte, haben dazu geführt, daß der Standard der deutschen Bibliotheken ungeheuer herabgesunken ist. Man muß es sich einmal klarmachen, daß der Etat einer kleinen Universitätsbibliothek wie der Universitätsbibliothek Upsala bei einem Dollarstand von 4000 ℳ mit 135 Millionen Mark balanciert, wovon die Hälfte auf den Vermehrungsfonds entfällt, während Preußen noch im November 1922 für die Gesamtheit seiner wissenschaftlichen Bibliotheken eine außerordentliche Etatsüberschreitung von insgesamt 17 Millionen Mark für eine außerordentliche Hilfe ansah. Was bedeutet es weiter, wenn wirklich der Bibliotheksausschuß der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in der Lage ist, für die gesamten Bedürfnisse aller wissenschaftlichen Bibliotheken und Institute insgesamt 161 Millionen Mark bis April des Jahres 1923 aufzuwenden! An einem Dollarstand von 15000 Mark gemessen, wäre das für ganz Deutschland etwas über 10000 Dollar!

Wie sehr wir zurückgeblieben sind, mögen auch neuerliche Mitteilungen der Generaldirektoren der preußischen und der bayerischen Staatsbibliothek ergeben. Sie brachten die betrübliche Feststellung, daß selbst diese beiden größten Bibliotheken nicht mehr in der Lage sind, manche der neuerscheinenden großen Publikationen deutscher Verleger zu kaufen, so daß sie ihre Aufgabe, ein Archiv des geistigen Lebens der Nation zu sein und dem Gelehrten sein Rüstzeug zu bieten, in keiner Weise erfüllen. Insgesamt muß man Anfang 1923 im Bibliothekswesen mit einer Steigerung auf das 1400fache rechnen, eine Zahl, die bereits wieder überholt ist, da dieses Buch erscheint. Die Etats der Bibliotheken sind der Teuerung auch nicht im entferntesten nachgekommen.

In der Beschaffung der ausländischen Bücher tritt der Rückgang des Bücherwesens noch stärker in Erscheinung, da hier eben rein mit dem Dollarkurse zu rechnen ist. Auch der andere Umstand macht sich geltend, daß in den Ländern mit hochwertiger Valuta die Kosten für Druck und Material stark gestiegen sind. Dazu treten hohe Zölle, Frachtsätze, Porti, wenn man von der nicht selten unfreundlichen

Haltung ausländischer Verkehrsbehörden absehen will. Ein Jahrgang einer guten englischen Zeitschrift kostet 1 bis 4 Pfund. Die großen englischen wissenschaftlichen Gesellschaften verlangen im allgemeinen 1 Guinee gleich 1 Pfund 1 Schilling als Mitgliedsbeitrag, wofür ihre wichtigen Publikationen geliefert werden. Und in Frankreich ist mit der Frankentwertung der Zeitschriftenpreis in die Höhe gegangen, so daß wir auch hier mit denselben Ziffern zu rechnen haben. Es ist aber unbedingt erforderlich, daß an jeder Universität das „Philosophical Magazine“ oder die „Comptes rendus hebdomadaires“ vorhanden sind. Es genügt nicht, daß ein Exemplar zu gelegentlicher Einsichtnahme in Berlin oder München eingestellt ist. Auch bei weitgehender Unterstützung des Leihverkehrs, etwa durch Gewährung von Portofreiheit, können diese Einzig-Exemplare nicht für ganz Deutschland ausreichen. Bei abstrakten Wissenschaften wird der Praktiker vielleicht den Schaden nicht so hoch veranschlagen. Aber bei den Naturwissenschaften und auch in manchen anderen Disziplinen ist das Defizit unerträglich.

Noch nach einer anderen Seite entsteht Deutschland ein Verlust von vielen Millionen Mark, wenn den deutschen Bibliotheken und damit den deutschen Vertretern bei den gemischten Schiedsgerichten nicht die erforderliche juristische Auslandsliteratur zur Verfügung steht, auf Grund deren sie die Interessen Deutschlands vertreten können.

Eine weitere Erwägung, die in eine andere Richtung weist, tritt hinzu. Ein naturwissenschaftlicher Versuch, der oft 100 000 ℳ und mehr kostet, wird von einem deutschen Forscher in Angriff genommen. Dieser weiß aber nicht, daß man bereits in Amerika denselben Gedanken verfolgt hat, ja daß das Ergebnis bereits in wissenschaftlicher Formulierung gedruckt vorliegt. So wären beträchtliche Summen zu ersparen gewesen. Ebenso hätte auf Grund der vorliegenden Ergebnisse wirklich weiterbauende Arbeit für die Wissenschaft geleistet werden können.

Andere Besorgnisse, daß sich wissenschaftliche Minderwertigkeit entwickelt, legen sich nahe. Medizinische Fachgelehrte können auf ihren Fachgebieten nur auf der Höhe bleiben, wenn sie sich in der Lage sehen, die Literatur des Faches zu verfolgen. So geht in der letzten Zeit durch unsere Bibliotheken eine Neuerscheinung der englischen medizinischen Literatur, die über die Vererbbarkeit von Augenkrankheiten, also von Farbenblindheit, von Kurzsichtigkeit, von Astigmatismus und

von anderen Augenleiden handelt, die auf Kinder übertragen werden können. Dieses Werk kostet heute 45 Schilling, das waren Anfang April 1923 etwa 220000 Mark. Angesichts einer solchen Summe stehen wir heute vor der Tatsache, daß eine Reihe kleinerer Instituts-bibliotheken überhaupt nicht mehr in der Lage sind, diese 220 000 ℳ für ein solches wissenschaftliches Auslandsbuch aufzuwenden, weil damit etwa die Hälfte ihres Etats sofort erschöpft ist. Wie soll nun jetzt ein forschender Augenarzt die englischen Zeitschriften bezahlen? Können doch auch die Bibliotheken diese kaum noch erwerben; sie sind vielmehr auf gelegentliche Geschenke angewiesen. Es sei nur erwähnt, daß die führende deutsche Bibliothek, die preußische Staatsbibliothek, vor dem Kriege 2300 ausländische Zeitschriften bezog. Im Winter 1922/23 konnte sie nurmehr etwa 200 halten und einstellen. Die Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek hielt vor dem Kriege ungefähr 500 ausländische Zeitschriften, Anfang 1923 nur noch 5. Daß bei solchen Ausfällen die Gründlichkeit des Wissenschaftsbetriebes leidet, bedarf kaum der näheren Erörterung.

Aber andere schlimme Folgen stellen sich gleichzeitig ein. Man hat uns Deutschen mangelndes Verständnis für die Psychologie unserer ausländischen Gegner vorgeworfen. Heute sind große wissenschaftliche Bibliotheken nicht mehr in der Lage, allgemeine Revüen Englands und Frankreichs zu halten. Fast ebensowenig können sie deren historische und soziologische Zeitschriften einstellen. So werden wir in Zukunft kaum noch ermessen, welche Schule und Schulung die ausländischen Journalisten durchlaufen. Auch die Kenntnis der schönen Literatur, der modernen Romane und Novellen wird zurückgehen. Dabei handelt es sich gewiß um bedeutsame Zugänge zum Verständnis unserer Nachbarn. Eine Art chinesische Mauer scheint sich um uns zu legen, weil wir von dem literarisch pulsierenden Leben unserer Nachbarn mehr oder minder abgeschlossen sind. Das ist ohne alle Übertreibung gesagt. Man erwäge nur, wie etwa die Romanistik und Anglistik für ihre Arbeit dauernd auf die Literatur der romanischen und angelsächsischen Länder angewiesen ist. Nun aber können wir weder Literaturgeschichten noch Textausgaben kaufen, denn z. B. Croß' Werk Life of Fielding kostet 15 Dollar, das sind Anfang April 310000 ℳ. Ähnlich liegt es in der Archäologie: das große Werk von Evans The Palace of Minos kostet 6 Pfund Sterling, das bedeutet Anfang April 1923 etwa 590000 ℳ. Es ist das ein

Buch, das vor dem Kriege sicher in mehreren Exemplaren von den Bibliotheken, Institutsbüchereien und von manchen Fachgelehrten gekauft wäre. Doch die Verarmung geht noch weiter. Es gibt ganze Literaturen, von denen auch nicht ein Werk nach Deutschland kommt. Große wissenschaftliche Büchereien sind nicht einmal in der Lage, unentbehrliche bibliographische Nachschlagewerke zu kaufen.

Zahlreiche Bibliotheken und viele deutsche Fachgelehrte müssen immer wieder feststellen, daß sie gar nicht mehr beurteilen können, was überhaupt im Auslande erscheint. Bei Unterredungen mit Herren von der Rockefeller Foundation, die 1922 stattfand, war es deutscherseits nicht möglich, englische und amerikanische medizinische Werke zu bewerten, weil hier in Deutschland weder die Werke selber aufgelegt waren, noch auch Kritiken über sie vorlagen.

So ist ein entsetzlicher Notstand eingerissen, der auch durch die Hilfe der Notgemeinschaft bisher nicht hat behoben werden können, denn was bedeuten die 4000 ausländischen Bücher oder die 800 ausländischen Zeitschriftenjahrgänge, die die Notgemeinschaft für ganz Deutschland liefert?

Nach der Seite des Aufgabenkreises ist die Bedeutung der Bibliotheken dadurch gesteigert, daß inzwischen an den Universitäten manche neue Lehraufträge erteilt sind, zum Teil behufs besserer Auslandskenntnis. Sie bedingen eine Vermehrung entsprechender Fachliteratur. Aber die Universitätsbibliotheken erleben es keineswegs, daß mit der Schaffung neuer Lehraufträge der Anschaffungsfonds für Bücher sich erhöht.

Wie schwierig die Lage in Sachen der Auslandsliteratur wird, und wie sehr der Spielraum der Forschung eingeengt ist, mag zu allem noch der Situationsbericht einer Universitätsbibliothek zeigen. Sie teilt mir auf eine Anfrage unter dem 2. Januar 1922 mit, wie folgt:

„Der Ankauf von Auslandsliteratur mußte das ganze Jahr hindurch beschränkt werden auf die Erwerbung von 2 täglich gebrauchten Bibliographien, dem „English Catalogue of books" und dem „Catalogue général de la librairie française" (Lorenz), ferner von 13 amerikanischen medizinischen Zeitschriften, welche die „Rockefeller Foundation" in New York gegen Bezahlung in Friedenswährung zu besorgen sich bereit erklärt hat, und endlich von einigen wenigen holländischen Veröffentlichungen, welche der „Verein z. Versorgung des Auslands mit niederländischen wiss. Ausgaben" unter ähnlichen Bedingungen beschafft. Im übrigen ist die Bibliothek für die ausländische Literatur angewiesen auf die Zuwendungen der Notgemeinschaft, sowie auf

die dankenswerten Spenden der „Germanistic Society of America", der dänischen Akademie der Wissenschaften und einer durch die deutsche Gesandtschaft in Stockholm in die Wege geleiteten schwedischen Hilfsaktion.

Was vor allem fehlt, sind die führenden französischen, englischen und italienischen Zeitschriften. Daß Organe wie die „Revue critique", die „Comptes rendus hebdomadaires des séances de l'Académie des sciences" (Paris), die „Revue historique", die „Revue de philologie", die „Annales des sciences naturelles", die „Annales de chimie", die „Annales de physique" — um nur einige französische Reihen zu nennen — seit 1914 auf einer Universitätsbibliothek nicht mehr einzusehen sind, ist ein für den wissenschaftlichen Betrieb unhaltbarer Zustand. Mit den 2—3 Exemplaren, welche die Notgemeinschaft von diesen Zeitschriften für die ganz großen Bibliotheken, in erster Linie die Staatsbibliotheken in Berlin und München, beschafft, ist den Universitätsbibliotheken wenig geholfen; denn im Leihverkehr sind die Bände, da sie von allen Seiten verlangt werden, fast immer erst nach langem vergeblichem Warten zu erlangen."

Zu der Schwächung der Kaufkraft tritt noch das große Vakuum der Jahre 1914 bis 1921. Für diese Zeit stellen die Bibliotheken wie man mit Recht bemerkt hat, ein riesenhaftes Trümmer- und Trichterfeld dar, weil unendlich große Lücken hier gerissen sind. Auch diese Kriegslücken sind schmerzliche Verlustlisten der deutschen Kultur.

Alle diese Darlegungen lassen erkennen, welche große Schwächungen in der Wissenschaftslage und in der Wirtschaftsstellung unserer Büchereien inzwischen eingetreten sind. Erschwerend machen sich dazu genau wie bei den Forschungsinstituten die sächlichen Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und vieles andere geltend, und die Steigerung der Personalkosten geht damit Hand in Hand. Personaletat und Sachausgaben zwingen damit die Bibliotheken, einen großen Teil der Fonds aufzuzehren, die für die Beschaffung wissenschaftlicher Literatur überhaupt bestimmt sind. Ja, auf dem erwähnten Bibliothekartag in Kassel ist ausdrücklich der Sorge Ausdruck gegeben worden, daß es im Winter 1922/23 notwendig sein wird, erhöhte Beiträge der Studenten in Anspruch zu nehmen. So sollen also die Gebühren des studentischen Proletariats mit herangezogen werden, um überhaupt noch bestimmte wissenschaftliche Bibliotheken und Leseräume benutzen und heizen zu können. Dann könnte es dazu kommen, daß am Ende Studentenhilfe dort eingreift, wo der Staat sich nicht mehr in der Lage sieht, entsprechende Gelder für diese Bibliotheken zu bewilligen. Dabei ist der Student selbst hilfsbedürftig.

Zieht man das Ergebnis dieser bedauernswerten Rückbildung, wird

man sagen dürfen: wir haben in wichtigen Fragen des deutschen Bibliothekswesens einen Rückschritt vom Jahre 1922 auf das Jahr 1900 gemacht. Diese Auffassung bezeichnet nicht etwa eine willkürliche Annahme, die lediglich der Sorge und dem Pessimismus entsprungen ist, sondern diese Feststellung ist bereits von der offiziellen und sachverständigen Vertretung der deutschen Bibliothekare (Pfingsten 1922) in Kassel gemacht worden. Die hier einschlägige Entschließung sei wörtlich mitgeteilt:

„Die für den Bücherankauf an wissenschaftlichen Bibliotheken im Rechnungsjahr 1922 ausgesetzten Mittel, soweit sie bis jetzt bekannt sind, bleiben weit zurück hinter den heutigen Bedürfnissen, die durch die Preissteigerungen für deutsche Bücher und für den Einband um das Fünfzehn- bis Zwanzigfache gegenüber den Jahren vor dem Kriege gewachsen sind. Die Bibliotheken sind heute unter das Niveau von 1900 zurückgeworfen, das seinerzeit als unverträglich mit den ihnen gestellten Aufgaben anerkannt worden war. Rascheste Hilfe ist erforderlich, wenn unheilbarer Schaden verhütet werden soll."

Man wird mir zugeben: eine solche Entschließung ist eines der schmerzlichsten Zeugnisse der deutschen Gegenwartslage, eigentlich ohne Gegenstück in der deutschen Kulturgeschichte. Zieht man etwa die Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft zum Vergleich heran, so kann man höchstens feststellen, daß gerade damals die landesfürstlichen Bibliotheken durch die Übernahme der kostbaren Klosterbibliotheken Zeiten ihrer größten Bereicherung und eine gewaltige Mehrung ihres Aufgabenkreises erfuhren. Man sieht auch an dieser Stelle wiederum, wie schwer Reparation und Friedensvertrag sowie der ganze außenpolitische Atmosphärendruck auf den Grundlagen der deutschen Geisteskultur lasten.

Verschlechterungen zeigen sich weiter darin, daß die Ausnützung unserer Bibliotheken zurückgeht. Der Buchverkehr der Bibliotheken untereinander, mehr aber noch zwischen der Bibliothek und dem Benützer, der außerhalb des Bibliotheksortes wohnt, wird mit den steigenden Portokosten außerordentlich erschwert. Das ist eine ernste Beeinträchtigung unserer gesamten deutschen Wissenschaftsleistung. Braucht doch selbst die Wissenschaft die vielen „Stillen im Lande", lebt sie doch von einem umfassenden System von assoziierten und alliierten Mächten. Sie benötigt ja nicht bloß die Tiefenwirkung, sondern auch die Raumdehnung in die Breite. Derartige wissenschaftliche Vorposten im Lande haben ihr als Sammler, als Rezensenten und Referenten angesehener Literaturblätter, als Forscher für

Einzelgebiete unschätzbare Dienste erwiesen. Voraussetzung für diese Mitarbeit blieb im allgemeinen die Fühlungnahme mit der Bibliothek. Diese Verbindung beizubehalten, ist für die meisten Wissenschaftsfreunde im Lande unmöglich geworden.

Wegen der hohen Kosten des Leihverkehrs ist auch die Wirksamkeit der Münchener Staatsbibliothek stark lahmgelegt worden. Wie kaum eine andere Bücherei hat sie Beziehungen und Fäden zu einem großen Freundeskreis unterhalten, der zwischen dem Main und den Alpen gesiedelt ist. Zahlreiche Forschungen der Kunstgeschichte, Ortsgeschichte, Diözesangeschichte, in der gesamten und reich gegliederten Kulturgeschichte Süddeutschlands, aber auch in der Pilzkunde, Gesteinskunde und in der Prähistorie und Volkskunde, sind durch diese Verbindungen gezeitigt, die heute wesentlich gestört sind.

Es ist darum zu begrüßen, daß der Reichstag im Winter 1922 Entschließungen angenommen hat, das Reichspostministerium zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, ob nicht zugunsten der notleidenden Wissenschaft für den Bücherversand eine Verbilligung des Paketportos eintreten kann.[1] Es müßte sich in der Tat ein Notstandstarif mit halben Portosätzen erreichen lassen.

Mehr als eine Äußerung ist in dieser Richtung laut geworden. Nicht bloß wissenschaftliche Individualitäten leiden unter der Erschwerung dieses Leihverkehrs. Der Verband Rheinischer Bibliotheken hat unter dem 14. November 1922 dem Vorstand des Vereins Deutscher Bibliothekare eine Darlegung zur Verfügung gestellt, in der auf die Notlage der gemeindlichen Bibliotheken beim Leihverkehr hingewiesen wird. Einmal habe die Geldentwertung, mit der die Mittel der Büchereien nirgends Schritt hielten, noch halten konnten, eine starke Einschränkung des Bücherkaufs zur Folge gehabt. Andererseits sei die Kaufkraft der Kreise, die die Bibliotheken benützen, verhältnismäßig stark gesunken. So seien die kommunalen Bibliotheken in stärkerem Maße als bisher auf den Leihverkehr mit den großen staatlichen Bibliotheken angewiesen. Aber durch die hohen Porti und Versandspesen sei der Leihverkehr in seiner Existenz bedroht.

Gleichzeitig mit dem Rückgang der deutschen Bibliotheken zeigt sich eine starke Abwanderung deutscher Bibliotheken ins valutastarke

[1] Entschließung des Abg. Allekotte und der Abg. Körner und Vogel (Berlin), Drucksachen des 27. Ausschusses des Reichstags (1. Wahlperiode 1920/22 Nr. 51 und 53).

Ausland. Es verdient in der Geschichte der deutschen Privatbüchereien festgehalten zu werden, daß Bibliotheken wie die der Rechtslehrer Gierke und Kohler, des Philologen Diels und des Mediziners Waldeyer in das Ausland abgestoßen sind. Das sind Verluste, die im Frieden zur Not hingenommen wurden. Aber heute sind solche Verkäufe deshalb geradezu unerträglich, weil man selbst bei häufiger in Sammlungen vorhandenen Werken nur selten an Neuauflagen denken kann, von den eigentlichen Rara solcher Bibliotheken ganz zu schweigen. Denn um auch das einmal zu sagen: die Zeit der großen umfassenden Lehrbücher ist vorüber. Die Bücherpreise und die Verarmung des Abnehmerkreises zwingt dazu, den Wissenschaftsstoff auf Kompendien zusammenzudrängen. Ein wenig leidlicher Zustand, dieses Zeitalter der Extrakte. So führt dieser Ausverkauf fast unersetzliche volkswirtschaftliche und auch geisteswissenschaftliche Verluste für das an wissenschaftlicher Literatur ärmer werdende Deutschland mit sich.

Ebenso bedauerlich ist die andere Tatsache, daß eine große Anzahl wissenschaftlicher Einzelwerke durch das valutastarke Ausland aufgekauft werden. Damit gehen solche Bücher, die unersetzlich sind, der deutschen Forschung und ihrem wissenschaftlichen Nachwuchs verloren.

5. Das wissenschaftliche Buch und die Zeitschrift

Mit dem Rückgang der Bibliotheken und mit dem Verkauf der deutschen Bibliotheken ins Ausland geht ein bedenklicher Rückgang in der Herstellung wissenschaftlicher Bücher Hand in Hand. Gewiß hat sich die Bücherproduktion als solche, wenn sie sich mit dem Friedensstande vergleicht, wieder sehr erheblich gehoben; aber was im besonderen die Wissenschaftsliteratur betrifft, merkt man jedoch von Monat zu Monat immer deutlicher, wie die Erzeugung nachläßt. Begreiflich genug. Die Preise für einen Druckbogen betrugen Mitte November 1922 bei einem wissenschaftlichen Werk 30—35000 Mark, um bereits in der nächsten Zeit überholt zu werden. Anfang Januar 1923 wurden die Kosten von 60000 Mark schon überschritten. Anfang Mai waren sie auf 500000 Mark gestiegen.

Wie ungestüm die Preise auf dem wissenschaftlichen Büchermarkte in die Höhe geschnellt sind, ersieht man an folgendem Fall. Ein wissen-

schaftliches Buch mit einem Ladenpreis von 4 Mark im Frieden war Anfang Januar 1923 nicht unter 3000 Mark zu kaufen. Schon das einfache Lehrbuch kostete damals 4—5000 Mark; ein Sprachlexikon mindestens 15000 Mark, und eine mehrbändige Enzyklopädie, die im Frieden etwa 1—200 Mark erforderte, kostete im Januar antiquarisch mindestens 120000 Mark. — Solche Preisumwälzungen gewähren einen wahrhaft beängstigenden Ausblick für die großen Unternehmen, deren Fortsetzung und Vollendung der deutschen Forschung als unbedingte Pflicht obliegt.

Schon vom Standpunkt der Inlandswissenschaft aus verbietet sich die Meinung, es sei belanglos, ob der Druck dieses oder jenes wissenschaftlichen Werkes ausfalle. Erst recht meldet sich die andere und diesmal auslandspolitische Tatsache in ihrer ganzen wuchtigen Bedeutung an: die Produktion wissenschaftlicher Bücher stellt heute einen Teil des deutschen geistigen Exports dar. Wenn es je irgendeine Zeit in unsern Auslandsbeziehungen gegeben hat, in der es notwendig war, die Ausfuhr deutscher Gedanken und Geistesströmungen in großzügigem Maßstabe wieder aufzunehmen, ist es die gegenwärtige Stunde. Deshalb ist der Niedergang der wissenschaftlichen Bücherherstellung gleichbedeutend mit dem Niedergang deutschen Ansehens, auch mit der Minderung von Möglichkeiten, moralische Eroberungen — richtiger gesprochen Rückeroberungen — im Auslande zu machen.

Mit dem Rückgang der Büchererzeugung begegnet sich der Verfall der Zeitschriften. Ihre literarische Wirksamkeit, die im 18. Jahrhundert mit Wielands Deutschem Merkur einsetzte, war gerade in den letzten Jahrzehnten unserer deutschen Kulturentwicklung gestiegen, nachdem die rückläufige Bewegung der Jahre 1848—1871 überwunden war. Man hatte mit Recht von diesen periodischen Veröffentlichungen bemerkt, ein Teil der Bedeutung, die früher dem „Buch" eignete, sei auf die beweglichere Zeitschrift übergegangen, die damit eine immer unentbehrlichere Tätigkeit ausübte.

Hie und da empfing die Bewegung allerdings einen Stich ins Ungesunde. Kann man doch die Zeit vor dem Kriege geradezu als die Gründerära des deutschen Zeitschriftenwesens ansprechen. In der Tat erblickte oft genug viel zu viel Kurzlebiges, Geschäftliches, mehr in die Breite als in die Tiefe Dringendes das Licht der literarischen Welt. Voll Sorge äußerte sich 1911 Harnack als Generaldirektor der größten deutschen Bibliothek, daß der Etat dieser

Bücherei durch die Zeitschriften übermäßig belastet sei, ja daß sie fast die doppelte Summe dessen verschlingen, was für den Ankauf neuer Bücher zur Verfügung stehe.[1] Welche Umwertung der Werte hat inzwischen stattgefunden! Dem Zeitungssterben ist der Niedergang der Zeitschriften zur Seite getreten. Es schadet nun freilich nichts, daß in diesem darwinistischen Kampf um das Dasein die weniger bedeutenden Organe ausgemerzt sind. Aber es wiegt um so schwerer, wenn manche wertvolle wissenschaftliche Zeitschriften eingehen mußten. Ebenso sind empfindliche Einschränkungen in der Bogenzahl eingetreten. Sie mögen bei manchen Zeitschriften wohltätig wirken, da sie gleichfalls den Grundsatz unerbittlicher Auslese entwickeln. Aber bei anderen Organen wirkt die Einengung wissenschaftlicher Aussprache zweifelsohne entwicklungsschädlich. Die Erstlingsarbeiten des noch tastenden und suchenden Nachwuchses werden besonders in Mitleidenschaft gezogen, da vielfach nur die Zeitschrift eine Drucklegung ermöglichte. — Die Stillegung von Zeitschriften zieht im übrigen noch andere nachteilige Folgen nach sich. Es verringert sich eben die Möglichkeit, wichtige fremde Zeitschriften im Wege des Austauschverkehrs zu erwerben.

Am Horizont deutscher Wissenschaftspolitik erscheint bereits in allernächster Nähe die Aufgabe, eine geistige Planwirtschaft des wissenschaftlichen Zeitschriftenwesens anzustreben. Gerade in dieser Hinsicht wirkt die Tätigkeit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft klärend, sichtend und wegweisend. Wiederum an dieser Stelle wird das Verständnis für bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen solcher Unternehmungen entwickelt und gefördert, das manchem Fachgelehrten — wer will ihn darob schelten? —, aber auch diesem oder jenem Verleger abgeht. Es wird für die nächste Zeit darauf ankommen, bestimmte wissenschaftliche Zeitschriften überhaupt über Wasser zu halten, wenn auch mit sehr eingeschränktem Umfang.

Wo Zeitschriften eingegangen sind, sind oft wertvolle Zusammenhänge zerrissen. Damit hat vielfach auch die wissenschaftliche Silhouette deutscher Landschaften an eindrucksvoller Eigenart verloren. So starb 1922 die „Zeitschrift für christliche Kunst". Nach 34jähriger Wirksamkeit ist sie in der Nachkriegszeit unter die Totenhügel der deutschen Kultur eingereiht. Mochte sie in Einzelheiten der

[1] Aus Wissenschaft und Leben I, 140f.

Kritik manche Nahrung geben, ein anderes ist gleichwohl gewiß: große alte Überlieferungen, die in Westdeutschland an die Brüder Melchior († 1854) und Sulpice († 1851) Boisserée und an den Kölner Dombau anknüpfen, sind dadurch empfindlich geschwächt. Dabei gehört gerade die Tradition und ihre Pflege zum Wesen des Deutschtums. So stehen wir hier und an zahlreichen anderen Stellen inmitten einer Verkümmerung deutscher Eigenart. —

6. Der akademische Nachwuchs

Das alles sind Klagen und ernste Zustände auf dem Gebiete der Forschungsinstitute und der Büchererzeugung. Wenden wir uns nun zu den Trägern der deutschen Wissenschaft selbst, zu den deutschen Gelehrten. Da ist als bedauernswerte Zeiterscheinung zunächst der Mangel an Nachwuchs festzustellen. Schon der Krieg hat empfindliche Lücken gerissen. Aber ernster noch läßt sich die andere Tatsache an: das Interesse am Hochschulberuf in dem jungen Geschlecht, das vor uns aufsteigt, schwindet. Nicht eigentlich deshalb, weil es an der inneren wissenschaftlichen Anteilnahme fehlt, wohl aber darum, weil es an finanziellen Möglichkeiten gebricht, diesen wissenschaftlichen Nachwuchs an den Hochschulen anzusiedeln.

Die deutsche Öffentlichkeit hat diese wissenschaftliche Verarmung von Kräften, die sich vollzieht, längst nicht genügend beachtet. Dabei liegen die Erscheinungen und Äußerungen offen zutage. Man durchwandre nur die physikalischen, chemischen und andere naturwissenschaftliche Institute unseres Landes. Man richte dabei an den Leiter eines solchen Instituts immer wieder die Frage, ob es ihm möglich sei, Privatdozenten und wissenschaftlichen Nachwuchs in dem Sinne, in dem Ausmaß und dem Umfange zu entwickeln, wie das die Naturwissenschaften unserer Zeit verlangen. Es dürfte stets wieder die Antwort erfolgen, daß ein Teil der besten und brauchbarsten Kräfte nach der Industrie hinübergeht oder überhaupt ins Privatwirtschaftsleben eintritt. Auf den ersten Blick scheint diese Abwanderung in die Praxis kein Verlust zu sein, sondern für die Industrie ein Aktivkonto darzustellen. Aber man täusche sich nicht. Wer diesen Dingen nachdenklicher gegenübersteht, weiß zur Genüge, daß auch die Industrie in ihrer Leistungsfähigkeit von einem gewissen Hochstand der Wissen-

schaft abhängig ist. Sie bedarf nicht bloß der Techniker, sondern auch der Forscher; sie bedarf nicht bloß der Praxis, sondern mehr noch der Theorie. Dabei ist die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit eigener Forschungsanstalten und Laboratorien, die sich die Industrie schuf, abhängig von dem immer noch vorbildlichen Leistungsgrad der Universitäten und der anderen Hochschulen. Man möchte sagen, Industrie und Hochschule verhalten sich wie Privatrecht und öffentliches Recht. In diesem Vergleiche mag sich die ganze Abhängigkeit der Industrie von dem Wissenschaftsstande und der Wissenschaftsorganisation aussprechen. Darum kann man es nur im eigensten Interesse der Industrie bedauern, wenn die Stellung der Wissenschaft an unseren Hochschulen durch Mangel an Nachwuchs derartig abgeschwächt wird, wie das zurzeit der Fall ist.

Die Lage der deutschen Privatdozenten ist in der Tat außerordentlich kritisch. Soweit das öffentliche Interesse in Frage kommt, kann man es verstehen, daß die Parlamente der einzelnen Länder sich vorbehalten, diesen Fragen für ihr Einzelland nachzugehen. Aber die Gesamtlage ist für diesen Wissensberuf derartig erschwert, daß auch für uns hier im Reichstag die Pflicht erwächst, den Notstand eines Berufes zu berücksichtigen, der sich für die deutsche Wissenschaftskultur als hervorragend wichtig herausstellt. Die Lage des alten Privatdozenten in der Zeit vor 1914, in einer Zeit, wo unsere deutsche Kultur und auch die Wissenschaftskultur auf dem festen Grundgemäuer der Goldmark beruhte, war eigenartig umrissen. Erst in seiner Laufbahn und durch seine Forschungstätigkeit erkämpfte er seine Stellung an der deutschen Hochschule. Er erhielt sich dabei im wesentlichen aus eigenen Mitteln. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Heute, im Zeitalter des Wirtschaftselends, gibt es für den deutschen Privatdozenten nur zwei Wege: entweder, er hat einen festen Erwerbsberuf und betätigt sich wissenschaftlich nur im Nebenamte, das heißt in seiner freien Zeit. Dieser Weg steht aber nicht allen offen, weil nicht allen Wissenschaftsarbeitern schwere körperliche Arbeit liegt. Dieser Weg ist auch deshalb nicht möglich, weil er im Grunde genommen den Tod des wissenschaftlichen Nachwuchses und einer hochstehenden Wissenschaftskultur bedeutet.

Der akademische Beruf ist eben seinem innersten Wesen nach Wissenschaftstätigkeit, die im Hauptberuf mit ganzer Hingebung und ganzer Einsetzung der Persönlichkeit erfolgt. Dieser ehrliche deutsche Idealis-

mus, der sein Bestes für die Wissenschaft als Substanz der Lebensarbeit einsetzte, hat die großen wissenschaftlichen Leistungen Deutschlands geschaffen.

Der zweite Weg, um für den wissenschaftlichen Nachwuchs, für den deutschen Privatdozenten der Gegenwart zu sorgen, ist der — und das ist ein Wort, das den Unterrichtsverwaltungen der Länder gegenüber auch mit allem Nachdruck und Ernst von dieser Stelle auszusprechen ist —, daß das Land den deutschen Privatdozenten ein Existenzminimum gewährt. Das muß sein! Es ist doch ein soziales Gebot, einem jeden Berufsstand ein Existenzminimum zu gewähren. Diese Forderung empfängt im Zeitalter der Währungszerrüttung eine besonders verpflichtende Kraft. Unter diesen Berufsständen darf man aber den deutschen Privatdozenten nicht ausschließen. Das sei die feste Linie der deutschen Kulturpolitik der Gegenwart und Zukunft, die unbedingt eingehalten werden muß. Es fragt sich nur, ob es in manchen Fällen nicht zu spät ist, um Verluste zu ersetzen, die in unserem deutschen Hochschulleben sich bereits empfindlich bemerkbar machen.

Hier im Reichstag möchte ich es aussprechen, daß Bayern in seiner Sorge um die Privatdozenten bemerkenswert vorangegangen ist. Mancher deutsche Gliedstaat kann von dieser bayerischen Kulturpolitik viel lernen. Inzwischen ist im preußischen Landtag am 5. Oktober 1922 ein Antrag eingebracht und am 25. November im Hauptausschuß und späterhin im Plenum angenommen, der die Privatdozenten durch Wirtschaftsbeihilfen und durch Lehraufträge (mit einer Vergütung nach Gruppe X) unterstützen will.

Indes, was die vorliegenden Anträge in Sachen der Privatdozenten praktisch an Unterstützung geboten haben, ist bei aller Anerkennung des guten Willens der Unterrichtsverwaltungen im allgemeinen doch bescheiden genug. Die Geldentwertung schritt 1922 und 1923 schneller einher, als die staatliche Unterstützung. Der Kulturhistoriker der späteren Zeit wird manche erschütternde Bilder des Elendes aus diesem Zeitraume des deutschen Währungsverfalles zu buchen haben. So wandte sich 1922 die juristische Fakultät der Universität Göttingen an das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit einer Eingabe, in der sie auf die wachsende Not der Privatdozenten hinweist und dankbar feststellt, daß das Staatsministerium zwar kürzlich erst die Lehraufträge der Dozenten erhöht habe.

Aber, so sagt sie weiter, diese Summe reiche bei einem verheirateten Dozenten in der praktischen Auswirkung vielleicht dazu aus, um die Kosten für die Kindermilch zu bestreiten. Diese Körperschaft meinte zudem, die schlimme Lage der Privatdozenten „könne von der Fakultät um so weniger mit Stillschweigen angesehen werden, als sie sich verpflichtet wisse, für die Sicherstellung des akademischen Nachwuchses einzutreten und zu verhüten, daß die wissenschaftliche Durchbildung dieses Nachwuchses gefährdet und dadurch die Höhe der deutschen Wissenschaft herabgedrückt werde".[1] Mit Recht wird hier die Frage der Privatdozenten mit dürren Worten als eine Hamletfrage für die deutsche Wissenschaft bezeichnet, die eben Sein oder Nichtsein bedeutet.

Die Dinge liegen in der Tat nach der wirtschaftlichen Seite überaus schwierig. Wer den ganzen Lebenslauf eines Privatdozenten in der deutschen Gegenwart betrachtet, der wird inne, wie sorgenvoll sich heute bereits die Zeitspanne *vor* der Habilitation anläßt. Viele tüchtige Doktoranden können aus Mangel an Mitteln heute nicht mehr zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung kommen. Schon *vor* dem Tag der Habilitierung wird heute von der wirtschaftlichen Not eine ganze Generation dahingerissen und gewissermaßen ausgemerzt.[2] Wie soll man verlangen, daß sich jemand auf das wissenschaftliche Hochschulamt vorbereitet in einer Zeit, in der er nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, wenn er nicht selbst eigenhändig Handarbeit leistet! „Wer die Sache nüchtern betrachtet, wie es uns ja

---

[1] Kölnische Volkszeitung Nr. 848 vom 6. November 1922. Siehe auch Kölnische Volkszeitung Nr. 960 vom 19. Dezember 1922, wo es über die Notlage der Kölner Privatdozenten heißt: „Diese Aushungerung der Privatdozenten kann nur den Erfolg haben, daß nicht dem Tüchtigen die sprichwörtliche freie Bahn geschaffen wird, sondern dem Hungerkünstler oder Schiebersohn. An eine Beschaffung der notwendigsten Bücher ist natürlich nicht mehr zu denken, da sich von der Entlohnung für den Lehrauftrag des Ministers noch nicht einmal mehr die Fahrten auf der Elektrischen bezahlen lassen, wie einwandfrei vorgerechnet werden kann." Zur Notlage der Privatdozenten siehe frühere Erörterungen in den Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen (II. 1922 S. 277 f.)

[2] Es ist dankenswert, daß die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft jungen Doktoren schon vor der Habilitierung Forschungsstipendien gewährt. Aber bei allem guten Willen, der anerkannt wird, sind diese Beihilfen nicht hoch. Die der Notgemeinschaft gewährten Mittel sind eben nicht ausreichend.

unsere auf Tariflohn umgestellte Zeit gelehrt hat, der muß zu der Überzeugung kommen, daß bald nur mehr weltfremde Idealisten an eine Habilitation denken können, zumal wenn sie zu den unglücklichen Jüngern der Geisteswissenschaften gehören. Wer heute nicht mit Realitäten rechnet, der geht bei allem Idealismus zugrunde. In einer Zeit, da ein ungelernter Bauarbeiter den Monat 8000 Mk. bezieht, mutet man dem Geistesarbeiter zu, nach bestandenem Abiturientenexamen, nach einem mit gutem Prädikat erworbenen Doktor, nach einer längeren mit „unproduktiver" Geistesarbeit erfüllten Vorbereitungszeit, seine besten Jahre zu arbeiten — wofür? Für Ehre und den Titel. „Nichtbeamteter außerordentlicher Professor!" Wenn der Dozent etwas kann, dazu aber auch Glück und gute Freunde hat, kann er sogar einmal Professor werden, d. h. fast soviel verdienen wie ein Berliner Bierkutscher. Dafür muß er aber auch mit 65 Jahren das Feld wieder räumen."[1]

Ein Wort noch über die Handarbeit der deutschen Privatdozenten. Es steht heute so, daß wir an unseren Universitäten nicht bloß Werkstudenten besitzen, die mit ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, sondern auch bereits Werkdozenten. Wir haben eine ganze Reihe Privatdozenten, die bei Kanalbauten, bei Eisenbahnbauten, bei Tiefbauten und an anderen Arbeitsstellen in den Ferien bereits tätig sind. Oder sie versuchen den schweren Kampf ums Dasein in der Form aufzunehmen, daß sie Nachhilfeunterricht für Kinder erteilen, um so den kärglichen Lebensunterhalt zu gewinnen; denn ein anderes sei auch in diesem Zusammenhange gesagt: je mehr das Kolleggeld erhöht wird (diese Erhöhungen sind an sich angesichts der Geldentwertung bescheiden), um so mehr leert sich der Hörsaal des Privatdozenten, der in der Regel schon weniger stark besetzt ist. Es ist kein eigentlicher Ersatz, wenn er zum Nebenberuf des Volkshochschullehrers greift. So sehr es zu begrüßen ist, wenn er seine Kräfte der Volkshochschulbewegung leiht, so ist es doch noch weit mehr zu bedauern, wenn seine Hauptanspannung für weiterausgreifende Wissenschaftszwecke darunter leiden würde. Andererseits kann die Volkshochschulbewegung ihre Pflege in sich beanspruchen.

Was die Einkommens- und Lebensverhältnisse betrifft, so liegen eine Reihe von (im Herbst 1922 beantworteten) Fragebogen vor mir,

[1] Kölnische Volkszeitung Nr. 960 vom 19. Dezember 1922.

die zeigen, wie heute große persönliche Tragödien von nie gekanntem Ausmaße durch unsere deutsche Wissenschaft hindurchgehen. So habe ich hier den Fragebogen eines Privatdozenten, der genau angibt, was ihm an Einkommen 1922 zufällt. Es sind im ganzen Jahre 150 000 Mark. „Nebeneinkünfte nicht vorhanden. Wenn solche Nebeneinkünfte zufließen, so deshalb, weil er während der Ferien einige Wochen als Tiefarbeiter tätig war." „Die mir zugebilligte Vergütung" — schreibt dieser Privatdozent—

„ist einem Existenzminimum auch nicht annähernd nähergekommen. Ich bin von Zeit zu Zeit genötigt, Wertgegenstände zu veräußern."

Der Fragebogen eines anderen Privatdozenten. Kinderzahl: „vier." Jahreseinkommen: „190 000 Mark." Nebenerwerb: „Erdarbeit im Eisenbahnbau." Dieser Privatdozent erwähnt noch die schwere Lungenkrankheit seiner Frau.

Der dritte Fragebogen eines deutschen Privatdozenten. Zahl und Alter der Kinder: „zwei Mädchen." Jahreseinkommen: „190 000 Mark. Kriegstätigkeit: 1914—1919. — Bei der Eisenbahn in den Ferien gegen Tagelohn arbeitend."

Die Rubrik „Besondere Erschwerung der wirtschaftlichen Lage" ist mit der Feststellung ausgefüllt: „Infolge des jahrelangen Darbens schulärztlich festgestellte Unterernährung der beiden Kinder. Wiederholte Erkrankungen in der Familie. Im Anschluß an Heeresdienst zwei Jahre lang durch schweren Rheumatismus behindert gewesen."

Das sind erschütternde Kulturbilder unserer Gegenwart, die einmal einer Neuauflage von Gustav Freytags Kulturbildern und anderer Dokumente schwerer und ergreifender Tage deutscher Kultur angereiht zu werden verdienen.[1] Sie zeigen, daß eine ganze Schicht von

[1] In Anlehnung an die Reichstagsdebatte brachte die Kölnische Volkszeitung unter dem Stichwort: Privatdozent und Kölner Universität (Nr. 885 vom 19. November 1922) eine Zuschrift aus Dozentenkreisen, in der es mit einer bemerkenswerten Verbitterung u. a. hieß: „Bei der Begründung der Interpellation der Zentrumspartei über die Not der deutschen Wissenschaft wies der Abg. Dr. Schreiber auch auf die schwierige Lage der Privatdozenten hin und deutete an, daß manche preußische Privatdozenten ein Arbeitseinkommen von nur 100 000 bis 190 000 Mark beziehen. An der Kölner Universität aber liegen die Verhältnisse noch weit trostloser als die hier aufgedeckten allgemeinen. Die Privatdozenten der philosophischen Fakultät unserer Universität,

Männern der Wissenschaft einem Elend verfällt, „das zu den in der Reichsverfassung ausgesprochenen Grundsätzen in schroffem Widerspruch steht und dem Begriff eines Kulturvolkes Hohn spricht.“[1] Das alles deckt andererseits die betrübliche Tatsache auf, wie eng die Wissenschaftsbasis wird. Früher ein im allgemeinen blühender wissenschaftlicher Nachwuchs, aus dem die Auslese wiederum die Tüchtigsten zu berufen suchte. Heute die drohenden Anzeichen einer nicht bloß zahlenmäßigen, sondern auch qualitativen Minderung.

7. Der deutsche Gelehrte einst und jetzt

Auch die soziale und wirtschaftliche Lage des deutschen Gelehrten, der in eine Professur eingerückt ist, hat sich sehr verschlechtert. Darunter leidet nicht bloß seine Person und seine Familie. Von dieser Verarmung wird ebenso die Forschung, die deutsche Gesamtkultur und Volkswirtschaft getroffen. Der Gegensatz des Einst und Jetzt springt scharf in die Augen. Ehedem war der deutsche Gelehrte ein Mehrer des deutschen Kulturguts im besten Sinn des Wortes. Durch bemerkenswerte Sparsamkeit, mit viel Entsagung und Opfersinn hat er ein ehrliches Stück deutscher Wissenschaftskultur persönlich erkämpft und erstritten. Er entzog sich vieles, um seine Bücherei auszubauen. Sie wurde zum Spiegel seines Wesens, seiner Arbeit, seiner Forschung. Sie trug höchstpersönlichen Charakter. Sie

---

die durch ministeriellen Lehrauftrag eine quasi beamtete Stellung haben, erhalten für ihre gesamte Tätigkeit (Lehrtätigkeit wie oft noch Institutsleitung) sage und schreibe 45 000 Mark im Jahr. Mit der von den Privatdozenten immer wieder im Hinblick auf die katastrophale Lage und die vorbildliche Regelung in Bayern geforderten endlichen Aufbesserung haben die leitenden Stellen hier und in Berlin keine Eile.

Die Tatsache, daß gerade Kölner Privatdozenten semesterlang auf ihre beantragten Lehraufträge und nun auf die Erhöhung der jetzigen Trinkgeld-Bezüge warten müssen, steht im schroffsten Widerspruch zu der von den Berliner Stellen stets betonten besonderen Fürsorge für die besetzten Gebiete und ihre Nöte. Wo steckt das soziale Verständnis der Herren vom grünen Tisch, wenn sie zu einer Zeit, da der Hamburger Werftarbeiter 2400 Mark am Tag erhält, dem wirtschaftlich schwächsten Teile der Hochschullehrer 45 000 Mark im Jahr bewilligen?“

[1] Kölnische Volkszeitung Nr. 960 vom 19. Dezember 1922.

bedeutete aber gleichzeitig eine Bereicherung unseres nationalen kulturellen Besitzes. Gerade „seine" Bücherei oder „seine" Sammlungen ermöglichten es dem Forscher, Fernwellen von großer geistiger Wirkung auszusenden oder doch vorzubereiten. Mehr als einmal ist die Privatbücherei eines deutschen Universitätslehrers Grundstock für eine Fachbibliothek geworden, die nach seinem Ableben von einer großen Hochschulbücherei in Pflege genommen wurde.

Der nämliche Gelehrte sparte, um Studienreisen zu bestreiten und um zu wissenschaftlichen Versammlungen des Inlandes und Auslandes hinaus zu gehen. Oft genug hat er sein Einkommen und sein Privatvermögen für persönliche Forschungsarbeiten, für Laboratorien und Sammlungen dort eingesetzt, wo der Staat mit seinen Zuschüssen versagte oder nicht völlig aushalf. Aus der Entsagung und Einschränkung der Assistenten- und Privatdozentenjahre, aber auch der Professorentätigkeit erwuchs die wissenschaftliche Vollreife und Vollleistung.

Wer nach Lagardes Wort Wissenschaft im Lichte der Persönlichkeit auf sich wirken läßt, kann leicht ein Mosaik dieses gelehrten Spartanertums ausbreiten. Die harten wissenschaftlichen Lehrjahre eines Wilhelm Wackernagel stehen keineswegs vereinzelt da. Weiß uns doch sein Sohn Rudolf in der prächtigen Lebensbeschreibung zu berichten, wie der Vater als „zweiter Diogenes" den Winter 1827 in einer Kegelbahn wohnte und althochdeutsche Manuskripte für die Berliner Germanisten abschrieb.[1] Ähnlich kümmerlich ging es Ludwig Uhland in Paris, als er im kalten Winter dort Auszüge aus der Manesseschen Handschrift machte. Wenn ich noch weiter zurückgreifen darf, so weiß man von Gellert, wie hocherfreut er war, als ihm der Verleger Brockhaus eine neue seidene Weste schenkte. Der Literarhistoriker Karl Goedeke hat seine reiche Bibliothek buchstäblich erhungert, ebenso Grillparzer seine reiche spanische Bücherei. Der Frankfurter Geschichtsforscher Johann Friedrich Böhmer verwandte sein kleines Vermögen darauf, mehrere Schreiber zur Abschrift von Urkunden zu verwenden und lebte dabei wie ein Asket, um diesen Wissenschaftszweck zu ermöglichen.

Man sieht, daß auch das 19. Jahrhundert vieles von jener Ge-

[1] Rudolf Wackernagel, Wilhelm Wackernagel. Jugendjahre 1806—1833 (Basel 1885.) S. 60.

lehrtenarmut übernahm, die für das 18. Jahrhundert begreiflicher war. Letztere hat vielleicht nie einen schärferen satirischen Ausdruck als bei dem Mathematiker A. Gotthelf Kästner († 1800) gefunden. Als ihm die Franzosen mit Aushungerung drohten, bemerkte er trocken: „Ich bin fünf Jahre zu Leipzig Magister gewesen." Es war derselbe Kästner, der in seinen scharfen an Lessing gemahnenden Epigrammen von Kepler sagte:

„So hoch war noch kein Sterblicher gestiegen,
Als Kepler stieg — und starb in Hungersnot.
Er wußte nur die Geister zu vergnügen,
Drum ließen ihn die Körper ohne Brot."

So ist das stolze deutsche Wissenschaftsgebäude nach seinen wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht etwa bloß aus staatlicher Initiative, aus öffentlichen Zuwendungen erwachsen. Nur einer naiven Betrachtung soll es vorbehalten bleiben, den Anteil des Staates ins Ungemessene zu dehnen. Sie unterschätzt dabei die sittlichen Energien der Einzelpersönlichkeit und ebenso das Ehrfürchtige der geschichtlichen Überlieferung. Sie übersieht gleichfalls, daß der Idealismus des Einzelnen durch ganze deutsche Gelehrtenfamilien hindurchgegangen ist. Man vertiefe sich nur in die Familiengeschichte der Schlegel, Haller, Grimm, Wackernagel, Vischer, Rückert und Riehl.

Doch das war einmal, denn der Gelehrte von ehemals ist in dem Sinne nicht mehr vorhanden, daß er aus eigenen Mitteln die deutsche Forschung stützen und weiterführen könnte. Wir haben vielmehr heute eine Proletarisierung, die durch die gesamten deutschen Wissenschaftsträger geht. Sven Hedin hat auf der Hundertjahrfeier des deutschen Naturforschertags in Leipzig (1922) darauf hingewiesen, daß der wissenschaftliche Mittelstand in Österreich nahezu zertrümmert ist, und daß der deutsche gebildete Mittelstand im Begriffe steht zu verschwinden.[1] Eine nur allzu wahre Feststellung. Die Verelendung wirkt sich in der Richtung aus, daß der Mittelstand sich außerstande sieht, seine Söhne so zahlreich wie ehedem zur Hochschule zu schicken. Die Geldentwertung, der Steuerdruck und die soziale Umschichtung lastet zu schwer. Es ist eine gefährliche Kulturlücke, daß andere soziale Gruppen, die Arbeiterkinder und die Kinder der Neureichen nicht so schnell

[1] Svenska Dagbladet vom 12. Oktober 1922, mitgeteilt in der Kölnischen Volkszeitung Nr. 822 vom 26. Oktober 1922.

nachrücken; letztere Gruppen entbehren auch noch mancher wertvoller Überlieferungen.

Die Schwächung des wissenschaftlichen Mittelstandes betrifft im besonderen die Stellung der deutschen Hochschullehrer. Hier ist schon vieles vernichtet. An Illustrationsmaterial fehlt es nicht. So ist es gewiß ein Stück schmerzlichster Entsagung, wenn bereits 1921 ein hervorragender deutscher Rechtslehrer einen Teil seiner wertvollen Bibliothek veräußern mußte, um dem Notstand seiner Familie, insbesondere seiner zahlreichen Kinder zu steuern. Eine Trennung von einem Teile seines Ich. Man weiß, wie schwer es ehedem Lessing und Hoffmann von Fallersleben wurde, als die Not sie zwang, ihre Bücherei zu verkaufen. Und Graf Schack hat uns geschildert, wie ungern sich Ludwig Tieck von seinen Büchern lossagte; seine Seele hing daran, als der Daseinskampf die Veräußerung heischte.[1] Doch das waren vereinzelte Vorkommnisse aus dem Gelehrtenleben von ehemals. Heute werden sie zur häufigeren und sozial bedenklichen Erscheinung. Es wäre nicht schwer, weitere Einzelheiten mitzuteilen. Es sei nur noch auf Harnacks Worte verwiesen, der diesen traurigen Ausschnitt des deutschen Gesellschaftslebens, wie folgt, kennzeichnet: „Erprobte Gelehrte haben mit schweren Nahrungssorgen zu kämpfen und wissen oft nicht, wovon sie in der nächsten Woche leben sollen. Sie suchen nach Nebenbeschäftigung und Nebenverdienst. Sie sind zu stolz, um zu klagen. Aber die bittere Not verzehrt ihre Kräfte."[2]

In der Tat ist die Entschädigung, die dem deutschen Hochschullehrer für seine wissenschaftliche Arbeit geleistet wird, unzureichend.[3] Es beleuchtet die Lage, wenn ich mitteile, daß eine süddeutsche juristische Fakultät 1923 es ablehnte, noch juristische Prüfungsgebühr anzunehmen. War sie doch für den prüfenden Gelehrten auf weniger als einen Goldpfennig hinabgesunken. Das Einkommen des Hochschullehrers muß so gehalten sein, daß er in der Lage ist, nicht bloß sein Leben davon zu fristen, sondern gleichzeitig auch der deutschen

[1] Ein halbes Jahrhundert. I, 333.

[2] In The Nation and the Athenaeum vom 9. Dezember 1922.

[3] Die Denkschrift des Verbandes der deutschen Hochschulen „Das Einkommen der Hochschullehrer" (veröffentlicht in den Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen II, Heft 19 vom 1. Oktober 1922) darf den Anspruch erheben, als lehrreiches Kulturdokument beachtet zu werden.

Forschung zu dienen, wie es ehedem war. Eine mechanische Gleichstellung mit anderen Gehaltsstufen bedeutet nicht mehr und nicht minder als einen Abbau der geistigen Kultur unseres Landes.

Obwohl selbst in bedrängter Lage, haben die Hochschullehrer nach der sozial-charitativen Seite hin mit persönlichem Einsatz ihrer Kraft, aber auch unter Mitwirkung ihrer bescheidenen Mittel die Studentenhilfe mit aufgebaut. Das ist ein Stück ehrlicher deutscher Idealismus, zugleich eine Belebung älterer Überlieferungen. Sie haben sich damit der alten universitas literarum erinnert. Sie wurde heute zu einer Arbeits- und Notgemeinschaft des Werkstudenten uud des proletarisierten Hochschuldozenten der Gegenwart. Dieses Gemeinschaftsgefühl ist ein Ruhmestitel für die deutschen Hochschulen in dieser wirtschaftlich schweren Zeit.

Doch das Bild des deutschen Hochschullehrers wäre unvollständig eingezeichnet, wenn nicht der seelische Druck erwähnt würde, der bemerkenswert auf ihm lastet. Gerade im Deutschland von heute soll man solche psychologischen Umstände nicht übersehen. Als wir Deutsche 1920 auf der Konferenz von Spaa der Entente eine Denkschrift unserer Leistungsfähigkeit vorlegten, teilten wir in diesem Dokument unter anderm mit, daß seelische Verstimmungen und Hemmungen die Arbeitsleistung beeinträchtigten. Das bedeute praktisch eine Einbuße an volkswirtschaftlichem Können und Vermögen. Diese Feststellung war nur allzu richtig. Sie gilt auch für die Wissenschaftsträger. Die Skala seelischer Bitterkeiten und Verstörungen ist leicht abzulesen. Es ist in der Tat schmerzlich für den Gelehrten, mitansehen zu müssen, daß ein Teil seiner Forschungsarbeit umsonst, vergeblich und unfruchtbar sich anläßt, weil sie nie zum Druck gelangt. Man weiß, es wird immer schwerer, größere wissenschaftliche Werke erscheinen zu lassen. Auch die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ist ja leider gezwungen, Bewilligungen für den Buchdruck mehr und mehr nach Zahl und Höhe der Bewilligung einzuschränken. Aber lediglich im Manuskript arbeiten, ohne je literarisch das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken, ist für den Gelehrten gleich schädlich wie für das Werk selbst. Denn erst im Feuer der Fachkritik empfängt die literarische Schöpfung ihre Geistestaufe. Dazu tritt der Mangel an Literatur und sonstigen Arbeitsmitteln. Wie schon angedeutet, wird es für den Gelehrten unmöglich, seine Fachbibliothek auf der Höhe der Zeit zu erhalten; die ihm liebgewordenen Inlandszeitschriften werden immer teurer, auf

Auslandszeitschriften muß er schon längst verzichten. Immer sparsamer wird zu alledem der Haushalt der Universitätsbibliothek oder der sonstigen Bücherei, der er näher steht. Im Frieden war er es gewohnt, daß sein Anschaffungsgebiet dort ausgiebig berücksichtigt wurde. Jetzt ist das kaum mehr möglich.

Doch dieser seelische Druck bewegt sich noch in anderer Richtung. Auch die Wissenschaft strebt nach Verjüngung und Fortpflanzung, nach einer Weiterführung in der jungen Generation. So steht dem deutschen Gelehrten sein Seminar als Pflanzstätte des sich erneuernden Geistes zur Seite, noch ganz im eigentlichen Sinne des Wortes. Aber unter mehreren Ursachen (Materialnot, Werkstudententum, Rückgang der Seminarbibliothek, Unmöglichkeit des Dissertationsdrucks) ist es dem Gelehrten von heute nur noch in geringem Ausmaße ermöglicht, einen Schülerkreis zu bilden, der die Arbeitsaufgabe des Meisters weiterleitet. Ist doch mit einer Summe, die sich unter einer Million Mark bewegt, der Druck einer auch kleinen Doktordissertation nicht mehr herzustellen. So kommt es auch unter Einwirkung dieser seelischen Hemmungen zu einem Rückgang der literarischen Produktion und einer Verkümmerung der Nachwirkung.

Schließlich ist noch der Privatgelehrten zu gedenken. Sie sind eine versinkende Schicht. Gemeint sind jene Wissenschaftler, die nicht eigentlich beamtlich oder lehrend mit den deutschen Hochschulen verknüpft waren. Sie haben gleichwohl als Forscher und Sammler der deutschen Wissenschaftskultur oft wertvolle Dienste geleistet. Es sei nur an die Gebiete der Geschichte, der Literaturwissenschaft und der Kunstforschung erinnert. Die Entwertung der Renten, aber auch des Honorars zwingt sie, irgendwelche andere Verdienstmöglichkeiten aufzusuchen. Verhältnismäßig leicht wird es dem Kunsthistoriker, zum Kunsthandel überzutreten. Anderen und besonders den älteren unter ihnen fällt der Frontwechsel schwerer. Sarkastisch, aber durchaus zutreffend hat Graf Klinckowström in der Deutschen Allgemeinen Zeitung letzthin bemerkt, der wissenschaftliche Schriftsteller verdient mit einer Druckzeile noch nicht soviel wie der Straßenkehrer mit zwei Besenstrichen. So sind auch in diesem Beruf ernste Schwächungen des deutschen Wissenschaftslebens zu verzeichnen.

Doch wir wollen uns von dem Bilde der deutschen Gelehrten nicht verabschieden, ohne einer Charakteristik zu gedenken, die englischerseits bei einem Rückblick auf die Kultur des 19. Jahrhunderts erfolgte.

Sie zeigt so recht, was wir besaßen und was wir zu verlieren fürchten müssen. Der englische Gelehrte Merz widmete den deutschen Hochschulen die Anerkennung:

„Das Streben nach der Wahrheit und der Erwerb von Kenntnissen um ihrer selbst willen als ein adelnder und würdiger Beruf ist während eines großen Teils unseres Jahrhunderts in gleichem Maße das Lebenswerk von Professoren wie Studenten an den deutschen Universitäten gewesen. In den Lebensbeschreibungen vieler von ihnen finden wir die Selbstverleugnung und geistige Hoheit, die das wahre Kennzeichen jeder selbstlosen menschlichen Anstrengung sind. Liest man diese Urkunden eines hohen Strebens, das oft inmitten einer entmutigenden Umgebung entsteht, diese Geschichten von heiter ertragenen Entbehrungen, von einer Hingabe an eine ideale Sache, die von allem Feuer eines religiösen Pflichtgefühls glüht, so bekommt man einen Eindruck, der dem ähnlich ist, den die Betrachtung der klassischen Periode der griechischen Kunst oder die Frührenaissance in unserem Geist hervorruft.

„Zudem ist endlich die Wissenschaft, das Streben nach der reinen Wahrheit und Kenntnis fähig gewesen, einen großen Teil der Menschheit aus der niederen Region der irdischen Existenz in eine ideale Atmosphäre zu heben und einen weiteren Beweis für den Glauben zu liefern, daß dort und nicht hier unten unsere wahre Heimat liegt. Wir mögen vielleicht mit Bedauern zugeben müssen, daß diese Phase unter dem Einfluß der utilitaristischen Anforderungen des Tages im Schwinden begriffen ist; wir mögen gezwungen sein uns vorzustellen, daß für dieses und das kommende Zeitalter ein anderes — und wir meinen, keineswegs niedriges — Ideal uns vor Augen gestellt ist, aber keine wahre selbstlose Anstrengung kann verloren gehen, und wie auch immer die Aufgabe der Zukunft aussehen mag, so wird doch dieses hohe und helle Ideal, welches das Leben der deutschen Universitäten in klaren und unzerstörbaren Linien gezeichnet hat, zu den größten Vermächtnissen der unmittelbaren Vergangenheit zählen müssen".[1]

Solche Urteile und Stimmen sind heute im Zeitalter gestörter wissenschaftlicher Auslandsbeziehungen doppelt beachtenswert.

---

[1] Aus Dr. Merz' „History of European thought in the nineteenth century", erwähnt bei Prof. Dr. J. Arthur Thomson, Prof. der Naturgeschichte an der Univ. Aberdeen, in dem von W. P. Paterson von der Univ. Edinburg herausgegebenen Sammelwerk German Culture, the Contribution of the Germans to knowledge, literature, art, and life. (London und Edinburg) p. 159. Prof. Thomson fügt p. 160 hinzu, daß sich das Urteil von Merz im allgemeinen in Übereinstimmung mit seiner eigenen Erfahrung befinde, und daß er dem Urteil zustimme „trotz allem, was geschehen." Für das Jahr 1915 eine bemerkenswerte Vorurteilslosigkeit.

8. Der Werkstudent

Die Lage der deutschen Wissenschaft wird durch die gleichzeitige Anwesenheit des Werkstudenten noch verwickelter, als sie an sich schon ist. Auch in dieser neuen Erscheinung spiegelt sich die Zerrüttung des Wirtschaftslebens und der ganze Wandel der Zeiten. Überraschend schnell ist dieser Kulturbegriff, in den das Ausland sich nur mühsam hineindenkt, in unser Bewußtsein eingetreten. Der Begriffsinhalt ist reich ausgefüllt. Man begreift darunter jene Studenten, die mit ihrer Hände Arbeit den Lebensunterhalt sich verdienen. Sei es, daß die Arbeit sich in den Ferien vollzieht oder gar ein oder mehrere Semester fortgesetzt wird. Sei es, daß der Studierende am Tage Vorlesungen hört und abends oder nachts einem Verdienst nachgeht, oder sei es schließlich, daß er an mehreren Tagen der Woche arbeitet und an anderen Tagen das Kolleg besucht. Der Spielarten sind überaus viele, nach Lage des Falles und nach Lage der Not. Gewiß hat es auch früher Studierende gegeben, die nicht vom Studienkapital oder laufenden Einkünften lebten, mit denen sie als Söhne der höheren und mittleren Beamten, der Rentner oder der mehr oder minder Begüterten ausgestattet wurden. Aber diesen Einzelfällen fehlte das Gepräge der Massenerscheinung.

Als im Jahre 1920 die Entwertung des Geldes im studentischen Leben bitter fühlbar wurde, ergriff man zunächst — und dieser Zustand behauptet sich zum Teil heute noch — jedes Gewerbe, das sich bot: Laternenanzünder, Nachtarbeit bei elektrischen Straßenbahnen, Variétésänger, Pianisten in Cafés, Schuhputzer an Bahnhöfen, Schneeschaufler. Lieber jedoch griff man zu mehr zusagenden Arbeitsformen im Kontor und an der Schreibmaschine. Weibliche Studentinnen haben in Berlin 1920 als Hebammen gearbeitet. Doch sind diese Werkarbeiten durch Selbsthilfeorganisationen (Wirtschaftsämter der Studentenschaft, Arbeitsnachweis) in eine größere Planmäßigkeit eingetreten. Die Ferien, die eigentlich gegebenen Zeiten für die Werkarbeit, werden nachhaltig ausgenutzt, im Bergwerk, in der Fabrik, in der Landwirtschaft. Doch wirft die Geldentwertung alle Berechnungen immer wieder über den Haufen. Dabei ist die Unterernährung groß, und die Bekleidung wird nach wie vor nur mühsam beschafft.

Die Verelendung hat weite Kreise gezogen. Im Winter 1922

gingen Mitteilungen durch die deutsche Öffentlichkeit, daß 85% unserer Studenten nicht über ein Existenzminimum verfügen. Das Wirtschaftsamt der Studentenschaft der Berliner Universität veröffentlichte Mitte Dezember 1922 einen Aufruf: „Bürger Berlins, gedenket eurer studierenden Jugend", mit der Bitte, Arbeit, die für Studierende in Betracht kommen kann, dem Wirtschaftsamt zu überweisen. Es hieß dort in aller Deutlichkeit: „Um sein Studium zu vollenden, ist fast jeder Student gezwungen, sich eine Erwerbsquelle durch Nebenarbeit zu erschließen. Es fehlen nicht nur die notwendigsten Mittel für das Studium selbst, sondern auch die Möglichkeiten, sich durch der Hände Arbeit das tägliche Brot zu verschaffen. Dringend werden Stellen in Fabriken, technischen oder Wirtschaftsbetrieben, hauptsächlich in den Nachmittags- oder Abendstunden, benötigt, Hauslehrer- Privatsekretär- und Unterrichtsstellen."[1]

Einige weitere Angaben mögen den Umfang der Bewegung in Einzelheiten verdeutlichen. Von den Studierenden, die im Winter-Semester 1922/23 in Tübingen, Rostock, Breslau, Dresden, Karlsruhe, Paderborn hörten, haben 53% als Werkstudenten im Sommer 1922 gearbeitet. Diese Ziffern beruhen auf einer statistischen Erhebung, die beim Beginn des Winter-Semesters 1922 erfolgte. Sie liegt vorläufig nur für die soeben erwähnten und noch nicht für andere deutsche Hochschulen vor.[2] Der Prozentsatz der Arbeitenden war — begreiflich genug — am größten bei den Technischen Hochschulen. Überraschend hoch ist die Zahl der Studierenden der Phil.-theol. Akademie in Paderborn, die mit 51% einer praktischen Tätigkeit nachgegangen sind. Bemerkenswerte Zahlen liegen für Leipzig vor. Dort hatten während des Sommer-Semesters 1922, also innerhalb der Vorlesungszeit, 20% aller Studenten eine Nebenarbeit; 12% übten einen

[1] Deutsche Tageszeitung Nr. 566 vom 16. Dezember 1922.

[2] Nach Mitteilungen der Wirtschaftshilfe für die deutsche Studentenschaft (e. V.) Aus der Literatur vgl. etwa die einläßliche Schilderung des Berliner Dozenten Marcus in Svenska Dagbladet Nr. 217 vom Jahre 1920, die vielfach in die deutsche Presse (so Regensburger Anzeiger Nr. 401 vom 6. September 1920) übernommen wurde. Vgl. ferner Konrad Haenisch, Neue Bahnen der Kulturpolitik (Stuttgart 1921) 132 f; G. Schreiber, Deutsche Kulturpolitik 65ff. Die Wirtschafts-Sondernummer des Nachrichtenblatts der deutschen Studentenschaft II, Nr. 9 vom 30. April 1921 (Göttingen, Druck v. Louis Hofer), ferner Wuermeling, Staatliche Kinderbeihilfen und Werkstudenten. Kölnische Volkszeitung Nr. 719 vom 18. September 1922.

Nebenberuf aus, der sie acht Stunden am Tage beschäftigte.[1] Nach einer vom deutschen Roten Kreuz im März 1923 gebotenen Statistik waren im Sommer 1922 von 120000 Studenten 60000 „Werkstudenten."[2] 37,5 Prozent dieser Studenten waren als Steinträger, Schlepper in Kohlenzechen, Erdarbeiter und Heizer tätig. In den Ferien des Sommer-Semesters 1922 erlitt das Werkstudententum einen schweren Schlag. Die beispiellose Geldentwertung, die zu Beginn der Ferien einsetzte, brachte viele Studierende um den Ertrag ihrer Arbeit, da noch keine Vorsorge zur Wertsicherung der erzielten Ersparnisse bestand. Viele Studenten, die hoffen konnten, die fünf Monate des Wintersemesters zu überstehen, reichten mit dem erarbeiteten Gelde kaum länger als einen Monat.

Auch außerhalb Berlins wurde seit dieser Zeit die Verschlechterung der studentischen Lebensverhältnisse drückender empfunden, obwohl sonst die Beziehungen eines Teiles der Studentenschaft zur Landwirtschaft manche Erleichterungen boten.

Bei einer allseitigen Abwägung der Gesamtlage des Werkstudenten ist mehr als einmal erwähnt worden, in seiner Stellung mache sich ein sozialversöhnendes Element geltend. In der Tat soll man das Plus an sozialem Verständnis nicht unterschätzen, was an jenen zahlreichen Arbeitsstellen erworben wird: sei es im Bergwerk oder bei Eisenbahnbauten, sei es an Banken oder in Buchhandlungen, sei es selbst dann, wenn sie als Unterhaltungsmusiker oder als Fremdenführer in Museen und wiederum als Schiffsmatrosen oder Hafenarbeiter tätig sind. Erst recht wuchsen sie in das Volk hinein, wenn sie als ungelernte Arbeiter begannen.

Die Werkarbeit gab in allem dem Studententum von heute ein ernsteres und schwerblütiges Gepräge. Es verknüpft die junge Generation leichter mit der via dolorosa der Reparation und des Wiederaufbaus. Die laute überschäumende Art eines J. V. v. Scheffel und Rudolf Baumbach klingt zu hell und hart in die problemreiche Zeit. Das sind nicht Beobachtungen, die von außen an die Studentenschaft herangetragen werden, sondern es sind Über-

[1] Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkriegs. Zusammengestellt im Statistischen Reichsamt (Berlin 1923) 40.

[2] Die Not der deutschen Studenten (Berlin-Charlottenburg 1923). Vgl. Frankfurter Zeitung vom 3. Mai 1923.

zeugungen, die unter einer großen Zahl und wohl unter der Mehrzahl von ihnen leben.

Es ist auch kein Zufall, daß feinsinnige Beurteiler deutscher Studentenalmanache einen ernsten weltanschaulichen, ja ins Religiöse gerichteten Zug feststellen. In einem auffallenden Gegensatz zu einer Zeit vor zwanzig Jahren, in denen das „Verhältnis" eine heißblütige poetische Verklärung fand. So hat das Werkstudententum den Lebensinhalt zweifelsohne vertieft, ohne in Resignation und Weltschmerz auszumünden. Jugend und Pessimismus sind an sich schon schroffe Gegensätze. Es sind Stimmen eines ehrlichen Arbeitsidealismus immer wieder vernehmbar, wie sie etwa aus einer studentischen Äußerung der Münchener Allgemeinen Zeitung herausklangen: „Wie wir durch die schwere Zeit kommen, ist uns Studenten heute gleich, wenn es sich um ehrliche Arbeit handelt. Und mag der Not noch so viel sein und mag die Not noch viel beschwerlicher werden, das eine steht fest: der deutsche Student geht nicht unter."

Gleichwohl darf man manche Nachteile, die das Werkstudententum mit sich führt, nicht übersehen. Im einzelnen Falle gestaltet sich der Daseinskampf für manchen unterernährten feinnervigen Menschen überaus schwierig. Für unsere Zusammenhänge, die sich auf Not der Wissenschaft einstellen, wiegt sodann die andere Feststellung schwer, daß die wissenschaftliche Leistung ernst beeinträchtigt wird. Für zahlreiche jüngere und mittlere Semester ruht die Wissenschaftsarbeit in den Ferien, da die Handarbeit an ihre Stelle tritt. Dabei sind die Ferien früher stark für Seminararbeiten fruchtbar gemacht worden. Noch schwieriger gestalten sich die Fälle, wenn tagsüber ganz oder teilweise körperlich gearbeitet wird, um abends der Wissenschaftsarbeit sich zu widmen. Auch der umgekehrte Weg ist ebenso ungangbar, wenn tagsüber Vorlesungen gehört werden, um dann später Abend- und Nachtarbeit zu leisten. Das Ringen um des Leibes Notdurft bindet die geistige Schaffenskraft.

Ein Teil der Werkstudenten kommt wohl kaum zum Abschluß des Studiums. Es bedarf allerdings noch der statistischen Erhebungen. Auf einen Abschluß der Studien arbeitet die „Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft", die 1921 in Dresden gegründet wurde, mit manchen neuen Mitteln der Akademikerfürsorge (Darlehnskassen, Wirtschaftskörperschaften) mit Erfolg hin. Sie erfreut sich auch der Unterstützung des Reichs. Man ist dabei vor allem bemüht, den älteren

Semestern die Werkarbeit möglichst zu sparen und dem ersparten Arbeitslohn die Wertbeständigkeit zu sichern.

Doch soviel an Rettungsarbeiten geleistet wird, es kann über die Abschwächung des wissenschaftlichen Standards in unserer Studentenschaft und damit unserer Hochschulleistung nicht hinwegtäuschen. Vieles, was an deutschen Hochschulen in mühsamer Hingebung und im Einsetzen der ganzen Persönlichkeit nur langsam entwickelt wird — auch die Wissenschaft braucht Zeit und stärkste Kraftanspannung für tiefere Wirkungen — vieles an Akribie und eiserner Wissenschaftsarbeit wird durch den Begriff des Werkstudenten gelähmt und gestört. Darunter leidet die gesamte Forschung, aber auch die Entwicklung des Nachwuchses. Daß hier ein schmerzlicher Dualismus obwaltet, diese ernste Auffassung wird weithin auf der linken Seite des Reichstags geteilt. So hat neuerdings auch der Vorwärts bemerkt: „Es muß doch auch einmal ganz allgemein ausgesprochen werden, daß zum Studieren Zeit gehört, der Werkstudent nur Ausnahme, nicht Regel sein kann."[1]

Auch im Auslande regt sich das Gefühl für solche Notstände. Wenn in der letzten Zeit durch manche zwischenstaatliche Beziehungen, zum Teil auch durch religiös-kulturelle Bindemittel Spenden für unbemittelte deutsche Studierende einliefen,[2] geschah dies gewiß, um zunächst der augenblicklichen Not zu steuern. Aber mehr oder minder doch auch in der Erwägung, daß der Werkstudent eine außergewöhnliche und regelwidrige Erscheinung in der deutschen Wissenschaftskultur bedeutet.

9. Die Notlage der Museen

In diesen Zusammenhängen der Not und der Kulturschwächung ist auch der deutschen Museen zu gedenken. Man darf ihre Notlage

[1] „Ein Wort zur geistigen Not", 20. Oktober 1922.

[2] Das Rote Kreuz besorgte Einladungen und Lebensmittelsendungen der skandinavischen „Kollegenhilfe". Die Quäker nahmen sich der Studentenspeisungen an; ihr Werk wird durch die europäische Studentenhilfe des Christlichen Studenten-Weltbundes fortgeführt.
Von Sammlungen der letzten Zeit erwähne ich noch eine Summe von vier Millionen finnische Mark, die im Herbst 1922 aus Helsingfors einlief. Namhafte Hilfe kam letztlich aus England. Vgl. etwa A. Timpe, Die Neuorientierung der Akademikerfürsorge, in: Akademische Stimmen. Beilage zur Germania, 1922, Nr 3.

keineswegs gleichgültig hinnehmen. Allerdings haben sie im kulturellen Bewußtsein und Besitz des Volkes noch längst nicht jenen Platz erobert, den sie verdienen. Begegnet man doch mehr als einmal noch der Auffassung, die Museen seien die stillen Geistesfriedhöfe oder gar die verstaubten Totenkammern der deutschen und ausländischen Kultur. Dabei bedeuten diese Sammlungen, so unterschiedlich sie sich auch geben mögen, unersetzliche Brennpunkte des kulturellen Lebens und das sowohl für die Gesamtheit wie für die Erschließung des Ichs, für die Forschung wie für das künstlerische Erlebnis der Persönlichkeit. Man weiß, wie stark das Mannheimer Antikenkabinett auf Schiller wirkte, obwohl es sich doch nur um bescheidene Gipsabgüsse handelte.

Es kommt hinzu, daß die Museen in einer neuen Entwicklung stehen. Stärker als früher sind sie in den Begriff und in die Bewegung der Volksbildung eingetreten. Sie wollen damit ihren Reichtum an geistigen Gütern und an kultureller Plastik, den sie hüten, als Kleinmünze in Umlauf setzen und in den Gedankenaustausch mit den breitesten Volksmassen eintreten. In der Tat haben sich Führungen und Vorträge für Volksbildungsvereine und Volkshochschüler stärker eingebürgert. Diesen sind ähnliche Veranstaltungen für Hochschulstudierende und für die Lehrerschaft der Mittelschulen und Volksschulen, für Architekten- und Ingenieurvereine an die Seite getreten. So geht ein Stück Frühling ästhetischen und volksbildnerischen Empfindens durch unsere Museumskultur.

Aus Aufbewahrungsräumen und gelehrten Stapelplätzen mit Einzelwirkungen auf Einzelne wurden fruchtbare Forschungswerkstätten mit weitreichender Fernwirkung und ebenso viele volkserzieherisch bedeutsame Anschauungsmittel für den Wandel der Zeiten und Kulturen. Mit dem kostbaren geschichtlichen Stoff in Denkmal, Bild und Kleinkunst verschmolz die Ästhetik des Raums in Farbe und Form oft genug schon zu einem harmonischen Ganzen. So streben die Zimmer des Germanischen Museums in Nürnberg, die den bürgerlich-behäbigen Prunk der Renaissance und die gleißende Pracht des Barock und des Rokoko beherbergen, mit Erfolg zu einer einheitlich geschlossenen Wirkung, wenn sie das kostbare Material mit einer zierlichen Gefälligkeit ordnen und gleichzeitig den Räumen in Bemusterung, Ton und Wärme ein wahlverwandtes Aussehen geben. Vielfach wurden die Museen Brennpunkte und Pflegstätten des Landschaftsempfindens.

Suchten sie doch die Eigenart der Landschaft in Tracht und Bild, überdies in besonderen Heimatausstellungen und Heimatwochen bereits vielerorts festzuhalten. Dazu boten sie Stützpunkte für wissenschaftliches Genossenschaftswesen, für mancherlei Ausstellungen und Kongresse. Angesichts solcher neuer Regungen und Gestaltungen erleben wir den Rückgang unserer Museen und Museumskultur mit aufrichtigem Bedauern. Er macht sich geradezu bedrohlich geltend.[1]

Vor mir liegt z. B. der Jahresbericht des Römisch-Germanischen Zentral-Museums zu Mainz für das Rechnungsjahr vom 1. April 1920 bis 1. April 1921. Er gibt eine eindringliche Schilderung der bestehenden Notlage:

„In seinem 69jährigen Bestehen dürfte das Zentral-Museum kaum ein schwierigeres Jahr erlebt haben als das vergangene. Die längst erbetene, so dringend notwendige Erhöhung des Reichszuschusses wurde vom Reichstag erst Ende März 1921 für 1920 genehmigt. Vorschüsse, welche Hessen, Stadt Mainz und schließlich auch das Reich nach vielen Eingaben und Vorstellungen bewilligten, trafen erst sehr spät ein und reichten nicht aus. So kam der ganze Museumsbetrieb ins Stocken, da nur die alten vorkriegszeitlichen Mittel zur Verfügung standen. Beamte, Angestellte und Arbeiter erhielten monatelang nur einen Teil der ihnen zustehenden Löhne und Gehälter. Für die Verwaltung und die Werkstätten konnten selbst die notwendigsten Erfordernisse nicht mehr beschafft werden. Ankäufe von Originalen, Herstellung von Modellen für Anschauungszwecke, Veröffentlichungen und Reisen mußten entweder ganz aufhören oder auf das geringste Maß beschränkt werden. In dieser Notlage gab es nur zwei Auswege: das fast ausschließliche Einsetzen der Werkstätten für Verkäufe an fremde Museen, das aber nur auf Kosten des Ausbaus der eigenen Sammlungen geschehen konnte, und der Appell an die Mainzer Bürgerschaft. Beide Schritte hatten guten Erfolg und vermochten wenigstens das Museum solange über Wasser zu halten, bis andere Hilfe kam, namentlich durch die hessische Regierung. Wenn die vom Reichstag für 1920 bewilligte Summe auch unter dem gewünschten Betrage bleibt, so danken wir dennoch dem Reiche, wie Hessen und der Stadt Mainz, die auch ihrerseits die Zuschüsse entsprechend erhöhten, für diese Opfer in schwerer Zeit und geben uns der Hoffnung hin, daß für das kommende Geschäftsjahr die Mittel rechtzeitiger und reichlicher zu Gebote stehen, um das Zentral-Museum auf seinem schwierigen Posten lebensfähig zu erhalten."[2]

Man sieht, diesem Museum ist die Daseinsmöglichkeit heute so schwer gemacht, daß man sich fragen muß, ob es überhaupt seiner großen Ar-

[1] Siehe auch oben S. 9.

[2] Beim Haushalt des Reichsministeriums des Innern sind für das Jahr 1923 12000000 Mark als Beitrag für das Römisch-Germanische Museum eingestellt.

beitsaufgabe, der Erforschung wissenschaftlicher Rheinkultur und Westkultur, noch nachgehen kann.

Der Notstand, der hier geschildert ist, gilt mehr oder minder für alle Museen. Ähnlich wie bei anderen gelehrten Anstalten verzehrt der Personaletat und die Erhöhung der Ausgaben für sächliche Zwecke (z. B. für Photographien, Lichtbilder, Literatur) den Jahreshaushalt, so daß für Anschaffungen nur wenig übrig bleibt. Dabei verlangt jedes Museum nach Abrundung, Ergänzung, Vervollständigung wie jedes andere Lebewesen. Andererseits geht manches kostbare Stück ins Ausland, indem es der magnetischen Kraft der Edelvaluta folgt. Diese Ausfuhr geht allen Bestimmungen der Reichsverfassung zum Trotz vor sich, die im Artikel 150 bemerkt: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie der Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staats. Es ist Sache des Reichs, die Abwanderung deutschen Kunstbesitzes in das Ausland zu verhüten."

Mit großer Sorge stehen wir der Entwicklung des Germanischen Museums in Nürnberg gegenüber. Es ist wirklich ein Kleinod in deutschen Landen, etwas Eigenes und Großes und Bedeutsames, wie es eben nur die deutsche Kultur hervorbringen konnte, die die Pflege der Vergangenheit als vornehmsten Wesenszug ihr eigen nennt. Es gibt auch kaum einen anderen deutschen Ort, der so berechtigt ist, die Hüterin dieser Sammlungen zu sein, wie die Stadt von Regiomontanus und Martin Behaim, von Hans Sachs und Albrecht Dürer. Jene Stadt, von der Gottsched sagte: „Ehe Amsterdam empor kam und Hamburg sein Haupt erhob, war Nürnberg das deutsche Venedig." Sie wurde Tieck (Franz Sternbalds Wanderungen), Eichendorff (Tagebücher) und Justinus Kerner (Die Reiseschatten), aber auch Niebuhr (Lebensnachrichten) zum seelischen Erlebnis. Es geht der dringende Appell an das Reichsministerium des Innern, dem Germanischen Museum in Nürnberg das zu geben, was ihm gebührt, um über die schwere Zeit hinwegzukommen. Man hat im Museum das Aufsichtspersonal schon wesentlich beschränkt. Diese Maßnahme bedeutet, daß die Sammlungen an den einzelnen Tagen immer nur in Teilen allgemein zugänglich sind. Gewiß ist das Germanische Museum keine Reichsanstalt, aber dennoch mit dem Reiche aufs innigste verwachsen. Nach § 1 seiner Satzungen ist es eine dem deutschen Volke gewidmete Stiftung mit der Zweckbestimmung, die Kenntnis der deutschen Vorzeit zu erhalten und zu mehren, namentlich aber die bedeutsamen Denkmale der deutschen

Geschichte, Kunst und Literatur vor der Vergessenheit zu bewahren und ihr Verständnis auf alle Weise zu fördern.

Es erstrebt darum eine lückenlose Darstellung der Entwicklung des deutschen Volkes von den frühesten und kindhaften Anfängen kultureller Betätigung bis an die Schwelle der Neuzeit. Gerade jetzt ist das Germanische Museum gezwungen, das Abwandern der auf dem Reichsindex stehenden deutschen Kunstwerke namentlich des 16., 17. und 18. Jahrhunderts zu verhindern. Auch hierzu bedarf es besonderer Zuwendungen, die ja in ihrer Auswirkung wiederum dem gesamten deutschen Volke zugute kommen. Es ist darum zu begrüßen, daß im Nachtragsetat 1922 die allerdings bescheidene Summe von 10 Millionen Mark eingestellt wurde, um daraus einige Anschaffungen zu bestreiten.

In ärgste Bedrängnis kam das Deutsche Buchmuseum zu Leipzig. Es ist das ein Unternehmen, das seit dem Jahre 1884 für die Buchindustrie und Buchkunst sich bedeutsam erweist. Seine Wirkung erstreckt sich nicht bloß auf Deutschland, sondern auch auf das Ausland. Durch die Schätze der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik 1914 erhielt es einen großen Zuwachs von sehr wertvollen Stücken. Das für Friedenszeiten ansehnliche Vermögen, das begeisterte Männer des Buchgewerbes und der Buchkunst gestiftet hatten, war bald aufgebraucht. Die Mitgliedsbeiträge des Deutschen Vereins für Buchwesen und Schrifttum, der sich zu seiner Förderung gebildet hatte, wurden immer geringer. Die Beiträge der Stadt Leipzig, des Sächsischen Staates und des Deutschen Reiches, die dem Museum zuteil wurden[1], konnten mit der außerordentlichen Teuerung nicht Schritt halten. Man begreift es, daß man auf den Gedanken kam, die 42zeilige Bibel Gutenbergs, diese Druckkostbarkeit allerersten Ranges, nach dem Ausland zu verkaufen. In dieser großen Bedrängnis half die deutsche Kunst. Zwanzig Künstler (darunter J. V. Cissarz, Lovis Corinth, Alfred Kubin, Max Liebermann, Max Slevogt, Hugo Steiner, Hans von Volkmann) haben je ein Blatt zu einer Mappe beigesteuert, deren Verkauf dem Museum zunächst eine Strecke weiterhilft. Die Veräußerung der Gutenbergbibel ist vorläufig unterblieben. In diesem Vorgang spiegelt sich gewiß ein Stück starken kulturellen Gemeinschaftsgefühls.

[1] Für 1923 sind im Haushalt des Reichsministeriums des Innern 100000 Mark eingesetzt.

10. Vom Deutschen Museum

Auch für die Weiterentwicklung des Deutschen Museums bestehen mit Grund Befürchtungen. Es sollte wirklich in allem ein einzigartiges deutsches Kulturdenkmal werden. Wir sehen heute aber, daß dieses Museum, ehe es fertig geworden ist, gewissermaßen als Ruine vor uns steht. Wir dürfen von Reichs wegen auch dieses Unternehmen nicht im Stich lassen. Es ist das größte wissenschaftliche Museum, das je unter den Völkern der Erde geschaffen worden ist, und es soll unser Ruhmesblatt sein, daß wir trotz der schweren Not der Zeit dieses Museum durchhalten wollen als eine Großtat wissenschaftlichen deutschen Lebens.

Seine Entstehungsgeschichte läßt sich mit wenigen Worten kennzeichnen. Das Deutsche Museum wurde im Jahre 1903 als eine unter dem Schutze der Regierungen des Reiches und des bayerischen Staates stehende Anstalt des öffentlichen Rechtes ins Leben gerufen. 1906 wurde der Grundstein gelegt. Im Jahre 1922 warben bereits 6000 Mitglieder für seine Idee.

In seinen Sammlungen von Meisterwerken soll die geschichtliche Entwicklung der Naturwissenschaften und Technik gemeinverständlich gezeigt und die Verdienste der Männer geehrt werden, welchen wir diese Errungenschaften verdanken.

Unter der begeisterten Mitwirkung aus allen Kreisen des ganzen Reiches entstanden in kurzer Zeit Sammlungen von hohem geschichtlichen und technischen Wert. Unter denselben nehmen die Originale von Maschinen, Instrumenten und Apparaten die erste Stelle ein. Es seien besonders erwähnt: die Magdeburger Halbkugeln und die Luftpumpe, mit welchen Otto von Guericke die Kraft des Luftdruckes bewies, die Apparate, mit denen Ampère, Ohm, Hertz, Roentgen usw. ihre bahnbrechenden Versuche ausführten, die Instrumente Fraunhofers, die der Optik neue Wege erschlossen, ferner die älteste deutsche Dampfmaschine, der erste Dieselmotor, die erste elektrische Lokomotive von Siemens, das erste deutsche Unterseeboot, die ersten Flugzeuge von Lilienthal, Wright, Blériot, Rumpler usw.

Von vielen wichtigen Apparaten besitzt das Museum naturgetreue Nachbildungen, so z. B. von der ersten Watt'schen Dampfmaschine, der ältesten Lokomotive „Puffing Billy", dem ersten Webstuhl von Jacquard und dergleichen.

Modelle und Dioramen von interessanten technischen Einrichtungen, Bauwerken, Transportmitteln usw. vervollständigen die Sammlungen.

Besondere Sorgfalt wird darauf verwendet, daß die Museumsobjekte auch den Laien Anregung und Belehrung bieten. Zu diesem Zwecke sind die Innenkonstruktionen durch Schnitte sichtbar gemacht, es sind Vorkehrungen zur Inbetriebsetzung der Maschinen getroffen und Demonstrationseinrichtungen vorhanden, welche jeder Museumsbesucher durch Druck auf einen Knopf in Bewegung setzen kann. Es geht ein starkes volksbildnerisches und volkserzieherisches Interesse gerade durch dieses Museum.

Die Demonstrationen besitzen manchmal sehr großen Umfang; es seien nur die Planetarien von 12 Meter Durchmesser erwähnt, in welchen der Museumsbesucher mit der Erde durch den Weltraum fahren und die Bewegungen der Gestirne direkt beobachten kann. Das physikalisch-astronomische Weltbild gestaltet sich hier zum Erlebnis von eigenartiger Unmittelbarkeit.

Zuweilen erhalten ganze Räume eine der betreffenden Gruppe entsprechende Ausstattung. So werden in einem dreistöckigen begehbaren Bergwerk die Einrichtungen des Bergbaues, in historischen Werkstätten die Werkzeuge der Weber, Schmiede, Uhrmacher usw. zur Anschauung gebracht; in chemischen Laboratorien zeigt man die wissenschaftlichen Apparate des alchimistischen, phlogistischen und Liebig'schen Zeitalters und in Sternwarten die Instrumente zur Erforschung der Gestirne und Himmelserscheinungen.

Im Ehrensaal, einem Prunkraum von besonderer künstlerischer Wirkung, werden die hervorragendsten Vertreter der Naturwissenschaft und Technik, wie Leibniz, Fraunhofer, Robert Mayer, Siemens, Krupp usw. durch Marmorbüsten, Reliefs, Bilder usw. festgehalten. So unvollendet der Raum in Einzelheiten noch wirkt, so gleitet dennoch bereits ein Hauch von Unsterblichkeit durch diese Walhalla des Geistes.

Den Sammlungen des Museums ist eine umfangreiche Bibliothek angegliedert, die als eine Zentralstelle der gesamten wissenschaftlich-technischen Literatur schon jetzt über 80000 Bände umfaßt. Neben bedeutenden historischen Werken sind die wichtigsten Bücher, Sammelwerke und Abhandlungen der neueren Zeit vorhanden, deren Wert durch handschriftliche Widmung seitens der Verfasser noch besonders erhöht ist.

Eine Plansammlung von Maschinen, Wasserkraftbauten usw. gewährt dem Ingenieur wertvolle Unterlagen für eigene Konstruktion, während in einer Urkunden-Sammlung Handschriften berühmter Gelehrter und Techniker sowie Erinnerungsmünzen an große Begebenheiten dem Forscher als Quellenmaterial zur Verfügung stehen. Eine eigene Abteilung enthält interessante Filme und Lichtbilder aus dem Gebiete der Naturwissenschaft und Technik.

Mit diesen außerordentlich wertvollen Sammlungen ist das Deutsche Museum berufen, das größte technisch-wissenschaftliche Museum der Welt zu werden.

Zur würdigen Aufstellung der Gegenstände, welche zunächst in provisorischen Ausstellungsräumen untergebracht worden sind, wurde die Errichtung eines Neubaues beschlossen, der aus einem Ausstellungs- und einem Bibliotheksgebäude bestehen sollte.

Die Stadt München hat in der ihr eigenen großzügigen Art einen der schönsten Plätze kostenlos zur Verfügung gestellt; vom Reich, dem Staate Bayern, der Stadt München, vielen Körperschaften und Privaten wurden beträchtliche Geldmittel gestiftet, während die Industrie durch kostenlose Lieferung von Baustoffen, wie Zement, Eisen, Kupfer, Glas usw. sowie durch unentgeltliche Arbeitsleistungen ihr großes Interesse an dem entstehenden Unternehmen bekundete.

Mit festlichem Gepränge fand die Grundsteinlegung des neuen Museums am 13. November 1906 statt. Die im Jahre 1915 geplante Fertigstellung des im Rohbau bereits im Jahre 1914 vollendeten Museums wurde leider durch den Kriegsausbruch verhindert. Trotz der großen Schwierigkeiten sind die Arbeiten während des Krieges, wenn auch in beschränktem Umfange, weitergeführt worden.

Die durch außerordentliche Teuerungen in der Nachkriegszeit eingetretene Notlage des Museums konnte dank dem Entgegenkommen des Reiches und des Staates Bayern, welche 2 Dritteile der benötigten Mittel, und der Industrie, welche 1 Dritteil dieser Summe zur Verfügung stellten, beholfen werden. Man war in Kreisen der Museumsleitung der Hoffnung, das Deutsche Museum bis Ende 1924 zu vollenden und zu Anfang des Jahres 1925 dem öffentlichen Besuche zu übergeben. Aber die Währungskrisis und die Preissteigerung schaffen ernste Hemmungen.

Die Fläche der einzelnen Museumsräume wird ca. 36000 qm umfassen, die Führungslinie wird eine Länge von über 14 Kilometern

erhalten, so daß kein anderes wissenschaftlich-technisches Museum der Welt mit dieser deutschen Nationalanstalt an Größe verglichen werden kann. Mehr als ein Jahrhundert lang war das 1794 als Staatsinstitut geschaffene Conservatoire national des Arts et Métiers die einzige Sammlung von Originalen und Modellen zur Entwicklungsgeschichte der Technik. Es hat als solches bedeutsame Anregungen ausgelöst. Jetzt empfängt es in München ein Gegenstück, das jenes Vorbild überholt und überbietet.

Aber mehr als der Umfang wird der historische, belehrende und anregende Inhalt alle bisherigen technischen Museen übertreffen, so daß das Deutsche Museum eine Ruhmeshalle der deutschen Forschung und der deutschen Arbeit bilden wird, auf die alle Völker, auch die uns weniger freundlich gesinnten, nur mit Bewunderung blicken können. Es ist ein geradezu gigantisches Werk, das die wissenschaftliche und künstlerische Veranlagung und gleichzeitig die gewaltige Energie eines Oskar von Miller ins Leben rief.

Wer die große monumentale Linie des Münchner Baus auf sich wirken läßt, aber auch die durch den Mangel an Mitteln hervorgerufenen Unterbrechungen und Störungen, also den derzeitigen Charakter des Torso vor sich hat, der sieht in allem im Deutschen Museum das Sinnbild unserer derzeitigen deutschen Kulturkrisis. Der Weltkrieg und die Nachkriegszeit haben Tiefstes und Wertvollstes an unserer Wissenschaftskultur erschüttert; überall Hemmungen, Fragmente, Widerstände; dennoch ein starker Wille zum Leben, ja zur Neuschöpfung aller Ungunst der Zeiten zum Trotz.

II. Die Schwächung des Verlagsbuchhandels

Die Anzeichen und Äußerungen des wissenschaftlichen Rückgangs sind noch längst nicht erschöpft. In diesen Zusammenhang gehören auch einige Worte über den Niedergang und den Rückgang des deutschen Verlegertums. Wohlgemerkt, ich spreche nicht von der allgemeinen deutschen Bücherproduktion. Wir haben ja leider vielfach eine Bucherzeugung, die heute trotz der Entwertung des Geldes sich nach wie vor auf Luxusdrucke einstellt, die für unsere Zeiten ebenso entbehrlich wie jene zahlreichen Erotika sein sollten,

die fast stärker als früher herausgegeben werden. Das sind Verfallserscheinungen deutscher Kultur, die den Wiederaufbau erschweren.

An dieser Stelle spreche ich nur von der Wissenschaftsliteratur, und da hat man heute bereits festzustellen, daß die wissenschaftlichen Verleger schwerer tragen denn je.

Die Kaufkraft der wissenschaftlich interessierten Bücherfreunde, im besonderen der geistigen Arbeiter, nimmt immer mehr ab. Der buchfreundliche Mittelstand ist proletarisiert. Seine literarischen und künstlerischen Interessen verkümmern. Mehr als einmal ist in solchem Zusammenhange der Sorge über eine Entgeistigung unserer Kultur Raum gegeben.[1] Ebenso ringt der Werkstudent um des Lebens Notdurft. Es ist in der Tat studentischen Kreisen kaum noch gestattet, außer dem Erwerb von Kompendien zum Besitz einer kleinen Privatbücherei vorzudringen.

Der Mangel an Betriebskapital macht sich also angesichts der ungeheuerlich gestiegenen Herstellungskosten (z. B. die Preise für Zeitungsdruckpapier erreichten im März 1923 den 6000—7000fachen Vorkriegspreis; darin spiegelt sich der Holzmangel, weniger der Holzpreis) empfindlich geltend. Es gibt heute kleinere wissenschaftliche Verleger, die den Druck eines einzigen großen wissenschaftlichen Werkes eingestellt haben, weil sie an dem einen großen Lieferungswerk sich mit ihrem gesamten Geschäft verbluten können. Gewiß ist die Kreditnot und der Kapitalmangel eine Folge der gesamten wirtschaftlichen Zerrüttung und im besonderen der Inflation. Allerdings muß auch ein anderes gesagt werden. Manche Verleger haben in den letzten Jahren eine Preispolitik betrieben, die unverständlich war. Sie hielten nämlich die Preise für das wissenschaftliche Buch zu niedrig. Sie hätten sich vielmehr auf den Preis der Neuauflagen einrichten sollen. Doch das sind Dinge für sich. Worauf es mir hier ankommt, ist, zu sagen, daß der wissenschaftliche Verlag als solcher heute in Deutschland derartig geschwächt ist, daß die große wundervolle Entwicklung, die der deutsche Verlagsbuchhandel im 19. Jahrhundert genommen hat, wesentlich gestört wurde. Das ist zudem ein großer Verlustposten in unseren Auslandsbeziehungen. Wurde doch vor dem Kriege etwa vierzig Prozent der gesamten wissenschaftlichen Büchererzeugung in Deutschland hergestellt.

[1] Vgl. etwa Hoischen, Kulturpflege und Beamtenbesoldung. Kölnische Volkszeitung Nr. 491 vom 27. Juni 1922.

Es ist vor allem schwer, unsere großen fachwissenschaftlichen Zeitschriften über Wasser zu halten. Wir haben heute Fachzeitschriften, die 1920 leben konnten, wenn sie von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft einen Zuschuß von 20000 Mark empfingen. Dieselben wissenschaftlichen Fachzeitschriften brauchten 1922, um weiterleben zu können, einen Zuschuß von 500000 bis eine Million Mark. Die Zahlen sind inzwischen gestiegen. Bereits im November 1922 sah ich die Kostenberechnung einer rechtswissenschaftlichen Zeitschrift, die für einen einzigen Jahrgang mäßigen, bescheidenen Umfangs (gemindert in der Seiten- und Bogenzahl) einen Zuschuß von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft von zwei Millionen Mark verlangte. Dabei betrug der Gesamtetat der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft damals im Herbst 1922 nur 40 Millionen Mark; erst später sind Erhöhungen erfolgt.

Den ganzen Ernst der schleichenden Krise hat die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Buchhändler (Leipzig) in jener Denkschrift erkennen lassen, die sie am 16. November 1922 an das Reichswirtschaftsministerium richtete. In ihr finden sich die bezeichnenden Ausführungen:

„Dem Reichswirtschaftsministerium ist die aus den gleichen Gründen eingetretene Notlage der Presse bekannt. In noch weit erheblicherem Maße mußte davon der Buchhandel getroffen werden, dem nicht, wie den Zeitungen, eine gewisse Rückversicherung durch das Inseratengeschäft geboten war. Der Verlag ist schon jetzt notgedrungen gezwungen, die Herausgabe neuer Werke und neuer Auflagen auf das äußerste einzuschränken, und wird in aller Kürze nicht mehr die Mittel aufbringen können, seine Aufgaben auch nur in beschränktem Maße zu erfüllen. Durch die Unterstützung der Notgemeinschaft (der deutschen Wissenschaft) kann nur ein kleiner Bruchteil wissenschaftlicher Literatur gefördert werden. Viele wissenschaftliche Publikationen können schon jetzt nicht mehr erscheinen oder fortgesetzt werden. Der Buch- und Musikalienhandel kann somit seiner Kulturaufgabe nicht mehr in dem notwendigen Umfange gerecht werden, und wir stehen vor dem Zusammenbruch unseres ganzen wissenschaftlichen Lebens."

Wenn der wissenschaftliche Verlagsbuchhändler bestehen bleiben soll, wird man dem Gedanken eines Valutazuschlages für das deutsche Buch wohlwollend gegenübertreten. Freilich bedarf die Höhe stets der sorglichen und scharfen Nachprüfung und der Anpassung an die Weltwirtschaftslage. In den Jahren 1920 und 1921 ist der Streit oft erbittert darüber entbrannt, ob der Valutazuschlag notwendig sei oder nicht.[1] Auch heute ist die Erörterung noch nicht ganz verstummt.

[1] Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat im Oktober 1921 auf

Man fragt nämlich, ob nicht am Ende der deutsche Name und die deutsche Kultur im Ausland darunter leidet, und ob nicht die deutschen Gedanken im Ausland ungenügend verbreitet werden. Zu einer Stunde, in der man die Aufklärung und die geistige Durchdringung des Auslandes stärker braucht denn je. Aber diese Befürchtungen sind zweifelsohne übertrieben; sie übersehen, daß 1922 das deutsche Buch im allgemeinen immer noch mit dem Ausland in den Wettbewerb der Preiswürdigkeit eintreten konnte. Andererseits ist es berechtigt, daß das Buch seinem inneren Werte nach bezahlt und dem ausländischen Käufer nicht halb geschenkt wird. Wer da draußen an deutscher Geistesarbeit teilhaben will, der wird bereit sein, dieses beim Kauf gebührend zu werten. Allerdings nähern wir uns auch auf dem Büchermarkte dem Weltmarktpreis. Aber vorerst liegen die Dinge noch so, daß der wissenschaftliche Verlagshandel ohne den Valutazuschlag kaum durchhalten kann, daß weiterhin das deutsche Buch mit diesen Valutaausgleichszahlungen des hochvalutigen Auslands im Preise gesenkt wird. So wirkt sich der Valutazuschlag als eine nicht unwesentliche Stützung der deutschen Wissenschaft aus.

Es ist ein Mißstand, daß dieser Valutazuschlag für das deutsche Buch vielfach umgangen wird. Unter den Schiebungen unseres Zeitalters gibt es auch eine Schiebung des deutschen Buches. So wandern die Bücher zum Inlandspreis hinaus nach den valutaschwachen Ländern (besonders nach Österreich), um von diesen Ländern ohne jeden Valutaausgleich ins hochvalutige Ausland verkauft zu werden. Es sind ansehnliche Kapitalwerte, die auf diese Art über die unvalutigen Länder in die hochvalutarischen Länder laufen. Es sind gewaltige

---

Antrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Schreiber folgende Entschließung angenommen: „Die in Baden-Baden zu ihrer Mitgliederversammlung zusammengetretene Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft hat sich eingehend mit der Frage des Valutazuschlages für das deutsche Buch beschäftigt. Auf Grund zahlreicher Erfahrungen und Beobachtungen, die sich bei der Arbeit der Notgemeinschaft ergaben, hält die Notgemeinschaft die Beibehaltung des Valutazuschlages im eigensten Interesse des deutschen Geisteslebens und der deutschen Kultur für unerläßlich. Sie bittet ferner die Reichsregierung und den Reichstag, in Erwägungen einzutreten, den Valutazuschlag sachgemäß zu erhöhen. Als unerläßlich erachtet es die Versammlung, daß die Reichsregierung und die deutsche Presse in Sachen des Valutazuschlages eine umfassende Aufklärung des Auslandes vornimmt." Siehe dazu [1.] Bericht der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1922 S. 21 f.

Ausfälle, die der wissenschaftliche Verlagsbuchhandel und damit auch die deutsche wissenschaftliche Publikation durch solche unlauteren Machenschaften erleidet.

12. Kulturelle Folgen der Wissenschaftsnot

So wächst die deutsche Wissenschaftsnot aus verschiedensten Ursachen und Zusammenhängen heraus. Gleichzeitig erhebt sich immer wieder die Frage: wie werden die kulturellen Folgen dieses Niedergangs der Wissenschaft nun in den nächsten Jahren sich bemerkbar machen? Die Wirkungen werden zweifelsohne sich sehr ernst anlassen; sie werden die verschiedensten Gebiete betreffen; nur für einige Bezirke unserer nationalen Kultur seien diese unheilvollen Hemmungen angedeutet. Zunächst werden wichtige Gebiete unseres öffentlichen Lebens in starke Mitleidenschaft gezogen werden. Die Presse nicht minder[1] als die Verwaltungspraxis. Wir entwickeln gewiß auf verwaltungsrechtlichem Gebiete, auf dem Gebiete der Staatsverwaltung heute mehr denn je jene auch sozial erneuernden Gedanken der Selbstverwaltung, die der Freiherr vom Stein aufwarf, und die in der Idee des englischen Self-Government ihren Niederschlag fanden, um sie in unserem deutschen Verwaltungswesen fruchtbar zu machen. Aber wie soll man eine Verwaltungsreform anstreben, wie soll man hier zu großen praktischen Zielen kommen dann, wenn die wissenschaftlichen Grundlagen des Verwaltungsrechts und der Verwaltungspraxis erschüttert werden, wenn nämlich die Verwaltungswissenschaft an unseren Universitäten und im Zeitschriftenwesen selbst Schaden leidet!

Wie sehr hier die Dinge bereits im argen liegen, hat die Beratung des Nachtragshaushalts 1922 für das Reichsjustizministerium gezeigt. Die Abgeordneten Dr. Kahl und Dr. Schreiber wiesen auf die Notlage der Deutschen Juristenzeitung und anderer juristischen Wochenschriften hin; der Abgeordnete von Guérard machte darauf aufmerksam, daß die Bibliothek des Reichsgerichts verkümmert.

Ebenso kann die andere Tatsache nicht bestritten werden, daß die Finanzwissenschaft den umfassenden Steuerreformen vom Winter 1921/1922 und ihren Vorbereitungen, ebenso der neuen Reichshaus-

[1] Siehe oben S. 8.

haltsordnung bislang nur zögernd gefolgt ist. Wird doch die Beschaffung des einschlägigen Materials für die Professoren unserer juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten immer kostspieliger. Andererseits brauchen wir eine stärkere wissenschaftliche Durchdringung dieser Fragen auch deshalb, um den wissenschaftlichen Vergleich mit der Steuerbelastung und der Finanzgebarung des Auslandes umfassend vornehmen zu können.

Die Folgen des Niedergangs der deutschen Wissenschaft würden sich aber nicht bloß für Verwaltung und Gesetzgebung, sondern auch für unser gesamtes deutsches Bildungswesen verhängnisvoll geltend machen. Wir haben im Reichstagssaal die Reichsschulkonferenz gehalten und uns dabei über die Lehrerbildung und über neue Möglichkeiten pädagogischer Reformen ausgesprochen. Wir wissen, daß das ein Thema ist, das nie aus der Erörterung wieder schwinden wird. Lehrerbildung und kultureller und wirtschaftlicher Anstieg der Nation sind unweigerlich verknüpft. Aber die Dinge liegen andererseits so, daß der Stand unserer Volksschulbildung, daß die Lehrerbildung, daß auch die Bildung der Mittelschulen mit dem Hochstand unserer Hochschulen unzertrennlich verbunden ist. Eine Abminderung der wissenschaftlichen Bedeutung unserer Hochschulen — und die ist zurzeit in ernstem Ausmaß vorhanden — ist gleichbedeutend mit einem Niedergang der wissenschaftlichen Stellung unserer Mittelschulen und unserer gesamten Volksbildung überhaupt.

Ganz in den Anfängen liegt noch das Beamten-Fortbildungswesen beschlossen. Um so peinlicher wirkt es, daß es immer schwerer wird, die Verwaltungsakademie in Berlin finanziell zu stützen. Dabei wäre es notwendig, ähnliche Unternehmungen im Reiche, besonders in Westdeutschland, in Angriff zu nehmen.

Aber als die bedeutsamste und schmerzlichste Folge des wissenschaftlichen Niederganges betrachte ich die Gefährdung des kulturellen und wissenschaftlichen Austausches mit dem Ausland. Unwillkürlich wird man dabei an Macaulays Worte gemahnt, die englische Literatur habe England mehr genützt als seine sämtlichen Flotten.

Gerade unseren Auslandsbeziehungen ist zur Zeit eine große Aufgabe gestellt. Wir müssen versuchen, volkswirtschaftlich wertvolles, aber auch bedeutsames moralisches Kapital im Ausland wieder anzulegen. In dieser Richtung soll sich nicht bloß unsere Diplomatie, nicht bloß unsere gesamte Außenpolitik, sondern vor allem unsere Wirtschafts-

politik und unsere Handelspolitik bemühen. Darüber hinaus ist es notwendig, daß die deutsche Wissenschaft im Ausland wieder an Geltung und an moralischem Eindruck gewinnt; denn wenn es inmitten internationaler Hemmungen und Spannungen noch irgend einen Wert gibt, der im Ausland sich wieder durchsetzen könnte, so ist es die deutsche Wissenschaft und Kultur. Allerdings erleben wir die schmerzliche Tatsache, daß zur nämlichen Zeit, wo unsere Wirtschaft wieder Ozeandampfer baut, zur nämlichen Zeit, wo große Konzentrationen deutschen Kapitals stattgefunden haben, um im Ausland deutsche Industrieerzeugnisse wieder vorwärtszubringen, die geistigen Arbeiter Deutschlands im Ausland auf Grund der Markentwertung auf der ganzen Front den Rückzug antreten müssen. Denn die Dinge liegen doch so, daß es den deutschen Gelehrten von heute im Grunde genommen nicht mehr möglich ist, die wissenschaftliche Literatur des Auslandes zu erwerben. Ebenso sind Forschungsreisen ins Ausland fast unmöglich. Werden doch für Inlandsforschungsreisen die Gelder kaum noch aufgebracht. So ist der deutsche Gelehrte leider gezwungen, immer stärker sich in die deutsche Innenwissenschaft zurückzuziehen. Der wichtige Brückenschlag zum Ausland wird vernachlässigt, weil die Geldentwertung gebieterisch zu dieser Enthaltsamkeit zwingt. Das sind ebensoviele ernste auslandspolitische Hemmungen wie ernste Behinderungen der deutschen Forschung.

Wer den Dingen ferner steht, mag meinen, nur die Industrie sei auf die Rohstoffe angewiesen, die sie vom Auslande einführen muß, auf Erze, Baumwolle, Kohle und vieles andere. Aber auch die Wissenschaft braucht ausländische Rohstoffe, solche im eigentlichsten Sinne des Wortes, auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, für bakteriologische, chemische, medizinische Untersuchungen. Gleichzeitig benötigen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften das Ausland als Forschungsfeld. Man nehme geologische und geographische, anthropologische und ethnographische Forschungen. Es bedarf ebenso der Forschungsreisen für Philologie, Geschichte und Kunstwissenschaft, für Botanik und Zoologie. Immer wieder sind diese Wissenschaften angewiesen auf Grabungen, auf Fundstätten, auf Denkmäler, auf Sprachstudien. Man braucht die seltenen Texte des Auslandes, man braucht seine Handschriften, man braucht seine Spezialinstitute, seine Kongresse, seine Zeitschriften, die Kenntnis seiner Technik und seiner Rechtsprechung.

Das alles ist Forderung, aber wie traurig läßt sich die Wirklichkeit an. Ein Gelehrter, der ein mehrbändiges Werk über die Biologie der tropischen Pflanzenwelt schrieb und an eine Fortsetzung und Neubearbeitung denkt, sieht sich in seinem Forscherwillen vollständig unterbunden. Ein anderer Wissenschaftler, der zur Neubearbeitung seines Handbuches der Byzantinistik sich nach Madrid begeben müßte, um dort und im Escorial Studien und photographische Aufnahmen zu machen, steht wiederum ratlos den Folgen unseres Valutaelends gegenüber. Unsere Universitäten können andererseits nicht daran denken, die Kriegsverluste ihrer zoologischen und botanischen Gärten aufzufüllen, denn schon die Versuche dazu werden im Keime erstickt. Gruppen von Bibliotheken müssen sich heute zusammenschließen, um wenigstens ein einzelnes Exemplar eines Auslandsbuches zu erwerben, das infolgedessen schwer zugänglich sein wird. Vielleicht ein Buch, das im Zeitalter der Goldmark in der Hausbibliothek des deutschen Fachmanns mit einer gewissen Selbstverständlichkeit anzutreffen gewesen wäre. Wenn wir infolge der Valutablockade derart vom internationalen wissenschaftlichen Verkehr abgeschlossen sind, wird unsere Vereinsamung unsere Verkümmerung. Es wäre im übrigen auch politisch ein ungeheurer Rückschritt, wenn es fast unmöglich wird, zur wissenschaftlichen und kulturellen Auslandspsyche vorzudringen. Wir würden also auf das engere und engste Feld der Kultur Deutschlands selbst zurückgeworfen. Alle Wissenschaft stirbt an der Isolierung. Andererseits wird alle Wissenschaft nur groß an den geistigen Wechselbeziehungen der Völker. So stehen wir nach der Seite der Auslandsberührung bereits in dem Prozesse einer bedauernswerten Verarmung, Einschnürung und Abschließung. Anders ausgedrückt: wir sind nahe daran, Grundzüge unseres eigensten Wesens einzubüßen, jene Aufgeschlossenheit für fremde Kulturen und jenes Miterleben, das Geibel in die Worte kleidete:

„Zuteil ward uns die echoreiche Brust
Vor allen Völkern. Hell, wohin wir schritten,
Klang's in uns nach. Des Griechen Schönheitslust,
Des Römers Hochsinn, den Humor des Briten,
Des Spaniers Andachtsglut und Ehrenlust,
Des Franzmanns Witz und leichtgefällige Sitten,
Des Patriarchen Glück, der in den Landen
Des Aufgangs schweift, wer hat's wie wir verstanden?

Das Leben aller Weltgeschlechter schlossen
In unsres wir. Wir haben kühngemut
Den fremden Geist in deutsch Gefäß ergossen,
Die fremde Form durchströmt mit deutschem Blut.
Da ward im Ringen tiefer nur genossen,
Zum Eigentum uns das entlehnte Gut."

13. Der wissenschaftliche Boykott des Auslandes

In unseren Auslandsbeziehungen macht sich zudem der andere Umstand geltend, daß manche Wissenschaftskreise des Auslandes von sich aus Schranken und Hemmungen gegen das wissenschaftliche Deutschland aufgeworfen haben. Gewiß sind nach dem Weltkrieg manche internationale Wissenschaftsfäden erfreulicherweise wieder geknüpft worden. Die Zeit heilt ja die Wunden. Aber manche Beziehungen sind nach wie vor zerrissen. Ja, eine nicht unansehnliche Gruppe von Extremisten geht darüber hinaus und hat im Auslande Wissenschaftsverbände („Unionen", International Research Council) errichtet, die in aller Planmäßigkeit das Ziel verfolgen, eine kulturelle Internationale ohne und gegen Deutschland zustande zu bringen. Vor allem zielt man dabei auf eine Verdrängung und Abschnürung der deutschen Naturwissenschaften ab.[1]

So hat der deutsche Verlagsbuchhandel bis zum Kriegsausbruch seine Zeitschriften und Monographien dem deutschen Bureau der internationalen Bibliographie kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Arbeiten des deutschen Bureaus, welches die deutsche Literatur für den von der Royal Society in London herausgegebenen Internationalen Katalog der Naturwissenschaften zu bearbeiten hatte, werden nicht wieder aufgenommen werden. Es liegt hier ein Beschluß des „Internationalen Rates" der neugegründeten internationalen wissenschaftlichen Organisationen der Verbandsmächte vor, wonach Deutschland von allen internationalen wissenschaftlichen Unternehmungen ausge-

[1] Siehe dieserhalb die treffliche Studie von Karl Kerkhof, Der Krieg gegen die deutsche Wissenschaft (Als Manuskript gedruckt bei Herrosé & Ziemsen, Wittenberg, 1922). Kerkhof bietet eine lehrreiche Zusammenstellung von Kongreßberichten und Zeitungsmeldungen. Ergänzungen siehe bei G. Schreiber, Deutsche Kulturpolitik 9ff.

schlossen bleiben soll. Dieses gilt insbesondere von den bibliographischen Arbeiten; so sind neue internationale naturwissenschaftliche Referatenorgane gegründet worden, welche die im Ausland sehr verbreiteten deutschen Organe verdrängen sollen. In der Abwehr haben sich nun die betroffenen deutschen Referatenorgane zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Diese ausländischen Unionen sind vom Standpunkte der Kriegspsychose aus begreiflich, aber vom Standpunkt echter Wissenschaftlichkeit ebenso unentschuldbar.[1] Mit Recht hat Sven Hedin in seinen Ausführungen zur Hundertjahrfeier des Deutschen Naturforschertags in Leipzig diese Störung wissenschaftlicher Beziehungen bedauert, welche die Vertreter der Entente sich zu schulden kommen ließen, da sie dieser Tagung fernblieben. Er hat gleichzeitig bemerkt, daß auch die Entente-Länder „nicht wenig unter dem Abbruch des wissenschaftlichen Kontakts leiden." Es ist nur zu wahr, wenn er damit feststellt: „Der Erfolg aller wissenschaftlichen Forschung geht zurück, wenn die internationale Verbindung nicht aufrecht erhalten wird."[2] Leider sind solche Feindseligkeiten vorhanden und erschweren den Zugang der deutschen Wissenschaft zum Ausland.

Es ist merkwürdig genug, daß der Gedanke eines wissenschaftlichen Solidarismus derart abgeschwächt werden konnte, und daß Auffassungen reiften, man könne die deutsche Wissenschaft und Kultur ausschalten, ohne daß die Kultur Europas Schaden dabei leide. Das sind geradezu schmerzliche Irrtümer. Wer derart engstirnig denkt, hat die Geschichte und die Renaissancen der europäischen Geistesentwicklung als Zeugen gegen sich aufgerufen. Gegen die Isolierung der deutschen Kultur spricht auch jene geschichtsphilosophisch nur zu gut gegründete

[1] Hand in Hand geht übrigens in Frankreich eine kurzsichtige kulturelle Bewegung, die eine Abschließung der französischen Kultur gegen alle fremden und nicht bloß gegen deutsche Einflüsse fordert. Sie wird vertreten in der Nouvelle Revue française, die im Vordergrund des französischen Geisteslebens steht, ebenso durch die Veröffentlichung von L. Reynaud: L'influence allemande en France au XVIII^e et au XIX^e siècle (Paris 1922). Siehe dazu Kölnische Volkszeitung Nr. 756 vom 2. Oktober 1922 mit dem Artikel „Nationalistische Kulturabschließung". Derartige Strömungen sind Begleiterscheinungen eines starken nationalistischen Selbstgefühls, werden aber immer wieder im Leben der Völker in sich selbst überwunden.

[2] Svenska Dagbladet vom 12. Oktober 1922, mitgeteilt in der Kölnischen Volkszeitung Nr. 822 vom 26. Oktober 1922.

Erwägung, daß die Weltwissenschaft ähnlich der Weltwirtschaft ein organisches Ganzes darstellt, das von feinen und unzerstörbaren Lebensgesetzen getragen ist.

Für die Weltwirtschaft haben wir ja bereits die Erfahrung gemacht, daß sie sich durch den Friedensvertrag von Versailles nicht einschnüren läßt. Mit großen Erwerbslosenziffern, Wirtschafts- und Währungskrisen hat die Weltwirtschaftsvernunft Einspruch gegen das Unterfangen erhoben, die natürlichen Blutbahnen der Weltwirtschaft zu verlassen und fremde und künstliche Kanäle graben zu wollen. Die feinmaschigen Zusammenhänge zwischen den Volkswirtschaften der Länder, die nicht bloß Beziehungen zwischen Rohstoffmärkten und Absatzgebieten, sondern ebensoviele Lebensäußerungen der Völkerpersönlichkeiten darstellen, lassen sich nicht auf das Prokrustesbett von Paragraphen strecken.

Für die Zusammenhänge der Kulturen und des Geistes liegen die Verhältnisse völlig gleichartig. Freilich ist es bemerkenswert genug, wie wenig im Auslande noch Erwägungen darüber angestellt werden, daß man Gebiete der Hochkultur in Mittel- und Südosteuropa im Zustand der tiefvalutigen Verkümmerung und der wirtschaftlichen Schwächung nicht jahrelang belassen kann, ohne daß die gesamteuropäische Kultur in den verschiedensten Bezirken ernste Einbußen erleidet. Die Schädigungen liegen doch auf der Hand. Es gehen eben Überlieferungswerte verloren, die einfach nicht wieder ersetzt werden können, und die immer wieder den Vorzug europäischen Wesens vor der amerikanischen Entwicklung darstellen. Gleichzeitig bilden sich kulturelle und soziale Ansteckungsherde mit Fernwirkungen, die unübersehbar sind. Viel zu leicht nimmt man im Ausland auch die andere Tatsache, daß solche wirtschaftliche Tiefdruckgebiete auch für die europäische Volksgesundheit ernste Störungen heraufführen können. Sind doch tiefvalutige Länder an sich schon bemerkenswerte Tuberkuloseherde, die im übrigen nicht daran denken, mit ihren Wirkungen an der Grenze edelvalutiger oder mittelvalutiger Länder Halt zu machen. Von anderen Volksseuchen ganz zu schweigen.[1] Nur selten

[1] Man vergleiche die nachfolgende Pressenotiz:

WTB. Berlin, 4. Jan. 1923. Bei einem Presseempfang im Preußischen Ministerium für Volksernährung gaben die Referenten des Ministeriums eindrucksvolle Erklärungen über die neuen Erfahrungen auf dem Gebiete der Volksgesundheit ab. Nach einer kurzen Besserung nach dem Kriege trat

haben Ausländer so scharf gesehen, wie Gardiner, der Herausgeber der „Daily News", der auf Grund persönlicher Eindrücke sich äußerte: „Es ist tragisch, heute als deutsches Kind geboren zu sein; es ist in eine Hungerwelt hineingeboren und zu einem harten Leben." Ebenso wird nicht immer im Ausland gewürdigt, welche namhaften Dienste Deutschland der Weltgesundheit leistete, als es 1921 und 1922 an einer Reorganisation der russischen Lazarette und Spitäler mitarbeitete und damit für Mittel-, Süd- und Westeuropa die Möglichkeit ernster gesundheitlicher Schädigungen verringerte.

14. Die deutschen Ausland-Forschungsinstitute

In diesen Zusammenhängen mag man ein Wort über unsere Auslandinstitute nicht entbehren. Sie sind etatsrechtlich zum Teil beim Haushalt des Auswärtigen Amtes untergebracht (so die Archäolo-

Mitte 1922 eine außerordentliche Verschlechterung ein. Weite Schichten des Volkes könnten die zur normalen Ernährung notwendigen Nahrungsmittel nicht mehr beschaffen. Insgesamt koste jetzt die normale Ernährung einer vierköpfigen Familie 750 000 ℳ im Jahre. Das könnten sich nur noch wenige leisten. Zahlreiche Familien, besonders in den Städten, führten bereits ein ausgesprochenes Hungerdasein. Besonders bedenklich erscheine die gesundheitliche Zukunft der Kinder. Die Säuglingssterblichkeit nehme zu, über 50 Prozent der Schulkinder seien unterernährt. Skrofulose und Rachitis nehmen hauptsächlich infolge des Milchmangels zu. Hunderttausende von Kindern bekämen keine Milch mehr. Auch die Tuberkulose steigere sich wieder. Der Kohlenmangel vermehre die Erkältungskrankheiten. Im ersten Vierteljahr 1922 seien die Todesfälle an Lungenentzündung um über 20 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1921 gestiegen. Wäschemangel und die Verringerung der Bademöglichkeit führten zu zahlreichen Hautkrankheiten. Werde nicht bald Hilfe geschafft, so steuere unser Volk der gesundheitlichen Zerrüttung entgegen. Die Ursache alles dessen sei der wirtschaftliche Druck des Friedensvertrages.

Am 15. Dezember 1922 (WTB.-Bericht) veranstaltete die deutsche Ärzteschaft unter Vorsitz von Geheimrat Rubner eine Kundgebung in der Aula der Berliner Universität und nahm in Sachen unserer Volksgesundheit eine sehr besorgte und ernste Entschließung an, die, wie die inhaltreichen Vorträge von W. His (Der Niedergang der Lebenshaltung des deutsches Volkes), Dippe (Die deutschen Ärzte am Krankenbett des deutschen Volkes) und Krautwig (Deutsche Kinder in Not, des deutschen Volkes Schicksalsfrage) in Nr. 2 v. Jahrgang II, 1923 der Klinischen Wochenschrift gedruckt sind. Siehe über den gesundheitlichen Niedergang ferner die oben S. 52 erwähnte Schrift: Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges S. 41.

gischen Institute in Rom, Athen und Kairo)[1], zum Teil greifen sie auf den Etat des Reichsministeriums des Innern oder auf den preußischen Etat zurück. Daneben treten private wissenschaftliche Auslandinstitute wie das römische Institut der Görres-Gesellschaft und der Campo Santo in Rom. Aus mancherlei Erwägungen heraus wird es für die deutsche Kulturpolitik der Zukunft darauf ankommen, gerade die Zahl der privaten Institute im Auslande zu mehren. Alle diese Unternehmungen haben es jahrzehntelang verstanden, mit verhältnismäßig geringem Aufwand von Mitteln führenden Kräften der europäischen Gelehrtenwelt ein unschätzbares Material zur Verfügung zu stellen. Dabei sind von den deutschen und fremden Gelehrten Verbindungen geknüpft, die sich um so bedeutsamer anließen, als man andere Wesenszüge des deutschen Volkes nicht zu würdigen leicht geneigt war.

Mit sämtlichen bestehenden Ausland-Forschungsinstituten sieht es zur Zeit trübe aus. Es wird eben immer schwieriger für sie, die lebensnotwendigen Devisen zu beschaffen. Das preußische Historische Institut und das Historische Institut der Görres-Gesellschaft in Rom mußten trotz der Unterstützungen, die ihnen aus der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zuflossen, stillgelegt werden. Kaum sind die Mittel zu beschaffen, um die Miete für die Räume zu bestreiten, in denen die Bibliothek des preußischen Historischen Instituts untergebracht ist; von Ergänzung der Bücherbestände aber kann vor-

[1] Der Etat des Auswärtigen Amtes für das Jahr 1923 verzeichnet eine Pauschalsumme von 13 717 000 M für das Archäologische Institut und dessen Sekretariate in Rom und Athen, einschließlich 829 352 M zur Förderung der römisch-germanischen Altertumsforschung in Deutschland und der Altertumsforschung in Kleinasien, insbesondere in Pergamon; darunter künftig wegfallend 71 490 M.

Für die Unterhaltung des Deutschen Instituts für ägyptische Altertumskunde in Kairo sind ausgeworfen 14 332 000 M. Ferner wurden genehmigt ein Beitrag von 9 180 000 M für die Zoologische Station des Prof. Dr. Dohrn in Neapel und ein Beitrag von 40 000 M (ohne Kursausgleich) für die Zoologische Station in Rovigno. Dazu treten 728 000 000 M für die Pflege humanitärer und wissenschaftlicher Einrichtungen im Ausland. Der Auslandskunde dient auch der Beitrag für das Seminar für orientalische Sprachen in Berlin in der Höhe von 2 085 000 M.

Bei dem Etat des Reichsministeriums des Innern ist für 1923 ein Beitrag von 100 000 M für den Verein zur Erhaltung des Kunsthistorischen Instituts in Florenz verzeichnet.

läufig keine Rede sein. Die Rückwirkung auf die wissenschaftlichen Unternehmungen des Inlandes bleibt da nicht aus.

Die Notlage des Campo Santo verdient an dieser Stelle eine besondere Erwähnung. Er ist für große archäologische Forschungen, vor allem auf dem Gebiete der christlichen Kulturgeschichte, unentbehrlich. Dabei gibt es wenige internationale Wissenschaftsinstitute, die für die Förderung des Nachwuchses so bedeutsam waren, wie diese deutsche Nationalstiftnng, die in die Karolingerzeit zurückreicht. Die von ihr herausgegebene und vortreffliche „Römische Quartalschrift" steht vor dem Zusammenbruch. Infolge Baufälligkeit ist, wie man hört, ein Teil des Daches zusammengestürzt. Man weiß nicht, woher man die Kosten für Reparatur nehmen soll.

Unsere Auslandinstitute leiden nicht minder darunter, daß deutschen Gelehrten die wissenschaftliche Auslandsreise fast unmöglich wird. Schon in anderen Zusammenhängen wurde auf diesen Mißstand hingewiesen[1]. Es bleibe nicht unerwähnt, daß unsere Auslandbeziehungen auch dadurch beeinträchtigt werden, daß den Studierenden der wissenschaftliche Auslandaufenthalt kaum noch vergönnt ist.

Früher war es häufig genug, daß deutsche Studenten auf Auslanduniversitäten gingen. Man traf sie namentlich in Lausanne, Grenoble und Oxford. Der Austauschgedanke suchte solche Beziehungen, wenn auch zunächst bescheiden, zu steigern. Daraus ergaben sich nicht bloß Vorteile auf dem Gebiete der Sprachkenntnisse. Darüber hinaus war es bedeutsam, daß wir Deutsche mit der Auslandpsyche Fühlung nahmen. Gerade heute erkennen wir, daß es mehr denn je nötig ist, das Ausland in seinen Völkerpersönlichkeiten besser zu verstehen. Die Möglichkeiten solcher Auslandstudien sind unseren Studenten heute so gut wie ganz genommen. Das ist ein Ausfall, den wir in kommenden Zeiten noch schwer empfinden werden. Es wird uns nicht gelingen, einen brauchbaren Stamm von Kennern unserer Nachbarvölker zu erhalten, wenn unsere akademische Jugend vollkommen vom Auslande abgeschnitten ist[2].

Minderung unserer Auslandkenntnis ist aber Schwächung unseres Ansehens und Einflusses da draußen. Jedes Kulturvolk braucht eben ein Gewisses an geistiger Anerkennung und Geltung bei den Nach-

[1] Siehe oben S. 44.
[2] Siehe auch oben S. 29.

barvölkern, bei den Neutralen wie bei den Gegnern. Um seiner Wirtschaft und seines Kredites, aber auch um jener Imponderabilien willen, mit denen selbst die Weltpolitik rechnet. Schließlich müssen solche lebensvollen Zusammenhänge auch unserer Auslanddeutschen wegen gewahrt werden. Sie spiegelten schon vor dem Kriege einen Teil unseres eigenen Wesens, ja brachten deutsche Charakterzüge in den altgesessenen Gebieten (Österreich, Schweiz) zu besonderer und inhaltreicher Gestaltung. Dazu treten die sechs Millionen in den abgetretenen Gebieten, die die Jahre 1919—1921 von uns gefordert haben. Minderung der wissenschoftlichen Größe und Kultur des Mutterlandes bezeichnet in dieser Richtung Rückgang und Verkümmerung des Auslanddeutschtums.

15. Die Bedrohung der großen Wissenschaftsunternehmungen

Jedes Kulturvolk verfügt neben seinen Hochschulen über bestimmte große Wissenschaftsunternehmungen, die seine Wesenszüge spiegeln. Die Zahl und das Ausmaß dieser Unternehmungen begründen nicht zum wenigsten seine kulturelle Rangstellung. Mit ihnen werden oft wertvollere Beziehungen zum Ausland gewonnen, als das Interview des Diplomaten ermöglicht und die Wareneinfuhr dieser oder jener Handelsgesellschaft zu erwerben vermag. Sie bedeuten gleichzeitig eine Schulung des wissenschaftlichen Nachwuchses, in mehr als einer Richtung auch eine Pflanzstätte nationalen Sinnes, indem sie die Eigenart deutschen Wesens zur Auswirkung bringen und in die Gotik seines Geistes führen. Gleichzeitig liegt über diesen Forschungsunternehmungen eine universalistische Linie, insofern sie als große Bindegewalten der Menschheit Trennendes in den Völkerbeziehungen überbrücken.

Es ist nicht zufällig für Deutschland, daß diese Wissenschaftsunternehmen der Zahl und dem Arbeitseifer, aber auch dem Arbeitserfolg nach mit einer gewissen Vorliebe in Bezirken der Geisteswissenschaften zu suchen sind. In dieser Linienführung kennzeichnet sich eine ausgesprochen idealistische Grundrichtung der deutschen Art, aber auch jenes starke geschichtliche Sehen, das einem Kulturvolk mit den Überlieferungen eines Föderativstaates nun einmal eigentümlich ist.

Zu ihnen zählen in der Theologie das Göttinger Septuaginta-Unternehmen[1], die Ausgaben der lateinischen und griechischen Kirchenväter, die kritische Ausgabe der ökumenischen Konzilien, die Arbeiten der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Reformation und der Gegenreformation, das Concilium Tridentinum der Görres-Gesellschaft und die Lutherausgabe. Es sind das Aufgaben, die bereits in die Geschichtswissenschaft hinüberspielen.

In dieser selbst melden sich die Monumenta Germaniae historica zum Wort, die über ein Jahrhundert lang die Entwicklung unseres Volkes als ein Weckruf deutscher Überlieferungen begleiteten. Sie schufen aber gleichzeitig eine ideale Erziehungsschule wissenschaftlichen Sinnes. Ihre Not hat in einer besonderen Anfrage neuerdings den Reichstag beschäftigt.[2] Trotz der von der Reichsregierung gebrachten Hilfe gestaltet sich die Lage derartig kritisch, daß es der Zentraldirektion nur noch möglich sein wird, Arbeiten auf Grund des einheimischen Materials in Angriff zu nehmen. Dahin gehören ebenso[3] die Forschungen der Historischen Kommission in München, die Acta Borussica, die Göttinger Papsturkunden (Regesta pontificum Romanorum, Italia pontificia, Germania pontificia)[4] und die Quellenpublikationen der Görres-Gesellschaft. Man sieht, es sind zum guten Teil Veröffentlichungen, deren Anfänge und tiefere Wurzeln in außerdeutsche Quellgebiete zurückreichen. Die gewaltigen Kulturleistungen französischer Mauriner und Oratorianer, belgischer Bollandisten und die geschichtlichen Interessen des Italieners Muratori und seiner Zeitgenossen finden hier eine Renaissance oder eine Parallele, die gern die methodische und sachliche Vorarbeit des Auslandes an-

[1] Es wird vom Reiche aus im Haushalt des Reichsministeriums des Innern unterstützt.

[2] Sie sind bei dem nämlichen Etat mit 1 453 000 M Unterstützungssumme eingesetzt. Im Jahre 1921 hat eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Schreiber und Burlage die Reichsregierung ersucht, der Notlage der Monumenta besondere Aufmerksamkeit zu zollen. Siehe ferner die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Schreiber in der 56. Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags vom 13. Januar 1921 S. 21.

[3] Inwieweit diese Institute von der Notgemeinschaft unterstützt werden, ist im [1.] Bericht der Notgemeinschaft S. 37 zu ersehen.

[4] Eine Revision des Materials für „Italia pontificia“ in Rom, Neapel und Palermo muß aus Mangel an Mitteln unterbleiben. Die Arbeiten der „Gallia pontificia“ haben stillgelegt werden müssen.

erkennt. Es ist bezeichnend genug für die deutsche Vorurteilslosigkeit, daß den stolzen Wissenschaftsbauten des Barock und der gelehrt-antiquarischen Art des 17. und 18. Jahrhunderts im neunzehnten Säkulum gerade auf deutschem Boden die dankbarste Pflege und Aufmerksamkeit zuteil wurde. Diese Aufgeschlossenheit ist um so bemerkenswerter, als starke politische und bekenntnismächtige Gegensätze und Spannungen zu West- und Südeuropa sich auftaten.

In der Philologie melden sich zum Wort: das Corpus inscriptionum latinarum, das Corpus inscriptionum graecarum, der Thesaurus linguae latinae[1], der die Grundlage einer der großen Frühkulturen der Menschheit darlegt, ferner die Sammlung der antiken Ärzte, die Fragmentsammlung der griechischen Historiker, die Papyri, die Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaft von Pauly-Wissowa-Kroll. Genau wie in den Tagen des Humanismus, Winckelmanns und Lessings ist Deutschland an der Erschließung der Antike und der Mittelmeerkultur tätig, im Sinne eines edlen Dienstes an der gesamten Menschheit.

Dahin gehören weiter von größeren Unternehmungen: der Thesaurus japonicus, die Denkmäler deutscher Kunst und Tonkunst, die Geschichte des Fixsternhimmels.

Den leichten Brückenschlag zu fremden Kulturen weist auch die Liste jener Ausgrabungen auf, die von der Notgemeinschaft der

[1] Im Jahre 1894 wurde dieses Werk von den vereinigten deutschen Akademien begründet; es soll eine Sammlung des lateinischen Sprachschatzes darstellen von seinen Anfängen bis zu seinem Übergang in die romanischen Neusprachen (7. Jh. n. Christus). Das Thesaurus-Archiv in München, das nunmehr 10 Millionen Zettel umfaßt, die in 6000 Zettelkästen gesichtet und geordnet in der alten Akademie und in der alten Augenklinik verfügbar sind, ist ein Kulturzeugnis allerersten Ranges und von überstaatlicher Bedeutung. Das ganze Werk, dessen Wichtigkeit, für den wissenschaftlich tätigen Philologen, Theologen und Juristen kaum hoch genug veranschlagt werden kann, ist auf 12 Bände berechnet. Bisher sind die ersten 4 Bände ganz und der 5. und 6. Band größtenteils abgeschlossen. Trotz der Zuschüsse seitens der wissenschaftlichen Körperschaften des Reichsministeriums des Innern und gliedstaatlicher Unterrichtsverwaltungen, sowie trotz der dankenswerten und namhaften Beihilfen des Auslandes (Schweden, Holland, Schweiz, Süd-Afrika, Dänemark, Finnland und Nord-Amerika) besteht bereits im Etat 1922 ein Fehlbetrag von nahezu 2 Millionen, der sich einzig und allein aus den übergroßen Sachausgaben und aus den Forderungen des Personaletats ableitete. Siehe oben S. 17.

deutschen Wissenschaft unterstützt wurden, oder für deren literarische Auswirkung sie sich einsetzte. Das sind die Ausgrabungen der Deutschen Orient-Gesellschaft in Babylon, Assur und Ägypten, die Funde in Boghazköi und die Turfanexpedition; dahin zählen ferner das Ägyptische Wörterbuch, die Pyramidentexte wie auch die Ausgrabungen in Numantia. — Dazu treten jene Auslandsinstitute, die im dreizehnten Kapitel erwähnt wurden.

Auf den naturwissenschaftlichen Gebieten reiht sich die große Zahl jener Forschungsinstitute an, die bereits oben genannt werden konnten. Sie sind guten Teils älterer Herkunft, zum andern stehen sie in jener Entwicklungsphase, die 1911 mit der Gründung der Kaiser Wilhelm-Forschungsinstitute anhebt.[1]

In diesen und in zahlreichen anderen Unternehmungen spiegelt sich die Eigenart deutschen Wesens genau so wie in der Betriebsamkeit des Hamburger Hafens, im Stahl- und Walzwerk des rheinisch-westfälischen Montankonzerns und in jenem stillen Hof Niedersachsens und Oberbayerns, der fest und in edler Schollenpflichtigkeit in der Überlieferung seiner Landschaft und Volkskunde wurzelt. Man kann demnach diese Wissenschaftsunternehmungen nicht verfallen lassen, ohne tiefste Besonderheiten des Deutschtums zu verwischen und zu gefährden. Denn hier bestehen unzerreißbare Zusammenhänge und Wechselwirkungen. Selbst dem schlichtesten Volksgenossen muß diese Harmonielehre deutschen Wesens geläufig werden. Aber auch jene andere Tatsache, daß diese Unternehmungen vom wirtschaftlichen Niederbruch der Zeit betroffen sind. Bei der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft übersteigen die Ausgaben des Jahres 1922 bereits das Vermögen der Gesellschaft. Es bedarf in dieser Richtung kaum noch der Einzelschilderung.[2] Es genügt vielmehr mitzuteilen, daß die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bereits helfend eingreifen mußte.

Schwierig genug wird es werden, alle diese Unternehmungen lebensfähig zu erhalten. Mit ihrem Sein und Nichtsein stehen aber nicht bloß deutsche, sondern allgemeine Menschheitsinteressen auf dem Spiel.

---

[1] Siehe oben S. 13.

[2] So besteht z. B. für die Regesta Romanorum pontificum die Gefahr, daß sie als Torso liegen bleiben. Die vom Preußischen Historischen Institut herausgegebenen „Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken" sind bereits still gelegt.

Mit ihrem Untergang wäre jener Zug von Mütterlichkeit geschwunden, mit dem jedes große Kulturvolk der gesamten Menschheit seine Dienste weiht und widmet.

16. Die Hilfe des Reichs

Nach allem wirft sich die Frage auf: wie ist denn eigentlich zu helfen? Wenn man Ausschau hält, wird man zunächst von der staatlichen Unterstützung und Hilfe sprechen dürfen, weil es ja Fragen unsers Etats sind, die an erster Stelle im Reichstag zur Erörterung stehen. Dann muß man allerdings dem Gedanken Ausdruck geben: es mochte wohl sein, daß wir uns in Friedenszeiten mit den schmalen und sparsamen Etatmitteln begnügten, die eine gewisse und bescheidene, wenn auch dankenswerte Förderung der deutschen Wissenschaft von Reichs wegen darstellten. Wir können mit diesen bescheidenen Etatmitteln nicht mehr arbeiten. Gewiß weiß ich, daß über die Tore des Haushaltsausschusses das Wort von der unbedingten Sparsamkeit geschrieben sein soll, aber an dieser Stelle und in diesen ganzen Zusammenhängen ist ebenso nachdrücklich die andere Auffassung auszusprechen, daß jede Papiermark, die für die deutsche Wissenschaft angelegt ist, werbendes Kapital im besten und edelsten Sinne des Wortes bedeutet.

So sind wir denn geradezu verpflichtet, unsere gesamten Etattitel, die die Wissenschaftskultur betreffen, in allem ernstlich und energisch zu revidieren. Wir können einfach nicht anders. Die Not der wissenschaftlichen Gegenwart ist zu groß; und wenn hie und da manche Bedenken bestehen mögen, den einen oder andern Titel zu erhöhen, ich sage jetzt an dieser Stelle: es geht nicht anders, und die Interpellation kündigt diese unabweisbare Forderung bereits an. Die Reichsregierung muß eine namhafte, eine große und wirklich bedeutende Erhöhung dieser Titel vornehmen, weil es sich um das Ganze der deutschen Wissenschaft überhaupt handelt. Es freut mich, hier feststellen zu können, daß das Reichsministerium des Innern besonders im letzten Jahre diesem Verelendungsprozeß der deutschen Wissenschaft und der Schwächung der Gesamtstellung unserer deutschen Wissenschaftskultur mit wachsender Aufmerksamkeit gefolgt ist. Manche Etattitel wurden erhöht. Allerdings läßt sich dieses Interesse noch erweitern.

Damit will ich nicht einer äußerlichen Zusammenlegung der einzelnen Etattitel das Wort reden. Das sei ferne von mir. Die einzelnen Etattitel als solche sollen zweckmäßig für sich bleiben, um eben darauf hinzuweisen, daß die Wissenschaft in ihren verschiedensten Verzweigungen und in zahlreichen besonderen Aufgaben der Aufmerksamkeit bedarf. So mögen diese Titel bleiben, wie sie vorhanden sind, indem sie gleichzeitig ein farbenreiches Stück deutscher Wissenschaftsentwicklung spiegeln. Sie mögen, wenn nötig, noch weiter spezialisiert werden, aber vor allen Dingen, sie müssen namhaft erhöht und als großes geistiges Ganzes einer deutschen Gesamtaufgabe und Gesamtnot gehandhabt werden.

Ferner ist zu wünschen, daß das Reichsministerium des Innern zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium in eine Nachprüfung des Anteils eintritt, den die Autoren am Valutazuschlag für das deutsche Buch beziehen. Auch das ist eine wichtige Aufgabe, die angesichts der Notlage der geistigen Arbeiter stärker angefaßt werden muß. Weiter ist anzustreben, daß das Reichsministerium des Innern auf das Reichsfinanzministerium einwirkt, was die Besteuerung der geistigen Arbeiter betrifft. Auch hier stoßen wir bei den Reichsfinanzbehörden und im besonderen bei den Landesfinanzämtern auf Kleinlichkeiten, die nicht mehr so weiter laufen können. Mit Recht machen die Dozenten an den Hochschulen und viele andere geistige Arbeiter für Werbungskosten ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bestimmte Abzüge geltend. Der Verband der deutschen Hochschulen hat in dieser Hinsicht, was die Besteuerung der geistigen Arbeiter betrifft, bemerkenswerte Grundsätze aufgestellt. Sie sind nur allzu gut begründet. Der Gelehrte braucht doch ein Gewisses an Literatur, an seinem Handwerkszeug, um arbeiten zu können. Man erwäge aber gleichzeitig: die teuren Bücher, die er erwirbt, sind eigentlich nicht nur individuell gehandhabt, sondern ebensosehr sozial. Seine Bücherei wird in gewissem Sinne wissenschaftlich vergesellschaftet. Dabei werden namhafte Opfer für die Allgemeinheit getragen. Der Gelehrte darbt es sich vielfach persönlich ab, wenn er kostspielige Zeitschriften hält, wenn er gar versucht, Auslandsliteratur anzuschaffen. Diese Ausgaben werden von verschiedenen Landesfinanzämtern nicht als Werbungskosten angerechnet, ebensowenig die Heizung des Studierzimmers.[1] Manche andere Finanzämter sind, wie man hört, darin

[1] Siehe oben Seite 3 und 43.

großzügiger und weitblickender. Die Gelehrten beanspruchen gewiß mit Recht keine willkürliche, sondern eine einheitliche Handhabung der Bestimmungen. Es ist zu hoffen, daß das Reichsministerium des Innern die soeben vorgetragenen Gedankengänge sich zu eigen macht, um beim Reichsfinanzministerium eine Nachprüfung dieses Standpunktes zu erreichen.[1]

Inzwischen hat das Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen vom 20. März 1923 auf die Interessen der Angehörigen der freien Berufe gewiß einige Rücksicht genommen.[2] Es ist aber zu wünschen, daß in dieser Richtung noch weiter gearbeitet wird.

17. Die Mittel der Selbsthilfe

Doch mit Reichs- und Landesmitteln ist dem Notstand der deutschen Wissenschaft nicht allein zu steuern. Genau wie auf anderen

[1] In ernsten Vorstellungen bewegt sich der Artikel „Wer ruiniert die Geistesarbeiter?" Köln. Volkszeit. Nr. 814 vom 23. Oktober 1922. Siehe ebda Nr. 817.

[2] Artikel II (Berücksichtigung der Geldentwertung bei den Bewertungsvorschriften) enthält unter 3 die Bestimmung: „Ferner wird folgende Vorschrift als Abs. 4 angefügt: Zur Abgeltung der nach Abs. 1 Nr. 3 und 5a zulässigen Abzüge dürfen Angehörige freier Berufe, deren steuerbares Einkommen hauptsächlich aus Bezügen der im § 9 Nr. 2 bezeichneten Art besteht, bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 zwanzig v. H. des Einkommens aus freiem Berufe nach Abzug der Werbungskosten (Abs. 1 Nr. 1), und zwar mindestens 30000, höchstens aber 80000 Mark, vom Gesamtbetrage der Einkünfte in Abzug bringen. Sofern diese Steuerpflichtigen im Kalenderjahr 1922 Pensionen oder andere Einkünfte der im § 9 Nr. 3 bezeichneten Art oder Renten der Angestelltenversicherung bezogen haben, kommt auf den abzugsfähigen Betrag ein Drittel der Bezüge in Anrechnung. (Reichsgesetzblatt 1923. Teil 1. S. 203). Diese Bestimmung will also folgendes besagen: Angehörige freier Berufe dürfen bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 als Abgeltung der Sozial- und Lebensversicherungsbeiträge von dem Gesamtbetrage ihrer Einkünfte nach Abzug der Werbungskosten Abzüge machen, und zwar 20 v. H., mindestens 30000, höchstens 80000 Mark. Etwaige Pensionen und Renten der Angestelltenversicherung kommen auf den abzugsfähigen Betrag mit einem Drittel zur Anrechnung. Beispiel: ein Rechtsanwalt bezog aus seiner Praxis im Jahre 1922 ein Reineinkommen von 300000 Mark. Er darf also 60000 Mark abziehen. Bezieht er außerdem noch eine Pension (z. B. als ehemaliger Beamter) in der Höhe von 120000 Mark, so ist ein Drittel hiervon gleich 40000 Mark auf den Abzug in Anrechnung zu bringen, so daß nur 20000 Mark abgezogen werden dürfen.

Gebieten sozialer und kultureller Notstandserscheinungen bedarf es der entschlossenen Selbsthilfe. Sie blieb nicht aus. Als erste Sammelorganisation der Wissenschaftler trat der Deutsche Hochschulverband hervor. Nach § 1 seiner Satzungen erstrebt er die „Vertretung der gemeinsamen Interessen der deutschen Hochschulen". Mehr als ein Beweggrund stand bei seiner Gründung Pate. In ihr spiegelte sich vornehmlich der Wille, der deutschen Hochschule ihre Stellung im deutschen Kultur- und Sozialleben zu erhalten und bei aller Aufgeschlossenheit für Reformen gewisse geschichtliche Überlieferungen nicht zu zerreißen. Die gewaltige Konzentration deutscher Berufsstände in Gewerkschaften und Berufsverbänden gab ebensoviele neue Antriebe. Nicht ohne Mühen vollzog sich die Abgrenzung von anderen Beamtenverbänden. Was in der Verbandsarbeit (Wirtschaftshilfe, Berufsberatung und Berufspflege, Auslandkunde, Austauschfragen) bisher geleistet ist, gab sich in mancher Hinsicht verheißungsvoll, in anderer noch tastend und suchend. Seine Gliederung (Hauptausschuß, Aktionsausschuß, Fragen einer parlamentarischen und behördlichen Organisation[1]) ist noch im vollen Fluß. Möge es dieser jungen Körperschaft vergönnt sein, so manches an Spannungen und Hemmungen zu überwinden oder zu mildern, was die Geschichte und die Gegenwart der deutschen Hochschulen mit sich führt. Mehr denn je verlangt die wissenschaftliche, zugleich die wirtschaftliche und schließlich die außenpolitische Not von unseren Hochschulen eine große einheitliche Linie. Die Unterschiede der Weltanschauung und der politischen Einstellung, denen die einzelnen Wissenschaftsträger zugewandt sind, dürfen von den Hochschulen nicht als Trennungen empfunden werden. Bedeutet doch die Entwicklung eines starken hochschulpolitischen Verbandswillens eine stärkere Notwendigkeit. Zudem wären das ebensoviele Erschwerungen der Einwirkung auf die deutsche Öffentlichkeit. Ihr Interesse benötigt die Hochschule und die Forschung mehr denn je, um über die Wissenschaftskrisis hinweg zu kommen.

In der Tat bedarf es weiterer Brücken zwischen dem Hochschulwesen und der öffentlichen Meinung des Landes, in der der deutsche Gelehrte zweifelsohne in der neuen Zeit an Boden verloren hat. Es bedarf gleichzeitig eines besseren Verstehens und Ausgleichs ein-

[1] W. Laas, Die Organisation des Verbandes der deutschen Hochschulen, in Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen III (1923) 33 ff.

zelner Hochschulströmungen, wenn eine ersprießliche Tätigkeit in Auslandsfragen entfaltet werden soll. So hat der Hochschulverband ein reiches Tätigkeitsgebiet, um zwischen Altem und Neuem zu vermitteln, um gleichzeitig Aufgaben zu lösen, die von der Gegenwart gestellt sind.

Doch die deutsche Wissenschaftskrisis griff noch zu einer zweiten Gestaltung, die Hilfe bringen sollte: das war und ist die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

18. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft

Die Notgemeinschaft ist eine der bemerkenswertesten Bildungen des deutschen Genossenschaftswesens, soweit dieses auf wissenschaftlichen Voraussetzungen und Arbeitszielen beruht. Sie ist ein Kind der Nachkriegszeit. Im Jahre 1920 merkte man auch in wissenschaftlichen Kreisen Deutschlands, daß das Erdbeben, das durch das Wirtschaftsleben des Landes ging, auch das Grundgemäuer der Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitute und zahlreicher anderer Wissenschaftsunternehmungen zum Einsturz zu bringen drohte. Eine Wissenschaftskrisis und damit eine Kulturkrisis von nie gekanntem Ausmaß zog herauf.

Der wissenschaftliche Lebenswille der Nation überbrückte die trennenden Schranken der Länderzuständigkeit, als es sich um die Sicherung seines Daseins handelte. Er nahm sogleich die Richtung ins Zentrale und in eine weit ausgreifende Zusammenfassung der gesamten deutschen Wissenschaftsnot. Am 30. Oktober 1920 traten die deutschen Akademien der Wissenschaften, Universitäten, Technischen Hochschulen, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine und die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte zusammen und gründeten in einer seltenen und darum bemerkenswerten Einmütigkeit des deutschen Kulturgedankens die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" als eingetragenen Verein. Den ganzen Ernst der Lage brachte der Vereinszweck zur unmittelbaren Erkenntnis, wenn er sich statutarisch dahin formulierte: „die der deutschen wissenschaftlichen Forschung durch die gegenwärtige wirt-

schaftliche Notlage erwachsene Gefahr völligen Zusammenbruchs abzuwenden."[1]

Nach der Seite der Mitgliederzahl erfuhr die neue Gründung eine Kräftigung und Abrundung, da auch die landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen und ebenso die Berg- und Forstakademien als Mitglieder beitraten. Mit überraschender Schnelligkeit hatte sich die deutsche Wissenschaft einen Zusammenschluß gegeben, der noch vor wenigen Jahren als unmöglich erschienen wäre. Die Nation war um ein bemerkenswertes neues Bindemittel bereichert.

Auf den ersten Blick ließen sich die Grundlinien der Verfassung dieses neuen Wissenschaftsverbandes mit einer gewissen Leichtigkeit einzeichnen. Man dachte an einen kollegialen Selbstverwaltungskörper, der seine Angelegenheiten und seine Mittel selbst verwalten solle, um all jenen Gefahren praktisch zu begegnen, die eine Ver-

[1] Zur Geschichte der Notgemeinschaft siehe den Aufsatz ihres Präsidenten Staatsministers F. Schmidt-Ott, Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Berliner Woche XXXIII (1921) Nr. 5 vom 5. Februar 1921, S. 97ff, ferner Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik XV (1921) 609 ff., sodann die wichtigen Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstags 1921 und 1922 und ebenfalls die Verhandlungen des Plenums beim Etat des Reichsministeriums des Inneren; vor allem zur Gründungsgeschichte die 56. Sitzung des Haushaltsausschusses vom 13. Januar 1921, S. 13 ff., und 58. Sitzung vom 14. Januar 1921, S. 1, 92. Sitzung vom 15. März 1921; 139. Sitzung vom 13. März 1922. Von den Sitzungen des Plenums siehe: 79. Sitzung vom 9. März 1921, Sp. 1772 ff., 201. Sitzung vom 3. April 1922; 280. Sitzung vom 12. Dezember 1922; 300. Sitzung vom 14. Februar 1923. Dieses parlamentarische Material ist in dem übrigens dankenswerten „Bericht der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft über ihre Tätigkeit bis zum 31. März 1922" (Druck von Herrosé und Ziemsen, Wittenberg) noch nicht fruchtbar gemacht. Siehe weiterhin Georg Schreiber, Deutsche Kulturpolitik 12ff., 40f., 81f., und beachte ferner den Aufsatz: Der Japanausschuß der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in: Ostasiatische Rundschau IV (Hamburg 1923) 17f, sodann W. Dehorn, Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Helios, Fachzeitschrift für Elektrotechnik XXIX (Leipzig 1923) 99 ff., F. Schmidt-Ott, Zur Not der deutschen Wissenschaft, Das Echo XLII (Berlin 1923), Nr. 7 vom 15. Februar; G. Schreiber, Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die deutsche Kultur, in der Felix Porsch zum 70. Geburtstag gewidmeten und von der Görres-Gesellschaft herausgegebenen Festschrift (Paderborn 1923). Inzwischen ist ein zweiter Bericht der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (Halle 1923, Druck v. Emil Wolff und Söhne) erschienen. Er umfaßt ihre Tätigkeit vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1923.

kümmerung der deutschen Wissenschaft heraufführten. Ähnlich haben ja andere und bedeutende, allerdings mehr wirtschaftlich gerichtete Zweckverbände der Nachkriegszeit die Regelung ihrer Angelegenheiten in die Hand genommen, um sie durch die Wirtschaftskrise der Gegenwart hindurchzuführen. In der Tat ist der Selbstverwaltungsgedanke auch in dieser jüngst geschaffenen Wissenschaftsorganisation sicherlich berufen, neue Kräfte des Genossenschaftsgeistes zu entbinden. Für den Wissenschaftshistoriker legt sich dabei unwillkürlich die reizvolle Erinnerung an jene Gelehrtenrepublik nahe, von der die Wissenschaft der Aufklärung mit und auch schon vor Klopstock redete, von der auch — und mit einem universalphilosophischen Zuschnitt — August Comte träumte. Von ihr sprach zudem Schopenhauer, allerdings in der Zuspitzung der „Genialenrepublik." Freilich kann dieser utopische Wunsch in der vorliegenden deutschen Wissenschaftsorganisation nur eine bescheidene Darstellung finden.

Von vornherein war dieser neue Verband darauf angewiesen, mit anderen Trägern des öffentlichen Lebens Beziehungen zu suchen, um überhaupt seinen Aufgaben gerecht zu werden. Im Gegensatz zu anderen ideellen und wirtschaftlichen Zweckverbänden der Nachkriegszeit war es ihm nicht vergönnt, die Mittel zur Erfüllung seines Genossenschaftszweckes aus eigener Kraft, sei es durch eine Umlage, sei es in der Form eines Stiftungsvermögens aufzubringen. Dazu traten bestimmte Bindungen, die dem deutschen Wissenschaftsleben nun einmal eigentümlich sind, die zum Teil seine Blüte begründeten. Das sind die Beziehungen zu den einzelstaatlichen Unterrichtsverwaltungen. Sie verlangten eine besondere Berücksichtigung von Staat, Stamm und Landschaft, also das Verständnis für das geschichtlich Gewordene und für die Grundlinien deutschen Wesens.

Das Gebiet der freiesten Initiative lag für die Notgemeinschaft dort, wo sie an die Kreise des Auslandes um Geldmittel, Bücher, Zeitschriften und deren Austausch und um andere Beisteuern sich wenden konnte. Ebenso war sie berufen, die Erwerbsstände des deutschen Wirtschaftslebens zu weitgehendster Unterstützung heranzuziehen und aufzufordern. In dieser Richtung erging bereits am 1. Dezember 1920 ein Aufruf, der die Schicksalsverbundenheit zwischen deutscher Wissenschaft und Wirtschaft, wie folgt, betonte:

„Das deutsche Wirtschaftsleben muß der deutschen Wissenschaft durch diese

schweren Jahre helfen. Sämtliche Erwerbsstände Deutschlands: Landwirtschaft, Bank, Handel, Industrie, Handwerk, Gewerbe sind sich darin einig. Die Spitzenverbände dieser Erwerbsstände sind sich bewußt, welche schweren Opfer sie angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage, der Steuerbelastung und des Reichsnotopfers, erbitten, sie sind aber überzeugt, daß jeder deutsche Landwirt und Kaufmann, Gewerbetreibende und Industrielle die Notwendigkeit dieses Opfers für die deutsche Wissenschaft anerkennt".

Man wird der Notgemeinschaft zubilligen müssen, daß es ihr gelungen ist, private Mittel in erheblichem Maße flüssig zu machen. Das war ein bedeutender Erfolg. Liegt es doch wenig in der Überlieferung unseres Landes, daß Wissenschaftsunternehmungen aus den Mitteln Privater ganz unterhalten werden oder doch eine lebensnotwendige Unterstützung erfahren. Der Gegensatz zu Westeuropa, und erst recht zu Amerika (Rockefeller Foundation) springt scharf ins Auge.[1] Dort sind Privataufwendungen für Wissenschaftszwecke nicht nur zu munifizenten Einzelhandlungen, sondern geradezu zu festen Bestandteilen der öffentlichen Meinung und der öffentlichen Wohlfahrt geworden. Ganz anders erkennt der Deutsche die Pflege von Wissenschaft und Bildung zunächst und vor allem dem Staate zu. Mit einer Einseitigkeit, die, geschichtlich begreiflich, aber sachlich verhängnisvoll zu werden droht, wenn dieser Staat sich genötigt sieht, bei den Trägern der Wirtschaft um Kredit zu bitten. So hoch man gewiß die für die deutsche Wissenschaftsentwicklung unersetzlichen und überaus kulturbedeutsamen Staatsleistungen bewerten mag, so braucht unser wirtschaftlich geschwächtes Land in Sachen der Wissenschafts-Unterstützung sicherlich eine Umstellung unserer öffentlichen Meinung. Sie dürfte langsam genug vor sich gehen. Sie wird mit Befangenheiten zu kämpfen haben, wenn sie in folgerichtiger Auswirkung bemüht sein soll, auch privaten Wissenschaftsunternehmungen, privaten gelehrten Gesellschaften und auch privaten Bildungsanstalten jenes Maß der Anerkennung zuzubilligen, das aus der Leistung und nicht aus dem Dienstsiegel erwächst. Aber diese Umstellung wird um der Wissenschaft selbst willen notwendig sein, um ein Mehr an Kräften zu entbinden und um ein Mehr an Mitteln flüssig zu machen. Auch um wichtige nationale Belange zu pflegen. Daß für die Universitäten Frankfurt am Main und Köln freiere Lebensformen gefunden wurden, war im Interesse jenes geistigen Limeswalles notwendig, den wir im Westen aufzuwerfen gezwungen sind.

[1] Siehe oben S. 16.

Ganz in dieser Richtung ist es der Notgemeinschaft gelungen, bedeutende private Geldmittel flüssig zu machen, ja in bestimmter Planmäßigkeit zu organisieren. So hat sie einen Stifterverband der Notgemeinschaft entwickelt (Vorsitzender C. F. v. Siemens). Er steht als besonderer eingetragener Verein mit selbständiger Geschäftsführung neben der Notgemeinschaft. Das Verhältnis beider ist übrigens ein enges. Ein gemeinsamer Verteilungsausschuß beschließt über die Mittel, die dem Stifterverband zur Verfügung stehen. In diesem Ausschuß ist die Notgemeinschaft mit der Hälfte der Sitze vertreten, und in seine Leitung teilen sich der Präsident der Notgemeinschaft und der Vorsitzende des Stifterverbandes Jahr für Jahr. Was die Verteilung der einlaufenden Summen angeht, so bedenkt der Stifterverband mit der Hälfte des eingehenden Geldes die Notgemeinschaft, während die andere Hälfte der Helmholtz-Gesellschaft zufließt, die besonders den technischen Wissenschaften helfen will. Für die Zwecke von Forschungsstipendien hat der Stifterverband eine namhafte Summe zur Verfügung gestellt.

Es ist das zweitemal in der Wissenschaftsgeschichte Deutschlands, daß es in größerem Ausmaße gelungen ist, private Geldgeber mit Wissenschaftsaufgaben zu verknüpfen. Das erstemal geschah es 1911 bei der Errichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Begründung ihrer Forschungsinstitute. Das zweitemal 1920, inmitten der schweren Wirtschaftskrise, in der wir heute noch stehen, gelang es der Notgemeinschaft, diese neue Brücke zwischen der deutschen Privatwirtschaft und der Wissenschaftskultur zu schlagen. So erfüllte die Notgemeinschaft geradezu kulturelle und nationale Funktionen, wenn sie neuen Auffassungen die Wege bereitete.

Sie selbst blieb eine private Organisation. Sie wurde weder zu einem Reichskommissariat[1] noch zu einer Ministerialinstanz umgewandelt. Aber sie wurde gleichzeitig in engste und fruchtbare Beziehungen zum Reiche gebracht. Das Reichsministerium des Innern stellte ihr

[1] 1920 sondierte der damalige Staatssekretär Dr. Lewald, der in Wissenschaftsfragen des Etats hochverdient ist, ob ich seine Auffassung teile, der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft den Charakter eines Reichskommissariats zuzuerkennen. Diesen Vorschlag hielt ich nicht für richtig. Er hätte den Selbstverwaltungsgedanken der Notgemeinschaft beeinträchtigt. Diese Absicht wurde dann auch weiterhin nicht verfolgt.

in seinem Haushalt von 1920 die Summe von 20 Millionen Mark zur Verfügung, zunächst unter einem allgemeineren Titel, der die Notgemeinschaft im Dispositiv nicht eigens erwähnte. Diese Zuwendungen des Reiches blieben nach wie vor das feste Rückgrat der Finanzen der Notgemeinschaft und die verläßliche Grundlage, die überhaupt einen Wirtschaftsplan ermöglichte.

Mit der Etatisierung trat die Notgemeinschaft auch in den besonderen Interessenkreis des Reichstags. In zwei Denkschriften, die dem Etat 1920 und dem Etat 1922 beigegeben waren,[1] wurde um seine Aufmerksamkeit geworben. Der Haushaltsausschuß bewilligte 1921 die namhaft gemachte Summe, indem er gleichzeitig und in der Folge bei der Etatberatung zahlreichen Anregungen, Wünschen und Vorschlägen Raum gab. Es entwickelte sich hier eine fruchtbare Wechselbeziehung. Der Reichstag war in der Lage, dem neuen Verband nach der organisatorischen Seite und nach der Seite der Mittel eine Reihe von Auffassungen zu unterbreiten, die aus einer einläßlicheren Berührung mit der Praxis des Genossenschaftslebens hervorgingen. Anderseits betrafen diese Anregungen die Linderung bestimmter wissenschaftlicher Notstände, die im Reichstag besonders drückend empfunden waren. So wurde von dort die Anregung gegeben, dem Präsidium der Notgemeinschaft die Verfügungsbefugnis über zehn Prozent der Etatsumme zu gewähren, ohne den Hauptausschuß der Notgemeinschaft eigens zu befragen. Es sollte damit eine schnellere Auszahlung der Gelder ermöglicht werden. Ebenso wünschte der Reichstag, daß aus den zur Verfügung gestellten Gesamtmitteln besonders für die Erhaltung des wissenschaftlichen Nachwuchses gesorgt würde; er befürwortete deshalb warm die Auswerfung von Forschungsstipendien.[2] Er legte u. a. auch großen Wert darauf, den Wunsch auszusprechen, daß im Hauptausschuß Gelehrte verschiedener Gliedstaaten vertreten seien; ebenso möge ein besonderer Vertreter des besetzten Gebietes dem Hauptausschuß angehören. Er schuf weiterhin für bestimmte wissenschaftliche Bedürfnisse, die noch neben der Notgemeinschaft bestehen, einen Aus-

[1] Denkschrift: Die Not der deutschen Wissenschaft, Beilage 11 zum Etat des Reichsministeriums des Innern 1920, S. 111 ff. Denkschrift über den Mehrbedarf der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im 2. Nachtrag zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern 1922, S. 30.

[2] Bericht der 57. Sitzung des Haushaltsausschusses (Reichstag, I. Wahlperiode 1920/21), S. 17. Ebenso 200. Sitzung vom 11. Dezember 1922, S. 8.

gleichs- und Dispositionsfonds des Reiches zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke.[1]

Diese Verbindung mit dem Reichstag führte für die Notgemeinschaft unter anderem auch den Vorteil herauf, daß sie und die Not der Wissenschaft die öffentliche Meinung des Landes stärker beschäftigte. Diese Einwirkung war bitter notwendig. Der Einfluß der deutschen Wissenschaft ist in der öffentlichen Meinung des Landes zweifelsohne in den letzten Jahren, soweit er überhaupt vorhanden war, stark zurückgetreten. Unser Zeitalter kennt zu dem wohlangesehenen Professorenblatt „Deutsche Zeitung", das um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Heidelberg herausgegeben wurde und dessen Seele Gervinus war, keine Analogie. Gegenüber den riesenhaften Zusammenballungen von Gewerkschafts- und Genossenschaftsenergien (vor dem Kriege besaßen wir 4 Millionen, heute dagegen 14 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, von insgesamt 27 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern der gesamten Kulturwelt) ist die Einzelpersönlichkeit des deutschen Gelehrten in den Hintergrund gerückt. Psychologisch erklärliche Verstimmungen verschiedenster Art wirkten dabei mit, um bei vielen Gelehrten die Distanz zur Öffentlichkeit zu vergrößern: die politischen Umwälzungen, die Unterschätzung geistiger Arbeit, die schmerzlich empfundene Proletarisierung.[2] Andererseits ist nicht zu verkennen, daß der Zugang zur öffentlichen Meinung auch durch äußere Hemmungen und Vorurteile erschwert ist. Deutsche Wissenschaftsvertreter haben mit dem Vorwurf zu kämpfen, als seien die Hochschulen Träger einer reaktionären Gesinnung.[3] Das Widerspiel mit der vormärzlichen Zeit, nicht minder mit dem Jahre 1848, in dem sie die öffentliche Meinung in Deutschland nicht bloß beschäftigten, sondern zum guten Teile machten.

---

[1] Entschließung der Abgeordneten Dr. Schreiber, Burlage, Dr. Braun (Franken), Hoch, Breitscheid in der 56. Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags vom 13. Januar 1921, S. 16, ferner Antrag Dr. Schreiber Nr. 459 vom 14. Januar 1921; 105. Sitzung vom 27. Januar 1921. Siehe dazu G. Schreiber, Deutsche Kulturpolitik S. 81 f. Dieser Fonds wurde 1923 auf 25 000 000 Mark erhöht.

[2] Siehe auch oben S. 46 f.

[3] Dieser Punkt ist häufig in den Verhandlungen öffentlicher Körperschaften besprochen. Besonders lebhaft wurden die Anklagen in den Reichstagsverhandlungen erhoben, die sich in der 267. und 268. Sitzung vom 15. und 16. November 1922 mit der Not der deutschen Wissenschaft beschäftigten.

So wird es der deutschen Wissenschaft gar nicht so leicht, in der Öffentlichkeit so zur Stellung zu kommen, wie es ihre Lebensäußerungen und ihre Bedürfnisse verlangen. Wenn darum der Reichstag bei seinem Interesse für die Notgemeinschaft eine Brücke zwischen Wissenschaft und Volk schlug, erwarb er sich ein nationales Verdienst.

Die Aufnahme in den Reichshaushalt brachte die Notgemeinschaft mittelbar auch in Beziehungen mit dem Reichsrat. Nicht bloß dadurch, daß verfassungsrechtlich die Vertretung der Gliedstaaten an der Bewilligung des Zwanzigmillionen-Fonds und seiner späteren Erhöhung mitwirkte. Vielmehr auch darin, daß dadurch die Möglichkeit einer Aussprache mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder gegeben war. Denn die hochschulpolitischen Belange der Länder dürfen in diesen Zusammenhängen nicht übersehen werden. Die Gliedstaaten haben auch ein ideelles Anrecht darauf, bei der Rettungsaktion für die deutsche Wissenschaft gehört zu werden. Ist doch nun einmal die deutsche Wissenschaftskultur in engster Fühlung mit dem Einzelstaat und mit der Landschaft erwachsen, und zahlreiche Hochschulen tragen darum eine geschichtliche und landschaftliche nota individualis an sich, die man um der deutschen Gesamtkultur willen nicht missen möchte. So bedarf es eines harmonischen Zusammenwirkens zwischen der Notgemeinschaft und den einzelstaatlichen Hochschulverwaltungen. Das Maß gegenseitigen Vertrauens wird gleichzeitig der Notgemeinschaft jenen Spielraum der Initiative überlassen, den eine Genossenschaft braucht, um ihren Verbandszweck und ihre Energien zur Entfaltung zu bringen. Im übrigen sind die Aufwendungen, die die Notgemeinschaft für die Wissenschaftsinstitute der Länder macht, beträchtlich.

Diesen Beziehungen, die die Notgemeinschaft mit den Trägern des öffentlichen Lebens verknüpfen, reihen sich ebensoviele Verbindungslinien an, die zu den deutschen Hochschulen führen. In einem breiten fächerartigen Unterbau sind 22 Fachausschüsse der verschiedensten Wissenschaftszweige ins Leben gerufen, die die Grundlage für die Verwendung der Mittel bieten. In ihnen nehmen Gelehrte als Vertrauensmänner der deutschen Hochschulwelt ehrenamtlich die Begutachtung der Anträge auf Druckunterstützung, Apparate, Arbeitsmaterial und Tierbeschaffung vor, die einlaufen. Es ist ein gesunder Zug, daß zur Wahl der Fachausschußmitglieder auch die Privatdozenten und Nichtordinarien herangezogen werden. Nicht bloß demokratischer Auffassungen wegen, sondern mehr noch, um den Nachwuchs mit dem hoch-

schulpolitischen Lebenswillen stärker zu verknüpfen. Die Vorschläge, die vom Fachausschuß bei der Notgemeinschaft einlaufen, werden dem Hauptausschuß zur grundsätzlichen Genehmigung vorgelegt.

Die eigentliche Arbeitsaufgabe der Notgemeinschaft ist ein Mindestprogramm. Sie will planvolle Hilfe nach Maßgabe der vorhandenen Mittel leisten. Das wirkt sich in folgender Richtung aus: 1. Druckunterstützung für Zeitschriften, Fortsetzungswerke und Einzelforschungen. 2. Gewährung von Apparaten und Instrumenten. 3. Beschaffung von verbrauchbarem Arbeitsmaterial (wie Chemikalien und andere Stoffe). 4. Bereitstellung von Versuchstieren. 5. Besorgung von ausländischer Literatur. 6. Forschungs- und Reisestipendien. Die weit ausgreifenden Arbeitsgebiete weisen der Notgemeinschaft u. a. den Charakter der Wirtschaftsgenossenschaft zu, die nicht bloß eine ökonomische, sondern auch eine gewisse geistige Planwirtschaft zu entwickeln hat. Letzteres tritt besonders in der Unterstützung der öffentlichen Büchereien zu Tage. Um dieser planvollen Wirtschaftlichkeit und einer zweckdienlichen und billigen Beschaffung willen entstanden im übrigen folgende Sonderausschüsse: Apparate- und Materialausschuß, Werkzeugmaschinenausschuß (Beschaffung von Werkzeugmaschinen; durch Preisnachlässe und Geschenke sind bis Februar 1922 bereits 4,8 Millionen Mark eingespart; Vervollständigung der Werkzeugmaschineneinrichtungen aller deutscher Hochschulen), Tierbeschaffungsausschuß (Beschaffung von Versuchstieren, mühevoll, noch ohne greifbare Ergebnisse[1]), schließlich der Bibliotheksausschuß. Letzterem gelang es, wertvolle Zuwendungen aus dem Auslande zu erhalten. So wurde bis zum 1. März 1922 hauptsächlich aus den nordischen Ländern für 3120000 Mk. Literatur kostenlos beschafft. Außerdem hat die Notgemeinschaft mit der Library Association der Vereinigten Staaten einen Tauschvertrag abgeschlossen, der eine bedeutende Ersparnis mit sich bringt. 300 amerikanische und zwar medizinisch-naturwissenschaftliche Zeitschriften werden dank ihrer Bemühungen zum Friedenskurs geliefert. Ebenso wurden durch günstige Abschlüsse mit dem Leipziger Buchhändler-Börsenverein bei der Ergänzung ausländischer Zeitschriften und bei der Beschaffung von 1200 Jahrgängen wesentliche Ersparnisse erzielt.

Aber wichtiger noch geben sich bestimmte organisatorische Ziele. Die

[1] Siehe oben S. 21 f.

Beschaffung ausländischer Literatur wird derart planmäßig in die Hand genommen, daß man einmal die Kriegslücken zu ergänzen versucht, andererseits aber an einem ständigen Nachtrag unentbehrlicher Auslandszeitschriften arbeitet. Auf diese Weise hofft man, daß es gelinge, jenes Forschungsmaterial, das sich in den periodischen Zeitschriften des Auslandes aufspeichert, wenigstens in einer geringen Zahl von Exemplaren für Deutschland verfügbar zu machen.

Überdies sollen die deutschen Universitäten, soweit sie spezifische Auslandsliteratur vor dem Kriege bezogen haben, eigens berücksichtigt werden. Man hat auch hier eine ökonomische Verteilung vorgenommen, da die Universitäten je nach ihrer Berührung mit einem außerdeutschen Kulturkreise auf dessen besondere Literatur angewiesen sind. So z. B. soll die rheinische Universität in Bonn hauptsächlich die Literatur des romanischen und niederländischen Kreises pflegen, Greifswald mit niederdeutscher, Kiel mit nordischer, Göttingen mit englischer Literatur versorgt werden, während Breslau das osteuropäische und slawische Schrifttum verwerten soll. München und Leipzig können sich dann um so besser mit italienischer Literatur und dem Schrifttum der Balkanstaaten befassen. Natürlich vollzieht sich die ganze Beschaffung ausländischer Schriften in bescheidensten Grenzen, weil die Mittel den wissenschaftlichen Ansprüchen bald ein Ziel setzen. Denn die deutsche Wissenschaft und Forschung, wie bereits erwähnt, kann nicht daran denken, die ausländische Literatur zu kaufen, sie muß sich auf den Austausch ausländischer Zeitschriften mit gleichwertigen deutschen Zeitschriften beschränken. Leider sind die Möglichkeiten des Austausches infolge der grenzenlosen Teuerung stark benommen, und Schwierigkeiten materieller Art wie Zölle, Frachtsätze, Porti usw. behindern den Austauschverkehr auf das empfindlichste. Die Notgemeinschaft hat die Unterstützung von 400 Zeitschriften als unbedingt notwendig anerkannt und für etwa die Hälfte die erforderlichen Mittel aufgebracht. Aber was bedeuten bei dem gewaltigen Bedarf aus allen Kulturstaaten 400 Zeitschriften, und wie ungleich ist das Opfer beim Austausch dieser so schwer unterhaltenen Arbeiten mit dem Auslande, dessen wissenschaftliche Produktion im wesentlichen den Krieg überdauert hat?

Die Leistungen der Notgemeinschaft haben weite Anerkennung gefunden. Es lag in der Natur der Sache, daß sie in den zwei Jahren ihres Bestehens nicht eigentlich Abschließendes leisten konnte. Die

wissenschaftliche Welt Deutschlands weiß gleichwohl, daß die Notgemeinschaft wesentlich dazu beigetragen hat, zwei Jahre lang die deutsche Wissenschaft über Wasser zu halten. Bis Februar 1922 konnten 500 deutsche Zeitschriften mit Unterstützung der Notgemeinschaft ihr Leben fristen und hunderte von wichtigen Einzelwerken zum Druck befördert werden.

Auf allen Wissenschaftsgebieten lebt die Forschung jetzt von der Hilfe der Notgemeinschaft. Ein nicht geringer Teil von wichtigen Entdeckungen und Forschungsergebnissen, die auf der Tagung deutscher Naturforscher und Ärzte in Leipzig (1922) in Vorträgen vor die Öffentlichkeit traten, war nur durch das Eingreifen der Notgemeinschaft, und somit durch Reichsmittel, möglich. Dies wurde auch von den großen naturwissenschaftlichen Vereinigungen ausdrücklich anerkannt. Selbst das eindrucksvolle Programm der abgeschlossenen Naturforscherversammlung ist dafür beredtes Zeugnis. Von anderer Seite hat die Görres-Gesellschaft in ihrer Würzburger Entschließung (September 1922) der Wirksamkeit der Notgemeinschaft achtungsvollen Ausdruck gegeben. Schon jetzt wird man sagen dürfen, daß die Männer, die im Vordergrund der Arbeiten der Notgemeinschaft stehen (der Präsident Schmidt-Ott, v. Harnack als Vorsitzender des Hauptausschusses, Siegismund als Leiter des Verlagsausschusses, C. F. v. Siemens und Duisberg vom Stifterverband und mit ihnen viele andere), ihren Namen mit der Geschichte der deutschen Wissenschaftsorganisation eng verknüpften.

Ihre Rettungsaktion hat auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften eine besondere Bedeutung. Diese sind insoweit hilfsbedürftiger, als ihnen im allgemeinen jene Beziehungen zur Industrie abgehen, die bei den Naturwissenschaften mit namhaften Unterstützungen eingreift.

19. Der Sparwille der Notgemeinschaft und der Reichshaushalt

Von der Notgemeinschaft konnte natürlich nicht alles und jedes im deutschen Wissenschaftsleben unterstützt und gehalten werden. Manches fiel, manches starb ab. Das Wesentliche und Wichtige mußte

von dem weniger Bedeutenden geschieden werden. Mehr oder minder lag der Zwang über der Notgemeinschaft, die sorgsame Auslese des Lebenswerten zu schaffen. Hiermit mußte sich ein eiserner Wille zur Sparsamkeit verbinden. Sie hat ihn zu tätigen versucht. Nicht immer wurde sie dabei verstanden, aber sie ging unbeirrt ihren Weg.

Indem sie derart mit Plan und Ziel arbeitete, wurde es ihr möglich, ihre Hilfe an den gefährdetsten Punkten einzusetzen. Sie hat im besonderen das Verdienst, manche Großunternehmungen leistungsfähig erhalten zu haben, die für den Wissenschaftsbetrieb unentbehrlich sind. Durch diese kluge Sparsamkeitspolitik, die in manchen Verzweigungen in Erscheinung trat (Sammelbestellung, Überprüfung von Verlagsverträgen und von Vereinbarungen, die zwischen Organisationen, Gelehrten und Firmen geschlossen werden sollten, Herabdrückung des finanziellen Bedarfs) sind dem deutschen Wissenschaftsbetrieb, aber auch dem Reiche ansehnliche Summen erspart worden.

Nach wie vor bilden die vom Reiche im Reichshaushalt gewährten Summen das feste finanzielle Rückgrat der Notgemeinschaft. Die Beträge sind von 20 Millionen Mark im Etat 1920 gewachsen auf 40 Millionen Mark im Jahre 1921 und auf 4 Milliarden 400 Millionen Mark für das Jahr 1923.[1] Man könnte der Auffassung sein, es handele sich um außerordentliche Steigerungen. Das ist nicht der Fall. Der Etat der Notgemeinschaft ist ja in vieler Hinsicht ein Goldetat; ich erinnere nur an die Kosten für die ausländischen Zeitschriften, in denen sich der Dollarstand immer wieder spiegelt. Ferner macht sich die Verarmung der deutschen Wissenschaft von Jahr zu Jahr stärker geltend, da die Entfernung zur Goldmark immer größer wird. Zehrte mancher in Materialien, Apparaten, Büchern usw. noch von Goldmarkbeständen, so werden diese Goldmarkreserven mehr und mehr erschöpft, und alle Neuanschaffungen bedeuten gewaltige Ausgaben. Um ein Schulbeispiel zu geben: die Notgemeinschaft er-

[1] Siehe den Antrag Dr. Schreiber, Hoch, Dr. Pachnicke, v. Kardorff, Klöckner, Schultz, Leicht, Dr. Moses, Dr. Löwenstein vom 11. März 1922, die für die Notgemeinschaft eingesetzte Summe von 20000000 auf 40000000 Mark zu erhöhen; Erhöhung auf 400000000 Mark im Haushaltausschuß, 200. Sitzung vom 11. Dezember 1922; Antrag Dr. Schreiber, Rießer, Dr. Pachnicke, Klöckner, Müller (Franken), D. Strathmann vom 2. Februar 1923, die eingesetzte Summe für 1923 zu verzehnfachen. Sämtliche Anträge wurden im Ausschuß und Plenum angenommen. Vgl. Kölnische Volkszeitung Nr. 211 vom 16. März 1922.

warb Anfang 1922 eine Influenzmaschine mit 26500 Mark. Sie mußte für den Transport nach München wegen zerbrechlicher Teile versichert werden. Inzwischen stieg im Ablauf des Jahres 1922 der Wert auf 4 Millionen Mark. Es ergab sich daraus allein eine Versicherungsprämie von 130000 Mark.

So bedarf der Reichszuschuß nach wie vor der ernstesten Prüfung, ob er der Notlage der deutschen Wissenschaft einigermaßen gerecht wird. Meines Erachtens reicht er bei weitem nicht aus. Die Gesamtnot ist zu groß, als daß ihr durch diese Summe befriedigend gesteuert werden könnte.[1] Ohne alle Übertreibung wird man sagen können, daß die Notgemeinschaft noch in den — allerdings verheißungsvollen — Anfängen ihrer Arbeit steht, daß weiter die Wissenschaftsbedürfnisse vielfach noch nicht annähernd ergründet sind. An dem Finanzbild der Notgemeinschaft ändert auch die Vergünstigung nichts, die einzelne Zweige der Wissenschaft aus dem Branntweinmonopolfonds erfuhren.[2] Auch jene Einnahmen, die aus der Holzverbilligung und aus der deutschen Ausfuhr der Notgemeinschaft zufließen, bedeuten für ihren Haushalt noch keine grundstürzende Entlastung.[3]

---

[1] Siehe auch oben S. 64 die Denkschrift, die am 16. November 1922 an das Reichswirtschaftsministerium abging.

[2] Nach § 118 des Gesetzes über das Branntweinmonopol (vgl. H. Lange-Hegermann, Th. v. Guérard und P. Schulz-Gahmen, Die große Steuerreform des Jahres 1922, Schriften zur deutschen Politik, hrsg. von Georg Schreiber, H. 4, S. 83) werden vom Reichsfinanzminister jährlich zur Verfügung gestellt achtzehn Millionen Mark zur wissenschaftlichen Erforschung und praktischen Förderung des Kartoffelbaues und der Kartoffelverwertung, deren Verteilung unter Zuziehung von Sachverständigen zu erfolgen hat. Und ebenso bis zu vierzig Millionen Mark zur Verbilligung des in öffentlichen Kranken-, Entbindungs- und der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendeten Branntweins. Diese Summen wurden durch die Geldentwertung des Jahres 1922 in ihrer Kaufkraft geradezu ausgehöhlt. Daraufhin wurden diese Ziffern durch ein besonderes Gesetz im Dezember 1922 verfünffacht. Aber auch so erwiesen sie sich noch als unzureichend.

[3] Im Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli 1922 ist vorgesehen, daß bei der Veräußerung von Holz durch den zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken Berechtigten eine Abgabe von $^1/_2$ vom Hundert des Verkaufspreises erhoben wird. Nutznießer von forstwirtschaftlichen Grundstücken unter 10 ha Größe bleiben von der Abgabe frei. Weiter ist die gesamte deutsche Ausfuhr mit einer Abgabe von $1^1/_2$% des Ausfuhrwertes belastet.

Wer die Berichte des Haushaltausschusses des Reichstags durchprüft, sieht immer wieder, daß gerade er die Initiative ergriff, die Beträge zu erhöhen. Eben diese Vorkommnisse mögen andeuten, daß die Wissenschaft stärker denn früher als eine Sache und Lebensnotwendigkeit des Gesamtvolkes empfunden wird. Darin liegt zweifelsohne ein bedeutsamer Kulturfortschritt.

20. Die Wissenschaftsnot und das Gesamtvolk

In der Tat läßt sich die Wissenschaftsnot nicht allein mit Staatsmitteln bekämpfen. Selbst die Beisteuer der Privaten reicht nicht aus, um die Aufgabe zu lösen. Gewiß ist dieses subsidium charitativum namhaft genug, um seiner in Wissenschaftskreisen dankbar

---

Die aufkommenden Beträge sind als Rückvergütungen auf den Druckpapierpreis an die Verleger politischer Zeitungen und Zeitschriften zu zahlen.

Zur Unterstützung notleidender wissenschaftlicher Zeitschriften sind nach § 12 Abs. 3 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli 1922 5 vom Hundert der Gesamteingänge vorab einer von der Reichsregierung zu bestimmenden Stelle zu überweisen. Der Reichswirtschaftsminister hat die Überweisung an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft angeordnet, nachdem sich diese bereit erklärt hatte, die Gelder an notleidende wissenschaftliche Zeitschriften unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit zu verteilen.

Bisher ist lediglich das Aufkommen aus der Abgabe von der Ausfuhr ausgeschüttet worden. Der Notgemeinschaft sind dabei rund 20 Millionen Mark zugeflossen. Es wird damit gerechnet, daß aus der Ausfuhrabgabe auch weiterhin monatlich 7—8 Millionen Mark der Notgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden können.

Die Abgabe von Holzverkäufen im Walde ist noch nicht zur Erhebung gelangt, weil die erforderlichen Ausführungsbestimmungen der Länder noch nicht erlassen sind, und weil sich die Erhebung an das bei der Umsatzsteuer geübte Verfahren anschließen soll. Aus Reichsmitteln werden jedoch erhebliche Vorschüsse auf die Abgabe gezahlt, von denen der Notgemeinschaft ebenfalls 5% überwiesen werden.

Der Ertrag der Holzabgabe in Höhe von $^1/_2$% wird auf jährlich $4^1/_2$ Milliarden Mark geschätzt, so daß der Notgemeinschaft daraus monatlich 15—20 Millionen Mark zukommen würden. Ihr würden also einschließlich der Ausfuhrabgabe im Monat 25—28 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

Die Holzabgabe ist von $^1/_2$ auf $1^1/_2$% erhöht worden. (Reichsgesetzblatt vom 5. März 1923, S. 17.)

zu gedenken. Mit Nachdruck wird man besonders all das erwähnen, was die private Genossenschaftshilfe leistete. Das sind jene berufsständischen Organisationen, die als sogenannte Spitzenverbände der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und der Banken beisteuerten, dahin gehört ebenso der Börsenverein der Deutschen Buchhändler. Von solchen Beiträgen legt unter anderen der Stifterverband der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, ebenso die Helmholtz-Gesellschaft, die Emil Fischer-Gesellschaft, die Adolf Baeyer-Stiftung,[1] nicht minder das Deutsche Museum Zeugnis ab.[2] Die deutsche Studentenschaft, um diese Seite des wissenschaftlichen Nachwuchses zu erwähnen, ist im besonderen den Spenden der Landwirtschaft verpflichtet, die in natura gereicht werden. Daß im übrigen zwischen den wirtschaftlichen Erwerbsständen und der Wissenschaft noch manche feste Verbindungslinien sich auftun können, ist oben mit einem Blick auf westeuropäische und amerikanische Verhältnisse gesagt worden. Unsere öffentliche Meinung gewöhnt sich allerdings nicht leicht an die Mitwirkung privater Kreise. Sind doch im Reichstag bei den Haushaltsberatungen zum Etat des Reichsministeriums des Innern im Februar 1923 übertriebene Besorgnisse geltend gemacht, die Wissenschaft könne zum Anhängsel der Industrie werden.[3] — Ein anderes bleibe in diesen Zusammenhängen nicht unerwähnt: die soziale Neubildung der „Neuen Reichen" verfügt noch nicht über die kulturelle Einsicht und Energie, um Wissenschaft und Forschung zu unterhalten und zu unterstützen.

Aber über diese Spenden hinaus, die von privater Seite fließen, brauchen wir eine Stärkung des öffentlichen Bewußtseins. Mehr denn je und nachhaltiger als früher muß in der Volksgesamtheit der Gedanke wach gehalten werden, Wissenschaftsarbeit bedeute Gemeinschaftsarbeit. Sie sei keineswegs bloß Sache des Einzelnen, so tief sie auch in der schöpferischen Lebensarbeit der Einzelpersönlichkeit wurzeln mag; sie sei ebensowenig Begleiterscheinung und Lebensausdruck einer oligarchischen Sozialaristokratie, so vieles auch an berechtigter berufsständischer Auslese und Sonderstellung der Gedanke einer Gelehrtenrepublik mit sich führen kann. Sie sei vielmehr Sorge

[1] Siehe auch A. Thiele, Die Beziehungen der Industrie zu ihren kulturellen Einrichtungen S. 21.

[2] Siehe oben S. 59 ff.

[3] 213. Sitzung vom 2. Februar. Vgl. oben S. 87.

des Gesamtvolkes und Ausdruckswille lebendiger Volksgemeinschaft. Sie throne nicht in der Unnahbarkeit und Abgeschlossenheit eines Gralstempels, sondern sie ströme in einem riesenhaften Rhythmus der Bewegung in tausenden von Verzweigungen und Energien durch das ganze Land. Sie sei gleichzeitig die unerläßliche Voraussetzung für alle hochentwickelte Technik, Industrie und Volkswirtschaft, wie für alle Volksbildung und jedwede Bildungsreform. Sie sei schließlich eine der großen Grundvoraussetzungen für alle Erfolge der inneren und äußeren Politik, für den Kredit wie für die sonstige Weltgeltung des Staates. So gehöre sie zu den Lebensnotwendigkeiten jedes Volkes, das die Stufe der Halbkultur zu überwinden trachtet.

Solche Betrachtungen sind eigentlich Selbstverständlichkeiten, aber sie sind noch längst nicht tief eingewurzelte Überzeugungen des öffentlichen Bewußtseins unserer Nation. Noch verhalten sich manche Zweige der Industrie und des Handels unserer Wissenschaftsnot gegenüber weniger tätig, als es der Ernst der deutschen Wissenschaftskrisis gebietet. Noch werden zahlreiche Möglichkeiten einer Bildungsreform in Volksschule und Mittelschule erörtert und leidenschaftlich umstritten, obwohl man in diesen schulorganisatorischen und bildungspflegerischen Erörterungen sich nicht genügend klar darüber geworden ist, daß die Stellung der deutschen Wissenschaft selbst bedroht ist. Noch sind auch manche Kreise der deutschen Handarbeiterschaft der Wissenschaft gegenüber zurückhaltend, indem sie manche Abneigungen gegen politisierende Wissenschaftsträger nur zu leicht auf die Wissenschaft und die Hochschulen selbst zu übertragen geneigt sind.

Gewiß hat schon Lassalle in seiner berühmt gewordenen Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht der Allianz der Wissenschaft und der Arbeiterschaft das Wort geredet. Seine mit starkem Pathos vorgetragenen Ausführungen haben seitdem manche öffentliche Erörterung (die Volksbildungsbewegung) und auch die Reichstagsverhandlungen des 16. November 1922 durchzogen.[1] Aber gleichwohl bedarf es noch emsiger Aufklärung und Kleinarbeit, um diese Gedankengänge in die Sprache der Arbeiterschaft zu übersetzen. Es bedarf noch der Erläuterung, daß die Wissenschaft ein großes Stück Arbeiterschutz leistete, wenn sie auf die gesundheitlichen Schäden der Nacht- und Kinderarbeit hinwies und überhaupt die

[1] Stenogramm der 268. Sitzung.

Gewerbehygiene entwickelte. Sie kümmerte sich um die Proletarierkrankheit, die Tuberkulose, um die Schwangeren und Säuglinge, um die Berufskrankheiten und die Physiologie der Arbeitsleistung. Sie schuf die Sicherheitsvorrichtungen und die staubfreie Luft der Bergwerke und Fabriken und die Ventile und Sicherheitsmesser von Apparaten und Maschinen. Sie verfeinerte die Arbeitsmethoden und Werkzeuge und mehrte damit das Quantum und die Feinheit der Erzeugnisse. Sie verbesserte die landwirtschaftliche Erzeugung, und die Zukunft der deutschen Volksernährung wird abhängig sein von den Erfolgen der Vererbungsforschung und der Düngungsversuche.

Der Rückgang der deutschen Wissenschaft würde somit auch die deutsche Arbeiterschaft schwer treffen. Auch in den Bezirken des seelischen Lebens. Gerade die letzten Jahre brachten eine — dankenswerte, wenn auch noch tastende und suchende — Volksbildungsbewegung, die sich der Bereicherung der Arbeiterseele mit Lebhaftigkeit zuwandte. Alle Volksbildung ist mehr oder weniger der Widerschein der Wissenschaftsstärke und der Kulturhöhe des Landes. Man darf diese Zusammenhänge nicht vergessen, so sehr man immer die volksbildnerische Kraft von Einzelpersönlichkeiten wie von Grundtvig, von Kolping und anderen Volkserziehern werten mag. Im übrigen ist die Volksbildungsbewegung aus inneren und aus äußeren Gründen an sich schon schwer getroffen. Es sei nur angedeutet, daß die Volksbüchereien unter der nämlichen Finanznot wie auch die öffentlichen Büchereien leiden, und daß auch die Volkshochschuldozenten von der schweren Zeitlage ergriffen werden. So traten im Januar 1922 die Lehrer der Volkshochschule Düsseldorf wegen schlechter Honorierung in den Dozentenstreik.

Rückgang der deutschen Wissenschaft bedeutet zudem eine Unterdrückung vieler Führerpersönlichkeiten, die sonst an der Hand der deutschen Hochschulen (Arbeiterakademien, berufspädagogische Wochen im staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Münster, Betriebsräteschulung) für das deutsche Sozialleben entbunden wären.

Es bedarf schließlich keiner weiteren Erörterung, daß ein Niedergang deutscher Wissenschaft auch die Qualitätsleistung des deutschen Arbeiters mindert. Dabei weiß man, daß mit dem Friedensschluß uns ungeheure Rohstoffgebiete (unter andern 25,9 v. H. an Steinkohle, 74,5 v. H. an Eisenerzen, 68,3 v. H. an Zinkerzen) und namhafte landwirtschaftliche Überschußflächen (an Weizen nnd Roggen

15,7 v. H., an Kartoffeln 18,0 v. H.) verloren gegangen sind. Mehr denn je wird es darauf ankommen, die Qualitätsarbeit des deutschen Arbeiters zu erhalten.

So muß sich die handarbeitende Bevölkerung dessen lebhaft bewußt sein, welche unheilvollen Folgen die Gefährdung der Valuta der Geistesarbeit mit sich heraufführt. Es war der Chemiker Prof. Binz, der einen Aufsatz „Geist und Materie" in der Zeitschrift für angewandte Chemie neuerdings veröffentlichte und dabei verwandten Gedankengängen die nachstehende und gewiß bemerkenswerte Formulierung gab:

„Man redet soviel von der Valuta des Geldes. Nicht weniger wichtig ist für die deutsche Industrie die Valuta der Geistesarbeit, und nicht zuletzt die Handarbeiter haben allen Anlaß zu wünschen, daß diese Valuta wieder steigt; denn Zermürbung der Kopfarbeiter bedeutet Stillstand der Fabriken. Nicht auf die Rohstoffe kommt es an und nicht auf das Kapital, sondern auf die Geisteskräfte, welche die chemische deutsche Industrie geschaffen haben. Wenn diese Geisteskräfte verkümmern, ist unsere Industrie verloren. Haben wir die Charakterstärke, trotz der Schwere der Zeit unsere inneren Fähigkeiten weiter zu betätigen."

Selten einmal hat die Schicksalsgemeinschaft zwischen Handarbeit und Geistesarbeit einen so zeitgemäßen und geradezu klassischen Ausdruck gefunden.

21. Die Hilfe des Auslands

Es bedarf aber nicht bloß der Weckung des deutschen Gemeinschaftsgefühls. Darüber hinaus ist das Wissenschafts- und Kulturbewußtsein der ganzen Welt anzurufen. Es muß dem Ausland immer wieder gesagt werden, daß die Weltwissenschaft mit der deutschen Forschung unweigerlich verknüpft ist und daß, wie heute die Lagerung der europäischen Kultur sich gibt, die deutsche Wissenschaft in der Weltgeistigkeit nicht entbehrt werden kann. Solche Hinweise sollen sich frei halten von jeder bettelnden Geste. Sie mögen vielmehr im Bewußtsein der aristokratischen Herkunft unserer Kultur erfolgen. Sie sollen dabei auf den köstlichen Besitz an Menschheitsgütern aufmerksam machen, den wir zu hüten haben. Noch liegen über der deutschen Wissenschaft und Kultur

Überlieferungswerte, an denen die panamerikanische Kultur bitter arm ist, da ihr Renaissancen und romantische Zeitalter versagt blieben.

Freilich wird im Auslande der Einwand erhoben, die deutsche Industrie müsse zunächst für die deutsche Wissenschaft sorgen. Sie tue ebensowenig für die Reparation wie für die Erhaltung der deutschen Forschung. Allein diese Einwände sind nicht stichhaltig. Sie erfahren ihre schärfste Widerlegung durch die andere Tatsache, daß besser unterrichtete Kreise des Auslandes in sorgsamer Würdigung der deutschen Wirtschaftslage und der deutschen Wissenschaftsnot bereits hochsinnige Zuwendungen machten. Sei es für Forschungsinstitute, sei es für Einzelgelehrte, sei es für Büchereien. So hat die dänische Akademie der Wissenschaften die gesamte dänische Literatur überwiesen, die seit 1919 erschienen ist. Andere Spenden flossen vornehmlich aus Holland, Schweden, Finnland, Amerika, Argentinien, Brasilien und nicht zum wenigsten aus der Schweiz. So wurden im Herbst 1922 von dem Hilfswerk in der Schweiz (der schweizerisch-deutschen Hilfskommission, die sich durch ihre Hilfeleistung für die notleidenden deutschen Kinder besondere Verdienste erwarb) 25 Millionen Mark dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt, um Notstände unter den Angehörigen des deutschen Schrifttums zu lindern. Andererseits konnte Paul F. Kehr neuerdings in einem Aufsatz über die deutsche Wissenschaftsnot auf die munifizenten Spenden hinweisen, die Papst Pius XI. stiftete (20000 Lire für die Papsturkundenforschung, 50000 Lire für das Concilium Tridentinum der Görres-Gesellschaft).

Stellenweise strebte das Ausland danach, zu einer organisierten und dauernden Auslandhilfe vorzudringen. In Amerika hat Prof. Dr. Franz Boas eine Notgemeinschaft (Emergency Society) ins Leben gerufen, die sich von New-York und St. Louis aus eine finanzielle und bibliothekarische Subvention zur Pflicht gemacht hat. Ferner beschloß die Rockefeller Foundation, jüngeren Gelehrten der theoretischen Medizin und deren Nachbarfächer Stipendien zu verleihen. Neben ihrer großzügigen Charitas auf allen Gebieten haben sich die Quäker auch für die deutsche Wissenschaft ein großes Verdienst erworben, indem ihre Society of Friends die deutschen Bibliotheken mit der englisch-amerikanischen Literatur versorgen will, soweit diese im Kriege erschienen ist. Die Verteilung obliegt der Anglo-American University Library for Central Europe. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft strebte danach, auch mit Italien dauernde

Beziehungen zu gewinnen. Es gelang, in einen Bücheraustausch mit einzelnen italienischen Bibliotheken einzutreten, allerdings in kleinem Umfange. Auch der Austauschverkehr mit Spanien wurde von der Notgemeinschaft angestrebt, bislang noch ohne sonderlichen Erfolg, obwohl die vornehme Neutralität dieses Landes an sich zu Hoffnungen berechtigt. Leider ist dagegen eine Fühlungnahme mit Belgien und Frankreich, ja selbst mit England so gut wie ausgeschlossen gewesen. Die Stimmen, die aus diesen Ländern herüberdringen, atmen vielfach immer noch die starke Gegnerschaft.

Bemerkenswert heben sich davon die bedeutenden Zuwendungen ab, die der japanische Großindustrielle Hojima Hoshi im Winter 1922 für die Zwecke der chemisch-physikalischen Forschung machte (monatlich 2000 Yen auf drei Jahre). Sie mögen der Ausdruck der Anerkennung dafür sein, daß wir auf unseren Hochschulen ehedem eine weitgehende Gastfreundschaft übten. Wir haben früher fremden Völkern mit vollen Händen aus den Schatzkammern unseres Wissens gespendet, und wenn wir jetzt die Empfangenden sind, gibt uns unsere Vergangenheit darauf ein gewisses Anrecht.

So dankenswert zahlreiche großsinnige Zuwendungen sich anlassen, manche Umstände dürfen dabei nicht übersehen werden. Die private Wohltätigkeit im Auslande ruhte bisher auf wenigen Schultern und verteilt sich auf viele Hände. Die Ziffern stellten sich in Mark so hoch dar, daß man sich leicht täuschen läßt. Sie reichen eben hin, um hier oder dort einen Notstand zu lindern. Sie vermögen aber kaum, die traurige derzeitige Lage der deutschen Wissenschaft grundstürzend zu ändern. Es will auch bemerkt sein, daß viele Pforten sich verschlossen hielten, an denen die deutsche Wissenschaft nicht ohne Grund anklopfen zu dürfen sich für berechtigt hielt.

Noch immer schwingen die Imponderabilien des Weltkrieges mit. Das hat neuerdings noch Harnack erfahren. Wohl hat die englische Zeitschrift The Nation and the Athenaeum einem Aufruf, mit dem er die Not der deutschen Wissenschaft ergreifend klagte, eine Heimstätte vergönnt. Aber die Times antworteten scharf abweisend mit Ausfällen auf den gelehrten Bettler und mit Angriffen auf die deutsche Chemie. Selbst bei einem Manne wie beim Viscount Haldane fand Harnack nur geringes Verständnis. Der deutsche Gelehrte entgegnete in einem offenen Brief, den wir unten im Anhang als bedeutsames Dokument internationaler Wissenschaftsbeziehungen zum Abdruck bringen. So zeigt

sich, daß manches an dem Enthusiasmus verflogen ist, den Bulwer zum Ausdruck brachte, da er seinen Roman „Ernest Maltravers" (1837) dem „großen deutschen Volke, der Rasse der Denker und Kritiker" widmete. Nur selten dringen Stimmen zu uns, wie die des englischen Gelehrten, des Edinburgher Theologen Rev. W. J. Paterson, der noch 1915 die Vorurteilslosigkeit hatte, in dem Vorwort zum Sammelwerk „German Culture" zu bemerken:

„Die Deutschen sind zweifellos eines der großen Völker der Weltgeschichte, die, wie die Engländer, einen Teil der intellektuellen und ästhetischen Begabung der alten Griechen mit den praktischen Fähigkeiten der alten Römer verbinden; und sie haben zu dem gemeinsamen Vorrat zivilisierter Menschlichkeit einen wesentlichen Beitrag geliefert. In jedem höheren Bezirk menschlichen Geisteslebens und menschlicher Geistesarbeit haben sie eine Spur — und oft eine sehr tiefe Spur — eingedrückt."[1]

Es ist eigenartig genug, wie schwer sich der Gedanke einer wissenschaftlichen Weltsolidarität durchsetzt, obwohl die Wissenschaft ihrem Wesen nach zu den großen universalistischen Bindegewalten der Menschheit zählt. Den begeisterten Worten des Rechtslehrers Karl Binding, der auf der Leipziger Jubiläumsfeier im Beisein zahlreicher ausländischer Gäste die internationale Verbundenheit der Wissenschaftsbeziehungen rühmte,[2] sind im Weltkrieg grausame Enttäuschungen gefolgt, die sich in die Nachkriegszeit fortsetzen.

Es braucht kaum eigens bemerkt zu werden, daß das deutsche Volk nicht in nationalistische Regungen verfallen will, wenn es an die Dienste erinnert, die es der Menschheitskultur erweisen durfte. War es doch ein Deutscher, der den Ausspruch prägte: „Die Geschichte der Wissenschaften ist eine große Fuge, aus der die Stimmen der Völker nach und nach zum Vorschein kommen." So klingt es uns

[1] p. VI. Über die Aufgabe dieses Sammelwerkes mit Beiträgen englischer Wissenschaftler (vgl. oben S. 49) bemerkt Paterson im Vorwort etwa folgendes: Es will den an Megalomanie grenzenden Ausführungen deutscher Schriftsteller, etwa in der Art des „Deutschen Volkstums" von Hans Meyer, entgegentreten. Andererseits beabsichtigt es, die nur zu erklärliche Reaktion gegen die Anmaßung deutscher Wissenschaftler, die sich in der englischen Presse gezeigt habe, auf ihr richtiges Maß zurückzuführen und trotz des Krieges — wahrheitsgemäß den Anteil der Deutschen an der Förderung des geistigen Fortschritts der Menschen darzustellen. — Das gelingt im allgemeinen auch, trotz mancher Schiefheiten, die unterlaufen.

[2] Die Feier des 500jährigen Bestehens der Universität Leipzig (Leipzig 1910) 78 und 80.

mit heller Aufgeschlossenheit aus Wilhelm Meisters Wanderjahren entgegen. Es sind verwandte Töne, wenn Schiller in seiner Abhandlung „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“ seinerseits bemerkt: „Was einer im Reiche der Wahrheit erwirbt, hat er allen erworben.“ Mit großer Sachlichkeit hat wiederum Goethe die kulturellen Wechselbeziehungen der Völker abgewogen, wenn er am 15. Juli 1827 zu Eckermann sagte: „Im ästhetischen Fach sieht es freilich bei uns am schwächsten aus und wir können lange warten, bis wir auf einen Mann wie Carlyle stoßen. Es ist aber sehr artig, daß wir jetzt bei dem engen Verkehr zwischen Franzosen, Engländern und Deutschen in den Fall kommen, uns einander zu korrigieren. Das ist der große Nutzen, der bei einer Weltliteratur herauskommt und der sich immer mehr zeigen wird. Carlyle hat das Leben von Schiller geschrieben und ihn überall so beurteilt, wie ihn nicht leicht ein Deutscher beurteilen wird. Dagegen sind wir über Shakespeare und Byron im klaren und wissen deren Verdienste besser zu schätzen als die Engländer selber.“

Was für die Weltliteratur gilt, trifft auch für die Weltwissenschaft zu. Die deutsche Forschung wird sich stets dessen bewußt bleiben, daß ihr nur eine Teilaufgabe im Wissenschaftsbetrieb der Völker beschieden ist. Gewiß weiß jeder Mediziner des Auslandes, was die Heilkunde der deutschen Medizin, Pharmakologie und Chemie verdankt und jener Art von Seuchenbekämpfung schuldet, die Robert Koch anbahnte. Aber ebenso neidlos anerkennt der deutsche Forscher die Leistungen des Instituts Pasteur in Frankreich, des Lister-Instituts for Preventive Medicine in England und des Rockefeller-Instituts in Amerika. Liegt es doch grade im Wesen der deutschen Eigenart, universale und universalhistorische Maßstäbe für die Beziehungen der Völker zu finden.

22. Wissenschaft und Reparationsfrage

Unser deutsches Volk will keine geistige Erstarrung. Inmitten stärkster gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erschütterungen fand es sein politisches Gleichgewicht wieder. Im Zeichen wieder einsetzender Beruhigung und Sammlung der Kräfte vermied es das Chaos und

die widerspruchsvollen Wandlungen des russischen Bolschewismus. Es baut wieder Schiffe für das Weltmeer und schrieb in der Nachkriegszeit Bücher von weitreichender Fernwirkung. Stehen doch Probleme der Relativitätstheorie im Zeichen des Weltinteresses. Noch wurzelt in unserem Volke der Wille zum Leben und drängt nach neuen Gestaltungen.

Aber gleichwohl dürfen wir uns keiner Selbsttäuschung hingeben. In wissenschaftlichen Fragen ist seine Lebenskraft geschwächt, ja ernstlich gefährdet. Niemals erlebte die deutsche Kultur eine Wissenschaftskrisis wie zur Zeit der Valutablockade. Die zur Bekämpfung eingesetzten Mittel des Reiches, der Länder und der Privaten können die große überkommene Wissenschaftskultur nur notdürftig stützen, nicht aber völlig erhalten, noch weniger sie weiter führen. Dabei kennt alle Forschung keinen Stillstand, der sich ertragen ließe, sondern nur den Fortschritt und das Wachstum.

Wenn nicht in der außenpolitischen, finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Gesamtlage unseres Volkes wesentliche Besserung Platz greift, ist der weitere Abbau unserer geistigen Kultur unaufhaltsam. Im Zeichen des Friedensvertrags von Versailles ist keine hochstehende und völkerverbindende Wissenschaftskultur möglich, es sei denn, daß mit Artikel 234, also mit dem Hinweis auf unsere Leistungsfähigkeit, Ernst gemacht wird. Nur die Herabminderung der Reparationslasten auf ein erträgliches Maß wird uns wieder gestatten können, zur wissenschaftlichen Vollleistung zurückzukehren und mit den Völkern der Erde geistige und kulturelle Werte und Güter wie ehedem auszutauschen. So ist das Schicksal der deutschen Wissenschaft mit dem Schicksal der Reparationsfrage unweigerlich verknüpft.

Noch fehlt unter den Völkern des Abendlandes die Erkenntnis, daß mit der Verkümmerung der deutschen Kultur ihr kultureller Hochstand sich gleichzeitig abschwächt. Noch wird jene andere Tatsache kaum gewürdigt, daß jenes Gebiet um Rhein und Mosel, um Schelde, Maas und Ruhr seit fast zwei Jahrtausenden das große Transitland westeuropäischer und mitteleuropäischer Kultur darstellt. Zugleich ein Gebiet glücklichster Mischung und fruchtbarer Wechselwirkung. Nach den schicksalsschweren Erlebnissen des Weltkrieges harrt es der Befriedung. Man darf diesen kostbaren Boden und seine Saaten nicht immer wieder neuen vulkanischen Erschütterungen aussetzen. Das würde die gesamteuropäische Kultur schwer beeinträchtigen. Gerade in diesem

Kulturbecken trafen sich Christentum, Germanentum und Antike zu denkwürdigen Auseinandersetzungen, mehr aber noch zu Gestaltungen von stärkster kultureller Plastik. Dort entwickelten sich die bedeutsamen Anfänge der Nationalkulturen von germanischen und romanischen Staaten. Dort bildete sich der Idealtyp des brabantischen Ritters, der rheinaufwärts zur Donau und schließlich zum „hof ze Wiene" wanderte. Dort erlebte die Gotik ihre reizvolle Jugend, aber auch ihre reifste Prägung. Humanismus und westeuropäische politische Theorien, ebenso die Kultur des Barock und Rokoko fanden dort eine bedeutsame Pflege, oft genug dabei eine Weitergabe an Mitteleuropa. Dazu kann die Geschichte jenes romantischen Zeitalters, das sich um Chateaubriand und Görres gruppierte, jener kulturverknüpfenden Gebiete nicht entraten. Das alte Zwischenreich Lotharingien gibt sich in dem kulturellen Austausch zwischen Westeuropa und Mitteleuropa nach wie vor als eine unzerstörbare Verbindungsbrücke, als eine unschätzbare Zentrale von Energie.

Eine andere und zunächst geopolitische Erwägung legt sich nahe. Kaum ein europäisches Volk hat so ungünstige Grenzen wie das deutsche. Westwärts dehnt sich der Blick weithin ins deutsch-französische Tiefland. Ostwärts greift das Auge noch weiter bis zur sarmatischen Ebene, ohne auf gebirgige und schützende Grenzmauern zu stoßen. Aber die Ungunst der Lage, die Deutschland außenpolitisch zum Nachteil gereicht, gestaltet sich im Grunde genommen zu einer Wohltat für das gesamte Festland. Die westeuropäische und die osteuropäische Kultur werden das deutsche Mitteleuropa stets wiederum als unersetzliches Verbindungsglied gebrauchen, auch als Stausee und Sammelbecken, das Gegensätzlichkeiten klärt und mildert. Genau so zieht sich durch Deutschland jene Süd-Nordlinie der europäischen Gesittung, die die Kultur des Mittelmeers mit der Wissenschaftsleistung von Upsala, mit der Bildnerei von Thorwaldsen und der Romantik von Ohlenschläger und Selma Lagerlöf verknüpft.

Wer als Historiker solche Zusammenhänge sieht, darf hoffen, daß diese geistigen Überlandbahnen sich behaupten. Allerdings lastet die Ungunst der Zeiten schwer auf diesen Verbindungsstraßen. Noch hat die Linienführung der Reparationskonferenzen und Reparationsnoten lediglich den Fragen der Höchstsumme und der Serienfolge der Schatzbonds und dem Garantiegedanken ihre Aufmerksamkeit zugewandt. Die europäische Kulturpolitik — wenn dieser Begriff angesichts der

düsteren Ausblicke von Spengler verstattet ist —, steht bescheiden abseits. Aber sie läßt sich nicht für immer zurückdrängen. In dem Aufstieg und Niedergang der Völker dürften schließlich die Forderungen und die Auswirkungen der Geistigkeit stärker als materielle Regelung und Machtmittel sich geltend machen. Allerdings kann sich auch die Unterdrückung und Verkennung der geistigen Werte in den Völkerbeziehungen rächen, zum Schaden der europäischen Gesamtkultur. Wie die außenpolitischen Verhältnisse zur Zeit noch liegen, ist jedoch die furchtbare Notlage der deutschen Wissenschaft noch nicht in jenes Verständnis für das allgemein Menschliche einbezogen, das die Menschen verbindet und die Kultur auf höhere Entwicklungsstufen hebt. Mehr denn je bedarf es heute dieser Erinnerung an die Humanitätswerte der Wissenschaft, die Buckle in seiner Geschichte der Zivilisation in England in die eindringlichen Worte kleidet:

„Den Entdeckungen des Geistes verdanken wir alles, was wir haben, sie sind für alle Geschlechter und für alle Zeiten; niemals alt und niemals jung, tragen sie in sich selbst den Samen eines zukünftigen Lebens, fließen sie im unvergänglichen und stetigen Strome weiter, beeinflussen so die fernsten Nachkommen und bringen nach Verlauf von Jahrhunderten noch größere Wirkung hervor, als sie im Augenblick ihrer Verkündigung zu tun vermochten".

23. Die Not der geistigen Arbeiter

Die Not der geistigen Arbeiter erstreckt sich weit über die Kreise der Professoren, Privatdozenten und Studierenden hinaus. Sie umfaßt jene zahlreichen freien Berufe, die als Ärzte, Rechtsanwälte, Privatgelehrte, Künstler, Dichter, Filmautoren, Schriftsteller, Tonsetzer, Journalisten, Architekten, Ingenieure usw. tätig sind. Es sind alle jene, die nach Feuchtwanger im Dienst der Idealgüterwirtschaft schaffen, die mehr Werte als Mengen erzeugen, die es mehr auf die Qualität als auf die Quantität abstellen.[1] Die Idealgüterwirtschaft steht damit im Gegensatz zur Sachgüterwirtschaft. In diesen freien

[1] Sigbert Feuchtwanger, Die freien Berufe. Im besonderen: Die Anwaltschaft. Versuch einer allgemeinen Kulturwirtschaftslehre (München und Leipzig 1922). Siehe dazu A. Kneer, Die freien Berufe (Kölnische Volkszeitung Nr. 836 vom 31. Oktober 1922).

Berufen vollzieht sich ein Stück jener fast lautlosen, aber um so ergreifenderen Tragödie des sterbenden Mittelstandes.

Die Gründe für diese Proletarisierung liegen in den Auswirkungen der allgemeinen Wirtschafts- und Währungszerrüttungen. Aber sie greifen in mancher Richtung noch tiefer und gehen zum Teil auf Zustände und Mißstände der Vorkriegszeit zurück. Sie wurzeln zum anderen in der Berufseigenart, die sich im Zeitalter der Goldmark wirtschaftlich hinlänglich gesichert entfalten konnte. Aber die Papierbilanz schuf überall Hemmungen für die Auswirkung der Berufseigentümlichkeit. Schon in der „Honorarfrage" treten diese Hindernisse zutage. Man weiß, das „Honorar" steht im Gegensatz zur Entlohnung, die der „Lohn"arbeiter für seine Tätigkeit bezieht. Etwas von der vornehmen Auffassung des Ehrengeschenkes ist jenen Berufen verblieben, denen man im antiken Rom das honorarium als Entgelt für die Ausübung der artes liberales einhändigte. Ein Hauch von Aristokratie ist damit über die Entlohnung wie über die ganze Tätigkeit der freien Berufe gebreitet. Noch heute vertritt das Reichsgericht den Standpunkt, daß die geistige Arbeit in der Hauptsache nicht um des Geldverdienstes willen geschieht[1]. Soviel Berechtigtes und Stolzes in diesen geschichtlich überkommenen Zusammenhängen liegt, so drückend und so nachteilig macht sich diese freiere Art der Entschädigung in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges geltend.

Dazu tritt die Unterschätzung und Unterwertung der geistigen Arbeit überhaupt. Gewiß wird der Sozialethiker die sittliche Würde, den Persönlichkeitswert und die soziale Weihe der Handarbeit und zwar jedweder Art hoch in Rechnung stellen. Gerade das Christentum hat in dieser Richtung seine volle Überlegenheit über die Antike gezeigt, die mit Celsus der Handarbeit das Merkmal des Schmutzigen und Niedrigen und des Sklavenloses aufprägte. Wenn es im 19. Jahrhundert in der Industrialisierung Europas zu einer Minderwertung der körperlichen Arbeit kam, so hat sich diese Unterwertung gerächt, in dem sie die Lehre vom Klassenkampf entwickeln und festigen half.

Als der Handarbeiter in der deutschen Revolution von 1918 seine sozialen Energien in verstärkte politische Macht umsetzte, lag es nahe,

[1] Siehe dazu Bruno Rauecker, Die Proletarisierung der geistigen Arbeiter, in der Zeitschrift „Hilfe" vom 29. April 1920.

daß von ihm das andere Extrem ergriffen wurde, in eine Minderwertung der geistigen Arbeiter zu treten. Wellen einer materialistischen Lebensauffassung, die im Weltkrieg erstarkt waren, mochten in manchen Kreisen als Unterströmung mitwirken. So kam es zu dem sozial wie volkswirtschaftlich wie auch kulturell gleich schmerzlichen Irrtum, daß Arbeit schlechthin Arbeit sei, gleichwelcher Art sie sei, und es komme nur auf die abgeleistete Arbeitszeit an.[1] Schon die Qualitätsarbeit des deutschen Handarbeiters wird in ihrer Bewertung herabgesetzt, wenn solche Vorstellungen Gemeingut werden und ihren ziffernmäßigen Ausdruck in der Entlohnung finden. Wird die Unterscheidung zwischen gelerntem und ungelerntem Handarbeiter verlassen und ringt sich nicht der Gedanke wieder durch, daß der hervorragende Qualitäts-Handarbeiter ein kostbares Aktivum unserer Volkswirtschaft bedeutet, geht die Weltstellung unserer Industrie verloren. An ihrer Festigkeit rütteln sowieso Reparation, Valutablockade und jener Rohstoffmangel, den der Friedensvertrag von Versailles für die deutsche Wirtschaft heraufführte.

Was nun für die Qualitätsarbeit des Handarbeiters gilt, trifft ebenso und in erhöhtem Maße für die Leistungen der Geistesarbeiter zu. Schon für den qualifizierten Handarbeiter besteht die Wahrheit, daß seine Geschicklichkeit und Tüchtigkeit, der ganze Habitus seiner Arbeit ein ansehnliches Kapital vorstellt, eine Vermögenssubstanz von hohem volkswirtschaftlichen Ausmaß und gleichzeitig eine Sammlung sittlicher Energien zum Ausdruck bringt. Obwohl dem Proletariat zugehörig, ist er in dem angedeuteten Sinne Kapitalist. Ähnlich erschöpft sich die Stellung und die Tätigkeit des Geistesarbeiters nicht im Begriff der „Arbeit". Darüber hinaus ist der Geistesarbeiter Verwalter und Mehrer eines geistigen Kapitals. Es ist in der Anspannung, aber auch in aller Entsagung des Geistes und seiner Lehrjahre organisch geworden und gewachsen. Stets war es ein Vorzug deutscher Geistesarbeit, daß sie gegenüber dem amerikanischen und asiatischen Geistesleben Milliardäre des Geistes aufwies und auch jetzt noch aufweist, obwohl diese Geistigreichen wirtschaftlich dem Proletariat zugehören. So weisen diese und andere Erwägungen in die Richtung: ein Volk darf an seinen kulturellen Fortschritt glauben, wenn

[1] Siehe auch „Geistesarbeiter und neue Zeit", Kölnische Volkszeitung vom 6. Juli 1920.

es die Qualitätsarbeit anerkennt, und wenn es gleichzeitig die Geistesarbeit als stärksten Hebel des Fortschritts zu würdigen weiß.

Es wäre im übrigen einseitig genug, die Unterwertung der geistigen Arbeit lediglich auf das Konto der Revolution von 1918 zu setzen. Nur eine oberflächliche Betrachtung wird die Auswirkung der weltwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Krisen übersehen[1]. Dazu treten geschichtliche Erklärungsgründe. Wer den Werdegang von Agrar- und Militärstaaten und ebenso die Sozialgeschichte des Bürgertums verfolgt, weiß zur Genüge, daß die Geistesarbeiter eigentlich immer einen Emanzipationskampf zu führen hatten, der mehr oder minder sich zuspitzte. Mit einiger Resignation behauptet bereits der alte Spruch: Der Grammatiker keucht mühsam durchs Leben zu Fuß. Ebenso hat die Geschichte der deutschen Bildung immer wieder die Verfügung des preußischen Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm vermerkt: „Ist der Schulmeister ein Handwerker, so kann er sich ernähren; ist er keiner, wird ihm erlaubt, in der Ernte sechs Wochen auf Tagelohn zu gehen." Allerdings soll man derartige Erlasse nicht vom Standpunkte der heutigen Lehrerbildungsbestrebungen aus würdigen, sondern zeitgeschichtlich zu erfassen versuchen. Man lese sie als Ausdruck eines mühevollen Anstieges, nicht aber im Tone des nachträglichen Vorwurfs. Manches andere über den Passionsgang und die kulturelle Funktion der geistig Schaffenden mag man in dem prächtigen Buche nachlesen, das Wilhelm Heinrich Riehl vor mehr als sechzig Jahren der deutschen Arbeit widmete.[2]

Soziale Spannungen der Gegenwart haben, wie angedeutet, diese Unterwertung gefördert. Es war Kurzsichtigkeit genug, daß die Lehre vom Klassenkampf in jüngster Zeit vielfach auf die Formel gebracht wurde „Hie Handarbeit — hie Kopfarbeit". Nicht in diesem Gegensatz liegt der Fortschritt der menschlichen Kultur beschlossen, sondern in seiner Auflösung und Harmonie. Schon Riehl hat es bedauert, daß dem deutschen Volk der Gedanke vom „Gleichgewicht der Arbeit" noch nicht aufgegangen sei.

---

[1] Allerdings hat Emil Lederer (Die Freiheit vom 14. Januar 1921) mit Einseitigkeit bemerkt, es folge „die geringe Bezahlung der geistigen Arbeiter aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise."

[2] Siehe ferner Reicke, Der Gelehrte (Monographien zur deutschen Kulturgeschichte VII, Leipzig 1900) und auch Franz Cramer, Das Proletariat der Geistesarbeit, Kölnische Volkszeitung vom 15. April 1920.

Es hat die Lage vieler Geistesarbeiter verschärft, daß das Mäzenatentum alter Tage mit der Wirtschaftszerrüttung mehr oder minder dahinsank. Es wird schwer halten, unter den Neureichen ein Gleiches zu entwickeln. Sie sind ohne Überlieferung. Darum fühlen sie nichts von der Verpflichtung, die Schirmvogtei über Wissenschaft und Kunst zu üben. Es braucht die zweite und dritte Generation, um die Erfüllung dieser Verpflichtung Wirklichkeit werden zu lassen. Die erste Generation des Typs Raffke wird erst dahinsterben müssen. Wenn Graf Keyserling gleichwohl seine Hoffnungen auf ein „neues Mäzenatentum" gesetzt hat, ist diese Auffassung doch reichlich optimistisch gestimmt[1].

Gewiß hat römisches und florentinisches, Weimarer und Münchener Mäzenatentum für Denker, Dichter und Künstler manche Hemmungen mit sich gebracht. Sie sind mehr als einmal beredt geschildert worden, in der Biographie wie im Roman. Aber schließlich überwog das Günstige, Helle und Fruchtbare. Es war stets die Auffassung großer Mäzenaten, den Schöpfungen des Künstlers einen Teil ihres eigenen Ichs mitzugeben und das Kunstwerk als seelisches Erlebnis mitzugestalten. Solche Fördertätigkeit war und bleibt Adel der Seele, der nicht bloß die Persönlichkeit ehrt, sondern gleichzeitig kulturschöpferisch wirkt. Dieses Mäzenatentum sinkt unter den Hammerschlägen der Geldentwertung leider dahin.

Weitere Umstände haben die Lage der geistig Schaffenden verschlimmert. Das Zeitalter der Papiermark führte nämlich für die Geistesarbeiter eine gewaltige Einengung ihrer Berufstätigkeit herbei. So sieht sich der Schriftsteller der drängenden Raumnot gegenüber, die sich in Zeitung und Zeitschrift bemerkbar macht. Er erlebt das Sterben der Presse und die Krise des Verlagshandels als Hinderung seines Einkommens, als persönliche Verelendung. Wo ihm noch Einkünfte verblieben, sind sie nicht bloß geschmälert, sondern oft genug mit stärkeren Bindungen an den Verleger verknüpft. Dem wissenschaftlichen Schriftsteller wird mit einer gewissen Selbstverständlichkeit die Kürzung oder der Fortfall des Honorars zugemutet, mit dem er ehedem seine Bücherei oder sein wissenschaftliches Handwerkszeug ergänzte. Neulich sah sich — begreiflich genug — die Deutsche

[1] Gegen Keyserling hat auch Alfred Weber auf der Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik (1922) Stellung genommen, Vossische Zeitung Nr. 449 vom 21. September 1922.

Juristenzeitung, das angesehene Organ des Deutschen Anwaltsvereins, veranlaßt, ihren Mitarbeitern zu erklären: „Die Schriftleitung ist sich bewußt, daß die Honorierung der Beiträge nicht immer der geistigen Arbeit entspricht, die auf den Beitrag verwendet wird. Es erklärt sich aus der Not der Zeit und der Knappheit der vorhandenen Mittel. Die Herrn Mitarbeiter werden ihren Lohn in dem Bewußtsein finden, daß sie durch ihren Beitrag zur Belehrung ihrer Berufsgenossen und zur Förderung der Rechtspflege und Rechtswissenschaft beigetragen haben."[1]

Es wirft ein episodenhaftes, aber auch scharfes Schlaglicht auf die Notstände solcher geistig Schaffenden, daß Ernst von Wolzogen sich im Krankenhaus einer schweren Operation unterziehen mußte, zu deren Vornahme ihn erst eine Spende von Verehrern aus Artistenkreisen in Köln instandsetzte.[2]

Nach Spencers nachdenklichem Wort ist der Arzt „der berufene Führer der Nation". Aber die Notlage der deutschen Ärzte (unzureichende Entlohnung der ärztlichen Leistungen, stark gestiegene Berufsunkosten) wird kaum treffender als durch die Feststellung gekennzeichnet, daß viele Ärzte auf die Verstaatlichung ihres Berufes rechnen. Sie hoffen dabei auf ein Existenzminimum, auf den numerus clausus, auf die Pensions- und Hinterbliebenenversorgung.[3] Man greift zur Nebenarbeit, man wechselt hie und da schon den Beruf. Die Flucht zur Bank, auch zur Fabrik, selbst zur Beschäftigung des ungelernten Arbeiters, der Übergang zum Händlertum und zur Erwerbslosenunterstützung ist ein trauriges Bild der deutschen Gegenwart, aber auch ein dunkles Blatt in der Geschichte der deutschen Volksgesundheit[4]. Je mehr der Mittelstand versinkt, um so mehr ver-

[1] Siehe A. Kneer, Die geistige Verarmung Deutschlands, Köln. Volkszeitung Nr. 904 vom 27. November 1922.

[2] V. Helling, Die Not der geistig Schaffenden, Berliner Volkszeitung Nr. 549.

[3] „Die Not des geistigen Arbeiters", Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 216 vom 10. Mai 1922. Vgl. ferner: „Zur Notlage der akademischen Berufe", Kölnische Volkszeitung vom 12. April 1920 mit Hinweisen auf die Schrift von Otto Baumgarten (Kiel) über die Not der akademischen Berufe nach dem Friedensschluß (Tübingen 1919).

[4] In den Verhandlungen des preußischen Landtags vom 22. Januar 1923 wurde vom Abg. Schwering erwähnt, daß ein dreißig Jahre in Berlin ansässiger Arzt gezwungen ist, sich und seine Familie zu ernähren, indem er am Bahnhof Zoo Streichhölzer verkauft. Siehe auch Anfrage 1868 (Drucksache Nr. 5087) der Abgeordneten Dr. Rießer und Genossen im Reichstag.

kümmert die Ärzteschaft. Man weiß, die Kranken des Mittelstandes kommen vielfach nicht mehr zum Arzt, um sich auf den Weg der Gesundung führen zu lassen, sondern um die Todesbescheinigung zu empfangen. Vielfach holt man ihn überhaupt nicht mehr. „Man stirbt eben ohne Arzt" (W. His[1]). Stier-Somlo sieht so pessimistisch, daß nach ihm „Gefahr besteht, daß der Ärztestand in Deutschland zugrunde geht."[2]

Bildhauern und Architekten fehlen die großen Aufträge; die Bautätigkeit wird immer kostspieliger. Neben anderen Ursachen machen sich die Besitzsteuern bei Privaten drückend geltend. Die Kunstpflege leidet darunter. Dabei sind die Gemeinden angesichts der Fehlbeträge des Etats weniger kunstfroh denn je. Es bezeichnet keine Gesundung der Verhältnisse, wenn viele Maler sich nur durch Ankäufe des valutastarken Auslandes über Wasser halten, soweit sie es nicht vorziehen, als Anstreichermeister eine feste Grundlage für den Unterhalt zu gewinnen. Auslandsankäufe haben zudem immer noch die Neigung zur Manier und zum Typ entwickelt. Im übrigen hat gerade die Not der Maler einen erschütternden Ausdruck gefunden, wenn J. v. Bülow mit grausamer Ironie unlängst bemerkte: „Vielleicht schreiben wir alle die Geschichte unseres Verhungerns, wie es Knud Hamsun so unübertrefflich getan, oder malen unsere sich bildenden Totenschädel mit der letzten Farbe als Selbstporträt für die Museen."[3]

Es ist bedauerlich, wenn große Förderinstitute aus Mangel an Mitteln genötigt sind, Unterstützungen zu unterlassen, die zum Schaffen anregten. 1920 hatte die Akademie der Künste in Berlin den großen Staatspreis für Architektur ausgeschrieben. Es kam zu Einsendungen. Aber es kam zu keiner Preisverteilung, weil gespart werden sollte.[4]

Schwer macht sich die wirtschaftliche Krisis auch auf dem Gebiet des Kunstausstellungswesens fühlbar. Die hohen Fracht-

---

[1] Die Not der Ärzte und die Krankenkassen, Ärztliche Mitteilungen 1922, Nr. 46.

[2] Der Niedergang der Lebenshaltung des deutschen Volkes, Klinische Wochenschrift II (1923) Nr. 2. Siehe auch oben S. 72 f.

[3] „Hilfe für den geistigen Arbeiter", Berliner Tageblatt vom 16. September 1922.

[4] So berichtete wenigstens die Tägliche Rundschau vom 5. Juli 1920.

kosten wirken im Inland hemmend. Fast schwerer wiegt noch, daß der Versandspesen wegen die Beschickung von Ausstellungen des Auslandes beinahe unterbleiben muß. Deutscher Kultureinfluß tritt mit dieser Hemmung des künstlerischen Exports im Ausland mehr und mehr zurück. Die Unterbindung der Wissenschaftsausfuhr kommt, wie oben dargelegt, hinzu. So leidet der kulturelle Austausch der Nationen.

Die gleichen Beobachtungen gelten für die Kunstgewerbeausstellungen. Vor dem Kriege ging Deutschland daran, im Kunsthandwerk einen Vorsprung zu gewinnen. Es fragt sich aber sehr, ob diese günstige Stellung aufrecht erhalten werden kann.

Mehr und mehr steigt die Kunst zum Handwerk herab, um das tägliche Brot sicherzustellen. Es sind dies Wege, die wieder in die Jahrhunderte des späteren Mittelalters und der Renaissance zurückführen. In jene Zeiten, da der kastilianische Ritter Peter Tafur 1438 durch das deutsche Land zog und die denkwürdigen Worte niederschrieb: „Die Deutschen sind ein sehr arbeitsames Volk, besonders in allen Arten des Handwerks". Es mag manchem guter Gewinn aus dieser neuen Entwicklung erwachsen, aber für die Einzelpersönlichkeit nicht minder wie für das Gesamtvolk bleibt die Umstellung schwierig genug.

Auch die Dienste der Rechtsanwälte werden nicht mehr wie ehedem in Anspruch genommen. Zum wenigsten geht die Tätigkeit auf dem Gebiete des Zivilrechts zurück. Man hat mit Recht bemerkt, das Prozessieren sei Sache der Standesvertretung, des Verbandes, der Gewerkschaft, wirtschaftlicher und politischer Gruppen geworden. An die Stelle des Individualinteresses ist in der Tat ein Gesamtinteresse getreten, dessen Unkosten von einem Zweckverband bestritten werden. „Jede Gewerkschaft, jeder Arbeitgeberverband, jede Genossenschaft hat ihren Anwalt, ihren Syndikus, ihren Verteidiger vor Gericht, den sie besoldet und an den sich das Einzelmitglied wendet, wo immer es kann"[1].

So hat die Wirtschaftskrise die Strömungen und Strebungen, die bereits mit der Vorkriegszeit, richtiger mit der Industrialisierung anhuben, begünstigt und beschleunigt. Es sind das Entwicklungen, die geeignet sind, die

[1] Rauecker, Die Proletarisierung der geistigen Arbeiter (siehe oben S. 109).

Wesensnatur der „freien" Berufe zu ändern. Nur zu viele geistig Schaffende sind „Abhängige" geworden; sie wurden Arbeitnehmer, Angestellte, auch Beamte bei Arbeitgebern. Besonders die Schriftsteller wurden abhängig von den Unternehmern als Auftraggebern. Es sind für die einzelnen im Daseinskampf Vorteile dabei gewonnen. Aber ebensoviel oder mehr noch ging verloren. Seelische Stärke und Schaffenskraft wurde dabei eingebüßt. Ein Stück Berufsstolz sank dahin. Es litt die Persönlichkeit und das Berufsethos. Noch sind alle diese Dinge im Fluß, und der Aktiv- und Passivsaldo für die deutsche Kultur läßt sich noch nicht reinlich und mit voller Deutlichkeit aufstellen. Aber im allgemeinen wird man sagen dürfen, es ist nicht zum Segen für das Volksganze, wenn der Kreis von Existenzen und Persönlichkeiten sich allzu stark lichtet, deren selbständige Art gegenüber zahlreichen (wenn auch berechtigten) wirtschaftlichen und sozialen Gebundenheiten ein notwendiges wohltätiges Gegengewicht schafft. Zahlreiche starke und keineswegs immer unsozial empfindende Ichs verschwinden in der Masse und werden Zubehör, Attribut, Appendix. Im Mittelalter und in der Renaissance sahen sich zahlreiche geistig Schaffende von der Zunft gestützt, die das Persönlichkeitsbewußtsein nicht zertrümmerte, sondern mit unnachahmlicher Feinheit entwickelte, indem sie die Persönlichkeit um den Genossenschaftssinn und um das Gemeingefühl bereicherte, indem sie gleichzeitig eine gewisse wirtschaftliche Stütze bot. Heute fehlt es an solchen namhaften Gegengewichten zu Kapital und Wirtschaft. Mit Recht hat Alfred Weber neuerdings verwandter Auffassung Raum gegeben, wenn er bemerkt, das Geistige gerate in unzulässigem Maße in Gefahr, „Anhängsel der Wirtschaft" zu werden. Man habe Sorge darum, daß die großen Wirtschaftskräfte daran gingen, den Staat zu mediatisieren. Es wäre dann eine logische Folge, „auch die geistige Arbeit samt den Resten der bisherigen Bildungsschicht in sich aufzusaugen".[1] Es ist im übrigen eigenartig genug, wenn angesichts solcher Befürchtungen und der Schwächung der geistigen Arbeit Graf Keyserling dem „Primat der Wirtschaft" noch das Wort redet.

[1] Siehe den Bericht der Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik, Vossische Zeitung Nr. 449 vom 22. September 1922. Dieser am 21. September 1922 gehaltene Vortrag A. Webers wurde unter dem Titel „Die Not der geistigen Arbeiter" (München und Leipzig 1923) herausgegeben. Siehe hier S. 112.

Wie im weiteren auch das Schicksal der geistig Schaffenden sich gestalten mag, jedenfalls stehen wir mit ihrem Passionsweg in einer tiefen Erschütterung und Umbildung unseres deutschen Gesellschaftslebens, die die Grundlagen unserer geistigen Kultur auf das Tiefste berühren. Nur der oberflächlich Urteilende mag wähnen, die deutsche Revolution sei auf politische Daten der Jahre 1918 und 1919 zu beschränken.

24. Wege der Hilfe

Wie ist angesichts der traurigen Notlage der geistigen Arbeiter zu helfen? Die Frage ist um so brennender, als wir für die Handarbeiter in langen Bemühungen einen Arbeiterschutz und eine Arbeitergesetzgebung geschaffen haben, die zu den größten Errungenschaften des deutschen Soziallebens zählt. Die ganze Dringlichkeit der Frage hat der Verein für Sozialpolitik empfunden, als er auf seiner Jubiläumstagung (Eisenach 1922) sich genötigt sah, das Problem der Geistesarbeiter aufzunehmen. Ein merkwürdiger Wandel der Zeiten. Ehedem waren es die Handarbeiter, die in diesem Verbande in sozialreformerische Obhut genommen wurden. Vielleicht auch ein Symbol dafür, daß die Schichten und Klassen des deutschen Volkes stärker zusammenwachsen.

Das Problem liegt weit verzweigt. Es harrt noch der Sichtung des Materials und der allseitigen wissenschaftlichen Durchdringung. Zu seiner Bewältigung bedarf es der Mitwirkung der verschiedensten Kreise. Für uns soll es sich zunächst nur darum handeln, einigen Auffassungen Raum zu geben, die der Beschäftigung mit dem Kulturetat des Reiches entspringen.

Von vornherein wird man zugeben müssen, daß die Gesetzgebung des Reiches und der Gliedstaaten manche Erleichterungen für die geistig Schaffenden bringt. Man braucht nur folgende Gebiete zu berühren: Krankenkassenwesen, Angestelltenversicherung, Arbeitsnachweise[1], Berufsberatungsstellen, Staatsbeihilfen in Form einer produktiven Erwerbslosenfürsorge für geistige Arbeiter, Reichs-

[1] Das Arbeitsnachweisgesetz und die wissenschaftlichen Berufe, Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 13. April 1921.

theatergesetz, Einführung einer gesetzlich festzulegenden Abgabe an das Reich von Aufführungen ungeschützter Werke (davon zwei Drittel des Ertrages an die fachmännischen Berufsverbände der Urheber und das letzte Drittel an das Reich für die Kunst und für die Künstler[1]), Schaffung eines Verlagsrechtes für die bildende Kunst und für die Künstler, überhaupt besserer Schutz des geistigen Eigentums[2], gleichzeitig Rohstoffversorgung der Kunst, Frachtermäßigungen für Kunstausstellungszwecke und für den Bibliotheksverkehr.

Gleichzeitig könnten für einige Angehörige der freien Berufe Stellen in der Verwaltung des Reichs und der Länder freigemacht werden.

Unter dieser Rücksicht wurden im Winter 1922/23 im Reichstag (Dr. Lauscher und Genossen) und im preußischen Abgeordnetenhaus (Dr. Schwering und Genossen) Anträge gestellt, die Regierung zu ersuchen, notleidende Angehörige der freien Berufe, Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller und Redakteure usw., die eine Familie zu versorgen haben, in geeigneten Verwaltungsstellen statt der dort tätigen jungen und unverheirateten Aushilfskräfte zu beschäftigen, soweit dies ohne Benachteiligung anderer Beamten geschehen könne.[3] Natürlich

---

[1] Der Tag vom 27. November 1920.

[2] Der Artikel 157 der Reichsverfassung, der ein „einheitliches Arbeitsrecht" zum besonderen Schutz der Arbeitskraft erstrebt, sollte auch dem Schriftsteller zugute kommen, indem das Urheberrecht für ihn vorteilhafter gestaltet wird. Siehe dazu Heinz Potthoff, Die soziale Lage der geistigen Arbeiter, Münchner Post Nr. 217 vom 19. September 1922. Die Darlegungen knüpfen an die Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik (20./21. September 1922) an.

[3] Kölnische Volkszeitung Nr. 973 vom 23. Dez. 1922. Zur Überführung von Angehörigen der freien Berufe in Beamtenstellungen vgl. auch folgende Auslassungen der Kölnischen Volkszeitung Nr. 956 vom 17. Dezember 1922: Objektiv denkende Beamte geben unumwunden zu, daß der Beamte heute vielfach besser gestellt ist als die freien akademischen Berufe: Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Schriftsteller, Künstler und andere. Die Mehrzahl von diesen erreicht bei weitem nicht das Durchschnittseinkommen derjenigen Beamtenklasse, welche ihrem Alter und ihrer Vorbildung entspricht. Dabei ruhen auf ihren Einkommen noch hohe Werbungskosten für Angestellte, Berufsräume und ähnliche Dinge, welche der Beamte nicht zu tragen braucht. In seiner Wohnung und allem kann er sich einschränken und hat ein durch den Staat gesichertes Einkommen. Der freie Beruf dagegen muß alle seine Kräfte anspannen, um sich ein in der heutigen Zeit recht ungewisses Einkommen zu erwerben. Daneben kann er bei der teuren Lebenshaltung und der fast unerträglichen Höhe der Steuern sich nichts mehr ersparen, und wenn er

kann die Zahl der zur Verfügung stehenden Verwaltungsstellen nur gering sein, da gerade 1922 mit dem Abbau des Verwaltungspersonals (Tätigkeit der Sparkommission im Reichstag, Beschneidung des Verkehrs- und Postetats, Auflösung des Reichsschatzministeriums 1923) scharf zugegriffen ist. Im übrigen hat Baden 1922 mit der Einstellung von Mitgliedern der freien Berufe in die Verwaltung begonnen. Es machte, wie man hört, gute Erfahrungen mit diesen Maßnahmen.

Auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist bemüht, diese gesetzgeberische Arbeit zu unterstützen. In seine Mitgliederzahl sind einige berufsständige Vertreter der geistigen Arbeiter aufgenommen. Überdies bildete er bereits im Sommer 1922 einen Unterausschuß zur wirtschaftlichen Förderung der geistig Schaffenden.[1]

Manche Erleichterungen könnten, wie schon oben angedeutet[2], auf steuerrechtlichem Gebiete geschaffen werden, in Fragen der Umsatzsteuer, der Vermögenssteuer, des Wertzuwachses von Kunstwerken und der Luxussteuer.[3] Ebenso kann von Reichswegen noch manches in der Bereitstellung von Hilfsfonds und Notfonds geschehen. So tritt im Etat des Reichsministeriums des Innern für das Jahr 1923 erstmalig eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst in Erscheinung.

---

sich früher aus Sorge für die Zukunft etwas erspart hat, so wird ihm dieses durch die Zwangsanleihe und ähnliche Steuern langsam weggesteuert. Der Staat sorgt nicht für ihn in kranken Tagen oder im Alter. Der Beamte und seine Familie ist in etwas durch die Pension gesichert. Dabei unterliegt dieser Besitztitel keiner Vermögenssteuer. Die Not des Lebens zwingt manche Angehörige der freien Berufe, ihre Freiheit aufzugeben und sich die einigermaßen gesicherte Stellung eines Beamten zu wählen. Ob dieses ein Glück für den Staat bedeutet, ist eine andere Frage.

[1] Antrag Dr. Zeitlin und Dr. Jäckh: „Der Reichswirtschaftsrat wolle beschließen: daß der gemäß Artikel 11 der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920 bestellte wirtschaftspolitische Ausschuß beauftragt wird, die zur Abhilfe der wirtschaftlichen Notlage der in wissenschaftlichen und künstlerischen Berufen Tätigen und zur Sicherstellung wissenschaftlicher Forschungsarbeit und künstlerischen Schaffens in Betracht kommenden Maßnahmen umgehend zu prüfen, und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten." Berliner Tageblatt vom 12. August 1920 und Deutsche Allgemeine Zeitung vom 25. November 1920.

[2] Siehe oben S. 81f.

[3] Hans Kyser, Die Besteuerung der geistigen Arbeit, Deutsche Allgemeine Zeitung vom 15. Juni 1921.

In der Titelgebung ist sie der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nachgebildet. Sie gibt sich vorläufig als ein Rahmenbegriff. Sie verfügt keineswegs über den starken organisatorischen Unterbau, der der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit ihren Universitäten, Hochschulen und Akademien eigen ist. Sie muß erst noch um die Anwendung und Auswirkung eines Selbstverwaltungsgedankens kämpfen, der von vornherein für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft als die gegebene Lebensform erschien. Im Haushalt des Reichsministeriums des Innern waren für diesen Zweck 400 Millionen Mark eingestellt.[1] Diese Summe wurde im Mai 1923 durch den Reichstag auf eine Milliarde erhöht.[2]

Auch für die Presse sind ja bereits Hilfsmaßnahmen eingeleitet. So bescheiden sie sich auch anlassen, bedeuten sie mittelbar eine — wenn auch schwache — Unterstützung mancher deutschen Schriftsteller. Im besonderen hat der Reichswirtschaftsrat am 17. Januar 1922 einen Antrag in Sachen des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli 1922 angenommen, der dahin geht, Beträge aus der Rückvergütungskasse für stellenlose Redakteure, Angestellte und Arbeiter der Presse zur Verfügung zu stellen. Diese Gelder sollen, vornehmlich auch was die Redakteure betrifft, dazu verwendet werden, um ihnen die Überführung in andere Berufe zu erleichtern.[3]

Eine gewisse Erleichterung dürfte die kulturelle Notstandssumme bieten, die im Mai 1923 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Schreiber, Klöckner, von Guérard und Erfing in der Höhe von zwölf Milliarden Mark in den Haushalt des Reichsministeriums des Innern eingestellt wurde.[4] Zunächst fallen drei Viertel der Summe der Geistlichkeit zu, die in bestimmten Gebieten besonders in der Diaspora mehr oder minder bitter verarmt ist. Der Typ des Werk-

---

[1] Drucksache Nr. 5824.

[2] Durch den Antrag der Abgeordneten Dr. Schreiber und Genossen im Haushaltsausschuß vom 9. Mai 1923.

[3] Germania Nr. 18 vom 17. Januar 1923.

[4] Siehe deshalb die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstags, Etat des Reichsministeriums des Innern vom 11. und 12. Mai 1920 und die Plenarsitzung vom 12. Mai 1923. Vgl. dazu: Ein kultureller 12 Milliarden-Fonds im Reichstag. Kölnische Volkszeitung Nr. 350 vom 15. Mai 1923. Siehe ferner Florian Glöckner im Westfälischen Merkur Nr. 138 vom 18. Mai 1923

geistlichen stellt sich hie und da bereits neben den Typ des Werkstudenten und Werkdozenten. Der Rest soll einmal an kulturell-gemeinnützige Vereinigungen fallen, an deren Erhaltung das Reich Anteil nimmt. Dann soll weiterhin die studentische wirtschaftliche Selbsthilfe aus diesen Mitteln Unterstützung erfahren.[1] Diese Summe erscheint auf den ersten Blick außerordentlich hoch. In Wirklichkeit spiegelt sie nur bescheiden die außergewöhnliche Not. Aus diesen Mitteln dürfte mittelbar zahlreichen geistigen Arbeitern eine Linderung ihres schweren Loses zuteil werden.

Vielfach ist die Frage einer deutschen Kulturabgabe aufgeworfen. Ihre Beantwortung und Einzelbearbeitung läßt sich schwierig genug an. Es zeigt sich dabei, daß der Beruf des „freien" geistigen Arbeiters mit einer staatlichen Beaufsichtigung, Beurteilung (Befähigungsnachweis), Reglementierung der geistigen Arbeit eigentlich wenig verträglich ist. Denn eine derartige Kontrolle würde eine unweigerliche Folge von geldlichen Unterstützungen sein, die aus einer solchen Kulturabgabe fließen. Immerhin könnte in manchen Fällen die Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation das Merkmal für einen Unterstützungsanspruch abgeben. Gleichwohl wird jene eigenartige Schwierigkeit nicht völlig überwunden, daß diesen Berufsschichten der geistig Schaffenden jene Gleichförmigkeit der Lebensbedingungen abgeht, die den Fabrikarbeitern und Bergarbeitern eigentümlich ist und sie verhältnismäßig leicht zum Gegenstand der staatlichen Gesetzgebung und Fürsorge machte. Die Stellung, das Einkommen, das gesamte Lebensschicksal der geistigen Berufe steht eben stark im Zeichen des Persönlichen und des Besonderen; dabei zeigt sich die ganze Eigenart jenes von größter Lebensfülle durchzogenen Gebiets, in denen oft der glänzendste Aufstieg starker Begabungen und die ganze Tragik von Einzelpersönlichkeiten unmittelbar nebeneinander liegen.

Übrigens ist der Begriff einer Kulturabgabe keineswegs eindeutig gedacht.[2] Im allgemeinen mag man darunter ein vergesellschaftetes Urheberrecht an jedem Werk von Kunst und Literatur ver-

[1] Kredite des Reichs hatte bereits eine Entschließung (Nr. 251) der Abgeordneten Dr. Schreiber und Genossen bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern 1922 gefordert. Siehe auch oben S. 85.

[2] Von parlamentarischen Äußerungen vgl. die Anregungen des Abg. Dr. Fleischer in der 56. Sitzung des Haushaltsausschusses vom 13. Januar 1921, S. 15.

stehen, das nach Erlöschen seiner Schutzfrist dem Reiche zufallen soll. Man sagt, jedes literarische und künstlerische Erzeugnis werde dadurch nationaler Besitz. Wer es aufführe oder es sonst am Markte verwerte, werde zu einer Abgabe an das Reich verpflichtet. Über den größeren Anteil an diesen Tantièmen sollen die Berufsverbände der deutschen Urheber verfügen dürfen, um daraus lebende Autoren zu unterstützen; den Rest möge das Reich verwalten, um etwaige Unbilligkeiten der Verteilung auszugleichen.[1] Man beruft sich auf Frankreich, wo durch die Organisation der Bühnenschriftsteller und der Komponisten es erreicht wurde, daß die Werke von Molière und anderen großen Toten bei Aufführungen den Lebenden Tribute zahlen müssen.[2]

Soviel über staatliche Maßnahmen zu gunsten der geistig Schaffenden.

Auch die Mittel der Selbsthilfe müssen hier wie auf anderen Feldern der Sozialpolitik stärker einsetzen. Gewiß haben wir berufliche Zusammenschlüsse, wie den Schutzverband deutscher Schriftsteller (Berlin W, Schöneberger Ufer 25), den Wirtschaftlichen Verband bildender Künstler (Berlin W, Lutherstraße 46), den Bund deutscher Architekten, die Organisationen der Ärzte und Rechtsanwälte, ferner aus jüngster Zeit Vereinigungen deutscher Bühnenautoren und Tonsetzer.

Man griff in den letzten Jahren über dieses Stadium der berufsständischen Gliederung hinaus und strebte nach einem Zusammenschluß sämtlicher deutschen Geistesarbeiter. Eine höhere genossenschaftliche Entwicklungsstufe sollte damit gewonnen werden.

Zum Teil geschah das unter unmittelbarer Einwirkung der deutschen Revolution von 1918. Antriebe und Strebungen zur festen Verknüpfung von „Literaten", wie man im 19. Jahrhunderte sagte, sind noch immer eine Begleiterscheinung großer politischer Umwälzungen gewesen. Nur daß man 1918 über die Literaten hinaus zu ernsten Zusammenfassungen von Geistesarbeitern verschiedenster Berufe vorzudringen versuchte. Noch ein zweites Moment trat hinzu: daß

[1] Siehe Anmerkung [2] Seite 121.

[2] Siehe Wenzel Goldbaum, Die gefährliche Spannung. Ein Beitrag zur Revolutionierung der freien Geistesarbeiter. (Die Bücher der Zeit Nr. 18, Langensalza 1920.) Der Verfasser zeichnet als Syndikus des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten e. V. und der deutschen Filmgewerkschaft.

man die Organisationen der Handarbeiter als beneidenswertes Vorbild nachzuahmen bemüht war. Man dachte an Kampfmittel nach Art der Gewerkschaften.

25. Bünde geistiger Arbeiter im Ausland

Neben innerdeutschen Antrieben machte aber gleichzeitig das Ausland Einflüsse geltend. Auch draußen ist es zu Bewegungen der Geistesarbeiter gekommen, die auf nationaler Grundlage zu Zusammenfassungen strebten mit mehr oder minder gemeinsamen Zielen, mit mehr oder minder gewerkschaftlichem Zuschnitt. Darüber hinaus regte sich der Wille zu internationalen Gestaltungen.

Es wird nicht ganz leicht, diese Entwickelungen literarisch zu behandeln. Das Quellenmaterial ist in Tageszeitungen und in Zeitschriften mehr verstreut als eigentlich gesichtet. So können hier nur einige Hinweise gegeben werden, die eine Ergänzung und Vervollständigung anregen mögen.

Es waren in den Jahren 1918—1920 vor allem die Ententeländer in denen es zu Aufrufen, Anreden an die öffentliche Meinung und zu Ermahnungen an die geistig Schaffenden kam, sich selbst zusammenzuschließen, um der Proletarisierung der geistigen Arbeiter zu steuern. In einem Aufruf der französischen Intellektuellen hieß es: „Die Geistigkeit ist bedroht durch die immer schwieriger werdenden Lebensbedingungen, durch den Untergang der mittleren Klassen, die erdrückt werden von dem Gewicht des materiellen Lebens . . . Ohne Zweifel wird es bald soweit sein, daß die Kultur des Geistes als überflüssiger Luxus angesehen wird. Eine derartige Entwicklung käme einer internationalen Katastrophe gleich".[1] Im Verfolg solcher Gedankengänge bildete sich in Frankreich in den letzten Jahren eine „Confédération générale des travailleurs intellectuels", die für die Hebung der wirtschaftlichen Lage aller geistigen Arbeiter kämpft und für die innere Annäherung und den Austausch der einzelnen Zweige des geistigen Lebens eintritt. Weit über 200 Berufsorganisationen haben sich angeschlossen.

[1] Siehe Erich Everth, Zusammenschluß der geistigen Arbeit, Leipziger Tageblatt vom 19. Mai 1920; ferner „Ein Kongreß der geistigen Arbeiter", Schwäbische Tagwacht Nr. 154 vom 6. Juli 1920.

Nach Pressemeldungen waren im April 1923 bereits 111 Ortsgruppen mit 150000 Mitgliedern vorhanden, unter denen man 133 Deputierte und 93 Senatoren zählte.[1]

Was im besonderen die Stellung der Gelehrten betraf, beabsichtigten im Oktober 1921 (nach dem Petit Parisien) ungefähr 150 Kammerabgeordnete eine Entschließung einzubringen, in der die Regierung ersucht wird, in dem Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1922 die erforderlichen Kredite einzustellen, um den notleidenden Gelehrten die Mittel zu gewähren, die für die Würdigkeit ihrer Lebenshaltung und für die Freiheit ihrer Forschungen notwendig sind.[2] Weitere Einzelheiten sind uns aus der französischen Presse nicht bekannt geworden. Aber schon diese Vorschläge legen Vergleiche zur Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nahe und zu den ungünstigen Einkommensverhältnissen, die heute der deutschen Hochschularbeit das Gepräge geben.[3]

Ebenso kam es in Italien zu einer „Föderation geistiger Arbeiter", die auf einem Delegiertenkongresse in Mailand (1920?) als Gewerkschaft ins Leben trat. Ähnlich schloß man sich in England zu einem Gewerkschaftsverband der Gruppen der geistigen Berufe zusammen. In der Einladung zu der Gründungsversammlung dieses Bundes hieß es, daß „die gegenwärtige wirtschaftliche Stellung der intellektuellen Kreise ein gemeinsames Auftreten unbedingt notwendig macht, um die Interessen wahrzunehmen und einen Fachverband zu bilden, der auch die geistigen Arbeiter instandsetzen kann, zur Lösung der Frage einer wirksamen industriellen Kontrolle beizutragen."[4]

Man sieht, daß alle diese Gründungen im Zeichen der Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise stehen, die die Lebensbedingungen der Geistesarbeiter noch mehr als die der Handarbeiter verschlechtert. Der Friede von Versailles und der damit verbundene Rückgang der Weltproduktion und des Welthandels trifft damit die geistig Schaffenden an der Seine wie an den Apenninen. Ganz deutlich sind diese Zusammenhänge von der Generalversammlung des Schweizerischen

[1] Le congrès international de C. T. I. à la Sorbonne, Petit Parisien vom 6. April 1923. Curt Heinrich, Geistige Internationale und französische Propaganda, Berliner Börsenzeitung Nr. 172 vom 14. April 1923.
[2] Vossische Zeitung vom 26. Oktober 1921.
[3] Siehe oben S. 46.
[4] Everth a. a. O.

Schriftstellervereins 1920 herausgestellt. Sie bemerkte nämlich: „Der Schweizerische Schriftstellerverein erklärt gegenüber der schweizerischen Öffentlichkeit die Unerträglichkeit der wirtschaftlichen Lage des schweizerischen Schrifttums. Die allgemeine Entwertung der geistigen Arbeit sowie die Valutakrisen der benachbarten Kulturländer wirken zusammen, daß ein eigentliches schriftstellerisches Schaffen mehr und mehr unmöglich wird. Die schweizerischen Schriftsteller appellieren in ihrem Kampf um das Recht der geistigen Arbeit an alle, denen die Wahrung und Förderung der geistigen Kultur obliegt".[1] Die literarische Schweiz leidet besonders unter der Tatsache, daß sie viel mit reichsdeutschen Verlegern arbeitet, die nur in Papierwährung zahlen können. Im Zeichen einer beachtenswerten Fürsorge händigte der Bundesrat im Oktober 1921 dem Schweizerischen Schriftstellerverein zur Erhaltung des Schweizer Schrifttums 100000 Franken ein, die einem Fonds gegen die Arbeitslosigkeit der geistigen Arbeiter entnommen waren.

Am stärksten scheint sich die österreichische Organisation entwickelt zu haben. An ihrer Wiege steht natürlich jene Valutablockade, unter der das Land litt und leidet. Im Festsaal der Wiener Universität tagten im Oktober 1920 130 Berufsvereinigungen der geistigen Arbeiter Deutsch-Österreichs, die nach einem Bericht des Generalsekretärs Dr. Smolé einen Zentralrat bildeten, der 360000 (?) Mitglieder vertrat. Man regte dort an, einen Weltkongreß der geistigen Arbeiter nach Wien zu berufen, weil Österreich auf dem Gebiete der Gliederung der geistigen Arbeiter an der Spitze stehe. Als Endziel des Zentralrates wurde schließlich eine berufsständische Volksvertretung bezeichnet.[2] Auch in Deutschland ist übrigens diese Bewegung der Geistesarbeiter mehrfach dazu übergegangen, für den berufsständischen Gedanken im öffentlichen Leben größeren Spielraum zu verlangen. Freilich wurden die Grenzen zwischen möglicher Gestaltung und utopischem Verlangen nicht immer eingehalten.

Der Wille zum internationalen Zusammenschluß äußerte sich auch in Belgien und zwar auf einem Kongreß geistiger Arbeiter, der Ende August 1921 in Brüssel tagte. Dort wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Kongreß erwägt erstens den Ent-

[1] Kölnische Volkszeitung vom 22. Juli 1920.
[2] Vossische Zeitung vom 4. Oktober 1921.

wurf für eine internationale Vereinigung geistiger Arbeiter; er gibt zweitens der internationalen Arbeitervereinigung das Mandat, in den verschiedenen Ländern dafür zu wirken, daß in jedem Lande eine zentrale Organisation geistiger Arbeiter, die der internationalen Vereinigung angehören, zustande kommt; und gibt drittens der internationalen Vereinigung den Auftrag, sich mit den Organisationen des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsbureaus bezüglich der ebengenannten Fragen in Verbindung zu setzen.[1]

Die erste internationale Zusammenkunft sah jedoch erst Paris. Am 6. April 1923 versammelte sich in der Sorbonne der erste „internationale" Kongreß der Verbände der geistigen Arbeiter („le premier Congrès international des confédérations de travailleurs intellectuels", C.I.T.I.). Er war einberufen durch die „Confédération des travailleurs intellectuels de France", die in der französischen Presse unter der Abkürzung C.T.I. geht. Es handelte sich um eine konstituierende Tagung. Die Gründung eines Bundes der internationalen Geistesarbeiter („Confédération internationale des travailleurs intellectuels", C.I.T.I.) wurde formell beschlossen. Zur weiteren Ausgestaltung des Bundes wurde ein Ausschuß eingesetzt, in den jedes Land zwei stimmberechtigte Delegierte („délégués") und einen Beobachter („observateur"), dem ein beratendes Stimmrecht zufällt, entsenden soll. Der Ausschuß soll die Lage und die Beziehungen der Bünde der einzelnen Länder nachprüfen und außerdem Statuten ausarbeiten, die der zweiten Kongreßtagung vorgelegt werden sollen. Diese wird in Paris vor dem 31. Dezember 1923 stattfinden.

Ein eigentliches Programm lag noch nicht vor. Aber der Grundton war einheitlich abgestimmt. Man wollte zwischen „der Macht des Geldes" und der „Macht der Zahl" eine „weniger blinde Macht" einschieben, die „in einem bestimmten Moment die Rolle des Friedensbringers" übernehmen könne. Die Beschickung des Kongresses ermangelte noch der eigentlichen Internationalität. Gewiß waren

[1] Vossische Zeitung vom 19. Oktober 1920. Siehe auch Kasimir Smolé, Der geistige Arbeiter als Konsument, Neue Freie Presse vom 30. Dezember 1920, ferner Max Adler, Der Kampf der geistigen Arbeiter (Wien 1920). Der Zentralrat geistiger Arbeiter unternahm einen Schritt bei der Reparationskommission wegen Unterbringung geistiger Arbeiter, die in Österreich überschüssig sind, im Auslande (Neue Freie Presse vom 18. Februar 1921). Siehe im besonderen zu Brüssel: Tägliche Rundschau vom 24. August 1921.

19 nationale Gruppen vertreten. Aber die meisten hatten sich auf die Entsendung eines Beobachters beschränkt. Nur 7 aktive Delegierte waren anwesend, die Belgien, England, der französischen Schweiz, Bulgarien und Finnland entstammten. Bemerkenswert war die starke Anlehnung an den Völkerbund. Schon in der Kongreßleitung trat diese Beziehung zutage. Henri de Jouvenel führte die Verhandlungen. Léon Bourgeois nahm den Ehrenvorsitz ein. Das internationale Arbeitsamt war durch William Martin vertreten. Die deutschen Geistesarbeiter waren nicht eingeladen. Die englische „Beobachterin" Amalia Friesz schlug die Zulassung der Deutschen vor. Romain Coolus bemerkte jedoch, es seien nur alliierte Mächte eingeladen, und das entspräche der Auffassung der französischen Geistesarbeiter. Damit war dieser Zwischenfall erledigt.

Die Mitteilungen der Delegierten und Beobachter gaben am ersten Konferenztag bemerkenswerte Aufschlüsse über den Stand der Bewegung: Österreich besitzt 230 Gruppen Geistesarbeiter und 300000 Mitglieder; Belgien 9 Bünde mit 10000 Mitgliedern, Bulgarien 19 Organisationen mit 40000, Finnland 4 Verbände mit 15000, Frankreich 111 mit 150000. In England hat der Bund der künstlerisch Schaffenden 500000 Mitglieder in sich vereinigt; daneben gibt es noch einen Technikerbund mit 360000 Angeschlossenen. Rumänien zählt 6 Gruppen mit 10000 Mitgliedern. Die Schweiz 19 Bünde, die sich wieder in 108 Komitees gliedern, mit insgesamt 8300 Angeschlossenen. Italien besitzt 44 Organisationen.[1] Es wurde festgestellt, daß ein Zusammenschluß der Geistesarbeiter bislang nicht stattfand in Kanada, Dänemark, Griechenland, Norwegen, Schweden, Holland, Persien, Polen, Tschechoslowakei. Soviel Unvollkommenes dieser Kongreß auch noch an sich trägt, man hat den Eindruck, daß diese neueste Sozialbewegung marschiert.

26. Die deutsche Revolution und die Geistesarbeiter

So konnte das Ausland manche Einwirkungen ausüben, als man in Deutschland zu ähnlichen genossenschaftlichen Gestaltungen griff.

[1] Nach dem Petit Parisien vom 6. und 7. April 1923. Siehe ferner den Matin vom 7. und 8. April 1923; vgl. schließlich Curt Heinrich, Geistige Internationale und französische Propaganda, Berliner Börsenzeitung Nr. 172 vom 14. April 1923.

Diese Zusammenhänge sind in der Tat in manchen Aufrufen und Kundgebungen, mit denen die geistig Schaffenden hervortraten, betont worden. Stärker noch wie die ausländischen Vorbilder wirkten jene Antriebe, die unmittelbar aus der deutschen Revolution von 1918 herauswuchsen. Unter ihrem Einfluß bildeten sich Vereinigungen in Berlin, Hamburg, München, Königsberg, Stuttgart, Danzig, Köln Leipzig[1]. Diese Zusammenschlüsse waren im allgemeinen Begleiterscheinungen der Arbeiter- und Soldatenräte. Das Programm war noch ziemlich unklar und örtlich unterschiedlich gefärbt.

In Berlin erstrebte der „Rat der geistigen Arbeiter" „die kulturpolitische Radikale auf dem Boden der sozialistischen Republik"[2]. Am 14. November 1918 veröffentlichten Berliner Blätter bereits eine Reihe grundsätzlicher Forderungen, die dieser Rat ihnen zur Veröffentlichung zugehen ließ. Sie waren als „Auszug aus seinem Programm" gedacht und lauteten wörtlich wie folgt:

1. Abschaffung der Wehrpflicht in allen Ländern. Völkerbund. Völkerparlament. Zwangsschiedsgericht.

2. Gerechte Verteilung der äußeren Lebensgüter. Handarbeitern und Kopfarbeitern gebührt der volle Ertrag ihrer Arbeit. Verkürzung der Arbeitszeit. Wohnungs- und Siedlungspolitik. Arbeitslosen-

---

[1] Vgl. etwa Vossische Zeitung vom 12. und 15. November 1918 (Brief von Leo Arons an den Rektor der Berliner Universität); National-Zeitung vom 12. November 1918; Schwäbische Tagwacht vom 13. November 1918; Schwäbischer Merkur vom 14. November 1918; Vorwärts vom 19. und 22. November 1918 (Ludwig Fulda). Hellmuth Falkenfeld, Der geistige Arbeiter im sozialistischen Staat, Freiheit vom 4. und 13. Dezember 1918; Intellektuelle und Sozialismus, Leipziger Volkszeitung vom 1. April 1919. Ablehnend Frankfurter Zeitung vom 22. November 1918 (Paul Bekker).

[2] Die Berliner Zeitung am Mittag Nr. 264 vom 11. November 1918 veröffentlichte folgendes: „Rat geistiger Arbeiter". Wir erhalten folgende Mitteilung: „In Verbindung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat hat sich am 10. November im Reichstage ein „Rat geistiger Arbeiter" konstituiert. Er wirkt für die kulturpolitische Radikale auf dem Boden der sozialistischen Republik. Wer mitwirken will, melde sich schriftlich: „Rat der geistigen Arbeiter, Berlin, Reichstag, Zimmer 15c". Rat der geistigen Arbeiter. Dr. Kurt Hiller. Siegfried Jakobsohn. Rudolf Leonhard. Leo Matthias. Dr. Helene Stöcker. Frank Thieß. Armin T. Wegener. Einige Angaben auch bei Eberhard Buchner, Revolutionsdokumente Bd. 1. Im Zeichen der roten Fahne 1 (Berlin 1921) 161. 192.f. 307.f. Dieses Buch veröffentlicht nur Quellennotizen aus dem Zeitalter der Revolution und sieht von einer kritischen Würdigung ab.

versicherung. Keine indirekten Steuern. Stärkste Progression der Einkommen- und Erbschaftssteuer. Vergesellschaftung von Grund und Boden. Konfiskation der Vermögen von einer bestimmten Höhe an. Umwandlung kapitalistischer Unternehmungen in Arbeiterproduktionsgenossenschaften.

3. Beschränkung des Strafrechts auf Interessenschutz. Gleichstellung der unehelichen Mütter und Kinder. Durchgreifende Sexualreform. Strengere Bestrafung der Übertragung von Geschlechtskrankheiten.

4. Vermenschlichung des Strafvollzugs.

5. Radikale Reform der öffentlichen Erziehung. Einheitsschule. Auslese der Begabteren aller Stände für die Kulturschule. Besuch unentgeltlich. Kein Vorgesetztenverhältnis zwischen Lehrer und Schüler. Abschaffung des Abiturientenexamens. — Universität: Freie Dozentur und Wahl der Professoren durch die Studenten. Unbeschränkte Freiheit der politischen Diskussion und Aktion sämtlicher Hochschulbürger. — Volkshochschulen. — Säuberung der Presse von nationalistischer und kapitalistischer Korruption. Preßgerichtshöfe zur Aburteilung jedes unanständigen journalistischen Aktes. Preßfreiheit. Vereins-Versammlungsfreiheit. — Freiheit der Schule, der Forschung, der Kunst von staatlicher Bevormundung.

6. Trennung von Kirche und Staat.

7. Sicherung der gesamtdeutschen sozialistischen Republik. Weitgehende Selbstverwaltung. Gleiches, direktes und geheimes Verhältniswahlrecht aller volljährigen Reichsangehörigen beiderlei Geschlechts. Ständiger Rat geistiger Arbeiter.

Diesen Forderungen war noch folgende praktische Schlußfolgerung angeschlossen:

„Vorbedingung zur Durchführung dieses Programms ist nach Herstellung der Ordnung die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung. In ihr müssen auch die Intellektuellen vertreten sein".[1]

Andere Berliner Stimmen bewegten sich in weniger weitgehenden Ansprüchen. Sie dachten in mehr oder minder unklaren Vorstellungen an die Schaffung eines Reichskulturamts, auch an die Begründung eines Reichsparlaments, dessen Mitglieder ausschließlich den

[1] Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 18. November 1918, auch abgedruckt bei Buchner I 192 f.

Kreisen der Wissenschaft, Technik, Literatur und Kunst angehören und dessen Wirksamkeit auf diese Gebiete beschränkt bleiben sollte. „Noch anspruchsloser, lockerer und beweglicher wäre eine deutsche Akademie“[1]. In Baden wollte der „Rat geistiger Arbeiter“ für kulturpolitische Ideale auf dem Boden des Sozialismus wirken[2]. In Bremen erstrebte man lediglich „Einfügung der Arbeiter des Geistes in den Dienst des Volkes“[3]. In München führte der Aufruf vom 12. November 1918 „An die geistigen Arbeiter“, den unter anderen Lujo Brentano unterzeichnete, eine mehr bürgerliche Note mit sich. Er forderte in schwungvollen, von starkem Gemeinschaftsgefühl getragenen Darlegungen die Erneuerung des deutschen Volkes, im besonderen erhöhte Fürsorge für Ernährung und Behausung des Volkes, Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Ordnung des Arbeitsverhältnisses, Kunst für das Volk, Verbilligung der Verkehrsmittel, Stärkung der Volkshochschulen, Beteiligung der größtmöglichen Zahl an den Kulturerrungenschaften der Vergangenheit[4]. Doch bildeten sich in München gleich zwei Räte geistiger Arbeiter, der eine unter der Leitung von Lujo Brentano, der andere unter Führung von Heinrich Mann. Hier im Schutzverband deutscher Schriftsteller hinderten politische Gegensätze Handlungen, deren Spielraum von vornherein sehr begrenzt war.

Der Hamburger Rat der Kopfarbeiter fühlte sich in offenem Widerspruch zu Berlin, wenn er erklärte: „In keinem Zusammenhang stehen wir mit den Zielen des Berliner Rats geistiger Arbeiter und werden dies zum Ausdruck bringen, indem wir uns den vielleicht weniger schönen, aber schlagkräftigen Namen des Ausschusses der Kopfarbeiter zulegen. Wir verfolgen nicht wie jene, teils utopische, teils fragwürdige Kulturziele. Aber ein Kulturziel haben auch wir: dem geistigen Können den ihm gebührenden Platz in Staat und Wirtschaft wieder zu

---

[1] Max Dessoir, Geistesarbeiter und Wiederaufbau, Vossische Zeitung vom 16. November 1918.

[2] Badische Landeszeitung vom 14. November 1918.

[3] Weser-Zeitung vom 15. November 1918.

[4] Bayerische Staatszeitung vom 14. November 1918; Münchener Neueste Nachrichten vom 17. November und 1. Dezember 1918; Fränkische Tagespost vom 5. Dezember 1918; besonders siehe Edgar Steiger, Die Revolution und die geistigen Arbeiter, Die Neue Zeit vom 27. Dezember 1918; Münchener Post vom 3. Februar 1919.

erringen".[1] Die Hamburger Nachrichten[2] stellten allerdings unter dem 18. November 1918 fest, es seien in Hamburg mindestens vier Bewegungen im Gange, die im Großen und Ganzen dasselbe Ziel zu haben schienen.

Doch all diesen Gründungen war keine rechte Stoßkraft beschieden. Über einige Aufrufe und Sitzungen kam man nicht hinaus. Überdies erwies sich der Kommunismus, anderswo der Sozialismus als Wasserscheide der Geister. Manche nahmen schon Anstoß daran, sich überhaupt „gewerkschaftlich" zu organisieren. Die neuen Kultusministerien entrissen diesen Räten der geistigen Arbeiter bald die Führung und griffen mehr oder minder deren Programm auf: Aufbau einer neuen Volkskultur, Verbreitung der Schätze unserer redenden und bildenden Künste für das ganze Volk, Ausbau des Volksbildungswesens, der Erziehung und des Unterrichts, Hochschulreform, Förderung der freien Schulbewegung, Schaffung von Volkshäusern und Volkshochschulen.

Um das Jahr 1920 setzte eine zweite Welle von Versuchen ein, Zusammenschlüsse der geistig Schaffenden zu finden. Sie stand im Zeichen der wachsenden wirtschaftlichen Not[3]. Das politische Moment trat etwas zurück, aber stellenweise blieb die starke Anlehnung an den Sozialismus unverkennbar. Um diese Zeit wurde die öffentliche Meinung zweifellos stärker interessiert. Der damalige Kultusminister Haenisch setzte sich bei einem Berliner Presse-Empfang für einen allgemeinen Bund geistiger Arbeiter ein. 1920 bildete sich in der Tat eine „Freie Gewerkschaft geistiger Arbeiter", die die Intellektuellen Deutschlands und Österreichs zusammenschließen sollte. Sie nahm ihren Sitz in der Grenzstadt Passau, um ein bequemes Zusammenarbeiten zu ermöglichen.[4] Eine größere Bedeutung gewann diese Grenzorganisation keineswegs.

In einer interessanten parteipolitischen Gestaltung kam es in Stuttgart im Oktober 1920 zur Gründung einer Landesgruppe geistiger Arbeiter innerhalb der sozialdemokratischen Partei.[5]

[1] Hamburger Correspondent vom 18. und 22. November 1918.

[2] Siehe auch Hamburger Fremdenblatt vom 26. November 1918.

[3] Vgl. etwa Königsberger Hartungsche Ztg. vom 19. Februar 1920.

[4] Vorwärts Nr. 335 vom 5. Juli 1920; Schwäbische Tagwacht Nr. 154 vom 6. Juli 1920.

[5] Schwäbische Tagwacht vom 22. Oktober 1920.

Manche Zusammenschlüsse sind politisch weniger scharf gekennzeichnet. Auch das Maß der Wirksamkeit, das sie entfalten, ist oft wenig genau zu umschreiben. Man ist auf vereinzelte Pressenotizen angewiesen, die über die Lebensfähigkeit solcher Gestaltungen nur wenig besagen. So traten nach Presseangaben 1920 in Bayern 26 Verbände freier geistiger Berufe zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Was beabsichtigte sie? Sie will für die Forderungen eintreten, die den Angehörigen aller geistigen Berufe gemeinsam sind, dabei sollen die Rechte der in ihr geteilten Körperschaften voll gewahrt bleiben. Erstrebt wird die Gleichberechtigung der Geistesarbeiter mit den Handarbeitern. Fernerhin tritt die Arbeitsgemeinschaft auf steuerrechtlichem Gebiet für die Schonung des Arbeitserträgnisses der Geistesarbeiter bei der Umsatzsteuer ein. Sodann soll der Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge nach den Wünschen und der Mitwirkung dieser Berufe eingerichtet werden. Politisch wird eine angemessene Beteiligung der geistigen Berufe beim Ausbau des deutschen Wirtschaftslebens verlangt, besonders beim vorbereitenden und endgültigen Reichswirtschaftsrat, ebenso bei den Bezirkswirtschaftsräten, sowie durch Einrichtungen von Fachräten, mit Befugnissen, die denen der Betriebsräte gleichen.[1] Inwieweit dieser Bund in die Einzelarbeit und Kleinarbeit eintrat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Eine Zusammenfassung solcher örtlichen und landschaftlichen Gruppenbildungen könnte die Notgemeinschaft der freien geistigen Berufe bilden, die am 21. November 1922 in Berlin gegründet wurde. In dieser Gründungsversammlung waren vertreten: die Ärzte, Tier- und Zahnärzte, Rechtsanwälte, Notare, Architekten, Zivilingenieure, Maler und Bildhauer, Schriftsteller und Journalisten, Privatdozenten und Volkswirte. Auf dieser Tagung standen die Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, die diese Berufe dort vertreten, besonders im Vordergrund. Die Schriftführung dieser neuen Notgemeinschaft liegt vorläufig beim Bund deutscher Architekten.[2]

Über all diesen und anderen Organisationsversuchen von Bünden der geistig Schaffenden liegt viel Tastendes und Unbestimmtes. Immer wieder zeigen sich Anläufe, die aus der drückenden Not geboren sind.

---

[1] Everth a. a. O., ferner „Die Not der geistigen Berufe", Bayerische Staatszeitung Nr. 127 vom 3. Juni 1920.

[2] Siehe Kölnische Volkszeitung Nr. 956 vom 17. Dezember 1922.

Aber es war ihnen bislang kaum vergönnt, die Richtung ins Zentrale und Umfassende zu nehmen. An örtlichen Hemmungen und in beruflichen Unterschiedlichkeiten zersplitterte wiederum vieles. Auch das Programmatische trägt neben der unzweideutigen Bejahung des Lebenswillens noch viel Unklares und auch Widerspruchsvolles an sich. So sprach man in diesen Kreisen, oft mehr wünschend als wägend, von Produktivgenossenschaften von Studenten und von geistigen Arbeitern, ingleichen von Erwerb von Grundbesitz und von Heimen mit gemeinsamer Haushaltung auf genossenschaftlicher Grundlage. Aber solche Gedanken wurden lebhaft erörtert,[1] um ebenso schnell wieder verlassen zu werden. Es zeigt sich nur zu bald, wie schwer solche Bestrebungen in die Wirtschaftspraxis umzusetzen sind. Dabei wird immer wieder erkennbar, wie unterschiedlich die Stellung der einzelnen geistigen Berufe und ebenso die Lage der Einzelpersönlichkeiten sich abzeichnet. Je stärker die Individualität in diesen freien geistigen Berufen entwickelt ist, um so größer sind die Hemmungen, die sich einem Solidaritätsgefühl entgegenstellen, das nun einmal das hervorstechende Merkmal der Handarbeiterbewegung bleiben wird. Vielleicht ist es sogar ihr Reservat. So handelt es sich bei der ökonomischen Grundlegung und Stützung geistiger Arbeit nach wie vor um eine ernste Frage deutscher Kultur und Wirtschaft.

Wie schwach die Gliederung und Zusammenfassung der geistig Schaffenden sich auch noch geben mag, sie kann jetzt schon dazu beitragen, im Lande das öffentliche Bewußtsein zu schärfen, daß die geistigen Arbeiter nicht so weiter verelenden dürfen; daß sie vielmehr kostbaren und stolzen Besitz der Nation bedeuten; daß sie „als ein für die Wohlfahrt des Staates und dessen gesamte Produktionsmöglichkeit grundlegender und unentbehrlicher Kulturfaktor" angesehen werden müssen.[2]

---

[1] Siehe etwa den Artikel „Genossenschaft geistiger Arbeiter", Vossische Zeitung vom 27. Juli 1920, ferner Moritz Goldstein, „Ist den geistigen Arbeitern zu helfen?" ebenda Nr. 274 vom 1. Juni 1920; Carl Lange, „Bund geistiger Arbeiter", Kreuzzeitung Nr. 256 vom 2. Juni 1920. Der Hannoversche Anzeiger brachte ein Preisausschreiben über die Frage: „Wie läßt sich die geistige Arbeit wirtschaftlich fundieren?" Die Antworten (darunter eine des Berliner Musikhistorikers Oskar Bie) lauteten eigentlich wenig befriedigend. Siehe darüber Paul Steinfurth, Wirtschaftliche Fundierung der geistigen Arbeit, Deutsche Allgemeine Zeitung vom 10. August 1922.

[2] Münchener Entschließung der Arbeitsgemeinschaft freier Berufe vom 2. Juni 1920, Bayerische Staatszeitung vom 3. Juni 1920.

In der Tat braucht das geistige Leben des Volkes Führer und Gestalter, Denker und Dichter, Erhalter und Mehrer der geistigen und kulturellen Vermögenssubstanz und der Überlieferungswerte. Unsere deutsche Eigenart ist dahin, wenn diese geistige Silhouette unseres Volkes verwischt wird.

Solchen Gedankengängen hat neuerlich auch mit Recht der Aufruf Raum geben, mit dem am 15. Nov. 1922 der Reichspräsident und andere führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unter dem Weckruf „Deutsches Schrifttum in Not" zu Spenden zur Erhaltung des deutschen Schrifttums aufforderten. Im Zeichen solcher Erwägungen kam es in Anlehnung an eine Spende des Komponisten und Kunstmalers M. Jaffé zu einer Stiftung für Männer und Frauen der Feder, zu der im März 1922 der Reichskanzler Dr. Wirth, der Reichstagspräsident Loebe und Edler von Braun, der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats, aufriefen.[1]

Wenn sich die öffentliche Meinung ernster mit dieser Notlage befaßt, mögen sich auch andere Wege einer Beschäftigung erschließen. Mit Recht sind Notstandsarbeiten für bildende Künstler gefordert, an Neubauten von Banken mit Grund nachdrücklicher als von den finanzschwachen Städten.

Die öffentliche Meinung mag sich im übrigen auch darauf einstellen, daß es eine nur allzu natürliche Entwicklung ist, daß die Geistesarbeiter dem politischen Radikalismus anheimfallen, wenn man ihrer Not nicht steuert.

Es ist ebenso verdienstvoll, daß der Verein für Sozialpolitik eine Erhebung über die Lage der geistigen Arbeiter beschloß, und daß auch die Gesellschaft für soziale Reform diesem Fragenkreis ihre Aufmerksamkeit zuwandte.[2]

Aber auch das Ausland muß erkennen, daß mit der Verelendung und Zertrümmerung deutscher Geistigkeit Wesentliches und Wertvolles europäischer Kultur dahinstirbt. Daß weiter die Schwächung der deutschen Geistesarbeiter sich für die europäische Geisteskultur um so bedenklicher anläßt, als in ganz Europa die Lage der geistig Schaffenden eine gefährdete ist. Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise

---

[1] Der Tag vom 31. März 1922.

[2] E. Francke, Die Not der geistigen Arbeiter, Münchener Neueste Nachrichten vom 16. Oktober 1920.

haben, wie oben angedeutet, die Grundlagen der europäischen Geistesarbeit überall stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Abbau von Bildung und Kultur ist selbst für den unverkennbar, der sonst den pessimistischen Auffassungen Spenglers nicht zuzustimmen vermag. Auch in den Beratungen des Völkerbundes in Genf ist in einem Augenblick der Selbstbesinnung und der Kulturbilanz diese umfassende Notlage der geistigen Arbeiter der gesamten europäischen Kulturwelt zum Ausdruck gekommen. Kein Geringerer als der französische Philosoph Bergson wies in der Sitzung des Völkerbundrats vom 16. September 1922 auf die materielle und ideelle Not der geistigen Arbeiter Europas hin. Nach ihm erinnerte Balfour, der englische Minister des Inneren, im besonderen an die bedrängte Lage, in der sich die geistigen Arbeiter Deutschlands befinden.[1]

Es ist eine gesamteuropäische Erscheinung, daß vor allem die Entwertung des Rentenkapitals die Lage und die Leistungsfähigkeit der geistigen Arbeiterschaft stark in Mitleidenschaft gezogen hat. Es gibt nun einmal ein Renten-Intellektuellentum. Es findet sich besonders in der zweiten und dritten Generation der industriell oder kaufmännisch schaffenden Stände. Man weiß, es hat sich als sehr kulturbedeutsam erwiesen.[2] Nur eine kurzsichtige geisteswirtschaftliche Auffassung mag wähnen, Rentnerwesen sei schlechthin ein Drohnentum. Diese Verkümmerung des Renten-Intellektuellentums zeigt sich nun nicht bloß bei uns, sondern auch in den Siegerländern. So waren nach Mitteilungen, die Alfred Weber (Heidelberg) im September 1922 auf der Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik gab, die Vermögenswerte in England auf 40 v. H., der Kaufwert der Renteneinkommen auf 30 v. H. gegenüber der Vorkriegszeit gemindert.[3]

Alle diese Beobachtungen drängen darauf hin, das Grundübel aller Schwächung und Minderung der Geisteskultur zu beseitigen. Dieses aber liegt in der Verlängerung jenes Kriegszustandes und in der Häufung unmenschlicher Härten, an denen nach den Zeugnissen von Keynes und Nitti der Friedensvertrag von Versailles leidet. Wie ein finsterer Riesenschatten erhebt sich dieser Scheinfriede über all der hohen Geistigkeit, die sonst das hervorragendste Merkmal der

[1] Berliner Tageblatt vom 16. September 1922.

[2] Siehe oben S. 45.

[3] Siehe Vossische Zeitung Nr. 449 vom 22. September 1922 und A. Weber, Die Not der geistigen Arbeiter 13 f.

europäischen Kultur bezeichnet, zumal deshalb, weil sie auf knappsten Raum gedrängt ist.

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen arbeitet ehrlich auf eine Erfüllung dessen hin, was im Zeichen einer vernünftigen Reparationspolitik, die sich auf unserer Leistungsfähigkeit aufbaut, erfüllt werden muß. Aber wir lehnen es mit dem gleichen Nachdruck ab, unerträgliche Lasten zu tragen, unter denen der Geistesbesitz der gesamten Menschheit leidet.

Mag aber der Schmerzensweg gemeinsamer Entsagung und zugleich des inneren Widerstandes gegen Unterdrückung und Versklavung dahin führen, daß die geistig Schaffenden und die Handarbeiter einander noch näher kommen. Das wäre für unser Volkstum, das noch in der Bildung des Staatsvolkes begriffen ist, ein unermeßlicher Gewinn.

*

Anhang

Es lag nahe, dieser Schrift einige wertvolle Quellenzeugnisse beizugeben.[1] Aus Sparsamkeitsgründen ist darauf verzichtet. Möge die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft aus ihrem Archiv gelegentlich bald solche Veröffentlichungen vorlegen. Aber gleichwohl konnte ich es mir nicht versagen, einen Brief von Adolf v. Harnack zum Abdruck zu bringen, der in Nr. 586 des Berliner Tageblattes vom 24. Dezember 1922 veröffentlicht wurde. Er deckt sich völlig mit unserer Auffassung über den ganzen Ernst der deutschen Wissenschaftskrisis:

Offener Brief an Viscount Haldane über die Krisis in der deutschen Wissenschaft von Adolf von Harnack.

Hochzuverehrender Herr!

Sie haben in der Zeitschrift „The Nation and the Athenaeum" (9. Dezember,) freundlichst beachtet, was ich über die Not der deutschen Wissenschaft geschrieben habe, und aus Ihren Worten spricht nicht nur die Anerkennung dieser Wissenschaft — aufs neue sind wir Ihnen dafür dankbar —, sondern

[1] Während der Drucklegung berichtet die deutsche Presse von einer englischen Hilfsaktion für die deutschen Studenten (vgl. auch oben S. 54). Bei der Wichtigkeit der deutsch-englischen Wissenschaftsbeziehungen lasse ich den WTB.-Bericht (vgl. Kölnische Volkszeitung Nr. 318 vom 2. Mai 1923) folgen, umsomehr, da er eine Ergänzung zu Harnacks Darstellung bietet:

WTB. London, 1. Mai 1923. (Drahtber.) Der Manchester Guardian veröffentlicht einen vom Echo of Manchester, Professoren der Universität Manchester und von dem bekannten Finanzmann Sir Arthur Haworth unterzeichneten Aufruf zur Linderung der Not unter den deutschen und österreichischen Studenten. Es heißt darin, der Ruin der deutschen Wissenschaft würde der Wissenschaft in der gesamten Welt ernstlichen Schaden zufügen.

Manchester Guardian, der die Sammlung zugunsten der deutschen und österreichischen Studenten mit einer Spende von 100 Pfund Sterling eröffnet, schreibt in seinem Leitaufsatz, es biete sich hier eine Gelegenheit, nicht nur

auch die herzliche Teilnahme an ihrem Geschick. Aber nach Ihrer Meinung befindet sich die deutsche Wissenschaft nicht in einer solch traurigen Lage, wie ich sie geschildert habe, und ihre Zukunft scheint Ihnen nicht düster und schwarz, geschweige katastrophal. Sie verweisen uns, an eine Ausführung Renans erinnernd, erstlich darauf, daß die Zeiten der äußeren Not, wie die Geschichte lehre, oft zu Zeiten der seelischen und geistigen Erhebung für ein Volk geworden sind. Sodann machen Sie uns darauf aufmerksam, daß unsere wissenschaftliche und literarische Produktion nicht nachgelassen hat, daß unsere Buchhandlungen von neuen Büchern und Broschüren gefüllt sind, und daß in keinem anderen Lande die großen Fragen der Wissenschaft und Literatur so lebhaft verhandelt werden wie bei uns. Sie schließen Ihren Artikel mit den Worten: „Wenn Harnack von einer Paralyse der wissenschaftlichen Forschung in seinem Lande spricht und behauptet, daß sie mit dem Untergang bedroht sei, so ist, meine ich, seine Ansicht unnötig verzweifelnd. Die Leidenschaft, sich in dem Erkenntnisstreben von niemandem übertreffen zu lassen, ist heute noch in Deutschland so groß wie vor dem Kriege, und nicht weniger groß — so belehrt mich meine eigene Lektüre und der Verkehr mit deutschen Gelehrten — als in früheren Perioden. Von allen Gefahren, welche Deutschland bedrohen, ist die Gefahr, Deutschland könne diese Leidenschaft verlieren, die geringste. Mit allen Mitteln wollen wir es ermöglichen, daß Deutschland zu leben und sich wirtschaftlich zu entwickeln vermag. Aber laßt uns unsere Aufmerksamkeit der wirklichen Gefahr zuwenden, nicht aber einer zwar störenden, aber nicht bedrohlichen."

Mit dem Trost, hochverehrter Herr, den Sie uns aus der Geschichte bringen, versuchen wir uns selbst zu trösten. Jüngst hat ein ausgezeichneter Mann, Johannes Müller, uns zugerufen: „Die wirtschaftliche Katastrophe, die jetzt über Deutschland hereinbricht, kann wohl nicht den deutschen Geist vernichten. Im Gegenteil: wir hoffen, daß sie ihn läutert und entflammt, vertieft und wesenhafter werden läßt. Zur Wiedergeburt geht es nur durch Tod. Aber sie kann seine Träger umbringen — es ist schon eine ganze Reihe von ihnen der Unterernährung erlegen — und ihre Wirksamkeit verhängnisvoll beeinträchtigen. Aber das braucht kein Schade zu sein. Wenn sie nicht mehr in die Weite gehen kann, geht sie vielleicht in die Tiefe. Was sie an Umfang verliert, gewinnt sie vielleicht an Kraft. Der Geist versiegt nicht, wenn er nicht verstummt, sondern aus notgedrungenem Schweigen bricht er schöpferisch und sieghaft hervor, wenn die innere Gewalt zur Äußerung drängt."

Wir wollen uns das gerne gesagt sein lassen, aber über dieser Wiedergeburt steht doch ein sorgenvolles „Vielleicht". Haben die Zeiten äußerer Not

---

Not zu lindern, sondern zu helfen, das Europa von morgen zu schaffen. Politiker und Soldaten hegten aus Furcht oder aus Ehrgeiz die Hoffnung, die Wiederherstellung Europas oder die Versöhnung der europäischen Völker zu verzögern oder vielleicht zu verhindern. Tausende von Studenten in Deutschland und Österreich würden sich erinnern, daß, als sie von einem furchtbaren Untergang bedroht wurden, Engländer ihnen zu Hilfe gekommen seien.

einem Volk immer geistige und seelische Erhebung gebracht? Gibt es nicht eine Größe der Not, die jeden Aufschwung unmöglich macht? Müssen wir nicht von einer drohenden Katastrophe, auch für das geistige Leben, sprechen, wenn unsere Säuglinge sterben, unsere Kinder Hunger leiden und unsere Studenten ihre Wissenschaft nur noch „im Nebenamte" treiben können, weil sie nach Brot gehen müssen? Bei Hunderten, ja bei Tausenden von ihnen hat, ich versichere es, die Paralyse ihrer wissenschaftlichen Arbeit schon begonnen. Und selbst wenn nach zwei Menschenaltern ein Historiker schreiben wird: „Die Todesnot, welche der Friede von Versailles über Deutschland gebracht hat, hat doch auch zu einer Erhebung geführt", so darf er das Leichenfeld vergessen, welches den Hintergrund dieser Erhebung damals bildete. Wir aber wären heute pflichtvergessene Verräter unseres Vaterlandes, wenn wir nicht vor aller Welt laut bezeugen würden: Ihr tötet mit dem Leibe auch den Geist und die Seele Deutschlands, wenn ihr diesen „Frieden" weiter wüten laßt! Gewiß, der Mensch lebt nicht von Brot allein; aber noch hat niemand die Kunst erfunden, ohne Brot zu leben. Und wie kann auch die stärkste Leidenschaft für die Wissenschaft, die Sie uns so freundlich zubilligen, noch brennen, wenn alles Lebendige vom tödlichen Frost des Elends ergriffen wird!

Sie verweisen sodann auf unsere noch immer so bedeutende wissenschaftliche und literarische Produktion und auf unsere gefüllten Buchhandlungen. Auch darin haben Sie zunächst recht; aber die Schlüsse, die Sie aus diesen Tatsachen ziehen, sind nicht richtig. Ich erlaube mir, Ihnen den wirklichen Tatbestand kurz darzulegen. Erstlich, unsere wissenschaftliche Produktion wird noch fortgesetzt, aber hier gilt wirklich das Sprichwort: „Wenn es geregnet hat, träufelt es von den Dächern". Aus besonderen Gründen kann diese oder jene große wissenschaftliche Arbeit noch gedruckt werden, hat dieser oder jener Verleger noch verhältnismäßig billiges Papier, wagt dieser oder jener Verleger auf einen bedeutenden Namen oder einen bedeutenden Inhalt hin ein umfangreicheres Werk noch zu drucken; aber eine sehr große Anzahl von wissenschaftlichen Zeitschriften ist schon eingegangen, die Doktorschriften der jungen Gelehrten — es handelt sich um Tausende — können nicht mehr gedruckt werden (sie lagern handschriftlich auf den Bibliotheken), und zahlreiche wissenschaftliche Werke können nur noch erscheinen, weil der Staat die Kosten trägt. Er trägt sie, weil er erkennt, daß die Wissenschaft für ihn selbst eine Lebensfrage bedeutet; aber er kann doch nur einem kleinen Teil der Not, die hier herrscht, abhelfen. Was aber die sogenannte kleine Literatur bei uns betrifft, so kommt das Wenigste aus aus ihr für die Wissenschaft in Frage. Daß sie so zahlreich ist, rechne ich zur Pathologie unseres Zustandes. Sie bringt, von einigen besseren Stücken abgesehen, Projekte, Erregungsmittel und Narkotika, wie sie in Zeiten der Not begehrt werden; es wird aber nicht lange dauern, da wird auch sie zusammenschmelzen, denn es wird auch ihr Erwerb wegen der Höhe der Kosten unmöglich werden. Von den Luxusdruckwerken darf ich schweigen; mit wenigen Ausnahmen sind auch sie zur Pathologie unseres Körpers zu rechnen. Zweitens, noch sind unsere Buch-

läden gefüllt, aber heute fehlen die Käufer. Ein mir befreundeter Buchhändler sagte mir: Von sechs Besuchern, die in meinen Laden treten, kauft einer etwas, die anderen gehen fort, ohne zu kaufen, weil ihnen das Buch zu teuer ist. Das war noch vor drei Monaten anders. Die, welche bei uns heute kaufen, sind zum größten Teil Ausländer. Hier liegt es! Die deutschen Bücher, auch die wissenschaftlichen und gerade sie, werden heute für die Ausländer gedruckt. Wenn sie nicht wären, könnte nicht ein Viertel von ihnen erscheinen. Die Studenten jedenfalls können sie nicht erwerben. Es steht für alle deutschen Universitäten fest, daß die Mehrzahl der Studenten die Lehrbücher, die sie für ihre Wissenschaften notwendig brauchen, nicht mehr kaufen kann. Selbst griechische neue Testamente und hebräische Bibeln müssen wir ihnen besorgen, weil sie für viele Theologen unerschwinglich sind. Und was werden Sie, hochverehrter Herr, als Kenner und Verehrer von Goethe und Schiller, dazu sagen, daß man in Deutschland keinen Goethe und keinen Schiller mehr kaufen kann, denn sie sind vergriffen und die wenigen Exemplare, die auf den Markt kommen, sind für den Mittelstand unbezahlbar. Die deutsche Jugend ohne Schiller und Goethe, ohne Kant und Herder und ohne Shakespeare! Billige Neudrucke sind unmöglich!

Gern ließe ich mich von Ihnen überzeugen, daß ich die Not der Wissenschaft und die Not unserer studierenden Jugend übertrieben habe, aber die Tatsachen, die ich täglich vor Augen sehe, lassen es nicht zu, und vielleicht treten auch Sie nach erneuter Prüfung meiner Beurteilung bei. Auf alle Fälle aber begrüße ich dankbar den Appell, den Sie an Ihre Landsleute gerichtet haben: „Laßt unsere Aufmerksamkeit der wirklichen Gefahr in Deutschland zuwenden", denn ich bin gewiß, daß Sie, wenn Sie der wirklichen Gefahr abhelfen, damit auch der Not der Wissenschaft in Deutschland wirksam begegnen werden.

In vorzüglichster Hochachtung
Ihr ergebenster

Adolf v. Harnack.

Schrifttum zur Not der Wissenschaft und der geistigen Arbeiter von 1918—1923

Es bestand die Absicht, diesem Buche ein eingehendes Verzeichnis jenes Schrifttums beizugeben, das in den letzten Jahren zur Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter Stellung nahm. Wenn es auch an größeren zusammenfassenden Darstellungen fehlt, liegen doch sehr viele Einzeläußerungen des deutschen Geisteslebens vor, das die Gefährdung seiner Grundlagen feinfühlig und oft mit erschütterndem Ernst zur Aussprache brachte und bringt. Gerade aus dieser Literatur wird auch die weit ausgreifende Verzweigung dieses Fragenkreises ersichtlich. Herr Oberbibliothekar Dr. Pfennig von der Preußischen Staatsbibliothek hatte die Liebenswürdigkeit, ein Verzeichnis von mehr als eintausend literarischen Äußerungen in Zeitschrift und Zeitung zu bearbeiten. Leider ist es ob der Höhe der Druckkosten nicht möglich, diese von Dr. Pfennig mit reicher Sachkunde und mit großer Hingebung gebotene Übersicht dieses Schrifttums aus der Passionszeit der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter vorzulegen. Nur ein kleiner Ausschnitt kommt im Nachfolgenden zum Wort. Aber auch diese Auslese dürfte manchem Beobachter der deutschen Gegenwart nicht unwillkommen sein.

1. Not der deutschen Wissenschaft und Forschung.

Emil Abderhalden: Wissenschaftliche Hilfsaktionen. (Neue Zürcher Zeitung. 1920. Nr. 558. 676.)

Wilhelm Altmann: Sorgen der deutschen Musikwissenschaft. (Münchener Neueste Nachrichten. 1922. Nr. 204 v. 14. Mai.)

Wertvolle Archivschätze in Gefahr? [Betr. das Schimmeln und Modern wertvoller Urkunden im Dresdener Hauptstaatsarchiv wegen völlig ungenügender Erwärmung.] (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1921. Nr. 1 v. 3. Jan. S. 4.)

Die Auslieferung der deutschen Wissenschaft an das Ausland. Ein Aufruf der deutschen Studentenschaft. (Berliner Hochschul-Nachrichten. Jg. 1. 1919. Nr. 2 v. 1. Dez.)

Otto Baschin: Die Wiederaufnahme internationaler wissenschaftlicher Beziehungen. (Der Tag. 1919. Nr. 217 v. 2. Okt. Hamburger Nachrichten v. 4. Juni 1920.)

Otto Baschin: Die Zukunft der internationalen wissenschaftlichen Organisationen. (Der Tag v. 20. Febr. 1919.)

Willy Bein: Internationale oder interalliierte Wissenschaft? (Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr. 7. S. 208 ff.)

Konrad Beyerle: Deutscher Notetat und Not der deutschen Wissenschaft. (Germania v. 3. Mai 1920.)

Ferdinand Blumenthal: Institut für Krebsforschung. In: Die Wissenschaft im Kampf ums Dasein. (Vossische Zeitung. 1923. Nr. 154 v. 1. April.)

August Bier: Die Not der medizinischen Wissenschaft. (Berliner Ärzte-Correspondenz. Jg. 27. 1922. Nr. 44. S. 345 f.)

Walther Borgius: Not der Wissenschaft. (Die Wage. N. F. Jg. 1. 1920. H. 6.)

Alois Brandl: Englisches Seminar. In: Die Wissenschaft im Kampf ums Dasein. (Vossische Zeitung. 1923. Nr. 154 v. 1. April.)

Eine Burenspende für die Frankfurter Universität. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1921. Nr. 182 v. 6. Aug. S. 1175.)

Hermann Diels: Die Not der deutschen Wissenschaft. Berlin: Vereinig. wiss. Verl. in Komm. 1920. S. 679—683. 8°. Aus: Sitzungsberichte d. Preuß. Akad. d. Wiss. 1920. Phil.-hist. Kl.

Ludwig Diels: Botanischer Garten. In: Die Wissenschaft im Kampf ums Dasein. (Vossische Zeitung. 1923. Nr. 154 v. 1. April.)

Stefan Ehses: Das römische Institut der Görres-Gesellschaft im Jahre 1921. (Historisches Jahrbuch d. Görres-Gesellschaft. Bd. 41. 1921. H. 2. S. 393 ff.)

Albert Einstein: Wissenschaftliche Hilfsaktionen. (Neue Zürcher Zeitung. 1920. Nr. 558. 676.)

Albert Einstein: Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik. In: Die Wissenschaft im Kampf ums Dasein. (Vossische Zeitung. 1923. Nr. 154 v. 1. April.)

Adolf Erman: Ägyptisches Seminar. In: Die Wissenschaft im Kampf ums Dasein. (Vossische Zeitung. 1923. Nr. 154 v. 1. April.)

Die produktive Erwerbslosenfürsorge im Dienste der notleidenden Wissenschaft. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1921. Nr. 128 v. 4. Juni. S. 771 f.)

Wilhelm Filchner: Sind Expeditionen noch möglich? Die Not der Forschung. (Vossische Zeitung. 1922. Nr. 608 v. 24. Dez.)

Paul Gast: Die Auslandsbeziehungen d. deutschen Hochschulen. Referat [auf d. 2. Deutschen Hochschultag]. (Mitteilungen d. Verbandes d. Deutschen Hochschulen. Jg. 1. 1921. Sonderh. 2. S. 17 ff.)

Adolf v. Harnack: Die wirtschaftliche Notlage der deutschen evangelischen Wissenschaft. In: Werbeschrift zur Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der deutschen evangelischen Wissenschaft. [1920.]

Wilhelm Hartmann: Zur Not der deutschen Wissenschaft. Ein Kulturfonds der Zellstoff- u. Papierindustrie. (Berliner Tageblatt v. 4. Dez. 1920.)

Ausländische Hilfe f. d. deutsche Wissenschaft. [Sammlungen in Südamerika.] (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1921. Nr. 180 v. 4. Aug. S. 1167.)

Holländische Hilfe f. d. deutsche Wissenschaft. [Aufruf holländ. Gelehrter zugunsten d. notleidenden deutschen Wissenschaft.] (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1920. Nr. 238 v. 22. Okt. S. 1262.)

Eine brasilianische Hilfsaktion f. d. deutsche Wissenschaft. [Durch Assis Chateaubriand.] (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1921. Nr. 110 v. 13. Mai. S. 684.)

Wissenschaftliche Hilfsaktionen. [Umfrage an Stutz, Einstein, Abderhalden, Garré, Schinz, Lanz.] (Neue Zürcher Zeitung. 1920. Nr. 558. 676.)

Adolf Jürgens: Die dänische [u. schwedische] Hilfsaktion für d. Unterstützung der deutschen Wissenschaft. (Zentralblatt f. Bibliothekswesen. Jg. 38. 1921. S. 135 f.)

Paul Kehr: Monumenta Germaniae historica. In: Die Wissenschaft im Kampf ums Dasein. (Vossische Zeitung. 1923. Nr. 154 v. 1. April.)

Paul Kehr: [Über die Schwierigkeiten für die Benutzung ausländ. Bibliotheken und Archive.] (Sitzungsberichte der Preuß. Akademie der Wissensch. 1922. S. 179.)

Die Krise der deutschen Wissenschaft. [Betr. Haldane's Entgegnung gegen Harnack in der „Nation".] (Das Echo. Jg. 42. 1923. Nr. 2060 (1) vom 4. Jan. S. 22.)

Die „Kulturabgabe". [Ablehnendes Gutachten d. Preuß. Akademie.] (Sitzungsberichte d. Preuß. Akademie d. Wiss. Jg. 1921. Halbbd. 2. S. 627 ff.)

Friedrich Meinecke: Die Lage der Geisteswissenschaften in Deutschland. (Daheim. Jg. 59. 1923. Nr. 19/20 v. 3. Febr. S. 11 ff.)

August Messer: Die Not der deutschen Wissenschaft. (Deutsche Literaturzeitung. Jg. 42. 1921. Nr. 28/29 v. 23. Juli. Sp. 385 ff.)

Wilhelm Ostwald: Wissenschaftskrieg nach dem Weltkrieg. (Chemiker-Zeitung. Jg. 43. 1919. S. 785.)

Johannes Reinke: Unsere literarischen Beziehungen zu auswärtigen Gelehrten. (Der Tag v. 15. Januar 1921.)

Geh. Med.-Rat Karl Richter-Berlin: Abwanderung der deutschen Wissenschaft. (Deutsche Tageszeitung v. 29. Jan. 1921.)

Max Rubner: [Über die Not der Wissenschaft.] (Sitzungsberichte d. Preuß. Akademie d. Wiss. 1920. S. 69. 1921. Hlbbd. 1. S. 477 ff.)

Bernhard Schädel: Die wissenschaftl. Beziehungen Deutschlands zu den iberoamerikanischen Ländern. Referat [auf d. 2. Deutschen Hochschultag]. (Mitteilungen d. Verbandes d. Deutschen Hochschulen. Jg. 1. 1921. Sonderh. 2. S. 27 ff.)

Eine dänische Schenkung an die deutsche Wissenschaft. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1921. Nr. 65 v. 18. März. S. 344.)

Friedrich Schmidt-Ott: Ausländische Bücherschenkungen an deutsche Gelehrte. (Mitteilungen d. Verbandes d. Deutschen Hochschulen. Jg. 2. 1922. S. 210.)

Friedrich Schmidt[-Ott]: Die Kulturaufgaben u. das Reich. (Leipzig u. Berlin: Teubner [1919].) Sp. 451—464. 8° [Umschlagt.] Aus: Internat. Monatsschrift f. Wissenschaft, Kunst u. Technik. Jg. 13, H. 5.

Friedrich Schmidt-Ott: Die Not der deutschen Wissenschaft. (Der Heimatdienst. Jg. 1. 1920. S. 52.) (Internat. Monatsschrift f. Wiss., Kunst u. Technik. Jg. 15. 1920. Sp. 33 ff.)

Georg Schreiber: Anfrage über d. Ausverkauf deutscher Ware [insbes. des wissenschaftl. Buches]. Vom 17. Nov. 1921 [u.] Antwort des Reichswirtschaftsministers [Robert] Schmidt. (Verhandlungen d. Reichstags. 1. Wahlperiode 1920/21. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Drucksache Nr. 3006 u. Nr. 3121; auch in: Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1921. Nr. 291 v. 14. Dez. S. 1799 u. Nr. 294 v. 17. Dez. S. 1813.)

Die schwedische Unterstützung unserer Wissenschaft. (Der Tag v. 22. Juni 1921.)

Werbeschrift zur Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der deutschen evangelischen Wissenschaft. [Vorträge v. Ad. v. Harnack u. Hugo Greßmann am 17. Dez. 1919.] (Görlitz [1922]: Hoffmann & Reiber.) 19 S. 8°.

Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff: Der Boykott der deutschen Wissenschaft. (Der Tag v. 30. März 1919. Beil.)

2. Not der Gelehrten und des akademischen Nachwuchses.

K. Arndt: Privatdozenten. (Vossische Zeitung v. 2. Febr. 1919.)

Erich v. Drygalski: Zeitfragen der Universität. Rektoratsrede. München: Beck 1922. 26 S. 8°.

Katastrophe des Hochschullehrer-Nachwuchses. (Leipziger Neueste Nachrichten v. 26. April 1920.)

Walter Laas: Besoldung der Hochschulprofessoren. (Vossische Zeitung v. 30. März 1922.)

Notverkäufe von Privatbibliotheken. Wie Gelehrte sich Geld beschaffen. Die übermäßige Belastung der öffentlichen Bibliotheken [v. F. Sdl.]. (Berliner Tageblatt v. 18. Nov. 1921.)

3. Der Werkstudent.

Arbeit am Volksganzen. Studentenfürsorge des Vaterländischen Frauenvereins. [Von —h. schr.—.] (Berliner Lokal-Anzeiger. 1922. Nr. 170 v. 10. April.)

Aufruf an die deutsche Landwirtschaft. [Für Studentenküchen.] (Frankfurter Zeitung v. 3. Okt. 1922.)

S. W. Cordé: Die Notlage der Studenten. (Deutsche Akadem. Rundschau. 1922. Semesterfolge 7. Nr. 7 v. 17. Juli.)

Hermann Forst: Wie heute die Studenten leben. Die Aufwendungen für Studium u. Unterhalt. Die Gefahren der Nebenbeschäftigung. (Berliner Tageblatt v. 1. Dez. 1922.)

Johannes Freudenberg: Die akademische Wirtschaftsgenossenschaft. (Berliner Hochschul-Nachrichten. Sem. 6. H. 7 v. Anf. Februar 1922.)

Ernst Friedberger: Untersuchungen über Ernährung und wirtschaftliche Verhältnisse des Greifswalder Studenten im Sommersemester 1920 und Wintersemester 1920/21. (Münchener Medizin. Wochenschrift. Jg. 68. 1921. Nr. 29 v. 22. Juli. S. 901 ff.)

Konrad Haenisch: Vom deutschen Studenten der Gegenwart. (Berliner Tageblatt. 1921. Nr. 144 v. 27. März.)

Japanische Hilfe für deutsche Studenten. [Durch Sondernummer „Die deutsche Sprache", Tokio.] (Berliner Lokal-Anzeiger. 1921. Nr. 435 v. 16. Sept.)

Schwedens Hilfe für deutsche Studenten. (Berliner Lokal-Anzeiger. 1922. Nr. 489 v. 5. Nov. u. Nr. 503 v. 14. Dez.)

Eine Millionenstiftung für bedürftige reichsdeutsche Studierende [v. Hugo J. Herzfeld]. (Leipziger Neueste Nachrichten v. 1. Jan. 1922.)

J. H. Mitgau: Genossenschaftliche Selbsthilfe in der deutschen Studentenschaft. Ein Rückblick u. Ausblick student. Wirtschaftsarbeit. (Deutsche Akad. Rundschau. Semesterfolge 8. Nr. 6 v. 25. Jan. 1923.)

Harold Picton: The Relief of German students. (The Nation and the Athenaeum. Vol. 32. 1922. Nr. 9 v. 2. Dez. S. 353.)

Eine freie studentische Produktionsgemeinschaft. [Hilfswerk für die wirtschaftlich schwachen Studenten.] (Berliner Hochschul-Nachrichten. Jg. 2. 1920. Nr. 11 v. 20. Juli.)

Schwedische Sammlung für deutsche Studenten. (Berliner Lokal-Anzeiger. 1922. Nr. 489 v. 5. Nov.)

R. Schairer: Not und Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft. (Deutsche Akadem. Rundschau. 1922. Semesterfolge 7. Nr. 2 v. 15. Mai. S. 13.)

Oskar Siebeck: Büchernot der Studenten. (Frankfurter Zeitung v. 18. Juni 1921.)

Eine hochherzige schwedische Spende. (Das Echo. Jg. 42. 1923. Nr. 2066 v. 15. Febr. S. 699.)

J. Sürig: Die erste Schulungswoche der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft. (Deutsche Akadem. Rundschau. Semesterfolge 7. Nr. 2 v. 15. Mai 1922. S. 12 f.)

Wohnungs- und Verpflegungsverhältnisse in den deutschen Hochschulstädten. Z. A. d. Arbeitsausschusses f. Wohnungswesen d. deutschen Studentenschaft zsgest. v. [Otto] Koenen. Ausg. 1. 2. (Münster) 1920: (Der Westfale). 8°.

4. Not der Bibliotheken.

Gustav Abb: Ungedruckte Dissertationen. (Berliner Hochschul-Nachrichten. 1922. Sem. 6. H. 8 v. Ende Febr. S. 108 f.)

Wilhelm v. Bode: Bücherluxus und Büchernot. (Der Tag v. 1. Jan. 1921.)

Schwedische und dänische Bücher für Deutschland [für die wissenschaftlichen Bibliotheken an die Notgemeinschaft durch Collijn, Lange u. Slomann]. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1923. Nr. 124 v. 31. Mai. S. 756.)
Paul Gehring: Zur „Beschaffung" ausländischer Literatur. (Zentralblatt f. Bibliothekswesen. Jg. 39. 1922. S. 139ff.)
Adolf v. Harnack: [Über die Not der Preußischen Staatsbibliothek. Umfrage.] In: Staatsbibliotheken u. Universitäten. (Berliner Tageblatt. 1920. Nr. 123 v. 7. März.)
Adolf Jürgens: Skandinavische Bücherhilfe f. Deutschland. (Zentralblatt f. Bibliothekswesen. Jg. 38. 1921. S. 214f.)
Fritz Milkau: Bibliotheken. In: Politisches Handlexikon. Bd. 1. Leipzig: Koehler 1923.
Gotthold Naetebus: Rückblick [auf der 18. Versammlung deutscher Bibliothekare]. (Zentralblatt f. Bibliothekswesen. Jg. 39. 1922. S. 219 ff.)
Die Not der Volksbüchereien. [Ausz. aus d. „Vorwärts".] (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1922. Nr. 70 v. 23. März. S. 374.)
Notlage des preußischen Volksbüchereiwesens. (Tägliche Rundschau v. 4. Sept. 1922.)
Richard Pfennig: Die Not der Bibliotheken. (Deutsche Allgem. Zeitung. 1923. Nr. 184 v. 18. April.)
Drohende Verelendung der Universitätsbibliotheken. (Zentralblatt f. Bibliothekswesen. Jg. 38. 1921. S. 216.)
Die Volksbibliotheken ohne Zeitschriften. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1922. Nr. 87 v. 12. April. S. 505.)
Gustav Wahl: [Über die Beschaffung der ausländischen wissenschaftlichen Literatur für die Staats- u. Universitätsbibliothek in Hamburg.] (Zentralblatt f. Bibliothekswesen. Jg. 40. 1923. S. 218f.)

5. Der wissenschaftliche Verlagsbuchhandel.

Die Anschwellung der Druck- u. Bindekosten im Jahre 1922. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1923. Nr. 32 v. 7. Febr. S. 154 ff. Nr. 33 v. 8. Febr. S. 161 ff.)
Die Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe im Kampfe gegen das deutsche Buch. (Leipziger Neueste Nachrichten v. 6. Febr. 1921.)
Das verdorrende deutsche Auslandssortiment. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1922. Nr. 7 v. 9. Jan. S. 33 f.)
Buchausfuhrverbot und Auslanddeutsche. (Hamburger Nachrichten v. 24. Juni 1920.)
Eugen Diederichs: Über die Zukunft des deutschen Buches. (Deutsche Presse. Jg. 9. 1921. Nr. 48 v. 9. Dez. S. 3.)
Ludwig Fuld: Volksausgabe und Preiserhöhung. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1923. Nr. 69 v. 22. März. S. 357.)
Jahrbuch der Bücherpreise. Leipzig: Harrassowitz. Jg. 13/14. 1918/19 ff.
Graf Hermann Keyserling: Das teure Buch. [Aus d. Aufsatz: „Zur Überwindung des Bösen durch Gutes", enthalten in: Der Weg zur Vollendung. Mitteilungen d. Schule d. Weisheit. H. 5.] (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1923. Nr. 23 v. 27. Jan. S. 102 ff.)
Hans Kyser: Selbstblockade des deutschen Geistes. 1. 2. 3. (Deutsche Allgem. Zeitung v. 16., 19., 26. Jan. 1921.)
Die Lage des illustrierten Buches. (Berliner Montagspost. 1923. Nr. 2 v. 15. Januar.)
Laßt das Buch nicht sterben! [Aufruf vom Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins.] (Hamburger Echo v. 15 Okt. 1922.)
Hans Mannhart: Die Entwicklung des deutschen literarischen Verlages im französischen Urteil. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1922. Nr. 158 v. 16. Juli. S. 957f.)

E. Marcus: Welche Bücher werden gekauft? Starke Nachfrage nach Luxusbüchern. Das neue Preisberechnungssystem der Buchhändler. (Berliner Tageblatt v. 31. Okt. 1922.)

Arthur Meiner: Buchhandel u. Presse. (Deutsche Presse. Jg. 9. 1921. Nr. 48 v. 9. Dez.)

Gerhard Menz: Buchhandel und Geldentwertung. [Anschl. ein Brief von Robert Lutz.] (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1922. Nr. 66 v. 18. März. S. 343 ff.)

Friedrich Meyer: Das teure Buch. Ein offener Brief an den Grafen Hermann Keyserling. [Klagt über den fast unerschwinglichen Preis des „Reisetagebuchs eines Philosophen".] (Vossische Zeitung. 1922. Nr. 116 v. 9. März.)

W. Moufang: Die kulturpolitische Krisis des deutschen Buches. (Hochland. Jg. 19. H. 8 v. Mai 1922.)

Die Notlage des deutschen Buchhandels an d. Ruhr! (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1923. Nr. 78 v. 4. April. S. 422.)

Georg Schreiber: Die Auslandsverkaufsordnung für den deutschen Buchhandel. (Kölnische Volkszeitung. 1921. Nr. 518 v. 10. Juli.)

Vom Todeskampf des deutschen Zeitungs-Verlagsgewerbes. [Von S. R. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1922. Nr. 214 v. 13. Sept. S. 1294 ff.

Ludwig Volkmann: Das deutsche Buch und die Valuta. (Leipziger Neueste Nachrichten v. 9. Febr. 1921.)

Friedrich Wagner: Die Buchlotterie. Ein Versuch z. Hebung d. Bücherabsatzes in guten u. schlechten Zeiten. (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1923. Nr. 47 v. 24. Febr. S. 231 f.)

6. Die Not der geistigen Arbeiter.

Unsere Akademiker im Volksstaat. Tagung des Reichsausschusses der Akademischen Berufsstände. (Berliner Lokal-Anzeiger. 1921. Nr. 452 v. 26. Sept.)

Die geistigen Arbeiter. Hrsg. v. Ludwig Sinzheimer (T. 2: Ernst Francke† u. Walther Lotz). T. 1. 2. München u. Leipzig: Duncker & Humblot 1922. 8°. 1. Freies Schriftstellertum u. Literaturverlag. 2. Journalisten u. bildende Künstler. (Schriften des Vereins f. Sozialpolitik. Bd. 152. T. 1. 2.)

Julius Bab: Der geistige Arbeiter in der Wirtschaftsgeschichte. [Vortrag.] (Berliner Börsen-Courier v. 22. Okt. 1919.)

Otto Baumgarten: Die Not der akademischen Berufe nach dem Friedensschluß. Tübingen: Mohr 1919. IV, 63 S. 8°.

Bewertung geistiger Arbeit. [Feststellungen des Statist. Amtes.] (Der Tag v. 17. Febr. 1922.)

Bücherwagen. Von W. Gr. [Notverkäufe d. geistigen Arbeiter.] (Tägliche Rundschau v. 5. Aug. 1922.)

Joachim Clasen: Zur Auswanderung von Angehörigen der geistigen Berufe nach den Vereinigten Staaten von Amerika. (Hochland. Jg. 17. 1920. Bd. 2. S. 623 ff.)

Bruno Golz: Die „Kulturabgabe". (Deutsches Volkstum. 1922. H. 1. Jan. S. 19 ff.)

Hans Kyser: Die Beteiligung der Schriftsteller am Valutagewinn. (Deutsche Allgem. Zeitung v. 13. Juni 1921.)

Hans Kyser: Die wirtschaftliche Not der Komponisten. Wovon leben unsere Komponisten? (Berliner Tageblatt v. 21. Juni 1921.)

Hans Kyser: Der Reichsbund der geistigen Arbeiter. (Vossische Zeitung v. 22. April 19 0.)

Hans Kyser: Die Reichskulturabgabe. (Der Schriftsteller. Jg. 8. H. 3/4 v. März 1921. S. 28 ff.)

Max Miodowski-Forst: Die Not der Landärzte. (Berliner Ärzte-Correspondenz. Jg. 27. 1922. Nr. 44. S. 344.)

Hans Joachim Moser: Die Hungerkur der Genies. (Allgem. Musikzeitung. Jg. 48. 1921. Nr. 19 v. 6. Mai. S. 299.)

Hans Joachim Moser: Tonsetzernöte der Gegenwart. [S. 129: Geringer Erlös seines Buches: Geschichte der deutschen Musik. Bd. 1.] (Allgem. Musikzeitung. Jg. 48. 1921. Nr. 9 v. 4 März. S. 128 ff.)

Eine Notgemeinschaft Deutscher Ärzte (Vossische Zeitung. 1923. Nr. 51 v. 31 Jan.)

Die Notlage der Ärzte u. Krankenkassen. (Vossische Zeitung. 1923. Nr. 105 v. 3. März.)

Die Notlage des Ärztestandes. [Vorträge.] (Berliner Ärzte-Correspondenz. Jg. 27. 1922. Nr. 44. S. 342 ff. Nr. 46. S. 349 ff.)

Max Osborn: Die Katastrophe des Geistes (Vossische Zeitung v. 18. Mai 1920.)

Bruno Rauecker: Die Proletarisierung der geistigen Arbeit. (Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr. 15 v. 21. April. S. 44.)

Das Recht der geistigen Arbeiter. Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. (Film-Kurier v. 21. Nov. 1921.)

Reichsausschuß der akademischen Berufsstände. (Vossische Zeitung v. 16. Sept. 1920.)

Gustav Ritter: Die Notlage der praktizierenden Ärzte. (Berliner Ärzte-Correspondenz. Jg. 27. 1922. Nr. 44. S. 342 ff.)

Schlichtungsordnung zwischen Verlag und Autoren. (Berliner Tageblatt v. 10. Jan. 1922.)

Der Schriftsteller. Zeitschrift des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller e. V. Berlin. [Enthält in den letzten Jahrgängen zahlreiche Belege für die Not der Schriftsteller.]

Der Schriftsteller und unsere Zeit. [Bericht über die Hauptversammlung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller.] (Berliner Lokal-Anzeiger. 1921. Nr. 214 v. 8 Mai.)

Schriftstellerhilfe. [Vorlesungen von Arno Holz und Else Beyer zugunsten der Schriftstellerhilfe] (Der Tag. 1923. Nr. 55 v. 6. März. Beibl.)

Schriftsteller-Zeitung, vereinigt mit „Geistiges Eigentum". Greiffenberg in Schles. 4°. [Enthält in den letzten Jgg. zahlreiche Artikel über die Not der Schriftsteller.]

Paul Schulze-Berghof: Zur Not der Schriftsteller. Offener Brief an den Reichspräsidenten. (Deutsche Zeitung v. 11. Nov. 1922.)

Emil Simson: Der Edelproletarier. Ärzte u. Richter. In Orchestern u. als Kellner. Übertritt zum Zirkus. (Der Tag. 1922 Nr. 338 v. 22. Nov.)

Staatshilfe für Berufsschriftsteller. [Von P. E.] (Freiheit v. 20. Juli 1922.)

Die Treuhandkasse für Kritiker. Ein Vorschlag. [Von W. Sch.] (Kunstwart. Jg. 36. H. 2 v. Nov. 1922. S. 118 ff.)

Valutagewinn und Schriftsteller. Eine fiktive Feststellungs-Klage. (Vossische Zeitung v. 26. Juni 1921.)

Will Vesper: Ein staatlicher Schriftsteller-Beirat. (Deutsche Allgem. Zeitung v. 8. Nov. 1919.)

Die Wirtschaftsnot der Schriftsteller — eine kulturelle Gefahr. (Vossische Zeitung v. 18. Jan. 1920.)

Richard Woltereck: Geistige Nothilfe für Deutschland und Österreich. (Vivos voco. Jg. 1. 1920. H. 4. S. 220 ff.)

Leon Zeitlin: Das deutsche Schrifttum und der Reichswirtschaftsrat. (Der Schriftsteller. Jg. 8. 1921. H. 3/4. S. 25 ff.)

Die Zukunft der Sozialpolitik. Die Not der geistigen Arbeiter ... München u. Leipzig: Duncker & Humblot 1923. 264 S. 8°. (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik. Bd. 163.)

Zusammenschluß der Schriftsteller. [Versammlg. des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller in Leipzig; Vortrag Kyser.] (Börsenblatt f. d. Deutschen Buchhandel. 1920. Nr. 260 v. 18. Nov. S. 1391.)

*

Register

Ärzte 108, 113 f. 114, A. 118
Akademie, Preußische, der Wissenschaften 17, A.
Amerika 10. 25. 87. 102. 105
Apparate 17 ff.
Ausfuhrabgabe 97, A.
Ausland 9, A. 12. 49, A. 63. 70 f. 84 104 f. Forschungsinstitute 12. 124, A. 126
Auslanddeutsche 76
Auslandhilfe 10. 28 f. 54, A. 86. 137 f. A. 138, A.
Auslandliteratur 27 ff. 69 f.
Auswärtiges Amt 1. 73. 74, A.

Beamtenfortbildung 67
Belgien 103. 127
Besteuerung der Geistesarbeiter 3, A. 81. 82, A. 118, A. 119
Bibliotheken, Notverkäufe von 33 f.
Boas, Franz, Prof., New York 102
Börsenverein der Deutschen Buchhändler 98
Buch, Deutsches 6, A. 25. 64, A. 65
Buchmuseum, Deutsches 58, A.

Campo Santo 74. 75
Confédération générale des travailleurs intellectuels 123. 126

Dänemark 3, A. 21, A. 102
Deutsche Bücherei 2
Deutsches Museum 2. 59 ff. 98. Bibliothek 60 f
Druckpreise 20. 25. 26 f. 34 ff.

Emergency Society 102
England 12. 48. 49, A. 54, A. 67. 70. 73. 103. 104, A. 124. 127. 137, A.

Frankreich 12. 62. 71, A. 103. 123 f. 124, A. 127
Freie Berufe 3, 48, 108, A. 118 f. A. 120 f. 132 f.

Geistesarbeiter und Handarbeiter 2 2 ff. 37 f. 41. 43 f. 68. 98 f. 101. 109 f. 111, A. 116 f. 118, A. 119, A. 121. 124. 131 f.
Germanisches Museum 2. 55. 57. 58 f.
Gesellschaft, Deutsche Physikalische 5
Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte 84
Görres-Gesellschaft 6. 74. 102

Helmholtz-Gesellschaft 88. 98
Holzabgabe 97, A.
Honorar 109. 112 f.
Hoshi-Stiftung 103

Industrie 11. 16. 37. 61. 72. 86 f. 98. 102. 110. 115 f.
Institut, Preußisches Historisches 74, A.
Italien 12. 15, 102 f. 124. 127

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 10. 13. 16. 79. 84. 89
Kollegenhilfe, Skandinavische 54, A.
Künstler 114. 118 (s. a. Freie Berufe)
Kulturabgabe 121, A.
Kunst 8. 36 f. 113 f. 118 f.

Leihverkehr der Bibliotheken 32. 118

Materialpreise 20. 23
Monumenta Germaniae historica 17, A. 77

Nachwuchs, Wissenschaftlicher 2. 24. 37 ff. 48. 98. 102
Notgemeinschaft der Deutschen Kunst 119 f.
Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 2. 5. 8. 26, A. 36. 40, A. 64, A. 77, A. 84 ff. 89, A. 102 f. 120
Notstandsfonds 102

Öffentliche Meinung 3. 8. 66. 83. 98 f. 109 f. 133
Österreich 11, A. 12, A. 14, A. 64. 76. 125. 126, A. 127

Pius XI. 102
Preissteigerung 17 ff.
Presse 8. 66. 96, A. 97, A. 112. 120
Privatbibliotheken, Notverkäufe von 33 f. 69
Proletarisierung 109, A. 111, A. 113, A. 115, A.

Quäker 54. 102

Rechtsanwälte 108, A. 115. 118
Redakteure 118. 120
Regesta pontificum Romanorum 77, A. 79, A. 102
Reichsanstalt, Chemisch-Technische 13, Denkschrift 13, A.
Reichsgericht, Bibliothek 66
Reichsministerium des Innern 1. 4. 6. 13, A. 14, A. 15, A. 16, A. 56, A. 58, A. 74, A. 77, A. 80. 81. 98. 120, A. 121, A.
Reichstag 1. 2. 3. 4. 5. 6. 33, A. 89 f. 97. 120, A.
Reichswirtschaftsrat 119, A.
Reparation 47. 52. 102. 105 ff. 110. 135
Research Council, International 77, A.
Revolution 122, A. 127 ff.
Rockefeller Foundation 12. 87. 102

Schiedsgerichte, Gemischte 28 f.
Schmidt-Ott, Friedrich 23, A. 85, A. 94
Schriftsteller 108. 112 f. 120. 125. 134
Schweden 12. 27. 51, A. 71, A. 102
Schweiz 102, 124 f. 127
Staatsbibliothek, Bayerische 27. 33
" Preußische 27. 29
Stadtbibliotheken 33
Stifterverband der Notgemeinschaft 88. 98
Studentenhilfe 31. 47. 51

Thesaurus linguae latinae 78, A.

Unionen 70 ff. (s. a. Research Council)

Valutazuschlag 64, A. 65, A. 81
Verband der Deutschen Hochschulen 40, A. 46. 81. 83 f. 83, A.
Verband Technisch-wissenschaftlicher Vereine 84
Versuchstiere 21 f. 92
Verwaltungsakademie 67
Völkerbund 126. 127. 135
Volksbildung 24 f. 55. 58. 60. 67 ff. 98 f. 100
Volksgesundheit 24. 72, A. 73 A. 99 100. 113 f. 114, A.

Währungsverfall 6 f. 17 ff. 50. 63 f. 139
Wirtschaftshilfe für die Deutsche Studentenschaft 51, A. 54. 83
Wirtschaftshilfe des Verbandes der Deutschen Hochschulen 83
Werkdozenten 38. 40, A. 41
Werkgeistliche 121
Werkstudenten 37. 50 ff.

Zeitschriften 34 ff.
Zeitschriften, Ausländische 28 f. 30 f. 64. 133
Zweckverbände, Wirtschaftliche der Geistesarbeiter 123 f (im Ausland), 127 ff. 133, A. (im Inland)

*

Kulturpolitische Aufgaben des Reiches

Von Staatssekretär C. H. BECKER. 72 Seiten

„Wer den von Becker in wuchtiger Sprache gefaßten Gedankengängen folgt, wird sich freuen, in ihnen nicht nur ein aussichtsreiches deutsches Kulturideal, sondern auch ein Erziehungsideal zu finden, das aus den Niederungen des jetzt tobenden Kampfes um äußere Schulformen hinaufführt zu den lichten Höhen eines inneren Neuaufbaues und einer inneren Weiterbildung unseres Bildungswesens, zu den Problemen einer uns wiederaufrichtenden Volksbildung." Monatshefte für höhere Schulen.

Die Neugestaltung des deutschen Schulwesens

Von Geh. Oberregierungsrat Dr. K. REINHARDT. 2. Auflage. 76 Seiten.

„Vieles kommt zusammen, um seinen Ausführungen beträchtliches Gewicht zu geben: die lange und segensreiche Tätigkeit des Verfassers in sich erweiternden Wirkungskreisen, der damit gegebene Reichtum an persönlicher Erfahrung, das warme Herz für die Nöte unseres Volkes und die Bedürfnisse der Jugend, das entgegenkommende Verständnis für die Forderungen der gewandelten Zeit. Monatsschrift für höhere Schulen.

Schulreform? Gedanken zur Reform des Reformierens

Von Oberstudiendirektor Professor Dr. H. GAUDIG. 113 Seiten

„Zahlreiche gute Winke zur Abhilfe sind in der Schrift gegeben; der wertvollste unter ihnen ist wohl der, der vor der Überschätzung der organisatorischen Maßnahmen warnt und von der kulturwissenschaftlich besser geschulten Persönlichkeit aller Beteiligten einen fruchtbareren Verlauf der Schulreform erwartet; diese kulturwissenschaftliche Schulung aber müssen den Fachmännern der Schule die Universitäten und sonstigen Lehrerbildungsanstalten, den Laien die Volksbildungseinrichtungen aller Art geben, in deren Ausbau wir noch so übel im Rückstande sind." Literaturblatt, Beilage zur Frankfurter Zeitung.

Der Weg zum Reichsschulgesetz

Von Staatssekretär H. SCHULZ. 203 Seiten

„Wir haben in diesem Buche ein zusammenfassendes Geschichtswerk über die zunehmende Verwirklichung der Idee eines Reichsschulgesetzes zu erblicken. Es ist ein für die Schulgeschichte wichtiges Werk, das neben der Reichsschulkonferenz, die darin natürlich eine große Rolle spielt, eine Grundlage für die kommenden Schritte bilden wird und muß. Freimütig wird das Ringen um einheitliche Gestaltung des Schulwesens dargestellt." Die Heimatschule.

Arbeitsunterricht · Einheitsschule · Mannheimer Schulsystem im Lichte der Reichsverfassung

Von Stadtschulrat Dr. A. SICKINGER. 125 Seiten

„Von hohem Interesse ist, wie Sickinger in seinem Buche die Einwände von Gegnern des Mannheimer Schulsystems in schlagender Weise widerlegt, wie er über die begründeten Zustimmungserklärungen unserer bedeutendsten wissenschaftlichen Autoritäten orientiert ist und wie er nachweist, daß neuerdings diese Zustimmungserklärungen auch zahlreich aus den beiden sozialdemokratischen Parteien erfolgen. Wer sich über den Siegeszug dieses Systems orientieren will, lese Sickingers neueste Schrift." Allgemeines Schulblatt.

Die Aufbau- und Oberschule

Von Direktor Dr. H. RICHERT.

Die Umwälzung unserer politischen Verhältnisse nach dem Kriege hat auch in unserem Schulwesen einschneidende Änderungen hervorgerufen. Aufbau- und Oberschule stehen hier im Mittelpunkt. Ihre Aufgaben und Ziele werden hier von höchster Warte beleuchtet und wertvolle Anregungen für ihre künftige geistige Gestaltung gegeben.

VERLAG VON QUELLE & MEYER IN LEIPZIG

Große Denker

Eine Geschichte der Philosophie

in Einzeldarstellungen herausgegeben von

PROFESSOR DR. E. VON ASTER

2 Bände zu je 380 Seiten mit 8 Porträt

„Es ist ein verdienstvolles Werk, welches den Leser aus der Zeit der vorsokratischen Philosophie bis zu Nietzsche und bis zur Gegenwart begleitet . . . Die Darstellungen sind im edlen Sinne populär, aber so, daß sie von dem Leser ein gründliches Eingehen in die philosophischen Gedankengänge verlangen; sie enthalten daher zu gleicher Zeit eine Schulung des Denkens."
Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie.

„Es kann nicht zweifelhaft sein, daß ein Werk wie das vorliegende eine ganz eigenartige Bedeutung und einen besonderen Reiz hat. Es scheint mir ein sehr glücklicher Gedanke zu sein, gewissermaßen eine Geschichte der Philosophie zu geben durch eingehende Charakterisierung der bedeutendsten philosophischen Systeme. So dürfen wir unser Urteil abschließend dahin zusammenfassen: Das Werk ist eine hervorragende Leistung in jeder Hinsicht, und wir wünschen ihm den Erfolg, den es verdient." Archiv für Geschichte der Philosophie.

BAND I:

Die Vorsokratiker: Professor Dr. A. Fischer / Sokrates und die Sophisten: Prof. Dr. R. Richter / Platon: Prof. Dr. P. Natorp / Aristoteles: Prof. Dr. F. Brentano / Hellenistisch-römische Philosophie: Prof. Dr. Schmekel / Augustinus: Prof. Dr. M. Baumgartner / Thomas von Aquin: Prof. Dr. Baumgartner / Giordano Bruno: Prof. Dr. R. Hönigswald / Descartes: Prof. Dr. Frischeisen-Köhler.

BAND II:

Spinoza: Prof. Dr. O. Baensch / Leipniz: Prof. Dr. W. Kinkel / Locke-Hume: Prof. Dr. E. von Aster. / Kant: Prof. Dr. P. Menzer / Fichte: Prof. F. Medikus / Hegel: Dr. F. Falkenheim / Schelling: Prof. Dr. O. Braun / Herbart-Schopenhauer: Prof. Dr. R. Lehmann / Nietzsche: Prof. Dr. A. Pfänder (Philosophie der Gegenwart: Prof. Dr. Windelband.

VERLAG VON QUELLE & MEYER IN LEIPZIG

Männer und Zeiten

Aufsätze und Reden zur neueren Geschichte

GEHEIMRAT PROF. DR. E. MARCKS

6. umgestaltete Ausgabe. 16.—19. Tausend

467 Seiten

„Der erste Eindruck, den man beim Durchblättern dieser vornehm ausgestatteten Bücher empfängt, ist der einer ungeheuren Vielseitigkeit. Da finden wir unter den dargestellten Persönlichkeiten Philipp II. und Albert von Roon, Caspard von Coligny und Wilhelm I., den jüngeren Pitt und Heinrich von Treitschke, Theodor Mommsen und vor allem in zahlreichen Aufsätzen Otto von Bismarck, da erscheinen vor unseren Augen das Königtum der großen Hohenzollern und das Jahr 1848, die Universität Heidelberg und das geschichtlich gewordene England, das Zeitalter der Religionskriege und das deutsch-österreichische Bündnis; da steht die streng-wissenschaftliche Studie über die Ermordung Franz von Guises neben dem entzückenden Feuilleton, das uns an die Stätten der Hugenottenkriege führt; da erhebt sich das erzene Bild des welthistorischen Bismarck unmittelbar neben dem von allem Reiz persönlicher Erinnerung belebten, gewaltigen und doch freundlichen Porträt des Gutsherrn von Friedrichsruh, da erklingt neben der ruhigen historischen Würdigung des Reichsgründers die erschütternde Klage über den Tod des größten Deutschen. Persönliches steht neben Sachlichem, aber auch das Persönliche führt zur Sache, und im Sachlichen spürt man die reiche, lebenatmende Natur einer starken Persönlichkeit. Nicht mit Unrecht sind die beiden Bände Alfred Lichtwark zugeeignet, auch in Erich Marcks hat sich jene fruchtbare Verbindung von Gelehrsamkeit und Kunst, von Inhalt und Form vollzogen, die allein Werke hervorbringn kann, die den Wandel der Zeiten und Anschauungen überdauern. Man möchte meinen, die Ernte eines ganzen Lebens sei in diesen beiden Bänden eingebracht."

Süddeutsche Monatshefte.

AZ
664
S35

Schreiber, Georg
Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 16 16 14 09 016 0